

17

Geschäftsbericht 2017



Die Salzgitter AG zählt zu den traditionsreichen deutschen Konzernen. Der Fokus unserer Geschäftstätigkeit liegt auf Stahl und Technologie. Durch nachhaltiges internes und externes Wachstum hat sich unser Unternehmen zu einem der führenden Stahl- und Technologiekonzerne Europas entwickelt – mit einem Außenumsatz in 2017 von 9 Mrd. €, einer Kapazität von mehr als 7 Mio. t Rohstahl und über 25.000 Mitarbeitern. Das oberste Ziel unseres Unternehmens bleibt auch zukünftig die Eigenständigkeit durch Profitabilität und Wachstum.

Unser Konzern umfasst über 150 nationale und internationale Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und gliedert sich in die Geschäftsbereiche Flachstahl, Grobblech/Profilstahl, Mannesmann, Handel und Technologie.

Die Aktie der Salzgitter AG ist Mitglied des MDAX der Deutsche Börse AG.

Inhalt

Konzernlagebericht und Lagebericht, zusammengefasst

2	Salzgitter-Konzern in Zahlen
3	Vorwort des Vorstandes
5	Bericht des Aufsichtsrates
9	Corporate Governance

16	I. Unternehmen und Organisation
30	II. Finanzielles Steuerungssystem
33	III. Überblick über den Geschäftsverlauf
48	IV. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
62	V. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

Konzernabschluss

79	I. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
80	II. Gesamtergebnisrechnung
82	III. Konzernbilanz
84	IV. Kapitalflussrechnung
86	V. Veränderung des Eigenkapitals
88	VI. Anhang

153	Bestätigungsvermerk
-----	---------------------

Salzgitter-Konzern in Zahlen

		Konzern gesamt		Fortgeführte Aktivitäten ¹⁾	
		2017	2016	2017	2016
Rohstahlerzeugung	Tt	6.955	6.804	6.955	6.804
Außenumsatz	Mio. €	8.990	7.906	8.990	7.893
Geschäftsbereich Flachstahl	Mio. €	2.160	1.815	2.160	1.815
Geschäftsbereich Grobblech / Profilstahl	Mio. €	1.024	742	1.024	729
Geschäftsbereich Mannesmann	Mio. €	1.093	999	1.093	999
Geschäftsbereich Handel	Mio. €	3.230	2.855	3.230	2.855
Geschäftsbereich Technologie	Mio. €	1.285	1.300	1.285	1.300
Industrielle Beteiligungen / Konsolidierung	Mio. €	198	195	198	195
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA)²⁾	Mio. €	707	476	707	464
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)²⁾	Mio. €	317	119	316	107
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	238	53	238	41
Geschäftsbereich Flachstahl	Mio. €	182	-2	182	-2
Geschäftsbereich Grobblech / Profilstahl	Mio. €	-58	-32	-58	-44
Geschäftsbereich Mannesmann	Mio. €	-6	-22	-6	-22
Geschäftsbereich Handel	Mio. €	71	45	71	45
Geschäftsbereich Technologie	Mio. €	7	28	7	28
Industrielle Beteiligungen / Konsolidierung	Mio. €	42	36	42	36
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	Mio. €	194	57	193	45
Ergebnis je Aktie - unverwässert	€	3,52	1,00	3,51	0,78
Verzinsung des eingesetzten Kapitals (ROCE)³⁾	%	8,6	2,7	8,6	2,4
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	Mio. €	274	290		
Investitionen⁴⁾	Mio. €	287	352		
Abschreibungen⁴⁾	Mio. €	-390	-357		
Bilanzsumme	Mio. €	8.318	8.450		
Langfristige Vermögenswerte	Mio. €	3.566	3.700		
Kurzfristige Vermögenswerte	Mio. €	4.752	4.750		
Vorräte	Mio. €	2.085	1.843		
Finanzmittel	Mio. €	679	818		
Eigenkapital	Mio. €	2.990	2.852		
Fremdkapital	Mio. €	5.328	5.598		
Langfristige Schulden	Mio. €	3.322	3.258		
Kurzfristige Schulden	Mio. €	2.007	2.340		
davon Bankverbindlichkeiten ⁵⁾	Mio. €	471	483		
Nettofinanzposition⁶⁾	Mio. €	381	302		
Beschäftigte					
Personalaufwand	Mio. €	-1.724	-1.655		
Stammbelegschaft zum Stichtag ⁷⁾	Blm.	23.139	23.152		
Gesamtbelegschaft zum Stichtag ⁸⁾	Blm.	25.074	25.168		

Ausweis der Finanzdaten gemäß IFRS

¹⁾ ohne Spundwand-Aktivitäten²⁾ EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen³⁾ ROCE = EBIT (= EBT + Zinsaufwand ohne Zinsanteil der Zuführung zu Pensionsrückstellungen) zu Summe aus Eigenkapital (ohne Berechnung latenter Steuern), Steuerrückstellungen, zinspflichtigen Verbindlichkeiten (ohne Pensionsrückstellungen) und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing, Forfaitierung, Derivaten⁴⁾ Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, ohne Finanzanlagen⁵⁾ kurz- und langfristige Bankverbindlichkeiten⁶⁾ inklusive Anlagen, z. B. in Wertpapieren und strukturierten Investments⁷⁾ ohne Ausbildungsverhältnisse und ohne passive Altersteilzeit⁸⁾ inkl. Ausbildungsverhältnisse und inkl. passiver Altersteilzeit

Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Aktionärinnen und Aktionäre,

das Jahr 2017 ist für den Salzgitter-Konzern zweifelsohne erfolgreich verlaufen.

Mit der vierten Ergebnissteigerung in unmittelbarer Folge verzeichneten wir den höchsten Vorsteuergewinn seit Ausbruch der Finanzmarktkrise. Die verbesserte Situation des Stahlmarktes – vor allem des Flachstahlbereiches – war hierfür ein wesentlicher Faktor. Das Ergebnis 2017 ist gleichfalls der eindeutige Beleg für die Wirksamkeit der seit 2012 umgesetzten strukturellen Veränderungen sowie der verdiente Lohn für die darin investierte Arbeit. Allein 2017 belief sich das realisierte Ergebnisverbesserungspotenzial der unter dem Namen „FitStructure“ zusammengefassten Maßnahmen auf gut 70 Mio. €.

Freude über das Erreichte ist also durchaus angebracht; es wäre allerdings fahrlässig, sich darauf auszuruhen. Denn auch im vergangenen Jahr hat sich das Umfeld erheblich gewandelt: Weltweit übernahmen neue, teilweise unkonventionelle Persönlichkeiten Regierungsverantwortung und brachen mit tradierten Politikmustern. Dadurch reduzierte sich die Vorhersehbarkeit politischen Handelns signifikant. Unmittelbare Auswirkungen auf die Salzgitter AG haben die sich global verstärkenden protektionistischen Tendenzen, zunehmende gesetzliche Überregulierung sowie einseitige Belastungen aufgrund der Klima- und Energiepolitik. Sie sind sicherlich gut gemeint, gefährden aber die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie in Deutschland und Europa. Die erstmals seit etwa einem Jahrzehnt wieder auf der Agenda stehenden größeren Konsolidierungsprojekte im europäischen Stahlsektor stellen aus unserer Sicht kein Allheilmittel dar, um diesen Themen zu begegnen. Gleichwohl werden sie sich auch jenseits der beteiligten Unternehmen auf die gesamte Branche sowie die Beziehungen zu Kunden und Lieferanten auswirken.

Wir bewegen uns in diesem Umfeld aufmerksam, aber mit dem nötigen Selbstbewusstsein. Schließlich hat sich unsere auf langfristigen Unternehmenserfolg ausgerichtete Konzernstrategie zum Nutzen sämtlicher Stakeholder schon bei stärkeren Umbrüchen bewährt – seit nunmehr zwei Jahrzehnten, seit unserem Börsengang am 2. Juni 1998! Seitdem haben wir die Mitarbeiterzahl verdoppelt, den Umsatz verdreifacht sowie das Eigenkapital unseres Konzerns – ohne externe Kapitalerhöhung – verfünffacht. Es gab vor zwanzig Jahren nicht viele, die der Salzgitter AG diesen Weg zugetraut haben.

Um den erfolgreichen Pfad der Eigenständigkeit und der Diversifizierung auch weiter zu beschreiten, können wir Stagnation nicht tolerieren. Vielmehr ist es unser Selbstverständnis, die seit 2012 in Gang gesetzte Dynamik aufrechtzuerhalten. Daher führen wir die internen Verbesserungsprogramme mit der gleichen Konsequenz fort wie bisher. Zudem haben wir in 2017, unserer Strategie „Salzgitter AG 2021“ folgend, mit einer dritten Feuerverzinkungsanlage in Salzgitter, der neuen Wärmebehandlungslinie in Ilsenburg sowie dem Ausbau des Präzisionsrohrwerkes in Mexiko wegweisende Investitionsprojekte auf den Weg gebracht.

Die erfreuliche Entwicklung des Salzgitter-Konzerns lässt sich nicht zuletzt an unserem Aktienkurs ablesen. Eine erneute Steigerung von über 40% im vergangenen Geschäftsjahr bedeutet nicht nur eine deutliche Outperformance gegenüber DAX und MDAX, sondern ist verglichen mit den teilweise von Fusionsfantasien getragenen Kursbewegungen der Wettbewerber ebenfalls mehr als vorzeigbar.

Basierend auf dem Erreichten schlagen wir eine gegenüber dem Vorjahr um 50% erhöhte Dividende von 0,45 € je Aktie vor.

Wir bedanken uns auch im Namen unserer engagierten Mitarbeitenden bei Ihnen, den Aktionären und Geschäftspartnern der Salzgitter AG, für das unserem Unternehmen entgegengebrachte Vertrauen.

Mit freundlichem Gruß und herzlichem Glückauf!



Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann



Burkhard Becker



Michael Kieckbusch

Bericht des Aufsichtsrates

Das Geschäftsjahr 2017 verlief für den Konzern insgesamt erfreulich, in den einzelnen Geschäftsbereichen allerdings sehr unterschiedlich. Während die Bereiche Flachstahl und Handel von einer günstigen Marktentwicklung profitieren konnten, führten bei Grobblech / Profilstahl nicht auskömmliche Erlöse auf hart umkämpften Märkten sowie eine bilanzielle Anpassung des Anlagevermögens zu einem deutlich negativen Ergebnis. Der Bereich Mannesmann konnte sich im Vergleich zum Vorjahr trotz des Aufwands für Strukturmaßnahmen spürbar verbessern, verbuchte jedoch noch ein leicht negatives Resultat. Der Geschäftsbereich Technologie blieb hinter den Erwartungen zurück, auch infolge von Belastungen durch die Einleitung weiterer effizienzsteigernder Maßnahmen.

Konzernweit leisteten das Effizienzprogramm „FitStructure“ und erste Effekte des Wachstumsprogramms im Rahmen der Strategie „Salzgitter AG 2021“ beträchtliche Beiträge zur Ergebnisverbesserung. Ihre konsequente Umsetzung wird 2018 weiterhin im Vordergrund stehen, um auch langfristig befriedigende Ergebnisse erzielen zu können.

Die Überwachung und Beratung des Vorstandes bei der Führung der Geschäfte

Der Aufsichtsrat ließ sich im Geschäftsjahr 2017 kontinuierlich über die Lage des Konzerns und den Geschäftsverlauf berichten. In quartalsweisen schriftlichen Berichten informierte der Vorstand den Aufsichtsrat ausführlich über die Ertragslage und die aktuelle Finanz- und Vermögenslage des Konzerns sowie über die Entwicklung auf den relevanten Märkten, den Geschäftsverlauf und die Investitionen in den einzelnen Geschäftsbereichen in den bisherigen Monaten des Geschäftsjahres. Die Berichte enthielten ebenso Angaben über die Entwicklungen und Aktivitäten im Bereich Human Resources und detaillierte Einschätzungen zu den Chancen und Risiken im weiteren Jahresverlauf. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat in vier Sitzungen mündlich eingehend über die jeweils aktuelle Lage des Konzerns und der bedeutenden Konzerngesellschaften sowie über gewichtige Geschäftsvorfälle und relevante Veränderungen unterrichten lassen. Der Geschäftsverlauf im Vergleich zur Unternehmensplanung wurde uns dargestellt. Abweichungen des Verlaufs von der Planung sind uns im Einzelnen erläutert, von uns hinterfragt und diskutiert worden. Gegenstand der Sitzungen waren zudem der Stand der Umsetzung des konzernweiten Effizienzprogramms „FitStructure SZAG“ und die Fortschritte bei der Realisierung des Wachstumsprogramms „SZAG 2021“. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Aufsichtsrat auch in diesem Geschäftsjahr der Unternehmensstrategie und der Unternehmensplanung. Geschäftsvorgängen, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedurften, stimmte der Aufsichtsrat nach gründlicher Prüfung und Beratung zu. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates ließ sich darüber hinaus auch außerhalb der Sitzungen regelmäßig vom Vorsitzenden des Vorstandes über aktuelle Themen informieren.

Im Berichtsjahr trat der Aufsichtsrat im März, im Juni, im September und im Dezember jeweils zu einer Sitzung zusammen. Darüber hinaus wurden mehrere Beschlüsse im schriftlichen Verfahren gefasst. Die Teilnahmequote bei den Sitzungen betrug insgesamt 97,6 %. Zwei Aufsichtsratsmitglieder nahmen jeweils an einer Sitzung nicht teil. Der Aufsichtsrat tagte ganz überwiegend in Anwesenheit des Vorstandes, beriet sich zu Themen wie der Vorstandsvergütung und anderen Vorstandsangelegenheiten aber ohne Anwesenheit von Vorstandsmitgliedern. Regelmäßige Vorbesprechungen – zeitweise mit und zeitweise ohne Anwesenheit des Vorstands – dienten der Vorberatung der aktuellen Lage und anstehender Entscheidungen. Weder Aufsichtsrats- noch Vorstandsmitglieder zeigten dem Aufsichtsrat im Berichtsjahr Interessenkonflikte an.

Die Beratungsschwerpunkte im Aufsichtsrat

In seiner Sitzung am 23. März 2017 beschäftigte sich der Aufsichtsrat in erster Linie mit dem vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 sowie dem gemeinsamen Lagebericht für die Aktiengesellschaft und den Konzern über das Geschäftsjahr 2016. Die Vertreter des von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfers, der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, erläuterten die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung und stellten sich den Fragen der Aufsichtsratsmitglieder. Nach eingehender Prüfung der Abschlussunterlagen mit Hilfe des Berichts des Abschlussprüfers billigte der Aufsichtsrat den Jahres- und den Konzernabschluss. Des Weiteren stimmte er der vorgeschlagenen Verwendung des Bilanzgewinns zu und verabschiedete seinen Bericht an die Hauptversammlung sowie Beschlussvorschläge zu den einzelnen Gegenständen der Tagesordnung, über welche die Hauptversammlung 2017 beschließen sollte.

Darüber hinaus setzte der Aufsichtsrat den variablen Bestandteil der Vergütung der Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2016 fest und beschloss die Wiederbestellung von Herrn Michael Kieckbusch zum Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor der Gesellschaft.

In seiner Sitzung am 1. Juni 2017 befasste sich der Aufsichtsrat mit dem bisherigen Geschäftsverlauf in den ersten Monaten des Jahres 2017 in den einzelnen Geschäftsbereichen, der aktuellen Lage und den Fortschritten des Effizienz- und des Wachstumsprogramms. Zu den weiteren Beratungsgegenständen gehörten neue, den Aufsichtsrat betreffende Anforderungen des Handelsgesetzbuchs und ihn ebenfalls betreffende neue Empfehlungen im Deutschen Corporate Governance Kodex. Außerdem legte der Aufsichtsrat die Prüfungsschwerpunkte für die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2017 fest.

Schwerpunkte der Beratungen des Aufsichtsrates in seiner Sitzung am 28. September 2017 bildeten neben der Erörterung der jüngsten Geschäftsentwicklung die Unternehmensstrategie und ein großes Investitionsvorhaben im Geschäftsbereich Flachstahl. Der Aufsichtsrat diskutierte nach Vorberatung im Strategieausschuss die strategischen Aspekte, die sich aus dem Thema der zunehmenden Digitalisierung von Arbeits- und Geschäftswelt für das Unternehmen ergeben. Hinsichtlich des Investitionsvorhabens stimmte er nach gründlicher Prüfung dem von der Salzgitter Flachstahl GmbH (SZFG) geplanten Bau einer Anlage zur Feuerverzinkung von gewalzten Stahlbändern zu – einer bedeutenden Investition zur strategischen Weiterentwicklung des Konzerns. Darüber hinaus ließ sich der Aufsichtsrat vom Vorstand ausführlich über das Compliance-Management-System des Konzerns informieren.

Am 7. Dezember 2017 erläuterte der Vorstand uns die Unternehmensplanung für die Geschäftsjahre 2018 bis 2020. Dabei ging der Vorstand auch auf die vorgesehene Weiterentwicklung der Geschäftsbereiche ein. Ein weiterer Schwerpunkt der Beratungen in dieser Sitzung war ein vom Präsidium mit Hilfe externer Expertise vorbereiteter Vorschlag zur Neustrukturierung der Vorstandsvergütung. Angeregt durch eine Empfehlung im Deutschen Corporate Governance Kodex beschloss der Aufsichtsrat für künftige Anstellungsverträge eine Vergütungsstruktur, die für die variablen Vergütungsbestandteile eine mehrjährige Bemessungsgrundlage vorsieht, die im Wesentlichen zukunftsbezogen ist. Des Weiteren legte der Aufsichtsrat Ziele für seine Zusammensetzung fest, definierte ein Kompetenzprofil für den Aufsichtsrat und verabschiedete ein Diversitätskonzept für die Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat. Er befasste sich schließlich nach differenzierter Vorbereitung intensiv und mit fachkundiger externer Unterstützung mit der Effizienz seiner Arbeit auch im Vergleich mit der Arbeitspraxis in ähnlichen Unternehmen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates beurteilten die Arbeit im Plenum und in den Ausschüssen insgesamt als effizient, beschlossen aber, Möglichkeiten für weitere Verbesserungen näher zu prüfen.

Die Arbeit der Ausschüsse

Zur Vorbereitung seiner Beratungen und Entscheidungen hat der Aufsichtsrat ein Präsidium, einen Prüfungs-, einen Strategie- und einen Nominierungsausschuss gebildet.

Das Präsidium trat 2017 viermal zusammen. Zu den Themen dieser Sitzungen gehörten wichtige Fragen des Geschäftsverlaufs, Überlegungen zur Weiterentwicklung des Geschäftsbereiches Flachstahl einschließlich Investitionen und gebotene Anpassungen im Geschäftsbereich Technologie. Das Präsidium erarbeitete einen Vorschlag für eine Neustrukturierung der Vorstandsvergütung und bereitete die Umsetzung der weiteren den Aufsichtsrat betreffenden neuen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex vor.

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses kamen im Berichtszeitraum zu vier Sitzungen zusammen. Im März berieten sie die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses 2016 durch das Aufsichtsratsplenum in Anwesenheit von Vertretern des Abschlussprüfers eingehend vor und empfahlen dem Plenum, die Abschlüsse zu billigen und dem Dividendenvorschlag zuzustimmen. In dieser und auch in den Folgesitzungen befasste sich der Ausschuss sehr intensiv mit der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, insbesondere mit der Erbringung von Nichtprüfungsleistungen durch ihn, und in der März-Sitzung mit der Auswahl des Prüfers der Abschlüsse zum 31. Dezember 2017. Die Festlegung der Prüfungsschwerpunkte durch das Aufsichtsratsplenum bereitete er vor. Er ließ sich vom Vorstand das interne Kontrollsystem, das Revisionssystem und das Risikomanagement darlegen und überzeugte sich von deren Wirksamkeit. Die quartalsweise Finanzberichterstattung des Konzerns wurde vor ihrer Veröffentlichung mit dem Vorstand ausführlich erörtert.

Hinsichtlich der Pflicht des Aufsichtsrates, den erstmals für das Geschäftsjahr 2017 zu erstattenden nichtfinanziellen Bericht zu prüfen, empfahl er dem Plenum, sich dabei von einem externen Prüfer unterstützen zu lassen. Des Weiteren befasste sich das Gremium besonders mit den Maßnahmen des Unternehmens im Bereich IT-Struktur und IT-Sicherheit und mit dem Compliance-Management-System.

Der Strategieausschuss tagte 2017 einmal. Er diskutierte mit dem Vorstand ausführlich das Thema „Digitalisierung/Industrie 4.0“, diesbezügliche Gestaltungsmöglichkeiten und bereits implementierte Maßnahmen.

Der Nominierungsausschuss trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen und beriet die Nominierung von erforderlich gewordenen Nachfolgen im Aufsichtsrat. Nach dem Abschlussstichtag beschäftigte er sich intensiv mit der Auswahl geeigneter Kandidaten für die in der Hauptversammlung 2018 anstehende Neuwahl der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat. Leitlinien waren dabei die vom Aufsichtsrat festgelegten Ziele für seine Zusammensetzung und das von ihm definierte Kompetenzprofil sowie Diversitätskonzept.

Die Jahresabschluss- und Konzernabschlussprüfung

In seiner Sitzung am 15. März 2018 beschäftigte sich der Aufsichtsrat intensiv mit dem Jahresabschluss der Salzgitter AG (SZAG) und dem Konzernabschluss jeweils zum 31. Dezember 2017 sowie dem gemeinsamen Lagebericht der Aktiengesellschaft und des Konzerns über das Geschäftsjahr 2017. Zuvor hatte der von der Hauptversammlung gewählte Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, beide Abschlüsse geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Er testierte die Übereinstimmung der Bilanzierung, Bewertung und Konsolidierung im Konzernabschluss mit den International Financial Reporting Standards (IFRS). Außerdem bestätigte der Abschlussprüfer im Rahmen seiner Beurteilung des Risikofrüherkennungssystems, dass der Vorstand die nach dem Aktiengesetz geforderten Maßnahmen getroffen hat, um Risiken frühzeitig zu erkennen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Der Jahresabschluss der SZAG, der Konzernabschluss, der gemeinsame Lagebericht der Gesellschaft und des Konzerns, der Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns sowie die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers haben dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorgelegen. An der Beratung des Jahres- und des Konzernabschlusses nahmen Vertreter des Abschlussprüfers teil und erläuterten die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung.

Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses sowie des gemeinsamen Lageberichts erhob der Aufsichtsrat keine Einwendungen. Er stimmte dem Ergebnis der Prüfung seitens des Abschlussprüfers zu und billigte den Jahresabschluss sowie den Konzernabschluss. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstandes bezüglich der Verwendung des Bilanzgewinns schlossen wir uns an.

Der nichtfinanzielle Konzernbericht

Gegenstand der Aufsichtsratssitzung am 15. März 2018 war außerdem der nichtfinanzielle Konzernbericht, der für 2017 erstmals abzugeben ist. Zuvor hatte die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft diesen im Auftrag des Aufsichtsrates geprüft und folgendes Prüfungsurteil abgegeben:

„Auf der Grundlage der durchgeführten Prüfungshandlungen und der erlangten Prüfungsnachweise sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Auffassung gelangen lassen, dass der Bericht von Salzgitter für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 in allen wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den §§ 315b, 315c i. V. m. §§ 289c bis 289e HGB aufgestellt worden ist.“

Nach eigener Prüfung schloss sich der Aufsichtsrat dem Ergebnis der Prüfung durch KPMG an.

Die Veränderungen im Aufsichtsrat

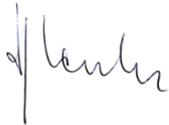
Am 1. September 2017 verstarb Herr Prof. Dr. Hannes Rehm, Vertreter der Anteilseigner. Als seinen Nachfolger bestellte das Amtsgericht Braunschweig mit Wirkung zum 24. November 2017 bis zur Beendigung der nächsten Hauptversammlung Herrn Prof. Dr. Joachim Schindler. Herr Peter-Jürgen Schneider, ebenfalls Vertreter der Anteilseigner, legte sein Mandat mit Wirkung zum 31. Dezember 2017 nieder. Zu seinem Nachfolger bestellte das Amtsgericht Braunschweig mit Wirkung zum 18. Januar 2018 bis zur Beendigung der nächsten Hauptversammlung Herrn Reinhold Hilbers. Die neu bestellten Aufsichtsratsmitglieder wurden jeweils mittels einer Einführungsveranstaltung mit der Geschäftstätigkeit des Konzerns vertraut gemacht (Onboarding).

Der Aufsichtsrat dankt Herrn Peter-Jürgen Schneider für sein mehr als vierjähriges Engagement im Aufsichtsrat, nachdem er lange Jahre als Mitglied des Vorstandes für den Konzern gewirkt hat. Besonderen Dank schuldet das Unternehmen Herrn Prof. Rehm. Er war seit dem Jahr 2000 Mitglied des Aufsichtsrates der SZAG und langjähriger Vorsitzender des Prüfungsausschusses, zudem Mitglied im Strategieausschuss und zeitweise des Präsidiums. Der Aufsichtsrat würdigt das große, mit hohem Sachverstand geleistete Engagement des Verstorbenen und die damit verbundenen Verdienste um das Unternehmen. Er hat durch seinen Einsatz die Arbeit des Aufsichtsrates maßgeblich geprägt.

Wir danken dem Vorstand sowie allen Mitarbeitern des Konzerns für die geleistete Arbeit und ihren Einsatz im Geschäftsjahr 2017.

Salzgitter, 15. März 2018

Der Aufsichtsrat



Heinz-Gerhard Wente
Vorsitzender

Corporate Governance

Erklärung zur Unternehmensführung und Bericht zur Corporate Governance

Die Unternehmensführung der Salzgitter AG (SZAG) ist darauf ausgerichtet, im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und unter Wahrung der Verantwortung für Mensch und Umwelt eine nachhaltige Entwicklung und einen langfristigen Erfolg des Unternehmens sicherzustellen. Dies basiert auf den Vorgaben des deutschen Aktiengesetzes und den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (www.dcgk.de/de). So ist es Anliegen und Verpflichtung zugleich, bei der Unternehmenstätigkeit zu jeder Zeit die bestehenden Gesetze einzuhalten, allgemein anerkannte Grundwerte im Umgang mit Menschen und Unternehmen zu achten sowie die Natur nachhaltig zu schonen.

Entsprechenserklärung 2017 zu den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat haben zu den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex am 7. Dezember 2017 gemäß § 161 Aktiengesetz erklärt:

„Bei der Salzgitter Aktiengesellschaft wurde 2017 und wird derzeit sämtlichen vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekanntgemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex entsprochen mit Ausnahme der seit 2017 neuen Empfehlung, dass die mehrjährige Bemessungsgrundlage der variablen Vergütungsbestandteile der Vorstandsvergütung im Wesentlichen zukunftsbezogen sein soll (Ziffer 4.2.3 Absatz 2 Satz 3 DCGK).

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 7. Dezember 2017 beschlossen, die mehrjährige Bemessungsgrundlage, die sich bisher jeweils auf den Erfolg in den letzten fünf Geschäftsjahren bezog, bei neuen Anstellungsverträgen oder Vertragsverlängerungen auf einen Erfolgsplan umzustellen, der auf die jeweils nächsten vier Jahre bezogen ist.“

Ethische Standards der SZAG

Über die gesetzlichen Anforderungen an die Unternehmensführung und die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex hinaus haben wir für unseren Konzern das Leitbild „YOUNITED“ erarbeitet. Mitarbeiter aller Konzerngesellschaften und Hierarchieebenen definierten dabei unter anderem eine gemeinsame Wertebasis. Sie umfasst Werte wie Zuverlässigkeit, Fairness und Nachhaltigkeit. Das Leitbild finden Sie im Internet unter www.salzgitter-ag.com/de/konzern/leitbild-younited.

Außerdem hat der Vorstand allen Mitarbeitern des Konzerns eine Reihe klarer Verhaltensgrundsätze in Form eines Verhaltenskodex vorgegeben, an dem sie ihre Tätigkeit ausrichten haben. Dazu gehören die Einhaltung von Recht und Gesetz, das Bekenntnis zu fairem und lauterem Wettbewerb und die Ablehnung jeglicher Korruption. Er dient zudem einer vertrauensvollen Zusammenarbeit sowie einem ehrlichen Umgang der Mitarbeiter untereinander und mit Geschäftspartnern. Der Verhaltenskodex ist ebenfalls auf unserer Internetseite unter www.salzgitter-ag.com/de/corporate-responsibility/ zugänglich.

Die Aktionäre der SZAG

Die Aktionäre üben ihre Rechte grundsätzlich in den Hauptversammlungen aus. Jeder Aktionär der SZAG ist berechtigt, an der mindestens einmal jährlich stattfindenden Hauptversammlung teilzunehmen, dort das Wort zu Tagesordnungspunkten zu ergreifen, sachbezogene Fragen und Anträge zu stellen und sein Stimmrecht auszuüben. Grundlegende Unternehmensentscheidungen wie Satzungsänderungen, die Verwendung des jährlichen Bilanzgewinns, die Wahl der Aktionärsvertreter im Aufsichtsrat, die Erhöhung oder Herabsetzung des Kapitals oder die Wahl des jährlichen Abschlussprüfers sind der Hauptversammlung vorbehalten. Diese legt auch die Vergütung des Aufsichtsrates fest. Wir ermöglichen es unseren Aktionären, ihr Stimmrecht wahrzunehmen, ohne selbst an der Hauptversammlung teilnehmen zu müssen: Sie können einen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft bevollmächtigen und ihn anweisen, wie er ihr Stimmrecht ausüben soll.

Die Ergebnisse der Hauptversammlung 2017 finden Sie im Internet unter: www.salzgitter-ag.com/de/investor-relations/hauptversammlung

Der Vorstand der SZAG

Der Vorstand führt die Gesellschaft gemäß dem Aktiengesetz eigenverantwortlich. In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat bestimmt er die strategische Ausrichtung und die Weiterentwicklung des Unternehmens. Hierbei ist er an das Unternehmensinteresse gebunden. Innerhalb des Gesellschaftszwecks strebt er eine möglichst hohe Verzinsung des eingesetzten Kapitals an. Der Aufsichtsrat hat festgelegt, dass bestimmte Arten von Geschäften nur mit seiner Zustimmung vorgenommen werden dürfen.

Der Vorstand besteht derzeit aus drei Mitgliedern – dem Vorstandsvorsitzenden, dem Finanzvorstand und dem Personalvorstand. Der Aufsichtsrat hat jedem Vorstandsmitglied ein Ressort mit definierten Fachbereichen zugewiesen und bestimmt, für welche Entscheidungen alle Vorstandsmitglieder gemeinsam zuständig sind. Die Führung der fünf Geschäftsbereiche des Konzerns obliegt allen gemeinsam. Dabei steht ihnen eine Konzerngeschäftsführung zur Seite. Mitglieder dieses Gremiums sind die drei Vorstandsmitglieder und aus jedem der fünf Geschäftsbereiche ein Geschäftsführer, der die Aktivitäten seines Bereiches koordiniert (Geschäftsbereichsleiter).

Die Vorstandsmitglieder haften gegenüber der Gesellschaft für etwaige Pflichtverletzungen. Die Haftpflichtversicherung der Gesellschaft (D&O-Versicherung) sieht einen angemessenen, den gesetzlichen Vorgaben entsprechenden Selbstbehalt vor.

Diversitätskonzept für die Zusammensetzung des Vorstandes der SZAG

Der Aufsichtsrat achtet bei der Bestellung von Vorstandsmitgliedern darauf, dass

- das zu bestellende Mitglied über die persönlichen und fachlichen Kompetenzen verfügt, die für eine qualifizierte und verantwortungsgerechte Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich sind; dazu gehören zum einen die für die Leitung des zu besetzenden Vorstandsressorts erforderlichen spezifischen Kompetenzen und zum anderen die für die Teilhabe an der Leitung von Gesellschaft und Konzern durch das Gesamtgremium Vorstand erforderlichen Kompetenzen zur Unternehmensführung,
- neben deren Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz möglichst auch hinsichtlich des Lebensalters zum einen eine mehrjährige Tätigkeit für das Unternehmen möglich ist, um Kontinuität und Nachhaltigkeit in der Unternehmensführung zu fördern, und zum anderen sowohl jüngere Persönlichkeiten im Vorstand vertreten sind, die neueren Fachkenntnissen und Führungsmethoden noch näher stehen, als auch ältere Persönlichkeiten im Vorstand vertreten sind, die über größere Berufs-, Lebens- und Führungserfahrung verfügen,
- bei gleicher Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz möglichst sowohl weibliche als auch männliche Persönlichkeiten im Vorstand vertreten sind, wobei der Aufsichtsrat bis zum 30. Juni 2022 im Fall einer künftig erforderlichen Nachbesetzung einen Frauenanteil von mindestens 30% anstrebt,
- sich unter den Vorstandsmitgliedern neben deren Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz möglichst auch solche mit verschiedenen Bildungshintergründen – unter anderem technische, kaufmännische, juristische und andere geisteswissenschaftliche Ausbildungen – befinden.

Das Konzept soll hinsichtlich der Zusammensetzung des Vorstandes unter Berücksichtigung der unternehmensspezifischen Anforderungen neben der Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz für die einzelnen Vorstandsressorts durch eine größtmögliche Vielfalt zu einer qualifizierten und verantwortungsgerechten Wahrnehmung der Leitungsaufgabe des Gesamtgremiums Vorstand beitragen.

Der Aufsichtsrat setzt das Diversitätskonzept für die Zusammensetzung des Vorstandes um, indem er bei der Auswahl von zu bestellenden Vorstandsmitgliedern die in diesem Konzept enthaltenen Diversitätsaspekte so weit wie möglich berücksichtigt. Die Suche nach geeigneten Personen obliegt dem Präsidium des Aufsichtsrates. Dieses bedient sich dabei verschiedener Hilfsmittel.

Das Diversitätskonzept für die Zusammensetzung des Vorstandes ist so weit wie möglich umgesetzt.

Arbeitsweise des Vorstandes

Der Vorstand berät und beschließt in regelmäßigen Sitzungen und Telefonkonferenzen. Er hat derzeit keine ständigen Ausschüsse gebildet.

Zur Führung und Kontrolle der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften bedient er sich folgender Instrumente, wobei er auch die Konzerngeschäftsleitung hinzuzieht:

- Regelung der Berichtspflichten und Genehmigungsvorbehalte in Konzernrichtlinien sowie Statuten der Konzerngesellschaften für einzelne Sachbereiche,
- Definieren der Führungsgrundsätze des Konzerns in der Richtlinie „Führung und Organisation“,
- Verpflichtung aller Konzerngesellschaften zu einer jährlichen Absatz- und Umsatzplanung, Investitions-, Finanz- und Personalplanung,
- regelmäßige unterjährige Erfolgskontrolle aller Konzerngesellschaften, je nach Bedarf Ergreifen von Steuerungsmaßnahmen,
- regelmäßige Prüfungen und anlassbezogene Sonderprüfungen durch eine interne Revision,
- Betreiben eines konzernweiten Überwachungssystems zur Risikofrüherkennung sowie eines Risikomanagementsystems und
- Vereinbaren der Ziele und Festlegen eines erfolgsorientierten Vergütungsanteils für die Geschäftsführer und leitenden Angestellten der Konzerngesellschaften.

Der Aufsichtsrat der SZAG

Kernaufgabe des Aufsichtsrates ist es, die Vorstandsmitglieder zu bestellen und den Vorstand bei der Geschäftsführung zu beraten und zu überwachen. Bestimmte grundlegende Entscheidungen dürfen gemäß dem Gesetz nur mit seiner Zustimmung getroffen werden. Er hat festgelegt, dass zusätzlich bestimmte Arten von Geschäften seine Zustimmung benötigen. Die Aufsichtsratsmitglieder haften gegenüber der Gesellschaft für etwaige Pflichtverletzungen. Die Haftpflichtversicherung der Gesellschaft (D&O-Versicherung) sieht einen angemessenen, der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex entsprechenden Selbstbehalt vor.

Zusammensetzung des Aufsichtsrates der SZAG

Der Aufsichtsrat besteht aus 21 Mitgliedern, davon zehn Aktionärs- und zehn Arbeitnehmervertreter sowie ein weiteres Mitglied. Diese Zusammensetzung ist in den Vorschriften des für die Gesellschaft maßgebenden Mitbestimmungsergänzungsgesetzes in Verbindung mit § 7 ihrer Satzung festgelegt.

Ziele für die Zusammensetzung und Kompetenzprofil des Aufsichtsrates der SZAG

Der Aufsichtsrat hält eine Zahl von mindestens sechs Anteilseignervertretern im Aufsichtsrat für angemessen. Mindestens folgende Anteilseignervertreter sind nach Einschätzung des Aufsichtsrates als unabhängig im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex einzustufen: Dr. rer. pol. Thea Dückert, Karl Ehlerding, Roland Flach, Prof. Dr. Jürgen Hesselbach, Dr. Dieter Köster, Prof. Dr. Joachim Schindler, Prof. Dr. phil. Dr.-Ing. Birgit Spanner-Ulmer und Heinz-Gerhard Wente. Darüber hinaus schätzt der Aufsichtsrat Dr. Werner Tegmeier – weiteres Mitglied des Aufsichtsrates gemäß Mitbestimmungsergänzungsgesetz – als unabhängig ein.

Als wesentliche weitere Ziele für seine Zusammensetzung und als Kompetenzprofil hat der Aufsichtsrat festgelegt: Die Mitglieder sollen neben den gesetzlichen persönlichen Anforderungen an Aufsichtsratsmitglieder aufgrund verschiedener fachlicher Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen sowie ihrer persönlichen Eignung in der Gesamtheit die zur Wahrnehmung der Aufgaben erforderliche fachliche und persönliche Kompetenz aufweisen. Sie müssen in ihrer Gesamtheit mit den Sektoren Stahl und Maschinen-/Anlagenbau vertraut sein. Unter den Mitgliedern sollen Personen mit technischem Sachverstand, mit Erfahrungen in der Unternehmensführung und der Entwicklung von Unternehmensstrategien, mit Kenntnissen von Finanzinstrumenten sowie möglichst mit Erfahrungen im Auslandsgeschäft sein. Mindestens ein Mitglied muss über besonderen Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Ebenso soll mindestens ein Mitglied besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren aufweisen. Die Ziele und das Kompetenzprofil sind nach Einschätzung des Aufsichtsrates mit der derzeitigen Zusammensetzung des Aufsichtsrates erfüllt.

Diversitätskonzept für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der SZAG

Der Aufsichtsrat achtet bei der Auswahl der Kandidaten für seine Vorschläge an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern darauf, dass

- die für eine qualifizierte und verantwortungsgerechte Wahrnehmung der Aufgaben des Aufsichtsrates – im Wesentlichen die Bestellung der Vorstandsmitglieder, die Überwachung der Geschäftsführung durch den Vorstand sowie die Prüfung der jährlichen Jahresabschlüsse und Lageberichte – erforderlichen persönlichen und verschiedenen fachlichen Kompetenzen im Gesamtgremium vertreten sind; dazu gehören im Hinblick auf die Branchen, in denen die Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns tätig sind, und im Hinblick auf die Führungsaufgaben der SZAG insbesondere technischer Sachverstand, Erfahrung in der Unternehmensführung und der Entwicklung von Unternehmensstrategien, Kenntnisse von Finanzinstrumenten und Erfahrungen im Auslandsgeschäft,
- neben deren Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz sowohl jüngere, im Berufsleben stehende Persönlichkeiten als auch ältere, berufs- und lebenserfahrenere Persönlichkeiten im Aufsichtsrat vertreten sind,
- neben deren Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz weibliche wie auch männliche Persönlichkeiten im Aufsichtsrat vertreten sind, wobei das Gesamtgremium des Aufsichtsrates sich nach gesetzlicher Vorgabe zu mindestens 30% aus Frauen und zu mindestens 30% aus Männern zusammensetzen hat,
- sich unter den Persönlichkeiten neben deren Eignung nach persönlicher und fachlicher Kompetenz möglichst auch solche mit verschiedenen Bildungshintergründen – unter anderem technische, kaufmännische, juristische und andere geisteswissenschaftliche Ausbildungen – und mit verschiedenen Berufshintergründen – unter anderem Angehörige technischer, kaufmännischer und geisteswissenschaftlicher Berufe – befinden.

Das Diversitätskonzept soll hinsichtlich der Zusammensetzung des Aufsichtsrates unter Berücksichtigung der unternehmensspezifischen Anforderungen durch eine größtmögliche Vielfalt in Bezug auf die im Gremium vertretenen fachlichen und persönlichen Kompetenzen, die Bildungs- und Berufshintergründe sowie unterschiedliche Beurteilungsaspekte aufgrund des Lebensalters und des Geschlechts zu einer qualifizierten und verantwortungsgerechten Wahrnehmung der Aufgaben des Gesamtgremiums Aufsichtsrat beitragen.

Der Aufsichtsrat wirkt darauf hin, das Diversitätskonzept für seine Zusammensetzung umzusetzen, indem er bei Vorschlägen zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern die in seinem Konzept enthaltenen Diversitätsaspekte neben den anderen zu berücksichtigenden Gesichtspunkten durch die Auswahl entsprechender Kandidaten so weit wie möglich berücksichtigt. Die Suche nach geeigneten Kandidaten und deren Vorauswahl obliegt dem Nominierungsausschuss des Aufsichtsrates. Dieser bedient sich dabei verschiedener Hilfsmittel. Die letztendliche Entscheidung über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates obliegt den Aktionären der SZAG in der Hauptversammlung.

Das Diversitätskonzept für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates ist so weit wie möglich umgesetzt.

Arbeitsweise des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat tritt mindestens viermal pro Jahr zu Sitzungen zusammen, in denen er sich ausführlich durch den Vorstand berichten lässt und mit ihm gemeinsam die Geschäftsentwicklung sowie die Lage der Gesellschaft berät. Ihm gehen außerdem periodisch schriftliche Berichte des Vorstandes über den Geschäftsverlauf und den Unternehmenserfolg zu.

Der Aufsichtsrat nutzt bei der Erfüllung seiner Beratungs- und Überwachungsfunktion insbesondere folgende Instrumente:

- Festlegen der Geschäftsverteilung im Vorstand mit klarer Zuweisung der Sachgebiete,
- Verpflichtung des Vorstandes zu regelmäßiger, zeitnaher und umfassender Berichterstattung an den Aufsichtsrat,
- regelmäßiges Erörtern der Planung, der Geschäftsentwicklung und der Strategie mit dem Vorstand,
- Festlegen der Arten von Geschäften und Maßnahmen des Vorstandes, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen,
- Verpflichtung des Vorstandes, jährlich eine längerfristige Unternehmensplanung vorzulegen und über die Durchführung der vorangegangenen Planung zu berichten, sowie
- Vereinbaren variabler Vergütungskomponenten für die Vorstandsmitglieder, orientiert am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens und an der Gesamtperformance des jeweiligen Vorstandsmitglieds.

Arbeitsweise der Ausschüsse des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat zur Vorbereitung seiner Beratungen und Beschlüsse derzeit vier ständige Ausschüsse gebildet:

Das Präsidium bereitet die Bestellung der Vorstandsmitglieder vor und entscheidet anstelle des Aufsichtsratsplenums über zustimmungsbedürftige Geschäftsführungsmaßnahmen, wenn diese eilen.

Der Prüfungsausschuss befasst sich vor allem mit:

- den unterjährigen Finanzberichten und der Überwachung der Abschlussprüfung, hier hauptsächlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagements,
- der Einhaltung unternehmensrelevanter Vorschriften (Corporate Compliance) und
- der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer und der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten.

Er tritt mindestens viermal jährlich zusammen und lässt sich vom Vorstand schriftlich wie mündlich zu einzelnen Beratungsgegenständen berichten sowie von den Vertretern des Abschlussprüfers dessen Berichte über die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses erläutern.

Der Strategieausschuss berät bei Bedarf mit dem Vorstand vertiefend über die Strategie des Unternehmens.

Der Nominierungsausschuss, der ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt ist, empfiehlt dem Aufsichtsrat geeignete Kandidaten für dessen Vorschläge gegenüber der Hauptversammlung zur Wahl der Anteilseignervertreter in den Aufsichtsrat.

Die Mitglieder der Ausschüsse sind im Abschnitt Konzernlagebericht unter „Leitung und Kontrolle/Ausschüsse des Aufsichtsrates“ namentlich aufgeführt.

Corporate Compliance

Der Vorstand sorgt für die Einhaltung der bei der Unternehmenstätigkeit relevanten gesetzlichen Bestimmungen und unternehmensinternen Richtlinien und wirkt unter anderem durch folgende Maßnahmen auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen hin (Compliance-Management-System):

- Herausgabe eines für alle Mitarbeiter verbindlichen Verhaltenskodex, in dem der Vorstand sich ausdrücklich zu der Verpflichtung bekennt, alle Gesetze jederzeit und überall einzuhalten,
- Erlass einer Konzernrichtlinie „Corporate Compliance“, die Verantwortlichkeiten und organisatorische Pflichten vorschreibt sowie allen Konzernunternehmen und ihren Beschäftigten in Form von Leitfäden vertiefende Darstellungen und Hinweise für gesetzestreu Verhalten und das Erfüllen ihrer Compliance-Pflichten in besonders sensiblen Rechtsgebieten an die Hand gibt, etwa die Leitlinien zur Vermeidung von Korruptionsstraftaten, zum Verhalten im Wettbewerb oder die Informationen zum Insiderrecht,
- Einräumung einer Möglichkeit für die Beschäftigten, geschützt Hinweise auf Rechtsverstöße im Unternehmen zu geben,
- Einrichtung eines Compliance-Komitees als Plattform für den Austausch und die Diskussion aktueller Compliance-Fragestellungen und zur gemeinsamen Meinungs- und Entscheidungsfindung, etwa zu Änderungen in der Compliance-Struktur oder der Umsetzung spezieller Compliance-Maßnahmen,
- Durchführung regelmäßiger Compliance-Schulungen, um das Bewusstsein der Führungskräfte und Mitarbeiter für die Beachtung bestehender Normen zu schärfen, Gefahrenpotenziale aufzuzeigen und geeignete Verhaltensweisen zu empfehlen,
- regelmäßige Analyse der Compliance-Risiken im Konzern.

Zielgrößen für den Frauenanteil in Führungsebenen

Der Vorstand hat 2017 für den Frauenanteil in der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstandes eine Zielgröße von 13% und für diejenigen in der zweiten Führungsebene unterhalb des Vorstandes von 20% festgelegt. Diese Quoten sollen bis 30. Juni 2022 erreicht werden.

Für die erste Zielerreichungsperiode bis zum 30. Juni 2017 hatte der Vorstand für die erste Führungsebene eine Zielgröße von 19 % und für die zweite Führungsebene von 17 % festgelegt. Am 30. Juni 2017 lag der Anteil weiblicher Führungskräfte auf der ersten Führungsebene bei 13 %, auf der zweiten Führungsebene bei 20 %. Das Zurückbleiben hinter dem Zielwert in der ersten Führungsebene ist auf stichtagsbezogene Vakanzen sowie zwischenzeitlich veränderte interne Berichtswege und die damit einhergehenden Zuordnungen zu Führungsebenen zurückzuführen. In der zweiten Führungsebene konnte der angestrebte Zielwert übertroffen werden.

Der Aufsichtsrat beschloss 2017, im Vorstand, der zu diesem Zeitpunkt aus drei männlichen Personen bestand, bis zum 30. Juni 2022 für den Fall einer künftig erforderlich werdenden Nachbesetzung einen Frauenanteil von 30% anzustreben. Der bis zum 30. Juni 2017 angestrebte Frauenanteil im Vorstand war nicht zu erreichen, da eine Nachbesetzung nicht erforderlich wurde.

Das gesetzliche Gebot für den Mindestanteil im Aufsichtsrat wurde während des Geschäftsjahres eingehalten.

Transparenz des Unternehmens

Die SZAG veröffentlicht jährlich einen Geschäftsbericht und stellt im Jahresverlauf quartalsweise verkürzt den Geschäftsverlauf dar. Dadurch werden die Aktionäre zeitnah über die Lage der Gesellschaft informiert. Die Veröffentlichungstermine kündigen wir in einem Finanzkalender an, der jeweils mit ausreichendem Vorlauf für das kommende Geschäftsjahr auf unserer Website veröffentlicht wird: www.salzgitter-ag.com/de/investor-relations/service/termine/. Der Vorstand erläutert außerdem die Ergebnisse eines jeden abgelaufenen Geschäftsjahres unverzüglich, nachdem der Aufsichtsrat den Jahresabschluss festgestellt hat, in einer Bilanzpressekonferenz, von der die Medien berichten.

Ferner veranstalten wir für Analysten und institutionelle Anleger regelmäßig Analystenkonferenzen in Frankfurt am Main und London. Schließlich unterrichtet der Vorstand die Öffentlichkeit mittels Presse- und Ad-hoc-Mitteilungen über besondere Ereignisse. Sämtliche Berichte und Mitteilungen sind auf der Internetseite der Gesellschaft www.salzgitter-ag.com in deutscher und englischer Sprache nachzulesen.

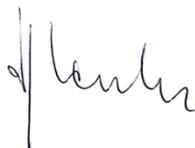
Salzgitter, 15. März 2018

Der Vorstand



Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann
Vorsitzender

Der Aufsichtsrat



Heinz-Gerhard Wente
Vorsitzender

Lagebericht

Konzernlagebericht und Lagebericht, zusammengefasst

Grundlagen des Konzerns

- 16 I. Unternehmen und Organisation**
 - 16 1. Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit
 - 17 2. Leitung und Kontrolle
 - 26 3. Erklärung zur Unternehmensführung
 - 27 4. Mitarbeiter
 - 28 5. Forschung und Entwicklung
-

30 II. Finanzielles Steuerungssystem

Wirtschaftsbericht

- 33 III. Überblick über den Geschäftsverlauf**
 - 33 1. Globale wirtschaftliche Rahmenbedingungen
 - 33 2. Gesamtaussage des Vorstandes zur wirtschaftlichen Lage
 - 34 3. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Rahmenbedingungen
der Geschäftsbereiche
 - 46 4. Vergleich des tatsächlichen mit dem prognostizierten
Geschäftsverlauf
-

- 48 IV. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**
 - 48 1. Ertragslage des Konzerns
 - 53 2. Finanz- und Vermögenslage
 - 58 3. Jahresabschluss der Salzgitter AG
-

- 62 V. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht**
- 62 1. Chancen- und Risikomanagementsystem
- 64 2. Einzelrisiken
- 71 3. Gesamtaussage zur Risikosituation des Konzerns
- 73 4. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im folgenden
Geschäftsjahr
- 75 5. Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung
des Konzerns

I. Unternehmen und Organisation

1. Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit

Der Salzgitter-Konzern zählt mit mehr als 7 Mio. t Rohstahlkapazität, über 25.000 Mitarbeitern sowie 9 Mrd. € Außenumsatz im Jahr 2017 zu den führenden Stahl- und Technologiekonzernen Europas. Weltweit gehören über 150 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften zum Salzgitter-Konzern.

Unsere Kernkompetenzen sind die Herstellung und Weiterverarbeitung von Walzstahl- und Röhrenerzeugnissen sowie der Handel mit diesen Produkten. Zudem sind wir erfolgreich im Sondermaschinen- und Anlagenbau tätig.

Unter Führung der Salzgitter AG (SZAG) als Holding ist der Konzern in die fünf Geschäftsbereiche Flachstahl, Grobblech / Profilstahl, Mannesmann, Handel und Technologie aufgegliedert. Beteiligungen wie die am führenden europäischen Kupferproduzenten Aurubis AG (NAAG) und unsere überwiegend konzernintern tätigen Dienstleistungsgesellschaften werden unter „Industrielle Beteiligungen / Konsolidierung“ zusammengefasst. Weitere Informationen finden Sie im Kapitel „Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Geschäftsbereiche“.

Alle wesentlichen Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns bündelt die Zwischenholding Salzgitter Klöckner-Werke GmbH (SKWG). Auf diese Weise können wir ein zentrales und uneingeschränktes Finanzmanagement für den Konzern durchführen. Die SZAG steuert über die Zwischenholding Salzgitter Mannesmann GmbH (SMG) die SKWG und sämtliche Beteiligungen als Management-Holding, wobei der Vorstand der SZAG mit dem Vorstand der SMG sowie der Geschäftsführung der SKWG personenidentisch ist. Die Leitung und Kontrolle des Konzerns werden somit von den verantwortlichen Organen der SZAG (Vorstand, Aufsichtsrat) wahrgenommen. Die Aktivitäten der Geschäftsbereiche koordinieren Geschäftsbereichsleiter, die in Personalunion auch operative Geschäftsführer einer großen Gesellschaft ihres Bereiches sind. Vorstand und Geschäftsbereichsleiter bilden die Konzerngeschäftsführung. So wird sichergestellt, dass die Tätigkeiten der Gesellschaften bereichsübergreifend, aber zugleich nah am operativen Geschäft geführt und gesteuert werden.

2. Leitung und Kontrolle

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstandes der Salzgitter AG (SZAG) werden vom Aufsichtsrat bestellt; er kann die Bestellung widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft, leitet sie und führt ihre Geschäfte in eigener Verantwortung. Einschränkend ist festgelegt worden, dass bestimmte Arten von Geschäften nur mit Genehmigung des Aufsichtsrates vorgenommen werden dürfen. Die Hauptversammlung kann über Fragen der Geschäftsführung nur dann entscheiden, wenn der Vorstand es verlangt.

Dem Vorstand der SZAG gehörten im Geschäftsjahr 2017 nachfolgend aufgeführte Mitglieder an mit folgenden Mitgliedschaften in (a) gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und (b) vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen (Stand 26. Februar 2018):

Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann

Vorsitzender

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a)
 - Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH, Duisburg (Vorsitzender)
 - Ilseburger Grobblech GmbH, Ilseburg (Vorsitzender)
 - KHS GmbH, Dortmund (Vorsitzender)
 - Mannesmann Precision Tubes GmbH, Mülheim an der Ruhr (ehemals Salzgitter Mannesmann Precision GmbH), (Vorsitzender)
 - Mannesmannröhren-Werke GmbH, Mülheim an der Ruhr (Vorsitzender), bis 21. Dezember 2017
 - Peiner Träger GmbH, Peine (Vorsitzender)
 - Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter (Vorsitzender)
 - Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH, Mülheim an der Ruhr (Vorsitzender)
 - Salzgitter Mannesmann Handel GmbH, Düsseldorf (Vorsitzender)
- b)
 - Ilseburger Grobblech GmbH, Ilseburg, und Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH, Mülheim an der Ruhr (gemeinsamer Beirat, Vorsitzender)

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a)
 - Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig, Braunschweig
 - Öffentliche Sachversicherung Braunschweig, Braunschweig
 - TÜV Nord AG, Hannover

Börsennotierte Unternehmen:

- a)
 - Aurubis AG, Hamburg (Vorsitzender)

Burkhard Becker

Finanzen

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a)
 - EUROPIPE GmbH, Mülheim an der Ruhr
 - KHS GmbH, Dortmund, bis 31. Oktober 2017
 - Mannesmann Precision Tubes GmbH, Mülheim an der Ruhr (ehemals Salzgitter Mannesmann Precision GmbH)
 - Mannesmannröhren-Werke GmbH, Mülheim an der Ruhr, bis 21. Dezember 2017
 - Peiner Träger GmbH, Peine
 - Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter, seit 1. April 2017
 - Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH, Mülheim an der Ruhr, bis 21. Juni 2017
 - Salzgitter Mannesmann Handel GmbH, Düsseldorf
- b)
 - Ilseburger Grobblech GmbH, Ilseburg, und Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH, Mülheim an der Ruhr (gemeinsamer Beirat)
 - KHS Indústria de Máquinas Ltda., São Paulo, Brasilien (Beirat)

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a)
 - Nord/LB Asset Management AG, Hannover

Börsennotierte Unternehmen:

- a)
 - Aurubis AG, Hamburg

Michael Kieckbusch

Personal

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ■ KHS GmbH, Dortmund
- Mannesmann Precision Tubes GmbH, Mülheim an der Ruhr, seit 6. Juni 2017 (ehemals Salzgitter Mannesmann Precision GmbH)
 - Mannesmannröhren-Werke GmbH, Mülheim an der Ruhr, bis 21. Dezember 2017
 - Peiner Träger GmbH, Peine
 - Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter
 - Salzgitter Mannesmann Handel GmbH, Düsseldorf
 - Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter GmbH, Salzgitter (Vorsitzender)
- b) ■ Hansaport Hafenbetriebsgesellschaft mbH, Hamburg (Aufsichtsrat, Vorsitzender)
- Ilseburger Grobblech GmbH, Ilseburg, und Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH, Mülheim an der Ruhr (gemeinsamer Beirat)

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- b) ■ Allianz für die Region GmbH, Braunschweig (Aufsichtsrat)
- Industriepark Salzgitter-Watenstedt Entwicklungs-GmbH, Salzgitter (Aufsichtsrat, stellvertretender Vorsitzender)
 - Wohnungsbaugesellschaft mbH Salzgitter, Salzgitter (Aufsichtsrat)

Konzerngeschäftsleitung

Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann

Vorsitzender

Burkhard Becker

Finanzen

Ulrich Grethe

Geschäftsbereich Flachstahl

Michael Kieckbusch

Personal

Prof. Dr.-Ing. Matthias Niemeyer

Geschäftsbereich Technologie, bis 31. Oktober 2017

Dr.-Ing. Roger Schlim

Geschäftsbereich Grobblech / Profilstahl

Volker Schult

Geschäftsbereich Handel

Clemens Stewing

Geschäftsbereich Mannesmann

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat der SZAG gehörten im Geschäftsjahr 2017 nachfolgend aufgeführte Mitglieder an mit folgenden Mitgliedschaften in (a) anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und (b) vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen (Stand 26. Februar 2018):

Heinz-Gerhard Wente

Vorsitzender

Mitglied des Vorstandes der Continental AG i. R.,
Hannover

- keine Mitgliedschaft in anderen Gremien

Dr. Hans-Jürgen Urban

Stellvertretender Vorsitzender

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der
Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt am Main
Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter
(stellvertretender Vorsitzender)

Konrad Ackermann

Gesamtbetriebsratsvorsitzender der KHS GmbH,
Dortmund

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ KHS GmbH, Dortmund

Ulrike Brouzi

Mitglied des Vorstandes Norddeutsche Landesbank
Girozentrale, Hannover

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a) ▪ NORD/LB Asset Management AG, Hannover
(stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende)
- b) ▪ NORD/LB Luxembourg S. A. Covered Bond Bank,
Luxembourg (Aufsichtsrat)

Annelie Buntenbach

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des
Bundesvorstandes des Deutschen
Gewerkschaftsbundes (DGB), Berlin

- keine Mitgliedschaft in anderen Gremien

Hasan Cakir

Vorsitzender des Konzernbetriebsrats der
Salzgitter AG, Salzgitter

Betriebsratsvorsitzender der Salzgitter
Flachstahl GmbH, Salzgitter

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter

Ulrich Dickert

Betriebsratsvorsitzender der
Salzgitter Mannesmann Stainless Tubes
Deutschland GmbH, Remscheid

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ Mannesmannröhren-Werke GmbH,
Mülheim an der Ruhr, bis 21. Dezember 2017

Tina Dreßen

Teamleiterin Warehousing Business Credit Management,
Abt. Finanzen, Salzgitter Mannesmann Handel GmbH,
Düsseldorf

Stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der
Salzgitter Mannesmann Handel GmbH, Düsseldorf, und
Salzgitter Mannesmann International GmbH, Düsseldorf
Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ Salzgitter Mannesmann Handel GmbH,
Düsseldorf, seit 1. März 2017

Dr. Thea Dücker

Ehem. Mitglied des Bundestages

Mitglied des Nationalen Normenkontrollrats der
Bundesregierung, Berlin

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- b) ▪ Norddeutscher Rundfunk, Hamburg
(Verwaltungsrat)

Karl Ehlerding

Geschäftsführer der KG Erste „Hohe Brücke 1“
Verwaltungs-GmbH & Co., Hamburg

Börsennotierte Unternehmen

- a) ▪ Elbstein AG, Hamburg
- MATERNUS-Kliniken AG, Berlin
- WCM Beteiligungs- und Grundbesitz-AG,
Frankfurt am Main

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ KHS GmbH, Dortmund
- Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:*
- a) ▪ Godewind AG, Hamburg, seit 23. November 2017

Roland Flach

Vorsitzender des Vorstandes der Klöckner-Werke AG i. R.,
Duisburg

Vorsitzender des Vorstandes der KHS AG i. R., Dortmund

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ KHS GmbH, Dortmund

Gabriele Handke

Stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der
Peiner Träger GmbH, Peine

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a) ▪ Peiner Träger GmbH, Peine

Prof. Dr.-Ing. Dr. h. c. Jürgen Hesselbach

Präsident der Technischen Universität
Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig i. R., Braunschweig

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a)
 - Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig, Braunschweig
 - Öffentliche Sachversicherung Braunschweig, Braunschweig

Reinhold Hilbers

seit 18. Januar 2018

Finanzminister des Landes Niedersachsen

(seit 22. November 2017)

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a)
 - Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover (Vorsitzender)
 - Deutsche Messe AG, Hannover
 - Bentheimer Eisenbahn AG (Vorsitzender)
- b)
 - Kreissparkasse Grafschaft Bentheim (Verwaltungsrat)
 - KfW-Bankengruppe (Verwaltungsrat)

Ulrich Kimpel

Betriebsratsvorsitzender der Hüttenwerke Krupp
Mannesmann GmbH, Duisburg

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a)
 - Mannesmann Precision Tubes GmbH, Mülheim an der Ruhr, seit 6. Juni 2017 (ehemals Salzgitter Mannesmann Precision GmbH)
 - Mannesmannröhren-Werke GmbH, Mülheim an der Ruhr, bis 21. Dezember 2017

Dr. Dieter Köster

Geschäftsführender Gesellschafter der

HomeStead GmbH & Co. KG, Osnabrück

Vorsitzender des Vorstandes der Köster Holding AG i. R., Osnabrück

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a)
 - Köster Holding AG, Osnabrück (Vorsitzender)
 - Klinikum Osnabrück GmbH, Osnabrück

Bernd Lauenroth

Gewerkschaftssekretär des Vorstandes der

Industriegewerkschaft Metall, Zweigbüro Düsseldorf

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a)
 - Georgsmarienhütte Holding GmbH, Georgsmarienhütte
 - Aluminium Norf GmbH, Neuss
 - Hydro Aluminium Rolled Products GmbH, Grevenbroich (stellvertretender Vorsitzender)
 - Hydro Aluminium Deutschland GmbH, Grevenbroich (stellvertretender Vorsitzender)

Volker Mittelstädt

Betriebsratsvorsitzender der Ilsenburger Grobblech
GmbH, Ilsenburg

Nicht börsennotierte konsolidierte Unternehmen:

- a)
 - Ilsenburger Grobblech GmbH, Ilsenburg (stellvertretender Vorsitzender)
- b)
 - Ilsenburger Grobblech GmbH, Ilsenburg, und Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH, Mülheim an der Ruhr (gemeinsamer Beirat)

Prof. Dr. Hannes Rehm

bis 1. September 2017

Vorsitzender des Vorstandes Norddeutsche

Landesbank Girozentrale i. R., Hannover

Geschäftsführer der Nord-Ostdeutschen

Bankbeteiligungs GmbH, Hannover

- keine Mitgliedschaft in anderen Gremien

Prof. Dr. Joachim Schindler

seit 24. November 2017

Freiberuflicher Wirtschaftsprüfer

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a)
 - CORE SE, Berlin (Vorsitzender)
 - Medizinische Hochschule Brandenburg CAMPUS GmbH, Neuruppin (stellvertretender Vorsitzender)
 - Zoologischer Garten Berlin AG, Berlin

Börsennotierte Unternehmen:

- a)
 - Rocket Internet SE, Berlin (Vorsitzender des Audit Committee)

Peter-Jürgen Schneider

bis 31. Dezember 2017

Finanzminister des Landes Niedersachsen

(bis 21. November 2017)

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- a)
 - Bremer Landesbank, Bremen (stellvertretender Vorsitzender), bis 31. August 2017
 - Deutsche Messe AG, Hannover
 - Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover (Vorsitzender), bis 21. November 2017
- b)
 - Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main (Verwaltungsrat)

Univ.-Prof. Dr. Dr.-Ing. Birgit Spanner-Ulmer

Direktorin Produktion und Technik Bayerischer

Rundfunk, München

Nicht börsennotierte sonstige Unternehmen:

- b)
 - Bavaria Studios & Production und Services GmbH, Geiseltal (Aufsichtsrat)
 - Bayern Digital Radio GmbH, München (Aufsichtsrat)

Dr. Werner Tegtmeier

Staatssekretär a. D. im Bundesministerium für
Arbeit und Sozialordnung

- keine Mitgliedschaft in anderen Gremien

Ausschüsse des Aufsichtsrates

Präsidium:

Heinz-Gerhard Wente, Vorsitzender
Hasan Cakir
Reinhold Hilbers, seit 12. Februar 2018
Peter-Jürgen Schneider, bis 31. Dezember 2017
Dr. Hans-Jürgen Urban

Prüfungsausschuss:

Prof. Dr. Hannes Rehm, Vorsitzender, bis 1. September 2017
Roland Flach, seit 7. Dezember 2017, Vorsitzender
Konrad Ackermann
Bernd Lauenroth
Heinz-Gerhard Wente

Strategieausschuss:

Heinz-Gerhard Wente, Vorsitzender
Hasan Cakir
Ulrich Kimpel
Prof. Dr. Hannes Rehm, bis 1. September 2017
Peter-Jürgen Schneider, bis 31. Dezember 2017
Dr. Hans-Jürgen Urban

Nominierungsausschuss:

Reinhold Hilbers, seit 12. Februar 2018
Peter-Jürgen Schneider, bis 31. Dezember 2017
Heinz-Gerhard Wente

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Das Vergütungssystem des Vorstandes

Die Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder bemisst sich nach ihrer Aufgabe und persönlichen Leistung sowie nach dem Erfolg des Unternehmens. Ihre Höhe orientiert sich insgesamt an der Üblichkeit der Vergütung im Vergleichsumfeld.

Nach dem derzeitigen Vergütungssystem besteht die Vergütung aus folgenden Komponenten: einer festen jährlichen Grundvergütung (auszuzahlen in gleichen monatlichen Teilbeträgen), Nebenleistungen (im Wesentlichen bestehend aus der Gewährung der privaten Nutzung eines Dienstwagens), einer variablen jährlichen Vergütung sowie einer Pensionszusage. Die variable Vergütung bemisst sich zu einem Teil nach der persönlichen Leistung des Vorstandsmitglieds im betreffenden Geschäftsjahr und zu einem Teil nach dem Unternehmenserfolg, gemessen an der erzielten Verzinsung des eingesetzten Kapitals des Konzerns (ROCE/Return on Capital employed) im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Mit der mehrjährigen Bemessungsgrundlage werden Anreize für eine nachhaltige Unternehmensentwicklung gegeben. Beide Teile der variablen Vergütung sind nach oben begrenzt (Cap).

Die zugesagte Pensionszahlung hängt von der Dauer der Konzernzugehörigkeit ab und beträgt maximal 60% der festen Grundvergütung. Die variablen Vergütungskomponenten sind dafür ohne Bedeutung. Der Zahlungsanspruch besteht ab Vollendung des 65. Lebensjahres. Herr Prof. Dr.-Ing. Fuhrmann wird, falls er auf Wunsch der Gesellschaft nach vollendetem 59. Lebensjahr oder nach vollendetem 61. Lebensjahr auf eigenen Wunsch ausscheidet, so gestellt, als ob er das 65. Lebensjahr vollendet hätte. Herr Becker wird, sofern die Gesellschaft ihm nach Ablauf seines Anstellungsvertrages keinen Vertrag für eine weitere Amtsperiode anbietet, nach vollendetem 61. Lebensjahr so gestellt, als ob er das 65. Lebensjahr vollendet hätte. Für den Fall der Beendigung der Vorstandstätigkeit aufgrund eines Kontrollwechsels haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf eine Abfindung in Höhe der Gesamtvergütung für die noch nicht abgelaufene Laufzeit ihres Anstellungsvertrages, wobei dieser Anspruch auf den Wert von drei Jahresvergütungen begrenzt ist. Für den Fall der vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf die vereinbarte Vergütung bis zum Ablauf des Vertrages; dieser Anspruch ist jedoch begrenzt auf den Wert von zwei Jahresvergütungen (feste Grundvergütung und variable Vergütung). Den einzelnen Vorstandsmitgliedern sind weder im Geschäftsjahr 2017 noch für das Vorjahr von Dritten im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglieder Leistungen zugesagt oder gewährt worden.

Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder (gewährte Zuwendungen für das Jahr)

in T€	Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann Vorstandsvorsitzender				Burkhard Becker Finanzvorstand				Michael Kieckbusch Personalvorstand			
	2016	2017	2017 (Min.)	2017 (Max.)	2016	2017	2017 (Min.)	2017 (Max.)	2016	2017	2017 (Min.)	2017 (Max.)
Festvergütung	1.020	1.050	1.050	1.050	540	555	555	555	540	555	555	555
Nebenleistungen	18	17	17	17	24	25	25	25	41	42	42	42
Summe	1.038	1.067	1.067	1.067	564	580	580	580	581	597	597	597
Einjährige variable Vergütung ¹⁾	523	645	0	665	315	350	0	350	315	350	0	350
Mehrjährige variable Vergütung	0	0	0	950	0	0	0	500	0	0	0	500
Summe¹⁾	1.561	1.712	1.067	2.682	879	930	580	1.430	896	947	597	1.447
Versorgungsaufwand ²⁾	324	358	358	358	166	185	185	185	208	237	237	237
Gesamtvergütung³⁾	1.885	2.070	1.425	3.040	1.045	1.115	765	1.615	1.104	1.184	834	1.684

¹⁾ Bei der einjährigen variablen Vergütung von Herrn Prof. Dr.-Ing. Fuhrmann wurden gemäß anstellungsvertraglicher Regelung 20 T€ seiner Vergütung als Aufsichtsratsvorsitzender der Beteiligungsgesellschaft Aurubis AG angerechnet.

²⁾ Dienstzeitaufwand nach IAS 19

Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder (Zufluss für das Jahr)

in T€	Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann Vorstandsvorsitzender		Burkhard Becker Finanzvorstand		Michael Kieckbusch Personalvorstand	
	2016	2017	2016	2017	2016	2017
Festvergütung	1.020	1.050	540	555	540	555
Nebenleistungen	18	17	24	25	41	42
Summe	1.038	1.067	564	580	581	597
Einjährige variable Vergütung ¹⁾	523	645	315	350	315	350
Mehrjährige variable Vergütung	0	0	0	0	0	0
Summe¹⁾	1.561	1.712	879	930	896	947
Versorgungsaufwand ²⁾	324	358	166	185	208	237
Gesamtvergütung¹⁾	1.885	2.070	1.045	1.115	1.104	1.185

¹⁾ Bei der einjährigen variablen Vergütung von Herrn Prof. Dr.-Ing. Fuhrmann wurden gemäß anstellungsvertraglicher Regelung 20 T€ seiner Vergütung als Aufsichtsratsvorsitzender der Beteiligungsgesellschaft Aurubis AG angerechnet.

²⁾ Dienstzeitaufwand nach IAS 19

Die Gesamtvergütungen der im Geschäftsjahr 2017 aktiven Vorstandsmitglieder für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr betragen insgesamt 4.370 T€ (Vorjahr: 4.034 T€).

Pensionen

in €		Jahresbezug bei Eintritt des	Zuführung zur Pensionsrückstellung		Barwert der Pensionsansprüche	
		Pensionsfalls	nach HGB	nach IFRS	nach HGB	nach IFRS
Prof. Dr.-Ing. Heinz Jörg Fuhrmann	2017	612.000 ¹⁾	962.258	1.068.317	9.335.965	13.522.878
Vorsitzender	2016	612.000 ¹⁾	323.260	1.599.143	8.373.707	12.454.561
Burkhard Becker	2017	324.000 ¹⁾	476.480	568.755	4.278.385	6.580.416
	2016	324.000 ¹⁾	137.394	846.386	3.801.905	6.011.661
Michael Kieckbusch	2017	324.000 ¹⁾	464.420	595.113	3.643.574	5.817.631
	2016	324.000 ¹⁾	190.631	892.951	3.179.154	5.222.518

¹⁾ unter Einbeziehung einer gegen Vergütung übernommenen Versorgungszusage des Vorarbeitgebers

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrates

Jedes Mitglied des Aufsichtsrates erhält pro Geschäftsjahr ein Fixum von 60.000 €. Diese Vergütung beträgt für den stellvertretenden Vorsitzenden das Doppelte und für den Vorsitzenden das Dreifache. Zudem bekommt jedes Mitglied für Ausschusstätigkeiten 5.000 €, die jeweiligen Ausschussvorsitzenden und die Mitglieder des Prüfungsausschusses 10.000 € sowie der Vorsitzende des Prüfungsausschusses 30.000 €. Dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dessen Stellvertreter wird eine Mitgliedschaft in Ausschüssen nicht vergütet. Pro Sitzungsteilnahme wird ein Sitzungsgeld von 500 € gezahlt; die Mitwirkung an einer fernmündlichen Konsultation und Beschlussfassung gilt nicht als Sitzungsteilnahme.

Vergütung der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder

in €		Jahresbezug			
		Feste Vergütung	Ausschuss- vergütung	Sitzungs- gelder	Insgesamt
Heinz-Gerhard Wente,	2017	180.000	0	7.500	187.500
Vorsitzender seit 01.04.2016	2016	150.000	0	5.000	155.000
Rainer Thieme,	2017	0	0	0	0
Vorsitzender bis 31.03.2016	2016	45.000	0	2.000	47.000
Dr. Hans-Jürgen Urban,	2017	120.000	0	4.500	124.500
stellvertretender Vorsitzender	2016	120.000	0	4.500	124.500
Konrad Ackermann	2017	60.000	10.000	4.000	74.000
	2016	60.000	10.000	4.000	74.000
Bernhard Breemann	2017	0	0	0	0
bis 31.08.2016	2016	40.000	0	1.000	41.000
Ulrike Brouzi	2017	60.000	0	2.000	62.000
	2016	60.000	0	2.000	62.000
Annelie Buntenbach	2017	60.000	0	1.500	61.500
	2016	60.000	0	1.500	61.500
Hasan Cakir	2017	60.000	10.000	4.500	74.500
	2016	60.000	10.000	4.500	74.500
Ulrich Dickert	2017	60.000	0	2.000	62.000
	2016	60.000	0	2.000	62.000
Tina Dreßen	2017	60.000	0	2.000	62.000
seit 01.09.2016	2016	20.000	0	1.000	21.000
Dr. Thea Dückert	2017	60.000	0	2.000	62.000
	2016	60.000	0	2.000	62.000
Karl Ehlerding	2017	60.000	0	2.000	62.000
	2016	60.000	0	2.000	62.000
Roland Flach	2017	60.000	2.500	2.500	65.000
	2016	60.000	0	2.000	62.000
Gabriele Handke	2017	60.000	0	2.000	62.000
	2016	60.000	0	2.000	62.000
Prof. Dr.-Ing. Dr. h. c.	2017	60.000	0	2.000	62.000
Jürgen Hesselbach	2016	60.000	0	2.000	62.000
Ulrich Kimpel	2017	60.000	5.000	2.500	67.500
	2016	60.000	5.000	2.000	67.000

in €		Jahresbezug			
		Feste Vergütung	Ausschuss- vergütung	Sitzungs- gelder	Insgesamt
Dr. Dieter Köster	2017	60.000	0	1.500	61.500
	2016	60.000	0	2.000	62.000
Bernd Lauenroth	2017	60.000	16.667	4.000	80.667
	2016	60.000	10.000	4.000	74.000
Volker Mittelstädt	2017	60.000	0	2.000	62.000
	2016	60.000	0	1.500	61.500
Prof. Dr. Hannes Rehm bis 01.09.2017	2017	45.000	26.250	2.000	73.250
	2016	60.000	35.000	4.500	99.500
Prof. Dr. Joachim Schindler seit 24.11.2017	2017	10.000	0	500	10.500
	2016				0
Peter-Jürgen Schneider bis 31.12.2017	2017	60.000	10.000	5.500	75.500
	2016	60.000	10.000	5.000	75.000
Prof. Dr. Dr.-Ing. Birgit Spanner-Ulmer seit 27.04.2016	2017	60.000	0	2.000	62.000
	2016	45.000	0	1.500	46.500
Dr. Werner Tegtmeier	2017	60.000	0	2.000	62.000
	2016	60.000	0	2.000	62.000
Summe	2017	1.435.000	80.417	60.500	1.575.917
	2016	1.440.000	80.000	60.000	1.580.000

Darüber hinaus erhielten folgende Aufsichtsratsmitglieder Vergütungen für Aufsichtsratsmandate bei Tochtergesellschaften:

in €		Jahresbezug			
		Feste Vergütung	Ausschuss- vergütung	Sitzungs- gelder	Insgesamt
Konrad Ackermann (KHS)	2017	10.000	0	750	10.750
	2016	10.000	0	750	10.750
Bernhard Breemann (SMHD)	2017	0	0	0	0
	2016	10.000	0	300	10.300
Hasan Cakir (SZFG)	2017	8.000	0	400	8.400
	2016	8.000	0	400	8.400
Ulrich Dickert (MRW)	2017	10.000	0	100	10.100
	2016	10.000	0	200	10.200
Tina Dreßen (SMHD, seit 01.03.2017)	2017	8.333	0	300	8.633
	2016				0
Karl Ehlerding (KHS)	2017	10.000	0	250	10.250
	2016	10.000	0	750	10.750
Roland Flach (KHS)	2017	10.000	0	750	10.750
	2016	10.000	0	750	10.750
Gabriele Handke (PTG)	2017	5.000	0	400	5.400
	2016	2.917	0	300	3.217
Ulrich Kimpel (MRW)	2017	10.000	0	100	10.100
	2016	10.000	0	300	10.300
(MPT, ehemals SMP, seit 06.06.2017)	2017	2.917	0	200	3.117
	2016				0
Volker Mittelstädt (ILG/MGB)	2017	7.500	0	400	7.900
	2016	5.625	0	400	6.025
Dr. Werner Tegtmeier (MRW, bis 21.12.2017)	2017	0	0	0	0
	2016	5.000	0	200	5.200
(MPT, ehemals SMP)	2017	0	0	0	0
	2016	2.500	0	200	2.700
Dr. Hans-Jürgen Urban (SZFG)	2017	12.000	0	400	12.400
	2016	12.000	0	400	12.400
Summe	2017	93.750	0	4.050	97.800
	2016	96.042	0	4.950	100.992
Gesamtsumme	2017	1.528.750	80.417	64.550	1.673.717
	2016	1.536.042	80.000	64.950	1.680.992

Die gewerkschaftsangehörigen Arbeitnehmervertreter haben erklärt, ihre Vergütung nach den Richtlinien des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Hans-Böckler-Stiftung abzuführen.

3. Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung entspricht dem Corporate Governance Bericht und ist im Internet unter www.salzgitter-ag.com/de/investor-relations/corporate-governance/ jederzeit zugänglich.

4. Mitarbeiter

Am 31. Dezember 2017 umfasste die Stammebelegschaft des Salzgitter-Konzerns 23.139 Mitarbeiter und somit 13 Personen weniger als zum Ende des Geschäftsjahres 2016. Im Berichtszeitraum wurden fünf Konzerngesellschaften mit insgesamt 69 Mitarbeitern erstmals in der Personalstatistik berücksichtigt.

Unter Einbeziehung der Ausbildungsverhältnisse und der Personen in passiver Altersteilzeit belief sich die Gesamtbelegschaft des Salzgitter-Konzerns auf 25.074 Personen.

Ende des Jahres beschäftigten wir 1.106 Leiharbeitnehmer; dies entsprach 4,6% der Summe aus Stamm- und Leiharbeitskräften. Damit stieg die Anzahl der externen Leiharbeitnehmer gegenüber dem Vorjahr um 142 Personen.

Am 31. Dezember 2017 befanden sich keine Belegschaftsmitglieder (Blm.) in Kurzarbeit.

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Stammebelegschaft Konzern¹⁾	23.139	23.152	- 13
Geschäftsbereich Flachstahl	6.092	6.062	30
Geschäftsbereich Grobblech / Profilstahl	2.479	2.585	-106
Geschäftsbereich Mannesmann	4.638	4.731	-93
Geschäftsbereich Handel	1.959	1.914	45
Geschäftsbereich Technologie	5.386	5.301	85
Industrielle Beteiligungen / Konsolidierung	2.585	2.559	26
Ausbildungsverhältnisse	1.422	1.452	-30
Passive Altersteilzeit	513	564	-51
Gesamtbelegschaft	25.074	25.168	-94

¹⁾ ohne Organmitglieder

Regionale Verteilung

		Deutschland	Übriges Europa	Amerika	Asien	Andere Regionen
Stammebelegschaft¹⁾	Blm.	19.036	1.830	1.448	686	139
	%	82,3	7,9	6,3	3,0	0,6

¹⁾ ohne Organmitglieder

Der Personalaufwand belief sich 2017 auf 1.724,5 Mio. € und lag damit 4,2% über dem von 2016. Erhöhend wirkten unter anderem Tarifsteigerungen, Erfolgsbeteiligungen, Strukturmaßnahmen in den Geschäftsbereichen Mannesmann und Technologie sowie die Erweiterung des Konsolidierungskreises.

Zusätzliche Erläuterungen zu Arbeitnehmerbelangen sowie weitere nachhaltigkeitsrelevante Informationen zu den Themenbereichen Umwelt und Gesellschaft finden Sie in unserem nichtfinanziellen Konzernbericht 2017, der unter www.salzgitter-ag.com/de/corporate-responsibility verfügbar ist.

5. Forschung und Entwicklung

Die Forschung und Entwicklung (FuE) des Salzgitter-Konzerns wird für die stahlnahen Geschäftsbereiche in der Salzgitter Mannesmann Forschung GmbH (SZMF) gebündelt. Die SZMF ist mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen und industriellen Partnern im Rahmen zahlreicher nationaler und internationaler Forschungsprojekte eng vernetzt. Daraus resultierende Kooperationen werden gegenüber dem Zukauf externen Know-hows bevorzugt, sodass im Berichtszeitraum keine wesentlichen diesbezüglichen Aufwendungen entstanden sind. Die SZMF beteiligt sich aktiv an der Mitgestaltung relevanter Normen und Standards – auch im internationalen Umfeld. Für den Geschäftsbereich Technologie ist FuE dezentral organisiert.

Innovationskraft ist unsere Stärke: Dies belegen die zum Jahresende 2017 für den Gesamtkonzern angemeldeten 6.394 Patent- und 1.644. Markenschutzrechte (2016: 5.924 respektive 1.480). Auf den Geschäftsbereich Technologie entfallen davon 5.595 aktive Patente und Patentanmeldungen (2016: 5.238) und 572 Markenschutzrechte (2016: 587).

FuE-Aufwendungen

2017 wandte der Salzgitter-Konzern 102,8 Mio. € für FuE und FuE-nahe Aktivitäten auf, davon 11,6 Mio. € für Drittkunden. Innerhalb der Geschäftsbereiche ergab sich die aus der nachfolgenden Tabelle ersichtliche Aufteilung:

Forschungs- und Entwicklungsaufwand nach Geschäftsbereichen

		Konzern	Flachstahl	Grobblech / Profilstahl	Mannesmann	Technologie	Dritte und ohne GB- Zuordnung
FuE-Aufwand ¹⁾	Mio. €	102,8	41,6	9,2	9,9	28,5	13,6
	%	100,0	40,5	8,9	9,6	27,7	13,2

¹⁾ ohne EUROPIPE-Gruppe

Am 31. Dezember 2017 waren 750 Personen in FuE und FuE-nahen Bereichen tätig, 270 als Mitarbeiter der SZMF und 480 als Beschäftigte der operativen Gesellschaften. Dieses Verhältnis unterstreicht die Produkt- und damit Kundenorientierung unserer FuE-Aktivitäten.

Mehrperiodenübersicht zum Forschungs- und Entwicklungsbereich

		2017 ¹⁾	2016 ¹⁾	2015 ¹⁾	2014 ¹⁾	2013 ²⁾	2012	2011	2010	2009	2008
FuE-Aufwand ³⁾	Mio. €	91	85	85	87	88	82	79	78	81	80
FuE-Mitarbeiter	Blm.	750	733	767	784	828	879	910	972	916	983
FuE-Quote ⁴⁾	%	1,0	1,1	1,0	1,0	0,9	0,8	0,8	0,9	1,2	0,6
FuE-Intensität ⁵⁾	%	4,5	4,8	4,8	5,2	7,4	5,1	4,4	4,9	9,0	3,0

¹⁾ ohne EUROPIPE-Gruppe

²⁾ restated

³⁾ FuE-Aufwand im Rahmen der Leistungserstellung für Konzernunternehmen

⁴⁾ FuE-Aufwand bezogen auf den Konzernumsatz

⁵⁾ FuE-Aufwand bezogen auf die Konzernwertschöpfung

FuE-Schwerpunkte 2017

Schwerpunkte des Flachstahlsegments liegen auf neuen Anwendungsfeldern für hochfeste Stähle mit gesteigerter Umformbarkeit und Restdehnung. Im Bereich der konventionellen Güten steht die Entwicklung von höchstfesten Warmbandgütern sowie kaltgewalzten Mehrphasen- und Presshärterstählen mit verbesserten Produkteigenschaften für die Automobilindustrie im Mittelpunkt. Darüber hinaus wurde die sehr erfolgreiche Güte SZBS800 weiterentwickelt, die bei einzelnen OEM inzwischen der Standard für Fahrwerksanwendungen ist. Der Zink-Magnesium-Überzug StronSal® wurde für automobiler Außenhautanwendungen erfolgreich qualifiziert.

Die Entwicklungsaktivitäten im Leitungsbereich konzentrierten sich auf die kundenorientierte Optimierung der Rohreigenschaften sowie auf die Verbesserung der Rohrleitungssicherheit. Auch neue Serviceleistungen rund um Prüfverfahren und Verlegetechniken steigern hier den Kundennutzen. Für Dieseleinspritzleitungen konnten erstmals 2.800 bar erreicht werden. Ein anderes Entwicklungsfeld bilden Ausbau und Etablierung von Rohranwendungen für die herkömmliche und regenerative Energieerzeugung. Die Entwicklung und Vermarktung modularer Konzepte zum Bau von Gründungsstrukturen für Windkraftanlagen aus Salzgitter-Produkten wird gemeinsam mit dem Kooperationspartner Bilfinger vorangetrieben; erste Projekte konnten bereits gebucht werden.

Im Geschäftsbereich Technologie richten sich die Innovations- und Produktentwicklungsprozesse konsequent an den Kunden- und Marktbedürfnissen aus. In der KHS-Gruppe konzentrierten sich die FuE-Aktivitäten sowohl auf die Optimierung der Produkte des Kernportfolios als auch auf innovative Neuprodukte. So wurde mit dem „InnoPET TriBlock Aqua M“ speziell für den stetig wachsenden Wassermarkt eine kompakte Blocklösung für Single-Serve-Formate entwickelt. Im Verpackungssegment reduziert der neu entwickelte „InnoDry Block“ Platz- und Wartungsbedarf und erzielt zugleich eine höhere Flexibilität. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit komplettiert die KHS zudem das Angebot im After-Sales-Bereich. Mit dem neuen KHS-Serviceprodukt „Linienoptimierung“ beispielsweise werden bestehende Maschinen und Anlagen auditiert und aufgerüstet.

Zukünftige FuE-Schwerpunkte des Konzerns

Im Rahmen der Trendanalyse auf den Gebieten Mobilität, Energie und Rohstoffe identifiziert die SZMF mögliche zukünftige Stahlanwendungen.

Im Bereich Flachstahl zielen Neuentwicklungen für den Automobilsektor auf feuerverzinkte Mehrphasenstähle mit einer reduzierten Kantenrissempfindlichkeit und einer erhöhten Umformbarkeit. Für die Kaltwalzindustrie werden hochfeste mikrolegierte Werkstoffkonzepte weiterentwickelt, und im Zielsegment Hausgeräte kommen optimierte Spezialbeschichtungen zur Anwendung.

Der Rohrbereich konzentriert sich weiterhin auf die kundenorientierte und anwendungsfallbezogene Optimierung der Rohreigenschaften. Einige Beispiele sind Leitungsröhre für arktische Regionen und Tiefseeverlegung, Einspritzleitungen für noch höhere Betriebsdrücke und somit eine umweltschonendere Verbrennung in Motoren, aber auch variable Wandstärken an Konstruktionsrohren zugunsten eines belastungsgerechten, leichtbauoptimierten Einsatzes.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Entwicklungsarbeiten im Grobblechbereich ist die Erweiterung des Produktportfolios für Rohrbleche zum Transport korrosiver Medien. Außerdem wird an der Industrialisierung eines neuentwickelten Grobblechstahls gearbeitet, der sich durch eine außergewöhnliche Kombination von Festigkeit und Zähigkeit auszeichnet.

Im Geschäftsbereich Technologie liegt der Fokus der Produktentwicklung in der Senkung der Lifetime-Kosten von Linien und Einzelmaschinen. Die KHS wird auch zukünftig ihren Kunden noch mehr und weiter verbesserte Produkte und Dienstleistungen mit einem klaren Mehrwert anbieten. Einen Schwerpunkt bildet hierbei die Digitalisierung von Systemlösungen. Mit intelligenten Wartungskonzepten steigert die KHS kontinuierlich die Verfügbarkeit und Produktivität ihrer Maschinen und Anlagen.

II. Finanzielles Steuerungssystem

Unsere Konzerngesellschaften bewegen sich in wettbewerbsintensiven Märkten und einem äußerst herausfordernden Branchenumfeld. Vor diesem Hintergrund sind sowohl die Weiterentwicklung des Konzerns in Eigenständigkeit wie auch die kontinuierliche Verbesserung der Kostenstrukturen und der Prozesseffizienz unabdingbar. Diese Ziele verfolgen wir mithilfe unseres umfassenden, im Geschäftsbericht 2015 erläuterten 360°-Konzepts und folgenden Führungs- und Steuerungsinstrumenten:

- Return on Capital employed (ROCE),
- Ergebnisverbesserungsprogramm (EVP) und
- individuelle Zielvereinbarungen mit leitenden und außertariflichen Mitarbeitern.

Bedeutsame finanzielle Leistungsindikatoren des Salzgitter-Konzerns sind neben dem ROCE der Umsatz und das Ergebnis vor Steuern. Umsatz ist dabei als Außenumsatz definiert, als der Anteil am Gesamtumsatz, der aus Transaktionen mit Gesellschaften außerhalb des Konsolidierungskreises der Salzgitter AG (SZAG) entsteht. Weitere Steuerungsgrößen sind die Auftragseingänge, die Versandmengen sowie die Entwicklung der Cashflows.

Unternehmensinternes Steuerungssystem – ROCE

Quantitative, ergebnisbezogene Zielvorgabe des Konzerns ist eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals (ROCE = Return on Capital employed) von mindestens 12% über einen Konjunkturzyklus hinweg; dieser beträgt gemäß unserer Definition üblicherweise fünf Jahre. Der ROCE setzt das „EBIT I“ in Relation zum „Capital employed“ und misst die Verzinsung des eingesetzten Kapitals:

$$\text{ROCE (annualisiert)} = \frac{\text{EBIT I}}{\text{Capital employed}} \times 100 \%$$

Das „EBIT I“ (Earnings before Interest and Taxes) zur Berechnung des ROCE entspricht dem Ergebnis vor Steuern und Zinsaufwand, bereinigt um den Zinsanteil der Zuführungen zu Pensionsrückstellungen. Zinserträge bleiben im „EBIT I“, da sie als Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit angesehen werden und somit das eingesetzte Kapital verzinsen.

in Mio. €	2017	2016
EBT	238,0	53,2
+ Zinsaufwand	99,7	94,6
- Zinsaufwand für Pensionsrückstellungen	-42,0	-51,2
= EBIT I	295,7	96,6

Das „Capital employed“ umfasst das verzinsliche Eigen- und Fremdkapital.

Wir ermitteln diese Kennzahl, indem wir von der Bilanzsumme die Pensionsrückstellungen und die nicht verzinsbaren Bilanzposten abziehen.

in Mio. €	2017	2016
Bilanzsumme	8.318	8.450
- Pensionsrückstellungen	-2.440	-2.449
- Übrige Rückstellungen ohne Ertragsteuerrückstellung	-536	-538
- Verbindlichkeiten ohne Anleihen, Bank- und Wechselverbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing, Forfaitierung, Derivate	-1.512	-1.524
- Aktive latente Steuern	-393	-355
= Capital employed	3.436	3.584

Um den ROCE zu berechnen, werden die Pensionsrückstellungen und der darauf bezogene Zinsaufwand eliminiert, da Dispositionen des Managements diese Komponenten kurz- bis mittelfristig nicht beeinflussen können.

Die Komponenten der Kennzahlen sind aus den Angaben des Konzernabschlusses (inklusive nicht fortgeführter Aktivitäten) hergeleitet. Für die Berechnung verwenden wir stichtagsbezogene Bilanzwerte.

Da der ROCE-Zielwert (12%) durchschnittlich innerhalb des Konjunkturzyklus im Konzern erreicht werden soll, hat er einen mittel- bis langfristigen Charakter. Daraus entwickeln wir je Geschäftsbereich und Gesellschaft spezifische strategische Ziele. Diese werden – gegebenenfalls aktualisiert – gemäß der Mittelfristplanung berücksichtigt. 2017 erwirtschafteten wir einen ROCE von 8,6% (Vorjahr: 2,7%).

Ergebnisverbesserungsprogramm (EVP)

Wir sehen unsere permanente Managementaufgabe darin, die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns über die kontinuierliche Optimierung unserer Wertschöpfungsprozesse nachhaltig zu verbessern. Das Augenmerk legen wir hier auf die konsequente Erschließung vorhandener Potenziale in sämtlichen Geschäftsbereichen. Bereits 1996 haben wir das Ergebnisverbesserungsprogramm (EVP) als einheitliches Managementinstrument im Salzgitter-Konzern eingeführt.

Das EVP bündelt konkret definierte, ergebnisoptimierende Maßnahmen der Gesellschaften; Voraussetzung ist die Mess- und Bewertbarkeit der Effekte anhand von Finanzkennzahlen. Für alle Projekte ist eine streng systematische Vorgehensweise der Erfolgsmessung vorgegeben, wobei verbindliche und standardisierte Bewertungskriterien gelten.

Damit wir unsere Ziele erreichen, haben wir im Rahmen der kontinuierlichen Ergebnisverbesserung in den vergangenen Jahren verschiedene Programme aufgesetzt. So legten das 2012 initiierte Konzernprogramm „Salzgitter AG 2015“ sowie die ergänzenden beziehungsweise weiterführenden Maßnahmen, die seit Ende 2016 unter dem Titel „FitStructure SZAG“ zusammengefasst werden, den Schwerpunkt auf Kostensenkung und Effizienzsteigerung. Die ebenfalls Ende 2016 verabschiedete Konzernstrategie „Salzgitter AG 2021“ zielt vor allem auf organisches Wachstum in deckungsbeitragsstarken Produktbereichen und einen Ausbau des Umsatzanteils der stahlferneren Geschäfte von derzeit 40% auf 50%. Alle Aktionen dieser Programme folgen den zuvor genannten Bewertungskriterien.

Individuelle Zielvereinbarungen mit leitenden und außertariflichen Mitarbeitern

Zielvereinbarungen verbinden die Unternehmensziele und die persönlichen Bestrebungen eines jeden Mitarbeiters. Die SZAG untergliedert diese in individuelle Vorgaben für den einzelnen leitenden oder außertariflichen Mitarbeiter und eine kollektive quantitative Komponente. Die quantitative Komponente sieht unter anderem konzernweit die Erreichung des Konzernzieles einer mindestens 12%igen Verzinsung des eingesetzten Kapitals (industrieller ROCE) vor. Pro Konzerngesellschaft werden zudem eigene Gesellschaftsziele und – je nach Leistungsverflechtungen und Rolle innerhalb der Geschäftsbereiche – Ziele für den Geschäftsbereich oder verbundene Gesellschaften abgeleitet. Der individuelle Teil der Vorgaben wird im Gespräch zwischen Mitarbeiter und Vorgesetztem vereinbart. Dabei ergeben sich die persönlichen Ziele aus denen der nächsthöheren Organisationseinheit. Es wird darauf geachtet, dass die Wechselwirkungen der verschiedenen Zielvorgaben aller Beschäftigten eine positive Wirkung auf das Gesamtergebnis des Konzerns haben.

III. Überblick über den Geschäftsverlauf

1. Globale wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Konjunkturelles Umfeld¹⁾

Die konjunkturelle Dynamik der **Weltwirtschaft** verstärkte sich 2017 spürbar. Wesentlicher Treiber des Aufschwungs war die Industrieproduktion sowohl in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern. Welthandel und Investitionstätigkeit stiegen ebenfalls. Während die Wachstumsraten in den USA, Japan sowie Südkorea stark stiegen, blieb die chinesische Expansion auf hohem Niveau stabil. Russland und Brasilien überwandene die Rezession und verzeichneten wieder positive Wachstumsraten. Hingegen schwächte sich in Indien sowie Großbritannien die konjunkturelle Dynamik gegenüber dem Vorjahr etwas ab. Insgesamt zeigte die jüngste Erhebung des Internationalen Währungsfonds (IWF) für 2017 3,7% Wachstum der Weltwirtschaft und damit einen merklichen Anstieg verglichen zum Vorjahreswert (2016: 3,2%).

Die Wirtschaft im **Euroraum** befand sich 2017 auf einem stabilen Expansionskurs. Maßgebliche Impulsgeber waren der Konsum und private Investitionen. Alle Euroländer wiesen höhere Wachstumsraten auf, allerdings bestanden immer noch regionale Unterschiede. Unter den großen Volkswirtschaften hatten Spanien und Deutschland die stärkste Dynamik vorzuweisen, gefolgt von Frankreich und Italien. Die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt setzte sich fort. Aktuell kalkuliert der IWF 2,4% Wachstum in der Eurozone, deutlich mehr als ein Jahr zuvor (2016: 1,8%).

Auch in **Deutschland** beschleunigte sich der Aufschwung 2017. Die Industrie trug hierzu entscheidend bei; im Vergleich zu den anderen Wirtschaftsbereichen legte sie überdurchschnittlich zu. Dadurch verbreiterte sich die Basis der bislang überwiegend vom Konsum und der Bauwirtschaft getragenen Expansion. Neben der Binnenwirtschaft verstärkte sich die Auslandsnachfrage. Zudem wurde die höchste Erwerbstätigenzahl seit der deutschen Wiedervereinigung erreicht. Der IWF errechnete 2,5% Wirtschaftswachstum für Deutschland (2016: 1,9%). Das Statistische Bundesamt weist kalenderbereinigt ebenso 2,5% aus.

¹⁾Die Informationen stammen im Wesentlichen aus den folgenden Quellen: Internationaler Währungsfonds (1/2018): World Economic Outlook Update; ifo Konjunkturprognose 2017–2019; Statistisches Bundesamt, Februar 2018

2. Gesamtaussage des Vorstandes zur wirtschaftlichen Lage

Vor dem Hintergrund eines im Flachstahlbereich deutlich verbesserten, aber insgesamt nach wie vor herausfordernden Marktumfelds schloss der Salzgitter-Konzern das Geschäftsjahr 2017 mit dem höchsten Vorsteuerergebnis seit der Finanzkrise ab. Haupttreiber hierfür waren hervorragende Resultate der Geschäftsbereiche Flachstahl und Handel sowie erhebliche Effekte aus den stringent umgesetzten internen Maßnahmenprogrammen. Mit 35,9% Eigenkapitalquote sowie einer auf 380,5 Mio. € angestiegenen Nettofinanzposition bleibt die bilanzielle und finanzielle Basis unseres Unternehmens äußerst solide.

Der Außenumsatz des Konzerns verbesserte sich im Geschäftsjahr 2017 hauptsächlich erlösbedingt auf 8.990,2 Mio. € (2016: 7.905,7 Mio. €). Mit 238,0 Mio. € hat sich der Gewinn vor Steuern (2016: 53,2 Mio. €) mehr als vervierfacht. In diesem Resultat sind 79,3 Mio. € Beitrag aus dem Aurubis-Engagement (2016: 19,1 Mio. €) sowie in Summe –82,9 Mio. € Aufwendungen für strukturverbessernde Maßnahmen des konzernweiten Optimierungsprogramms „FitStructure SZAG“ sowie die bilanzielle Anpassung des Anlagevermögens der Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH (MGB) enthalten (Sondereffekte 2016: –2,3 Mio. €). Aus 193,6 Mio. € Nachsteuerertrag (2016: 56,8 Mio. €) errechnen sich 3,52 € Ergebnis je Aktie (2016: 1,00 €) sowie 8,6 % Verzinsung des eingesetzten Kapitals (ROCE; 2016: 2,7 %).

3. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Geschäftsbereiche

Geschäftsbereich Flachstahl

Eckdaten		2017	2016
Auftragseingang	Tt	4.432	4.498
Auftragsbestand per 31.12.	Tt	893	881
Rohstahlerzeugung	Tt	4.492	4.563
Walzstahlproduktion	Tt	3.500	3.501
Versand	Tt	4.385	4.552
Segmentumsatz¹⁾	Mio. €	2.878,3	2.393,9
Umsatz mit anderen Segmenten/Konzerngesellschaften	Mio. €	-718,5	-579,3
Außenumsatz²⁾	Mio. €	2.159,8	1.814,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	182,0	-2,3
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA)³⁾	Mio. €	396,9	212,5
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)³⁾	Mio. €	221,9	35,0

¹⁾inklusive Umsatz mit anderen Geschäftsbereichen

²⁾Beitrag zum Außenumsatz des Konzerns

³⁾EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen

Kernkompetenzen des Geschäftsbereiches Flachstahl sind die Stahlerzeugung im voll integrierten Hüttenwerk der Salzgitter Flachstahl GmbH (SZFG) und die anschließende Verarbeitung zu hochwertigen Flachstahlprodukten. Über die angegliederten Stahl-Service-Center der Salzgitter Mannesmann Stahlservice GmbH (SMS) werden die Anarbeitungsbedarfe unserer Kunden bedient. Die weiterverarbeitenden Gesellschaften Salzgitter Europlatinen GmbH (SZEP) und Salzgitter Bauelemente GmbH (SZBE) verlängern die Wertschöpfungskette innerhalb des Geschäftsbereiches um ihre Produkte (Tailored Blanks sowie Dach- und Wandelemente). Wichtigster Kundensektor ist die europäische Automobilindustrie.

Marktentwicklung

Weltweit herrschten auf den Stahlmärkten nach wie vor massive Überkapazitäten und entsprechender Margendruck. Verstärkt wurde dies durch weiterhin hohe Importe. Dank der Anti-Dumping-Maßnahmen der Europäischen Union zeigten sich zwar die chinesischen Einfuhren rückläufig, deutliche Zuwächse kamen jedoch aus der Türkei, Indien und Südkorea. Dennoch lag das Erlösniveau ganzjährig merklich über dem des Vorjahres. Die Auftragslage der europäischen Stahlindustrie verbesserte sich 2017. Anders als in den vergangenen Jahren hing der Aufschwung nicht mehr alleine von den Sektoren Automobil und Bau ab, auch der Maschinenbau und die Stahlrohrindustrie erholten sich. Positive Konjunkturimpulse in inzwischen allen Ländern des Euroraumes brachten den EU-Walzstahlproduzenten Orderzuwächse. Auch die deutsche Stahlindustrie verzeichnete 2017 ein Plus, jedoch steht der unverändert starke Importdruck der verbesserten Auslastung der EU-Hersteller gegenüber. Die konsequente Anwendung der bestehenden Handelsschutzinstrumente durch die EU-Kommission bleibt deshalb ohne Alternative.

Beschaffung

Eisenerz

Der Eisenerzmarkt zeigte im Verlauf des Jahres 2017 eine ausgeprägte Volatilität. Die Leitpreisnotierung für den Spotmarkt, Platts IODEX 62% Fe CFR China, bewegte sich zwischen 54 und 95 USD/dmt. Während der ersten drei Monate 2017 erreichte der Eisenerzindex mit 95 USD/dmt den höchsten Wert seit August 2014, schwächte sich aber bis Jahresmitte wieder auf 54 USD/dmt ab. Zu Beginn des dritten Quartals belebte die enorme Nachfrage aus China den Markt erneut. Trotz beträchtlicher Lagerbestände in den chinesischen Häfen führte die gute Auslastung der Stahlhersteller dazu, dass insbesondere hochwertige brasilianische Eisenerze nachgefragt wurden. Dies bewirkte, ungeachtet eines generell sehr liquiden Eisenerzmarktes, deutliche Preissteigerungen. So nahm der Tageswert seit Mitte Juni abermals fast 50% zu und notierte Ende August bei knapp 80 USD/dmt CFR. Im vierten Quartal schwankte der Spotmarktpreis zwischen 60 und 75 USD/dmt. Der Jahresdurchschnitt 2017 betrug 71 USD/dmt CFR China und lag damit 22% über dem Vorjahreswert.

Um die aus der Beschaffung resultierenden Risiken abzufedern, werden definierte Eisenerzmengen durch Hedging preislich gesichert.

Kokskohle

Im Gegensatz zur indexgeprägten Preisbildung am Erzmarkt wurden für Kokskohle bis zum ersten Quartal 2017 Quartalspreise mit Benchmarkcharakter zwischen großen Produzenten und Abnehmern verhandelt. Der Benchmarkabschluss von 285 USD/t FOB für das erste Quartal 2017 spiegelte die hohen Spotpreise im Dezember 2016 wider; diese gaben aber in den ersten drei Monaten beträchtlich bis auf 152 USD/t FOB nach. Die Entwicklung des Spotmarktes ließ für das zweite Quartal einen Benchmarkpreis zwischen 150 und 170 USD/t FOB erwarten. Kurz vor Abschluss der Verhandlungen Ende März, änderten jedoch die Auswirkungen des Wirbelsturms Debbie das Bild grundlegend. Die Hauptstrecken zu den Verladehäfen Dalrymple Bay und Hay Point fielen rund drei Wochen aus, was den Spotpreis binnen weniger Tage bis 300 USD/t FOB steigen ließ. Vor diesem Hintergrund setzten Abnehmer und Produzenten die Verhandlungen über das zweite Quartal aus. Als absehbar war, dass die Bahnlinien wieder zur Verfügung stehen würden, reagierten die Märkte umgehend. Der Spotmarktpreis reduzierte sich innerhalb von fünf Wochen um die Hälfte. Die ausgesetzten Benchmarkverhandlungen wurden im Mai fortgesetzt. Da die Vorstellungen der Abnehmer und Produzenten weiter deutlich auseinanderlagen, kam es zu keinem Abschluss. Beide Seiten vereinbarten daraufhin ein indexbasiertes Preissystem, das sich aus den durchschnittlichen Notierungen der ersten beiden Monate eines Quartals plus dem des letzten Monats des Vorquartals zusammensetzte. Im dritten Quartal hielt die Talfahrt der Notierungen nicht weiter an. Die einsetzende Winterbevorratung der chinesischen und indischen Verbraucher, verbunden mit langen Wartezeiten am wichtigsten australischen Kokskohleterminal, trieb die Spotmarktpreise im Schlussquartal wieder spürbar nach oben. So lagen die Kurse zum Jahresende knapp über 260 USD/t FOB Australien. Der Durchschnittspreis rangierte 2017 bei 188 USD/t FOB Australien und damit 31% über dem Vorjahreswert.

Geschäftsverlauf

Die **Auftragseingänge** des Geschäftsbereiches Flachstahl erreichten annähernd das Allzeithoch des Vorjahres und auch der **Orderbestand** entsprach etwa dem 2016er-Niveau. Die Walzstahlerzeugung stellte den Vergleichswert ein, während der **Versand** etwas geringer ausfiel als ein Jahr zuvor. Die SZFG produzierte 4.492 Tt **Rohstahl**, die Aggregate der weiteren Prozesskette waren nahe an der Kapazitätsgrenze ausgelastet. **Segment-** und **Außenumsatz** legten preisbedingt signifikant zu. Mit 182,0 Mio. € **Gewinn vor Steuern** steigerte das Segment sein Resultat vor allem aufgrund der verbesserten Erlösqualität erheblich (2016: -2,3 Mio. €). Zudem zeigten sich positive Effekte der eingeleiteten Maßnahmenprogramme. Gegenläufig wirkten höhere Rohstoffkosten, insbesondere für Kokskohle.

Investitionen

Der **Geschäftsbereich Flachstahl** konzentrierte die Investitionstätigkeit 2017 sowohl auf neue Aggregate als auch auf die Optimierung und Erweiterung vorhandener Anlagen. Dazu wurden vor allem folgende Projekte vorangebracht:

Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, nahm die SZFG die „RH-Vakuumanlage“ in Betrieb, die niedrigentkohlte, tiefentschwefelte Stähle sowie Güten mit höchsten Reinheitsgraden erzeugt. So werden die stetig steigenden kundenspezifischen Analyseanforderungen erfüllt und der Kapazitätsengpass in der Sekundärmetallurgie aufgelöst.

Während des Blasprozesses an den Konvertern entsteht heißes Stahlgas, das über eine Kesselanlage aufgefangen, gekühlt, gereinigt und der thermischen Wiederverwendung zugeführt wird. 2017 erfolgte eine technologische Umstellung der Kühlanlagen an den Konvertern A und C, nachdem der Umbau für Konverter B bereits 2016 ausgeführt worden war. Dies reduziert den Energiebedarf der Kesselanlagen um mehr als 10%, der Zukauf von Erdgas und damit der CO₂-Ausstoß verringern sich entsprechend.

Die Strategie der SZFG umfasst die Erweiterung des Portfolios in Richtung hoch- und höchstfester Güten. Hierzu wird zielgerichtet investiert und so den steigenden Anforderungen an die Anlagentechnik begegnet.

Der Bau einer neuen Warmbandspaltanlage, die genau diesen Produkthanforderungen entspricht, ist in der Engineering-Phase. Des Weiteren befindet sich eine neue Coil-Bindelinie im Bau. Sie wird zur Probenahme an Warmbandcoils sowie zum Anbringen der Transportsicherungen an versandfertigem Material verwendet werden.

Zur Absatzsteigerung im Bereich ertragsstarker Sondergüten in den kommenden Jahren wird auch in ein neues Logistikkonzept investiert. Dieses beinhaltet den Ausbau der Brammenadjustage sowie zusätzliche Wärmeboxen, in denen die Brammen langsamer abkühlen, um mit mehr Restwärme der Warmbreitbandstraße zugeführt werden zu können. Die Wärmeboxen wurden bereits in Betrieb genommen.

Um den steigenden Kundenanforderungen nach feuerverzinkten, höher- und höchstfesten Stahlgüten gerecht zu werden, wurde im September 2017 der Bau einer dritten Feuerverzinkung genehmigt. Das neue Aggregat mit einer Kapazität von rund 500 Tt pro Jahr befindet sich in der Angebotsphase und soll Mitte 2020 die Produktion aufnehmen.

Geschäftsbereich Grobblech / Profilstahl

Eckdaten		2017	2016
Auftragseingang	Tt	2.236	2.199
Auftragsbestand per 31.12.	Tt	400	390
Rohstahlerzeugung	Tt	1.053	1.091
Walzstahlproduktion	Tt	2.249	2.227
Versand	Tt	2.263	2.176
Segmentumsatz¹⁾	Mio. €	1.698,6	1.423,4
Umsatz mit anderen Segmenten/Konzerngesellschaften	Mio. €	-674,3	-681,5
Außenumsatz²⁾	Mio. €	1.024,3	741,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	-57,7	-32,1
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA)³⁾	Mio. €	44,9	26,3
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)³⁾	Mio. €	-49,4	-19,9

¹⁾ inklusive Umsatz mit anderen Geschäftsbereichen

²⁾ Beitrag zum Außenumsatz des Konzerns

³⁾ EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen

Der Geschäftsbereich Grobblech / Profilstahl umfasst die Gesellschaften des Konzerns, die überwiegend projektorientierte Bau- und Infrastruktorkunden bedienen. Dies sind die Ilsenburger Grobblech GmbH (ILG), die Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH (MGB) und die Peiner Träger GmbH (PTG). ILG und MGB produzieren ein breites Spektrum hochwertiger Grobblechprodukte. Wichtige Abnehmer sind der schwere Maschinenbau, Rohrproduzenten sowie Hersteller von Windkraftanlagen. PTG beliefert Hoch- und Tiefbauprojekte in ganz Europa. Über die Integration der DEUMU Deutsche Erz- und Metall-Union GmbH (DMU) als Schrottvorsorger der PTG werden die Logistikprozesse eng koordiniert und flexibel gesteuert.

Marktentwicklung

Für die Gesellschaften des Geschäftsbereiches sind die Märkte für Quartebleche – inklusive Zulieferung in den Großrohrsektor – und für Stahlträger wesentlich.

Die Erlöse im **Grobblechmarkt** spiegelten die Preissteigerungen für Eisenerz und Koks Kohle nicht vollständig und nur zeitverzögert wider. Die Einfuhren aus Drittländern in die EU bewegten sich 2017 weiterhin auf einem hohen Niveau. Dabei reduzierten sich die chinesischen Lieferungen drastisch. Dem gegenüber standen deutlich gesteigerte Mengen aus anderen Ländern wie Südkorea und Indien, die Ukraine blieb 2017 der größte Grobblech-Importeur in die EU. Diese Importe dienten aufgrund der längeren Lieferzeiten hauptsächlich zur Versorgung der lagerhaltenden Händler und führten zu weiterhin hohen Lagerbeständen und -reichweiten. Die Mengen- und Erlösentwicklung höherwertiger Güten blieb stabil, jedoch war auch hier ein Preis- und Wettbewerbsdruck spürbar.

Abermals prägte der volatile Schrottpreis den **europäischen Trägermarkt**. Dies führte 2017 abwechselnd zu Phasen mit – teilweise – erhöhten, kurzfristigen Bedarfen, gefolgt von Monaten mit erheblich geringerem Ordervolumen. Die Marktpreise für Schrott stiegen im Jahresverlauf aufgrund dieser Entwicklung merklich; die Erlöse für Träger konnten jedoch nur mit starkem Zeitversatz und vor allem unvollständig folgen. Vor dem Hintergrund geradezu explodierender Spotpreise für Graphitelektroden zogen die Trägerpreise gegen Jahresende spürbar an. Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich aufgrund der europäischen Überkapazitäten die Marktsituation künftig nicht grundlegend ändern wird. Im Gegensatz zum Grobblechmarkt spielen Importe aus Drittländern in die EU kaum eine Rolle.

Beschaffung

Brammenversorgung

Die Grobblechgesellschaften werden konzernintern über die Salzgitter Flachstahl GmbH (SZFG) und die Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH (HKM) mit Vormaterial versorgt. Dabei beliefert die SZFG insbesondere die ILG und HKM die MGB.

Stahlschrott

Wichtigstes Vormaterial des Profilstahlbereiches ist Stahlschrott. Jährlich werden in den beiden Elektroöfen der PTG etwa 1,1 Mio. t des Materials zu Rohstahl eingeschmolzen. Auf dem deutschen Stahlschrottmarkt kam es zu Jahresbeginn wegen des erhöhten Bedarfs inländischer Verbraucher zu Preisanstiegen, je nach Sorte und Region zwischen 25 und 38 €/t. Im Februar reduzierten sich die Preise, um ab März erneut anzuziehen. Ausschlaggebend für den Schrottpreisrückgang innerhalb der europäischen Binnenmärkte und die unmittelbar folgende Preis-erholung war das Einkaufsverhalten der türkischen Schrottimporteure. Im zweiten Quartal 2017 war die Nachfrage der inländischen Stahlwerke zwar bei überwiegend guter Auftragslage fest, dennoch kam es wegen einer Order- und Preisschwäche des internationalen Handels zu Preisminderungen. Das Sommerquartal brachte in Erwartung anziehender Preise sowie geringerer Schrottentfallmengen auf allen Märkten einen Nachfrageüberhang. Insbesondere eine im August abermals einsetzende Einkaufswelle der türkischen Verbraucher führte zu sukzessiv steigenden Notierungen, die sich bis Ende September schließlich normalisierten. Zu Beginn des vierten Quartals hatte eine sehr hohe Lieferbereitschaft der nordamerikanischen Schrotthändler in Richtung Türkei international rückläufige Preise zur Folge. Auch in Deutschland sanken zunächst die Stahlschrottpreise, bevor sie in den letzten beiden Monaten angesichts einer zunehmenden weltweiten Nachfrage wieder anzogen.

Graphitelektroden und Feuerfest-Material

Bei den von der PTG für den Betrieb der Schmelzöfen benötigten Graphitelektroden handelt es sich um Elektroden mit einem Durchmesser von 700 und 800 mm. Die Herausforderung dieses Marktes liegt nicht so sehr in der Konzentration der Produzenten in einem bestimmten Land, sondern einer geringen Anzahl der Hersteller dieser Elektrodenformate. Graphitelektroden für Pfannenöfen werden hingegen von der europäischen Stahlindustrie in einem sehr hohen Umfang nahezu ausschließlich über Händler in China beschafft.

Üblicherweise wurden im vierten Quartal eines Jahres die Preise und Mengen des Folgejahres vereinbart. Seit Anfang 2017 führen chinesische staatliche Maßnahmen zum Umweltschutz zu Kapazitätsreduzierungen bei Graphitelektroden für Pfannenöfen. Daraufhin kündigten die chinesischen Herstellerwerke ihre Lieferverträge mit den Händlern, die wiederum die vertraglichen Vereinbarungen mit ihren Kunden weltweit abmeldeten. Ab dem zweiten Quartal 2017 wurden Graphitelektroden für Pfannenöfen lediglich in Einzelpartien auf einem sehr hohen Preisniveau und mit besonders kurzen Bindungsfristen gehandelt. Ein im November 2017 festzustellender rückläufiger Preis zeigte nur eine kurze Verweildauer und stieg Ende des Jahres wieder deutlich an. Dieser Zeitpunkt konnte jedoch genutzt werden, um den Elektrodenbedarf für das Jahr 2018 weiter einzudecken. Die Marktpreise für Schmelzofenelektroden entwickelten sich weitgehend analog.

Es ist davon auszugehen, dass die angespannte Preis- und Versorgungssituation über das Jahr 2018 anhalten wird. Die für 2018 benötigte Gesamttonnage von Schmelzofenelektroden wird durch langjährige strategische Partner sichergestellt.

Die von der chinesischen Regierung eingesetzten Umweltinspektoren haben neben Graphitelektroden-Produktionsstätten weitere Industriezweige, vor allem des Roh- und Grundstoffbereiches, mit hohen Umweltauflagen belegt und auch hier Produktionskürzungen sowie temporäre oder dauerhafte Stilllegungen einzelner Betriebe angeordnet. Der Abbau von Rohstoffen wird durch die streng überwachte und staatlich rationierte Sprengstoffausgabe erschwert. So wurde die Rohstoff- und Vormaterialverfügbarkeit zur Erzeugung von Feuerfest-Material stark eingeschränkt, was letztendlich zu spürbaren Preisanstiegen führte.

Geschäftsverlauf

Auftragseingang und **-bestand** des Geschäftsbereiches Grobblech / Profilstahl kamen leicht über dem Vorjahresniveau aus. Während sich die **Walzstahlproduktion** auf dem 2016er-Level bewegte, war die Rohstahlerzeugung etwas niedriger als ein Jahr zuvor. Der **Versand** rangierte vor allem dank gesteigerter Tonnagen der MGB aufgrund der Projekte Nord Stream 2 und EUGAL oberhalb des Vergleichswerts. **Segment-** und **Außenumsatz** übertrafen den Vergleichszeitraum erlös- und mengenbedingt spürbar. Die -57,7 Mio. € **Vorsteuerresultat** des Segments beinhalten neben der Auflösung auftragsbezogener Rückstellungen die bilanzielle Anpassung des Anlagevermögens (Impairment) der MGB in Höhe von -48,8 Mio. € und kamen somit unter Vorjahr (-32,1 Mio. €) aus. Dabei reduzierten die Grobblechgesellschaften in einem nach wie vor durch hohe Importe gekennzeichneten Marktumfeld ihre operativen Verluste spürbar. Die PTG konnte marktbedingt nicht an die erfolgreichen Vorjahre anknüpfen und verbuchte, dank einer positiven Ergebnisentwicklung im vierten Quartal, ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis.

Investitionen

Der Geschäftsbereich Grobblech / Profilstahl startete 2017 im Rahmen des Wachstumsprogramms „Salzgitter AG 2021“ die Investitionsmaßnahme „Grobblechstrategie – Adjustage 2“ am Standort Ilsenburg. Die mehr als 150 Mio. € umfassende Investition dient der Erweiterung des Produktportfolios sowie der stärkeren Positionierung im höherwertigen Gütesegment. Der Auftrag für den Hauptbestandteil der Maßnahme – die neue Wärmebehandlungslinie – ist bereits vergeben, die Inbetriebnahme der Anlage für Anfang 2020 vorgesehen.

Geschäftsbereich Mannesmann

Eckdaten		2017	2016
Auftragseingang	Mio. €	1.543	1.168
Auftragsbestand per 31.12.	Mio. €	499	404
Rohstahlerzeugung Hüttenwerke Krupp Mannesmann (30%)	Tt	1.410	1.150
Versand Rohre	Tt	658	543
Segmentumsatz¹⁾	Mio. €	1.698,1	1.333,0
Umsatz mit anderen Segmenten/Konzerngesellschaften	Mio. €	-604,6	-333,6
Außenumsatz²⁾	Mio. €	1.093,5	999,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	-5,6	-22,4
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA)³⁾	Mio. €	69,8	63,5
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)³⁾	Mio. €	8,3	-9,7

¹⁾ inklusive Umsatz mit anderen Geschäftsbereichen

²⁾ Beitrag zum Außenumsatz des Konzerns

³⁾ EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen

Der Geschäftsbereich Mannesmann ist schwerpunktmäßig auf internationale Projektgeschäfte in den Sektoren Energieversorgung und Infrastruktur ausgerichtet und deckt ein breites Durchmesserpektrum bei den Leitungsrohren ab. Ein in Europa dominierender Anbieter für Präzisionsstahlrohre im Automobilbau sowie ein weltweit führender Hersteller nahtloser Edelstahl- und Nickelbasisrohre ergänzen das Portfolio. Die Kundennachfrage wird von den Megatrends „Wasser“, „Energie“ und „Mobilität“ getrieben.

Mit der 30%-Beteiligung an der Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH (HKM) – einem integrierten Hüttenwerk, dessen Jahreskapazität mehr als 5 Mio. t Rohstahl beträgt – verfügt der Geschäftsbereich über eine eigene Vormaterialversorgung zur Nahtlosrohrherstellung. Zudem nutzt der Geschäftsbereich unsere Handelsorganisation intensiv, um seine Produkte abzusetzen.

Die EUROPIPE-Gruppe (EP-Gruppe) wird zu 50% mit dem anteiligen Nachsteuerergebnis berücksichtigt (at-equity-konsolidiert). HKM wird quotal zu 30% einbezogen und ist dementsprechend im Auftragseingang, Umsatz und Ergebnis des Geschäftsbereiches enthalten. Beim Orderbestand sowie Versand wird diese Gesellschaft nicht erfasst, da dort nur Rohre ausgewiesen werden.

Marktentwicklung

Die globale Stahlrohrproduktion stieg 2017 auf 167 Mio. t und rangierte so nahezu auf dem Rekordniveau des Jahres 2015 (169 Mio. t). Während alle übrigen Teile der Welt gegenüber 2016 gestiegene Produktionszahlen meldeten, reduzierte sich die chinesische Erzeugung kleiner geschweißter Stahlrohre bis 16 Zoll. Dennoch blieb China mit 92 Mio. t Gesamtproduktion und 55% Weltmarktanteil marktbestimmend. Der europäische Anteil betrug 14 Mio. t und damit 8%. Weltweit erholte sich erwartungsgemäß vor allem die US-amerikanische Nahtlosrohrproduktion deutlich, aber auch die der EU und weiterer Regionen. Die Stahlrohrproduktion der deutschen Hersteller lag 2017, unterstützt von einer starken Großrohrproduktion, insgesamt bei 3 Mio. t.

Geschäftsverlauf

Der **Auftragseingang** des Geschäftsbereiches Mannesmann kam spürbar über dem Wert des Vorjahres aus, da alle Produktbereiche Zuwächse verzeichneten. Insbesondere die Mannesmann Grossrohr GmbH (MGR) und die Mannesmann Precision Tubes-Gruppe (MPT-Gruppe) notierten eine rege Ordertätigkeit. Die Mannesmann Line Pipe GmbH (MLP) profitierte merklich von der positiven Entwicklung des amerikanischen Marktes für geschweißte Leitungsröhre. Der **Auftragsbestand** des Geschäftsbereiches übertraf die Vorjahreswerte um nahezu ein Viertel. Außerhalb des Konsolidierungskreises sank der Orderzulauf der EP-Gruppe gegenüber dem Vorjahr, das vor allem von der Buchung des Großprojekts Nord Stream 2 gekennzeichnet war. Zwar fiel der Orderbestand hinter den sehr starken Vergleichszeitraum zurück, behielt aber dennoch ein hohes Niveau. Der **Rohrversand** rangierte erheblich oberhalb der 2016er-Werte. Ursache war vor allem der Zuwachs bei der MLP. **Segment-** und **Außenumsatz** lagen ebenfalls über dem Vorjahresniveau. Die at-equity-einbezogene EP-Gruppe verzeichnete insgesamt einen ausgeweiteten Versand und einen geringeren Umsatz als ein Jahr zuvor. Dabei erhöhten sich bei der EUROPIPE GmbH (EP) wegen der aktuellen Großprojekte beide Werte signifikant, während sie bei den amerikanischen Gesellschaften aufgrund der Marktsituation und der politischen Unsicherheiten nachgaben. Der Geschäftsbereich Mannesmann verbesserte sein **Vorsteuerresultat** maßgeblich dank der gesteigerten Ergebnisperformance der MLP auf –5,6 Mio. € (2016: –22,4 Mio. €). Hierin enthalten sind –21,0 Mio. € Aufwand für strukturverbessernde Maßnahmen der Präzisrohrgruppe in Europa.

Investitionen

Der Geschäftsbereich Mannesmann konzentrierte sich vornehmlich auf Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen. Am Standort Hamm der MPT-Gruppe wurden Investitionsmaßnahmen abgeschlossen, die der Leistungssteigerung der Anlagen dienen. Der Ausbau der mexikanischen Präzisrohrgesellschaft startete mit vorbereitenden Arbeiten für die Errichtung einer Fertigungshalle.

Geschäftsbereich Handel

Eckdaten		2017	2016
Versand	Tt	4.635	5.038
Segmentumsatz ¹⁾	Mio. €	3.307,6	2.881,0
Umsatz mit anderen Segmenten/Konzerngesellschaften	Mio. €	-77,7	-26,1
Außenumsatz ²⁾	Mio. €	3.229,9	2.855,0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	70,5	45,2
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA) ³⁾	Mio. €	85,2	59,4
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) ³⁾	Mio. €	74,9	49,0

¹⁾ inklusive Umsatz mit anderen Geschäftsbereichen

²⁾ Beitrag zum Außenumsatz des Konzerns

³⁾ EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen

Der Geschäftsbereich Handel umfasst neben einer gut ausgebauten europäischen Organisation lagerhaltender Stahlhandelsniederlassungen mit großer Anarbeitungstiefe auch auf Grobblech spezialisierte Gesellschaften sowie ein weltumspannendes Tradingnetzwerk. Er vertreibt außer den Walzstahl- und Röhrenerzeugnissen des Salzgitter-Konzerns komplementär Produkte anderer in- und ausländischer Hersteller. Zusätzlich beschafft er an den internationalen Märkten Vormaterial für Konzerngesellschaften und externe Kunden.

Marktentwicklung

Die während weiter Teile des Geschäftsjahres 2017 anziehende Preisdynamik für Stahlprodukte prägte die Stimmung auf den internationalen Stahlmärkten. Vor dem Hintergrund von Anti-Dumping-Maßnahmen in verschiedenen Regionen sowie gestiegener Eisenerzpreise im Auftaktquartal konnten höhere Erlöse erzielt werden. Nach einer kurzen Korrektur im zweiten Quartal setzte sich der aufwärtsgerichtete Preistrend auch angesichts einer starken innerasiatischen Nachfrage bei gleichzeitiger Ankündigung von Kapazitätsreduzierungen seitens chinesischer Hersteller fort. Der europäische Markt zeigte ein differenzierteres Bild: Einerseits legten die Warmband- und Grobblechpreise analog der Entwicklung der internationalen Märkte zu, andererseits gerieten die Profilverkaufspreise bereits zu Jahresbeginn unter Druck und erholten sich erst ab Mitte des Berichtszeitraumes wieder.

Geschäftsverlauf

Der **Absatz** des Geschäftsbereiches Handel blieb vor allem wegen des nur teilweise zufriedenstellenden internationalen Projektgeschäfts unter dem Vorjahresniveau. Der lagerhaltende Handel sowie die Universal Eisen und Stahl-Gruppe (UES-Gruppe) erreichten in einem stark umkämpften Umfeld stabile Versandmengen. Die Preissteigerungen in allen Bereichen führten dennoch zu einem spürbar höheren **Segment-** und **Außenumsatz**. Der Kundenstamm der digitalen Handelsaktivitäten wurde im Berichtszeitraum kontinuierlich ausgeweitet. Fast 10% des Absatzes und Umsatzes des deutschen lagerhaltenden Handels wurden im Jahr 2017 über digitale Schnittstellen realisiert. Im November wurde die Umsatzschwelle von 100 Mio. € seit Projektstart Ende 2015 erreicht. Der Lagerhandel wie auch die UES-Gruppe zeigten eine sehr erfreuliche Ertragslage. Zusammen mit den positiven Ergebnissen des internationalen Tradings, welches das Mengendefizit durch Lieferungen mit stärkeren Margen kompensierte, erwirtschaftete der Geschäftsbereich Handel 70,5 Mio. € **Gewinn vor Steuern** und übertraf so das bereits sehr vorzeigbare Resultat der Vergleichsperiode (45,2 Mio. €) signifikant.

Investitionen

Der Erhalt und die Modernisierung bestehender Anlagen bildeten auch 2017 einen Investitionsschwerpunkt des Geschäftsbereiches Handel. Außerdem schritten die Projekte zur Digitalisierung der Prozesskette von der Lagerhaltung bis zum Warenversand, die die Salzgitter Mannesmann Stahlhandel GmbH (SMSD) initiiert hatte, weiter voran. Die Vernetzung der Systeme nutzt der Handel inzwischen auch zum Einkauf von Materialien mit Werken, sowohl aus dem Konzernnetzwerk als auch mit Fremdherstellern. Mit dem neuen Baustein „Vendor Management“ übernimmt die SMSD das Lagermanagement für den Kunden. Darüber hinaus ist der Webshop („e-SHOP“) nun auch in Österreich und Ungarn online. Weitere Rollouts im europäischen Ausland folgen in Kürze.

Geschäftsbereich Technologie

Eckdaten		2017	2016
Auftragseingang	Mio. €	1.359	1.317
Auftragsbestand per 31.12.	Mio. €	692	668
Segmentumsatz¹⁾	Mio. €	1.285,2	1.300,7
Umsatz mit anderen Segmenten/Konzerngesellschaften	Mio. €	-0,5	-0,4
Außenumsatz²⁾	Mio. €	1.284,7	1.300,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	6,6	28,4
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA)³⁾	Mio. €	29,3	50,4
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)³⁾	Mio. €	7,2	28,1

¹⁾inklusive Umsatz mit anderen Geschäftsbereichen

²⁾Beitrag zum Außenumsatz des Konzerns

³⁾EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen

Der Geschäftsbereich Technologie umfasst drei traditionsreiche Spezialmaschinenhersteller. Umsatzschwergewicht ist die KHS GmbH (KHSDE), die in der Abfüll- und Verpackungstechnik zu den weltweit führenden Anlagenproduzenten zählt. Die KHS-Gruppe ist Komplettanbieter von der Intralogistik über das Processing bis zur Getränkeabfüllung und -verpackung. Weitere Gesellschaften des Segments sind im Sondermaschinenbau für die Schuhindustrie tätig oder stellen Gummi- und Silikon-Spritzgießmaschinen her.

Folgende Gesellschaften des Geschäftsbereiches sind neu in den Konsolidierungskreis der Salzgitter AG (SZAG) aufgenommen worden:

- KHS Machines Nigeria Limited, Lagos (KHSNI),
- KHS Panamericana SpA, Santiago (KHSRCH),
- KHS AG (Thailand) Ltd., Bangkok (KHSTH) und
- NMP Systems GmbH, Düsseldorf (NMP).

Beim Vorjahresvergleich ist zu berücksichtigen, dass die Kennzahlen dieser neu aufgenommenen Gesellschaften 2016 noch nicht enthalten sind.

Marktentwicklung

Laut Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) lagen die Auftragseingänge insgesamt deutlich über dem Vorjahreslevel, da besonders die Nachfrage aus dem Ausland aber auch die Inlandsnachfrage anzogen. Die Umsätze der Branche verzeichneten ebenfalls einen Anstieg. Im Markt für Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen entwickelten sich die Buchungen im Ganzen erfreulich. Die inländische Ordertätigkeit bewegte sich zwar unter dem Vorjahreswert, die ausländischen Bestellungen hingegen nahmen zu.

Geschäftsverlauf

Der **Auftragseingang** des Geschäftsbereiches Technologie erhöhte sich 2017 zur Vorjahresperiode dank gesteigerter Werte sowohl der Klöckner DESMA Elastomer-Gruppe (KDE-Gruppe) als auch der DESMA Schuhmaschinen GmbH (KDS). Der **Orderbestand** des Segments kam ebenfalls etwas oberhalb des Vorjahresniveaus aus. **Segment-** und **Außenumsatz** rangierten infolge der Zuwächse bei der KDE-Gruppe und der KDS auf dem Level des Vergleichszeitraumes. Der Geschäftsbereich Technologie erwirtschaftete 6,6 Mio. € **Gewinn vor Steuern** und knüpfte somit nicht an das Vorjahresniveau (2016: 28,4 Mio. €) an. Darin enthalten sind -13,1 Mio. € Aufwendungen für strukturverbessernde Maßnahmen der KHS-Gruppe, die auch aufgrund des wettbewerbsbedingten Preisdrucks ein merklich geringeres Resultat auswies als ein Jahr zuvor. Sowohl die KDS wie auch die KDE-Gruppe steigerten die Vorsteuergewinne hingegen kräftig.

Die KHS-Gruppe verfolgt nach wie vor konsequent ihre Maßnahmen der Unternehmensweiterentwicklung. Das zu diesem Zweck 2015 gestartete Programm wurde im Berichtszeitraum ausgebaut und zum Projekt „KHS Future“ ergänzt. Es soll bis 2019 die Entwicklung des Unternehmens im wettbewerbsintensiven Marktumfeld durch Kostensenkung und Effizienzsteigerung weiter verbessern.

Investitionen

Der Geschäftsbereich Technologie konzentrierte sich 2017 auf Ersatz- und Rationalisierungsmaßnahmen, um seine Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken. Zur Ablaufoptimierung werden außerdem in der deutschen KHS-Gruppe und den Auslandsgesellschaften IT-Projekte durchgeführt. Die umfassende Modernisierung des Standorts Bad Kreuznach hinsichtlich „Lean Manufacturing“ wird in einzelnen Teilprojekten umgesetzt.

Industrielle Beteiligungen / Konsolidierung

Eckdaten		2017	2016
Umsatz	Mio. €	890,6	738,7
Umsatz mit anderen Segmenten/Konzerngesellschaften	Mio. €	-692,6	-544,1
Außenumsatz¹⁾	Mio. €	198,0	194,6
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT)	Mio. €	42,2	36,3
EBIT vor Abschreibungen (EBITDA)²⁾	Mio. €	80,9	64,2
Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT)²⁾	Mio. €	53,8	36,6

¹⁾ Beitrag zum Außenumsatz des Konzerns

²⁾ EBIT = EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag; EBITDA = EBIT + Abschreibungen

Folgende Gesellschaft ist neu in den Konsolidierungskreis der Salzgitter AG (SZAG) aufgenommen worden:

- Salzgitter Hydroforming Verwaltungs GmbH, Crimmitschau (SZHV)

Im Bereich Industrielle Beteiligungen / Konsolidierung sind Aktivitäten erfasst, die nicht direkt einem Geschäftsbereich zugeordnet sind. Als Management-Holding ist die Salzgitter AG nicht selbst operativ tätig, sondern steuert die Salzgitter Mannesmann GmbH (SMG) und Salzgitter Klöckner-Werke GmbH (SKWG), von der die wesentlichen Gesellschaften der Salzgitter-Gruppe gehalten werden. Darüber hinaus werden hier die Resultate der überwiegend konzernintern tätigen Gesellschaften ausgewiesen sowie derjenigen Konzernunternehmen, die mit ihren Produkten und Leistungen die Kernaktivitäten der Geschäftsbereiche unterstützen.

Der **Umsatz** des Bereiches Industrielle Beteiligungen / Konsolidierung, der hauptsächlich durch das Halbzeug- und Servicegeschäft mit Tochtergesellschaften und Konzernfremden generiert wird, erhöhte sich im Geschäftsjahr 2017 maßgeblich auf 890,6 Mio. € (2016: 738,7 Mio. €). Der **Außenumsatz** bewegte sich mit 198,0 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres (194,6 Mio. €).

Der **Gewinn vor Steuern** stieg auf 42,2 Mio. € (2016: 36,3 Mio. €). Er beinhaltet den Beitrag des Aurubis-Engagements in Höhe von 79,3 Mio. € (2016: 19,1 Mio. €). Dieser umfasst vor allem das anteilige Aurubis-Nachsteuerergebnis (91,7 Mio. €; 2016: 51,8 Mio. €). Außerdem ist ein positiver Effekt aus der Auflösung eines Derivates (56,9 Mio. €) zur Aurubis-Umtauschanleihe enthalten, nachdem die Ablösung mittels Aktien erfolgte. Aus dem Abgang der Aurubis-Aktien ergab sich ein Verlust von 63,9 Mio. €. Nach Tilgung der Anleihe hält die SZAG zum Jahresende eine Beteiligung von 16,76% an der Aurubis AG. Stichtagsbezogene Bewertungseffekte von Devisen- und Derivatepositionen belasteten das Resultat des Bereiches, während der Vorsteuergewinn der nicht direkt einem Geschäftsbereich zugeordneten Konzernunternehmen sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelte. Dies ist im Wesentlichen auf das gestiegene Ergebnis der RSE-Gruppe, das von einem Ertrag aus der Veräußerung einer nicht betriebsnotwendigen Immobilie geprägt ist, zurückzuführen.

4. Vergleich des tatsächlichen mit dem prognostizierten Geschäftsverlauf

Angesichts der primär im Flachstahlbereich – infolge der europäischen Anti-Dumping-Maßnahmen – angezogenen Erlöse sowie antizipierter weiterer positiver Effekte der Maßnahmen- und Wachstumsprogramme gingen wir für den **Salzgitter-Konzern** im Geschäftsjahr 2017 von

- einem auf etwa 9 Mrd. € gesteigerten Umsatz (2016: 7,9 Mrd. €),
- einem Vorsteuerergebnis zwischen 100 Mio. € und 150 Mio. € (2016: 53,2 Mio. €) sowie
- einer leicht über dem Vorjahreswert auskommenden Rendite auf das eingesetzte Kapital (ROCE; 2016: 2,7%) aus.

Mit dem besten Quartalsergebnis seit 2008 sind wir gut in das Geschäftsjahr gestartet und erhöhten im Mai unsere Ergebnisprognose auf:

- einen Vorsteuergewinn zwischen 125 Mio. € und 175 Mio. € sowie
- einen spürbar über dem Vorjahreswert auskommenden ROCE.

Aufgrund der Festigung der erfreulichen Ergebnissituation der Segmente Flachstahl und Handel sowie angesichts des soliden Halbjahresresultats passten wir Ende Juli erneut den Ergebnisausblick an und erwarteten nunmehr:

- einen Vorsteuergewinn zwischen 150 Mio. € und 200 Mio. €.

Im Oktober beschloss der Vorstand die Barzahlungsoption des noch zur Rückzahlung ausstehenden Teils der per November 2017 fälligen Umtauschanleihe in Aktien der Aurubis AG nicht auszuüben. Dies ermöglichte verbunden mit dem unverändert positiven Geschäftsverlauf eine weitere Anhebung der Ergebnisprognose auf:

- einen Vorsteuergewinn zwischen 175 Mio. € und 225 Mio. €.

Der Salzgitter-Konzern schloss das Geschäftsjahr 2017 mit dem höchsten Vorsteuerresultat (238,0 Mio. €) seit der Finanzkrise ab und übertraf damit seine zuletzt am 14. November 2017 bestätigte Prognose. Umsatz und ROCE entwickelten sich im Rahmen der Vorschau.

Der Geschäftsverlauf der einzelnen Segmente stellte sich gegenüber der prognostizierten Entwicklung wie folgt dar:

Der **Geschäftsbereich Flachstahl** erwartete dank des Erlösanstiegs im EU-Stahlmarkt einen erfreulicherer Geschäftsverlauf. Unter der Annahme einer anhaltend robusten Nachfrage wurde trotz zum Teil kräftig gestiegener Rohstoffpreise gestützt von kontinuierlichen Maßnahmen zur Kostensenkung mit:

- einem im Vergleich zum Vorjahr (2016: 1,8 Mrd. €) spürbar höherem Umsatz und
- einem erheblich verbesserten Vorsteuerergebnis (2016: –2,3 Mio. €) gerechnet.

Die Salzgitter Flachstahl GmbH (SZFG) produzierte im Berichtszeitraum an der Kapazitätsgrenze. Dank des spürbar höheren Preisniveaus legte der Umsatz (2,2 Mrd. €) merklich zu. Das Segment Flachstahl steigerte sein Resultat vor allem aufgrund der verbesserten Erlösqualität erheblich und verbuchte einen beachtlichen Vorsteuergewinn (182,0 Mio. €).

In einem anhaltend diffizilen Marktumfeld ging der **Geschäftsbereich Grobblech / Profilstahl** für die beiden Grobblechproduzenten von einer zufriedenstellenden Auslastung sowie positiven Effekten aus den umfassenden Kostensenkungs- und Effizienzsteigerungsmaßnahmen aus. Die Auslastung im Profilstahlbereich sollte auf dem Vorjahresniveau rangieren. Neben einem weiterhin volatilen Schrottpreis und dem damit einhergehenden spekulativen Kaufverhalten der Kunden wurden Belastungen aus drastisch gestiegenen Netznutzungsentgelten für den Strombezug erwartet. Insgesamt prognostizierte der Geschäftsbereich:

- eine mengen- und erlösbedingte merkliche Umsatzsteigerung (2016: 0,7 Mrd. €) sowie
- eine signifikante Verbesserung des Ergebnisses vor Steuern in Richtung Break-even (2016: –32,1 Mio. €).

Der Umsatz (1,0 Mrd. €) übertraf den Vergleichswert spürbar. Das Segment wies mit –57,7 Mio. € einen höheren Vorsteuerverlust aus als 2016. Dieser beinhaltete neben der Auflösung auftragsbezogener Rückstellungen das Impairment bei der Mannesmann Grobblech GmbH (MGB) in Höhe von –48,8 Mio. €, ohne das die Ergebnisvor-schau erfüllt worden wäre. Dabei reduzierten die Grobblechgesellschaften in einem nach wie vor von hohen Importen gekennzeichneten Marktumfeld ihre operativen Verluste erheblich. Die Peiner Träger GmbH (PTG) konnte marktbedingt nicht an die erfolgreichen Vorjahre anknüpfen.

Der **Geschäftsbereich Mannesmann** unterstellte für die deutschen Großrohrwerke auch wegen der bereits im Jahr 2016 erfolgten Buchungen eine gute Auslastung. Dagegen wurde erwartet, dass sich die Auftragslage auf dem nordamerikanischen Markt eintrübt. Die Segmente der mittleren Leitungsrohre, Präzis- und Edelstahlrohre rechneten mit einer zumindest zögerlichen Erholung. Insgesamt stellte der Geschäftsbereich:

- eine moderate Umsatzausweitung (2016: 1,0 Mrd. €) aufgrund steigender Versandmengen bei einem höheren Erlösniveau sowie
- ein spürbar gesteigertes, in etwa ausgeglichenes Vorsteuerresultat (2016: –22,4 Mio. €) in Aussicht.

Der Umsatz des Segments erhöhte sich erwartungsgemäß (1,1 Mrd. €). Ebenso verbesserte sich das Resultat vor Steuern (–5,6 Mio. €) dank der angezogenen Ergebnisperformance der Mannesmann Line Pipe GmbH (MLP). Hierin enthalten sind –21,0 Mio. € Aufwand für strukturverbessernde Maßnahmen der Präzisrohrgruppe in Europa.

Für 2017 rechnete der **Geschäftsbereich Handel** mit einer Belebung des internationalen Projektgeschäfts, dem zunehmenden Vertrieb angearbeiteter Produkte und einer Erweiterung des Kundenstamms im Rahmen der intensiveren Digitalisierung. Da aus damaliger Sicht nicht davon ausgegangen werden konnte, dass sich die 2016 als Folge der Stahlpreisentwicklung temporär eingetretene Margenausweitung wiederholen würde, erwarteten wir:

- einen deutlichen Umsatzzuwachs (2016: 2,9 Mrd. €) sowie
- einen merklich unter Vorjahr auskommenden Gewinn vor Steuern (2016: 45,2 Mio. €).

Dank der Preissteigerungen in allen Bereichen wurde ein spürbar höherer Umsatz (3,2 Mrd. €) verzeichnet und der Kundenstamm der digitalen Handelsaktivitäten kontinuierlich ausgeweitet. Der Geschäftsbereich erwirtschaftete 70,5 Mio. € Gewinn vor Steuern und übertraf so das bereits sehr vorzeigbare Resultat der Vergleichsperiode.

Angesichts des preislich stark umkämpften Projektgeschäfts setzte der **Geschäftsbereich Technologie** auf Wachstum in profitablen Produktsegmenten sowie den weiteren Ausbau des Servicegeschäfts. Daneben sollten vor allem die eingeleiteten Effizienzsteigerungsmaßnahmen aus dem Programm „Fit4Future 3.0“ ihre positive Wirkung entfalten. Basierend auf einem hohen Auftragsbestand wurden:

- eine stabile Umsatzentwicklung (2016: 1,3 Mrd. €) und
- ein sichtbarer Anstieg des Vorsteuergewinns (2016: 28,4 Mio. €) antizipiert.

Die Umsatzprognose wurde erreicht (1,3 Mrd. €). Die kleineren Spezialmaschinenbauer steigerten ihre Vorsteuer-gewinne zwar kräftig, dennoch fiel der des Segments mit 6,6 Mio. €, auch wegen –13,1 Mio. € Aufwendungen für strukturverbessernde Maßnahmen der KHS-Gruppe, niedriger aus als erwartet.

IV. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

1. Ertragslage des Konzerns

Der **Salzgitter-Konzern** schloss das Geschäftsjahr 2017 mit dem höchsten Vorsteuergewinn seit 2008 ab. Hierzu trugen die hervorragenden Resultate der Geschäftsbereiche Flachstahl und Handel wie auch die weiterhin erfolgreiche Umsetzung der konzerninternen Programme maßgeblich bei. Es ergaben sich 8,6% Verzinsung des eingesetzten Kapitals (2016: 2,7%). Mit 381 Mio. € Nettofinanzposition (2016: 302 Mio. €) und einer auf 36% gestiegenen Eigenkapitalquote verfügt das Unternehmen über eine komfortable finanzielle und bilanzielle Basis.

Der **Außenumsatz** des Konzerns legte vor allem aufgrund gestiegener Durchschnittserlöse für Stahlerzeugnisse auf 8.990 Mio. € (2016: 7.906 Mio. €) deutlich zu und verteilt sich wie folgt auf die Geschäftsbereiche:

Konzernumsatz nach Geschäftsbereichen

	2017		2016		Veränderung
	in Mio. €	%	in Mio. €	%	
Flachstahl	2.160	24	1.815	23	19%
Grobblech / Profilstahl	1.024	11	742	9	38%
Mannesmann	1.093	12	999	13	9%
Handel	3.230	36	2.855	36	13%
Technologie	1.285	14	1.300	16	-1%
Industrielle Beteiligungen / Konsolidierung	198	2	195	2	2%
Konzern	8.990	100	7.906	100	14%
Nicht fortgeführte Aktivitäten	0		13		-100%
Fortgeführte Konzern-Aktivitäten	8.990		7.893		14%

Die regionale Aufteilung der Umsatzerlöse blieb nahezu konstant: So lag der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit des Salzgitter-Konzerns unverändert in der EU (6.345 Mio. €; 71% Umsatzanteil), wobei Deutschland mit 4.288 Mio. € Erlösen und einem Anteil von 48% weiterhin der mit Abstand größte Einzelmarkt war. In diesem Zusammenhang ist jedoch zu berücksichtigen, dass viele unserer Produkte als Zulieferungen für die exportorientierte deutsche Wirtschaft letztendlich doch den Weg in das Ausland finden.

Konzernumsatz nach Regionen

	2017		2016	
	in Mio. €	%	in Mio. €	%
Deutschland	4.288	48	3.536	45
Weitere EU-Länder	2.057	23	1.800	23
Übriges Europa	358	4	314	4
Amerika	1.096	12	972	12
Asien	652	7	764	10
Andere Regionen	540	6	520	7
Konzern	8.990	100	7.906	100
Nicht fortgeführte Aktivitäten	0		13	
Fortgeführte Konzern-Aktivitäten	8.990		7.893	

Der Salzgitter-Konzern erwirtschaftete einen Gewinn vor Steuern von 238,0 Mio. € (2016: 53,2 Mio. €). Darin sind –82,9 Mio. € Ergebnisbelastungen aus Sondereffekten (2016: –2,3 Mio. €) sowie 79,3 Mio. € Ergebnisbeitrag des Aurubis-Engagements (2016: 19,1 Mio. €) enthalten.

Die im Geschäftsjahr 2010 in Höhe des Nominalwertes von 295,5 Mio. € begebene Umtauschanleihe auf Aktien der Aurubis AG (NAAG) wurde im vierten Quartal 2017 fällig. Im Oktober 2017 hat der Vorstand der Salzgitter AG (SZAG) beschlossen, die Barzahlungsoption des noch zur Rückzahlung ausstehenden Teils der Umtauschanleihe in Höhe 265,4 Mio. € nicht auszuüben. Die Umtauschanleihe wurde somit durch Hingabe von Aurubis-Aktien vollständig abgelöst. Die im Zusammenhang mit der Barzahlungsoption bilanzierte Derivateverbindlichkeit in Höhe von insgesamt 138,5 Mio. € war daraufhin ertragswirksam aufzulösen. Gegenläufig wirkten –63,9 Mio. € aus der Hingabe der im Equity-Ansatz bilanzierten Aurubis-Aktien zwecks Bedienung der ausstehenden Anleiheverbindlichkeit. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergab sich aus diesem Vorgang ein Verlust von 6,9 Mio. €; hierbei ist der unterjährig negative Ergebniseinfluss aus der Derivatebewertung (–81,6 Mio. €) herausgerechnet worden. Nach Tilgung der Anleihe hält die SZAG zum Jahresende eine Beteiligung von 16,76% an der NAAG. Die SZAG bleibt damit Kernaktionär der NAAG und bezieht die Gesellschaft weiterhin als ein nach der Equity-Methode bilanziertes Unternehmen in den Konzernabschluss der SZAG ein.

Die Geschäftsbereiche zeigten folgende Resultate:

Mit 182,0 Mio. € Gewinn vor Steuern steigerte der **Geschäftsbereich Flachstahl** sein Resultat vor allem aufgrund der verbesserten Erlösqualität erheblich (2016: –2,3 Mio. €). Zudem spiegelten sich positive Effekte der eingeleiteten Maßnahmenprogramme wider. Gegenläufig wirkten höhere Rohstoffkosten, insbesondere für Kokskohle.

Der **Geschäftsbereich Grobblech / Profilstahl** schloss mit –57,7 Mio. € Ergebnis vor Steuern (2016: –32,1 Mio. €) ab. Neben der Auflösung auftragsbezogener Rückstellungen ist das Resultat von dem Impairment der Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH (MGB) in Höhe von –48,8 Mio. € geprägt. Während die Grobblechgesellschaften ihre operativen Verluste spürbar reduzierten, konnte die Peiner Träger GmbH (PTG) marktbedingt nicht an die erfolgreichen Vorjahre anknüpfen.

Das Vorsteuerresultat des **Geschäftsbereiches Mannesmann** verbesserte sich hauptsächlich als Folge des gesteigerten Beitrags der Mannesmann Line Pipe GmbH (MLP) (–5,6 Mio. €; 2016: –22,4 Mio. €). Belastend wirkten –21,0 Mio. € Aufwand für strukturverbessernde Maßnahmen der Präzisionsrohrgruppe in Europa.

Der Lagerhandel wie auch die Universal Eisen und Stahl-Gruppe (UES-Gruppe) zeigten eine sehr erfreuliche Ertragslage. Das internationale Trading verzeichnete ebenfalls positive Ergebnisse, da das Mengendefizit durch Lieferungen mit stärkeren Margen kompensiert wurde. Der **Geschäftsbereich Handel** erwirtschaftete so 70,5 Mio. € Gewinn vor Steuern und steigerte das bereits sehr vorzeigbare Resultat der Vergleichsperiode (2016: 45,2 Mio. €) signifikant.

Der **Geschäftsbereich Technologie** erwirtschaftete 6,6 Mio. € Ergebnis vor Steuern (2016: 28,4 Mio. €). Das Resultat beinhaltet –13,1 Mio. € Aufwendungen für strukturverbessernde Maßnahmen der KHS-Gruppe, die auch aufgrund des wettbewerbsbedingten Preisdrucks einen merklichen Rückgang verbuchte. Die KDS und die KDE-Gruppe steigerten dagegen die Vorsteuergewinne kräftig.

Im Bereich **Industrielle Beteiligungen / Konsolidierung** stieg der Gewinn vor Steuern auf 42,2 Mio. € (2016: 36,3 Mio. €). Darin enthalten ist der Beitrag des Aurubis-Engagements in Höhe von 79,3 Mio. € (2016: 19,1 Mio. €). Stichtagsbezogene Bewertungseffekte von Devisen- und Derivatepositionen stehen dem jedoch entgegen. Der Vorsteuergewinn der nicht direkt einem Geschäftsbereich zugeordneten Konzernunternehmen verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr vor allem wegen des gestiegenen Ergebnisses der RSE-Gruppe, das von einem Ertrag aus der Veräußerung einer nicht betriebsnotwendigen Immobilie geprägt ist.

Ergebnis der Geschäftsbereiche und Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag

in Mio. €	2017	2016
Flachstahl	182,0	-2,3
Grobblech / Profilstahl	-57,7	-32,1
Mannesmann	-5,6	-22,4
Handel	70,5	45,2
Technologie	6,6	28,4
Industrielle Beteiligungen / Konsolidierung	42,2	36,3
Konzern-EBT	238,0	53,2
Nicht fortgeführte Aktivitäten	0,4	11,8
EBT fortgeführte Konzern-Aktivitäten	237,6	41,4
Steuern	44,5	-3,6
Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag¹⁾	193,6	56,8

¹⁾inklusive Anteile fremder Gesellschafter

Sondereffekte/EBT Geschäftsbereiche und Konzern (inklusive nicht fortgeführter Aktivitäten)

in Mio. €	EBT		Restrukturierung		Impairment/ Zuschreibung		Sonstiges		EBT ohne Sondereffekte	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Flachstahl	182,0	-2,3							182,0	-2,3
Grobblech / Profilstahl	-57,7	-32,1		-6,3	-48,8	25,0			-8,9	-50,8
Mannesmann	-5,6	-22,4	-21,0	-6,0		-15,0			15,4	-1,4
Handel	70,5	45,2							70,5	45,2
Technologie	6,6	28,4	-13,1						19,7	28,4
Industrielle Beteiligungen / Konsolidierung	42,2	36,3							42,2	36,3
Konzern	238,0	53,2	-34,1	-12,3	-48,8	10,0	0,0	0,0	320,9	55,5

Entwicklung ausgewählter GuV-Posten

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns ist im Kapitel „Anhang“ ausführlich dargestellt. Nachfolgend werden ausgewählte Posten erläutert.

Dem gegenüber Vorjahr gestiegenen Umsatz stehen insbesondere wegen angezogener Rohstoffpreise erhöhte Materialaufwendungen entgegen. In den Abschreibungen ist ein Impairment im Geschäftsbereich Grobblech / Profilstahl in Höhe von -48,8 Mio. € enthalten. Das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen legte deutlich zu. Insbesondere die Beteiligung an der NAAG lieferte einen erfreulichen Beitrag.

Nach Berücksichtigung von 44,5 Mio. € Steueraufwand beträgt der Konzernjahresüberschuss 193,6 Mio. € (2016: 56,8 Mio. €).

Mehrperiodenübersicht zur Ertragslage

in Mio. €	2017	2016	2015 ¹⁾	2014	2013 ²⁾	2012	2011	2010	2009	2008
EBT	238,0	53,2	4,1	-15,2	-482,8	-29,4	201,6	48,9	-496,5	1.003,4
EBIT I ³⁾	295,7	96,6	69,5	63,9	-422,7	59,8	264,7	102,9	-468,1	1.072,1
EBIT ⁴⁾	316,8	119,2	81,9	97,9	-393,2	98,0	304,5	159,8	-411,3	1.026,9
EBITDA ⁵⁾	707,2	476,4	422,6	483,6	138,1	462,7	666,8	539,7	156,9	1.317,2
EBT-Marge	2,7	0,7	0,1	-0,2	-5,2	-0,3	2,1	0,6	-6,4	8,0
EBIT-Marge ⁴⁾	3,5	1,5	1,0	1,1	-4,2	0,9	3,1	1,9	-5,3	8,2
EBITDA-Marge ⁵⁾	7,9	6,0	4,9	5,4	1,5	4,5	6,8	6,5	2,0	10,5
ROCE %	8,6	2,7	1,9	1,8	-10,5	1,3	5,6	2,2	-10,5	21,9

Werte 2008 bis 2012 nicht restated und jeweils inklusive nicht fortgeführter Aktivitäten

¹⁾ Restatement aufgrund einer Korrektur des Vorratsvermögens

²⁾ restated aufgrund Erstanwendung IFRS 11

³⁾ ohne Zinsaufwand Pensionsrückstellungen

⁴⁾ EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag

⁵⁾ EBT + Zinsaufwand/- Zinsertrag + Abschreibungen

Überleitung EBIT/EBITDA

in Mio. €	2017	2016
EBT	238,0	53,2
+ Zinsaufwand	99,7	94,6
- Zinsertrag	-21,0	-28,6
= EBIT	316,8	119,2
+ Abschreibungen ²⁾	390,4	357,2
= EBITDA	707,2	476,4

²⁾ Abschreibungen auf Sachanlagen, immaterielle und langfristige finanzielle Vermögenswerte

Die Ergebniskennzahlen EBIT und EBITDA beschreiben die rein operative Ertragskraft eines Unternehmens unabhängig von dessen Kapitalstruktur. Sie ermöglichen eine zusätzliche Analyse und Bewertung des Unternehmensergebnisses sowie eine überschlägige operative Vergleichbarkeit mit dem Wettbewerb. Länderspezifische Unterschiede in der Besteuerung sowie Besonderheiten der Finanzierungs- und Sachanlagenstruktur einzelner Unternehmen können dabei ausgeblendet werden. Aufgrund der im Vorjahresvergleich deutlich verbesserten Ergebnisperformance sind auch die Kennzahlen EBIT und EBITDA signifikant gestiegen.

Wertschöpfung des Salzgitter-Konzerns

Die betriebliche Wertschöpfung des Konzerns erreichte 2017 einen Wert von 2.032 Mio. €. Damit konnten die Aufwendungen für die Mitarbeiter (1.767 Mio. €) mehr als gedeckt werden. Die öffentliche Hand erhielt in Form von Steuern und Abgaben 2,2% (2016: -0,2%). Der Darlehensgeberanteil verblieb gegenüber dem Vorjahreswert mit 1,4% auf dem gleichen Niveau. Für die Aktionäre (einschließlich eigener Anteile) stehen für das abgelaufene Geschäftsjahr 1,3% der Wertschöpfung (2016: 1,2%) zur Verfügung. In den letzten 15 Jahren sind 3,0 Mrd. € aus der Wertschöpfung im Konzern verblieben, 2017 wurden 166 Mio. € in den Konzern eingebracht.

Wertschöpfung

	31.12.2017		31.12.2016	
	in Mio. €	%	in Mio. €	%
Entstehung				
Konzernleistung	9.670	100,0	8.246	100,0
Vorleistungen	7.638	79,0	6.462	78,4
Wertschöpfung	2.032	21,0	1.784	21,6
Verwendung				
Mitarbeiter	1.767	87,0	1.707	95,7
Öffentliche Hand	45	2,2	-4	-0,2
Aktionäre	27	1,3	21	1,2
Darlehensgeber	28	1,4	25	1,4
Konzern verbleibend	166	8,2	35	2,0
Wertschöpfung	2.032	100,0	1.784	100,0

Überleitung Wertschöpfung

in Mio. €	2017	2016
Umsatzerlöse	8.990,2	7.905,7
Bestandsveränderung/andere aktivierte Eigenleistung	179,1	-64,2
Sonstige betriebliche Erträge	401,8	328,2
Beteiligungsergebnis	6,7	3,9
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen	101,7	63,3
Finanzierungsergebnis ¹⁾	-9,6	8,8
Konzernleistung	9.670,0	8.245,8
Materialaufwand	6.029,8	5.073,9
Abschreibungen	390,4	357,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.218,2	1.030,9
Vorleistung	7.638,4	6.461,9

¹⁾ ohne Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen, Zinsaufwand Zuführung Pensionsrückstellungen sowie ohne Zinsaufwand und ähnliche Aufwendungen

2. Finanz- und Vermögenslage

Finanzmanagement

Im Salzgitter-Konzern führt die Salzgitter Klöckner-Werke GmbH (SKWG), eine 100%ige Tochtergesellschaft der Salzgitter AG (SZAG), seit dem 1. Januar 2012 das Cash- und Devisenmanagement für die Konzerngesellschaften überwiegend zentral durch. Joint-Venture-Gesellschaften sind hierin nicht einbezogen.

Die interne Finanzierung der Konzerngesellschaften erfolgt grundsätzlich über Bereitstellung von Kreditlinien im Rahmen des Konzernfinanzverkehrs und in Einzelfällen über Garantiezusagen für externe Kredite. Um den Finanzbedarf ausländischer Konzernunternehmen zu decken – insbesondere außerhalb des Euroraumes –, nutzt die Salzgitter-Gruppe lokale Kreditmärkte. Gleichzeitig zieht sie auch Liquiditätsüberschüsse der Konzerngesellschaften zur Finanzierung heran. Lieferungen und Leistungen innerhalb der Salzgitter-Gruppe werden über konzerninterne Konten gebucht. Das zentrale Finanzmanagement ermöglicht uns eine kosteneffiziente Fremdkapitalbeschaffung und hat positive Auswirkungen auf das Zinsergebnis. Über eine Finanzplanung mit mehrjährigem Planungshorizont sowie eine monatlich rollierende Liquiditätsplanung mit sechsmonatigem Prognosezeitraum ermitteln wir den Liquiditätsbedarf des Konzerns. Vorhandene Geldanlagen, mittelfristige bilaterale Kreditlinien, ein in 2017 erneuerter 560 Mio. € Konsortialkreditrahmen mit fünfjähriger Laufzeit nebst Verlängerungsoption als nicht gezogene Backup-Linie sowie die Nutzung der Anleihemärkte stellen unseren Liquiditätsbedarf sicher. Darüber hinaus wurde in 2016 erstmalig ein Schuldscheindarlehen begeben.

Unsere internationalen Geschäftsaktivitäten führen zu Zahlungsströmen in unterschiedlichen Währungen. Um das dabei entstehende Wechselkursrisiko abzusichern, besteht für die Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns im Rahmen der Konzernrichtlinien die Verpflichtung, Fremdwährungspositionen zum Zeitpunkt ihrer Entstehung zu sichern. Die Revision überwacht das Einhalten dieser Vorgabe im Rahmen ihrer turnusmäßigen Aufgaben. Für Währungsgeschäfte in US-Dollar – ein maßgeblicher Anteil unserer Fremdwährungsgeschäfte – wird zunächst konzernintern die Aufrechnung von Verkaufs- und Einkaufspositionen (Netting) geprüft. Die sich darüber hinaus ergebenden Spitzenbeträge werden von uns mittels marktüblicher Sicherungsgeschäfte abgedeckt.

Die Pensionsrückstellungen sind weiterhin wesentlicher Bestandteil der Unternehmensfinanzierung. Sie betragen bei einem vom aktuellen Niveau der Kapitalmarktzinsen abgeleiteten verminderten Rechnungszinssatz (1,50%) 2.440 Mio. € (2016: 2.449 Mio. € mit 1,75%). Nach den Vorschriften der internationalen Rechnungslegung wurde die Auswirkung der Rechnungszinssatzanpassung erfolgsneutral im Eigenkapital bilanziert.

Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung (ausführliche Darstellung im Kapitel „Konzernabschluss“) zeigt die Herkunft und Verwendung der Geldströme. Der in der Kapitalflussrechnung betrachtete Finanzmittelbestand entspricht der Bilanzposition „Finanzmittel“.

Finanzmittel

in Mio. €	2017	2016
Zufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	273,7	290,2
Abfluss aus Investitionstätigkeit	-340,1	-363,6
Abfluss/Zufluss aus Finanzierungstätigkeit	-63,6	52,6
Veränderung der Finanzmittel	-129,9	-20,7
Konsolidierungskreisänderung/Wechselkursänderungen	-8,8	2,6
Finanzmittel am Bilanzstichtag	679,4	818,1

Der Konzern erzielte 274 Mio. € Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (2016: 290 Mio. €). Bei einem signifikant verbesserten Ergebnis belasteten insbesondere die Zunahme der Forderungen und der Vorräte den Cashflow. Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit (340 Mio. €) zeichnete sich gegenüber der Vergleichsperiode (364 Mio. €) vor allem durch Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte sowie in sonstige langfristige Vermögenswerte, insbesondere in Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen, aus. Gegenläufig wirkte ein positiver Saldo aus den Zahlungen für Geldanlagen (+55 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2017 ergab sich aufgrund der Auszahlungen für Dividenden sowie Kreditrück- und Zinsauszahlungen ein negativer Cashflow aus Finanzierungstätigkeit von 64 Mio. € (Vorjahr: +53 Mio. €). Der positive Mittelzufluss des Vorjahres resultiert im Wesentlichen aus der Begebung eines Schuldscheindarlehens.

Nettofinanzposition

Nettofinanzposition = Geldanlagen – Finanzschulden der Nettofinanzposition

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Finanzmittel gemäß Bilanz	679,4	818,1
+ zu Handelszwecken gehaltene Zertifikate	200,0	250,0
+ sonstige Geldanlagen	140,5	149,9
= Geldanlagen	1.019,9	1.218,0
Finanzschulden gemäß Bilanz	671,6	946,0
– Verbindlichkeiten aus Leasingverträgen, aus Finanzierungen/Finanzverkehr und Sonstiges	32,2	29,8
= Finanzschulden der Nettofinanzposition	639,4	916,2
Nettofinanzposition	380,5	301,8

Die Nettofinanzposition von 381 Mio. € hat gegenüber 2016 (302 Mio. €) zugenommen. Den reduzierten Geldanlagen einschließlich der Wertpapiere (1.020 Mio. €) standen zum Geschäftsjahresende deutlich gesunkene Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten von 639 Mio. € (Vorjahr: 916 Mio. €) gegenüber. Letztere enthalten 168 Mio. € Nominalverpflichtungen aus Anleihen, die sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der Ablösung der Umtauschanleihe bedeutsam verringert haben. Verpflichtungen aus Finanzierungsleasing werden nicht in der Nettofinanzposition berücksichtigt.

Investitionen

Die Zugänge zum Anlagevermögen aus Investitionen betrugen 292 Mio. € (2016: 359 Mio. €). Davon aktivierte Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (287 Mio. €) wurden durch die planmäßigen Abschreibungen (342 Mio. €) mehr als gedeckt. Die finanziellen Vermögenswerte erhöhten sich um 5,7 Mio. €, überwiegend aufgrund von Investitionen in die aus Wesentlichkeitsgründen nicht konsolidierten Tochtergesellschaften. Neben dem Geschäftsbereich Flachstahl (126 Mio. €) wurde 2017 ein Großteil der Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte im Geschäftsbereich Mannesmann (73 Mio. €) getätigt.

In den Abschreibungen sind außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 49 Mio. € (2016: 15 Mio. €) enthalten.

Investitionen/Abschreibungen¹⁾

in Mio. €	Investitionen ²⁾		Abschreibungen ²⁾³⁾	
	Konzern	davon GB Flachstahl und GB Grobblech / Profilstahl	Konzern	davon GB Flachstahl und GB Grobblech / Profilstahl
2017	287	166	390	269
2016	352	213	357	224
2015	411	278	340	221
2014	270	155	382	261
2013	359	193	530	423
Summe	1.679	1.005	2.000	1.397

¹⁾ Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, ohne Finanzanlagen

²⁾ 2013 restated

³⁾ planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen

Investitionen/Abschreibungen nach Geschäftsbereichen¹⁾

in Mio. €	Investitionen		Abschreibungen ²⁾	
	2017	2016	2017	2016
Flachstahl	126,4	189,3	175,0	177,5
Grobblech / Profilstahl	39,2	23,8	94,3	46,2
Mannesmann	72,8	87,7	61,6	73,2
Handel	8,7	7,7	10,3	10,4
Technologie	20,2	21,8	22,1	22,3
Industrielle Beteiligungen / Konsolidierung	19,4	21,9	27,1	27,6
Konzern	286,7	352,1	390,4	357,1

¹⁾ Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, ohne Finanzanlagen

²⁾ planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen

Die Liquiditäts- und Verschuldungskennzahlen stellten sich im Geschäftsjahr 2017 wie folgt dar:

Mehrperiodenübersicht zur Finanzlage

	2017	2016	2015 ¹⁾	2014	2013 ²⁾	2012	2011	2010	2009	2008
Zahlungsbereitschaft I (%) ³⁾	131	123	132	116	130	156	169	192	211	157
Zahlungsbereitschaft II (%) ⁴⁾	234	201	214	196	227	262	287	287	302	281
Dynamische Verschuldung (%) ⁵⁾	11,6	11,6	19,8	26,0	6,8	22,0	-12,1	30,1	406,8	64,9
Gearing (%) ⁶⁾	178,3	196,3	190,0	195,4	158,9	145,1	120	125,9	106,2	100,3
Cashflow (Mio. €) aus laufender Geschäftstätigkeit	274	290	448	599	141	427	-197	209	1.190	547
Nettofinanzposition (Mio. €) ⁷⁾	-381	-302	-415	-403	-303	-497	-508	-1.272	-1.561	-991

Werte 2008 bis 2012 nicht restated und jeweils inklusive nicht fortgeführter Aktivitäten

¹⁾ Restatement aufgrund einer Korrektur des Vorratsvermögens

⁵⁾ $\frac{\text{Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit} \times 100}{\text{lang- und kurzfristige Finanzschulden (inkl. Pensionen) - Geldanlagen}}$

²⁾ restated

³⁾ $\frac{(\text{kurzfristige Vermögenswerte} - \text{Vorräte}) \times 100}{\text{kurzfristige Schulden} + \text{Dividendenvorschlag}}$

⁶⁾ $\frac{\text{lang- und kurzfristige Schulden (inkl. Pensionen)} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$

⁴⁾ $\frac{\text{kurzfristige Vermögenswerte} \times 100}{\text{kurzfristige Schulden} + \text{Dividendenvorschlag}}$

⁷⁾ - \pm Guthaben, + \pm Verschuldung

Vermögenslage

Das Gesamtvermögen des Konzerns nahm im Vergleich zum Stichtagswert des Geschäftsjahres 2016 (8.450 Mio. €) um 1,6% auf 8.318 Mio. € ab. Der Rückgang der langfristigen Vermögenswerte (-134 Mio. €) resultierte aus geringeren Anteilen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen (-83 Mio. €). Das Anlagevermögen reduzierte sich, da die Abschreibungen (390 Mio. €) die Investitionen (292 Mio. €) übertrafen. Dem entgegen stehen erhöhte Ertragsteueransprüche (+43 Mio. €). Die kurzfristigen Vermögenswerte entsprechen dem Vorjahreslevel. Während die Vorräte sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stiegen (+242 Mio. € beziehungsweise +16 Mio. €), verringerten sich die sonstigen Forderungen und Vermögenswerte (-110 Mio. €) sowie die Finanzmittel (-139 Mio. €).

Vermögens- und Kapitalstruktur

in Mio. €	31.12.2017	%	31.12.2016	%
Langfristige Vermögenswerte	3.566	42,9	3.700	43,8
Kurzfristige Vermögenswerte	4.752	57,1	4.750	56,2
Aktiva	8.318	100,0	8.450	100,0
Eigenkapital	2.990	35,9	2.852	33,8
Langfristige Schulden	3.322	39,9	3.258	38,6
Kurzfristige Schulden	2.007	24,1	2.340	27,7
Passiva	8.318	100,0	8.450	100,0

Das kurzfristig gebundene Nettovermögen (Working Capital) kam mit 2.433 Mio. € (+12,4%) oberhalb des Vorjahresniveaus aus.

Die Eigenkapitalquote (35,9%) ist im Vergleich zum Vorjahr (33,8%) erkennbar gestiegen. Ausschlaggebend hierfür ist das gute Jahresergebnis. Gleichzeitig verringerten sich die kurzfristigen Finanzschulden aufgrund der Ablösung der Umtauschanleihe. Des Weiteren sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen etwas höher als ein Jahr zuvor.

Mehrperiodenübersicht zur Vermögenslage

	2017	2016	2015 ¹⁾	2014	2013 ²⁾	2012	2011	2010	2009	2008
Anlagenintensität (%) ³⁾	42,9	43,8	44,4	42,1	43,9	42,5	41,8	39,7	39,5	33,5
Vorratsintensität (%) ⁴⁾	25,1	21,8	21,3	23,4	23,9	23,2	23,9	19,9	18,2	29,3
Abschreibungsquote (%) ⁵⁾	15,9	13,9	13,3	15,3	20,7	13,6	13,5	14,2	21,3	11,7
Debitorenlaufzeit (Tage) ⁶⁾	61,6	68,2	63,4	66,5	57,8	54,2	53,7	51,7	49,3	48,4
Capital employed (Mio. €)	3.436	3.584	3.620	3.526	4.034	4.481	4.733	4.596	4.457	4.886
Working Capital (Mio. €)	2.433	2.165	2.271	2.487	2.598	2.694	2.753	2.193	1.981	3.338

Werte 2008 bis 2012 nicht restated und jeweils inklusive nicht fortgeführter Aktivitäten

¹⁾ Restatement aufgrund einer Korrektur des Vorratsvermögens

⁴⁾ $\frac{\text{Vorräte} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$

²⁾ restated

⁵⁾ $\frac{\text{Abschreibungen auf Sachanlageverm./immat. Vermögenswerte} \times 100}{\text{Sachanlageverm./immat. Vermögenswerte}}$

³⁾ $\frac{\text{langfristige Vermögenswerte} \times 100}{\text{Gesamtvermögen}}$

⁶⁾ $\frac{\text{Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen} \times 365}{\text{Umsatzerlöse}}$

Die SZAG weist im Konzernabschluss 2017 Eventualverbindlichkeiten aus, deren Eintrittsrisiko als unwahrscheinlich bewertet wird. Aus einer Anpassungsprüfung von Betriebsrentenzahlungen würde sich bei vollständiger Nachholung der Betriebsrentenanpassung eine Erhöhung der Netto-Pensionsverpflichtung von 28,0 Mio. € (Vorjahr 31,8 Mio. €) ergeben. Aus der Bewertung der sogenannten Wertpapier-Leihe ergibt sich ein Gesamtrisiko von 104,3 Mio. € (Vorjahr 0,0 Mio. €), deren Inanspruchnahme mit überwiegender Wahrscheinlichkeit nicht eintreten wird. Hinsichtlich der seit dem Frühjahr 2014 laufenden steuerrechtlichen Ermittlungsverfahren ist die SZAG wie im Vorjahr der Ansicht, dass nicht ernsthaft mit einer Inanspruchnahme der betroffenen Konzern-Gesellschaften zu rechnen ist. Zu weiteren Details verweisen wir auf den Abschnitt „Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten“ im Anhang des Konzernabschlusses.

3. Jahresabschluss der Salzgitter AG

Der Jahresabschluss der Salzgitter AG (SZAG) für das Geschäftsjahr 2017 ist nach den Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs unter Beachtung der ergänzenden Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt und vom Abschlussprüfer PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover, mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Er wird vollständig im Bundesanzeiger bekannt gegeben.

Die SZAG führt die Konzerngeschäftsbereiche, bei denen das operative Geschäft liegt, unverändert als Management-Holding.

Die wesentlichen Beteiligungsgesellschaften werden über die 100%ige Tochtergesellschaft Salzgitter Mannesmann GmbH (SMG) von deren 100%iger Tochtergesellschaft Salzgitter Klöckner-Werke GmbH (SKWG) gehalten. Weder zwischen der SZAG und der SMG noch zwischen der SMG und der SKWG bestehen Ergebnisabführungsverträge. Es besteht jedoch jeweils eine vertragliche Vereinbarung zur freiwilligen Übernahme der Verluste.

Die SZAG ist als nicht operative Holdinggesellschaft in das Steuerungskonzept des Salzgitter-Konzerns eingebunden und unterliegt somit den gleichen Chancen und Risiken wie der Salzgitter-Konzern. Die Ertragslage der Gesellschaft ist daher von der Entwicklung der Tochtergesellschaften und Beteiligungen und damit deren Werthaltigkeit abhängig. Hierbei werden die rechtlichen Anforderungen an die Steuerung der SZAG berücksichtigt.

Bilanz der Salzgitter AG (Kurzfassung)

in Mio. €	31.12.2017	%	31.12.2016	%
Anlagevermögen	59,4	6,9	59,0	6,8
Sachanlagen ¹⁾	20,9	2,4	20,7	2,4
Finanzanlagen	38,5	4,5	38,3	4,4
Umlaufvermögen	802,2	93,1	808,6	93,2
Vorräte	1,8	0,2	0,1	0,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände ²⁾	800,5	92,9	808,5	93,2
Aktiva	861,6	100,0	867,7	100,0
in Mio. €	31.12.2017	%	31.12.2016	%
Eigenkapital	397,0	46,1	391,0	45,1
Rückstellungen	263,6	30,6	282,2	32,5
Verbindlichkeiten	201,1	23,3	194,4	22,4
Passiva	861,6	100,0	867,7	100,0

¹⁾inklusive immaterieller Vermögensgegenstände

²⁾inklusive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Forderungen aus der im Rahmen des konzernweiten Cash-Managements der Tochtergesellschaft SKWG zur Verfügung gestellten Liquidität (723 Mio. €) bilden unverändert die wesentlichen Aktivposten. Die gehaltenen eigenen Aktien werden nach den Vorschriften des HGB offen vom Eigenkapital abgesetzt.

Auf der Passivseite sind neben dem Eigenkapital insbesondere 245 Mio. € Pensionsverpflichtungen sowie eine verbleibende Rückzahlungsverpflichtung (168 Mio. €) gegenüber der niederländischen Emittentin der Wandel-schuldverschreibung enthalten. Die Eigenkapitalquote hat sich auf 46,1% (Vorjahr: 45,1%) erhöht.

Gewinn- und Verlustrechnung der Salzgitter AG (Kurzfassung)

in Mio. €	2017	2016
Umsatzerlöse	22,4	22,3
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	1,6	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	25,5	23,0
Materialaufwand	1,4	0,0
Personalaufwand	23,3	19,1
Abschreibungen ¹⁾	2,4	1,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	30,0	29,4
Beteiligungsergebnis	43,5	42,5
Zinsergebnis	-15,0	-10,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,8	0,3
Ergebnis nach Steuern	21,6	28,3
Sonstige Steuern	0,6	-8,8
Jahresüberschuss	22,2	19,5

¹⁾inklusive Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens

In den Umsatzerlösen sind im Wesentlichen die Erträge aus der Erhebung einer Konzernumlage enthalten. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten 2017 unter anderem Auflösungen von Rückstellungen sowie realisierte Kursdifferenzen von Devisen- und Derivatepositionen. Das Beteiligungsergebnis betrifft nahezu ausschließlich den von der SMG vereinnahmten Ergebnisbeitrag. In der Gesellschaft waren zum 31. Dezember 2017 158 Mitarbeiter beschäftigt.

Angaben nach §§ 289a und 315a HGB

Das gezeichnete Kapital setzte sich am Bilanzstichtag aus 60.097.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien zusammen mit einem rechnerischen Anteil jeder Aktie am Grundkapital von 2,69 €. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Diese ergeben sich aus den Vorschriften des Aktiengesetzes.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, bestanden am Bilanzstichtag nach Kenntnis des Vorstandes nur insoweit, als der Gesellschaft aus den von ihr gehaltenen eigenen Aktien (6.009.700 Stück) keine Stimmrechte zustanden und als Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern aus von ihnen gehaltenen Aktien kein Stimmrecht bei der Beschlussfassung über ihre eigene Entlastung zustanden.

Eine Beteiligung am Kapital von mehr als 10% der Stimmrechte bestand am Bilanzstichtag nur seitens der Hannoversche Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen mbH (HanBG), Hannover, die gemäß ihrer Mitteilung vom 2. April 2002 mit 25,5% der Stimmrechte an der Salzgitter AG (SZAG) beteiligt ist; dies entsprach infolge der seitdem gesunkenen Anzahl der insgesamt ausgegebenen Aktien am Bilanzstichtag einem Stimmrechtsanteil von 26,5%. Alleiniger Gesellschafter der HanBG ist das Land Niedersachsen.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, existieren nicht. Am Kapital beteiligte Arbeitnehmer, die ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben, sind dem Vorstand nicht bekannt.

Die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes und die Änderung der Satzung erfolgen allein nach den Vorschriften des Aktiengesetzes.

Der Vorstand hat aufgrund von Beschlüssen der Hauptversammlung folgende drei Möglichkeiten, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen:

- Er kann in der Zeit bis zum 31. Mai 2022 mit Zustimmung des Aufsichtsrates 30.048.500 neue auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen ausgeben (Genehmigtes Kapital 2017), wobei unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nur bis zu 12.019.400 Stück (20% aller am 1. Juni 2017 ausgegebenen Aktien) ausgegeben werden dürfen. Die 20%-Grenze verringert sich um den anteiligen Betrag am Grundkapital, auf den sich Options- oder Wandlungsrechte beziehungsweise Options- oder Wandlungspflichten aus Optionsschuldverschreibungen, Wandelschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen beziehungsweise Kombinationen dieser Instrumente beziehen, die seit dem 1. Juni 2017 unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben worden sind.
- Der Vorstand kann des Weiteren mit Zustimmung des Aufsichtsrates bis zum 31. Mai 2022 Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 1 Mrd. € begeben und den Inhabern der jeweiligen Teilschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf Aktien der Gesellschaft in einer Gesamtzahl von bis zu 26.000.093 Stück (Bedingtes Kapital 2017) gewähren. Dabei kann das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden bis zu einem Gesamtnennbetrag von Schuldverschreibungen, mit denen Wandlungsrechte auf Aktien verbunden sind, deren anteiliger Betrag des Grundkapitals 10% des Grundkapitals nicht überschreitet. Eine Ausgabe von Schuldverschreibungen mit Wandlungsrecht unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre darf dabei nur erfolgen, soweit seit dem 1. Juni 2017 noch nicht Aktien mit einem Anteil von 20% des Grundkapitals aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben worden sind. Aktien aus genehmigtem Kapital sind seit dem 1. Juni 2017 bis zum Bilanzstichtag nicht ausgegeben worden.
- Der Vorstand ist ermächtigt, bis zum Ablauf des 27. Mai 2020 eigene Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 10% zu erwerben und zu allen gesetzlich zugelassenen Zwecken zu verwenden.

Darüber hinaus hat der Vorstand am 5. Juni 2015 von einer bis zum 1. Juni 2017 bestehenden Ermächtigung zur Ausgabe einer Schuldverschreibung Gebrauch gemacht und eine Wandelschuldverschreibung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre begeben mit Wandlungsrechten auf derzeit bis zu 3.553.627 neue Aktien aus bedingtem Kapital (Bedingtes Kapital 2013), ausübbar bis zum 26. Mai 2022. Bis zum Bilanzstichtag hat noch kein Inhaber der Teilschuldverschreibungen sein Wandlungsrecht ausgeübt.

Es bestehen folgende wesentlichen Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes stehen, mit folgenden Wirkungen:

- Bei der 2015 begebenen Wandelschuldverschreibung über 168 Mio. € ist im Falle eines Kontrollwechsels jeder Anleihegläubiger innerhalb einer bestimmten Frist berechtigt, die Rückzahlung seiner Schuldverschreibungen zu verlangen; außerdem wird, falls Anleihegläubiger ihr Wandlungsrecht innerhalb einer bestimmten Frist ausüben, das Wandlungsverhältnis nach einer bestimmten Formel angepasst.
- Nach dem 2017 mit einem Bankenkonsortium geschlossenen Vertrag über eine Kreditlinie von 560 Mio. € hat im Falle eines Kontrollwechsels jede Konsortialbank das Recht, ihre Beteiligung an der Kreditlinie zu kündigen und gegebenenfalls Rückzahlung zu verlangen.
- Nach einer Vereinbarung der Gesellschafter der EUROPIPE GmbH (EP), Mülheim an der Ruhr, von deren Geschäftsanteilen der Konzern 50% hält, kann die Gesellschaft im Falle eines Kontrollwechsels Geschäftsanteile ohne Zustimmung des betroffenen Gesellschafters einziehen, sofern die Geschäftstätigkeit des dann beherrschenden Dritten in Konkurrenz zu der Tätigkeit der Gesellschaft steht. Statt der Einziehung können die übrigen Gesellschafter verlangen, dass der Geschäftsanteil an einen benannten Erwerber abzutreten ist.

Für den Fall eines Übernahmeangebotes haben die Mitglieder des Vorstandes unter bestimmten Voraussetzungen ein Recht zur Kündigung ihres Anstellungsvertrages und einen Anspruch auf eine Abfindung in Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit ihres Vertrages, wobei dieser Anspruch auf einen Höchstbetrag begrenzt ist.

Gewinnverwendung der Salzgitter AG

Die SZAG weist für das Geschäftsjahr 2017 einen Jahresüberschuss von 22,2 Mio. € aus. Unter Einbeziehung des Gewinnvortrags (4,9 Mio. €) ergibt sich ein Bilanzgewinn von 27,1 Mio. €.

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung vor, den Bilanzgewinn (27,1 Mio. €) für die Ausschüttung einer Dividende von insgesamt 0,45 € je Aktie (bezogen auf das in 60.097.000 Aktien eingeteilte Grundkapital von 161,6 Mio. €) zu verwenden und den verbleibenden Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Sofern die Gesellschaft am Tag der Hauptversammlung eigene Anteile hält, wird der Gewinnverwendungsvorschlag in der Versammlung dementsprechend angepasst, da eigene Anteile nicht dividendenberechtigt sind.

Die Höhe der Dividende wird sich weiterhin an der Gewinnentwicklung orientieren. Die branchenüblichen zyklischen Schwankungen schlagen sich naturgemäß einerseits in den Ergebnissen der Gruppe, andererseits im Aktienkurs nieder. Der Bilanzgewinn im handelsrechtlichen Jahresabschluss der SZAG ist für die Ausschüttungsfähigkeit maßgeblich und insoweit für die Steuerung relevant. Der Salzgitter-Konzern verfolgt grundsätzlich eine Politik kontinuierlicher attraktiver Dividendenzahlungen, die unter der Prämisse tatsächlicher operativer Gewinnerzielung außerhalb von volatilen Stichtageinflüssen geleistet werden sollen. Dabei muss sich die Zyklizität der Ergebnisentwicklung nicht in vollem Umfang im Dividendenvorschlag niederschlagen. Vor dem Hintergrund des gegenwärtig zu erwartenden Branchenumfelds und der Ergebnisabhängigkeit der SZAG von ihren Tochtergesellschaften wird für das Geschäftsjahr 2018 ein Bilanzgewinn in etwa auf Vorjahresniveau erwartet. Die Prognose für 2017 – die sich ebenfalls am Vorjahr orientierte – wurde überschritten.

V. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

1. Chancen- und Risikomanagementsystem

Die Erwartungen für die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung und deren mögliche Auswirkung auf unser Unternehmen – unter Ausnutzung sich bietender Chancen und Risiken – kommentieren wir im Kapitel „Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns“.

Abgrenzung von Risiko- und Chancenmanagement

Wir betrachten das Risiko- und das Chancenmanagement grundsätzlich getrennt. Ein separates Reportingsystem dokumentiert die Risiken und unterstützt deren Überwachung. Hingegen sind die Erfassung und Kommunikation von Chancen integrale Bestandteile des etablierten Steuerungs- und Controllingsystems zwischen den Tochter-/Beteiligungsgesellschaften und der Holding. Dem Management der Einzelgesellschaften obliegt unmittelbar das Identifizieren, Analysieren und Umsetzen operativer Chancen. Gemeinsam mit der Holding des Konzerns werden zielgerichtete Maßnahmen erarbeitet, um Stärken zu konturieren und strategische Wachstumspotenziale zu erschließen.

Chancen und Chancenmanagement

Für das Erkennen, Aufgreifen und Umsetzen von Chancen sind die laufende Beobachtung und Analyse der relevanten Produkt-, Technologie-, Markt- und Wettbewerbsentwicklungen im Umfeld der Konzerngesellschaften zentrale Bestandteile des Chancenmanagements.

Unsere Konzern- und Führungsstruktur bildet eine wichtige Basis für die konsequente Nutzung von Potenzialen. Sie ist auf effiziente und effektive Strukturen und Abläufe ausgerichtet. Auf diese Weise können wir in einem herausfordernden und dynamischen Umfeld Marktchancen schnell und gezielt aufgreifen und unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Geschäftschancen sollen unter dem Aspekt nachhaltiger Profitabilität gezielt genutzt werden. Neben initiierten Maßnahmen des organischen Wachstums prüfen wir ebenso neue Geschäftsmodelle sowie externe Möglichkeiten auf ihren möglichen Beitrag zum Unternehmenserfolg des Salzgitter-Konzerns. Anlagenproduktivität und effizienter Ressourceneinsatz bilden genauso wie die klare Ausrichtung unserer Produkte und Leistungen an Kunden- und Marktanforderungen weitere wesentliche Bausteine unseres Unternehmenserfolgs.

Chancen ergeben sich vor allem aus unseren vielfältigen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Über aktuelle Projekte informieren wir im Kapitel „Forschung und Entwicklung“.

Risiken und Risikomanagement

Im vergangenen Jahr hat sich unser Risikomanagement auch angesichts der Auswirkungen der Finanz- und Schuldensituation in Europa, der noch vorhandenen Imbalance einiger Teilmärkte für Stahlprodukte sowie der politischen Unwägbarkeiten bewährt und als wirksam erwiesen.

Innerhalb der satzungsgemäßen Geschäftstätigkeit ist es oft unumgänglich, Risiken einzugehen. Dies ist häufig eine notwendige Voraussetzung, um Chancen nutzen zu können. Die Unternehmensführung muss daher möglichst sämtliche bestehenden relevanten Risiken überschauen und kontrollieren können. Aus diesem Grund ist eine vorausblickende und wirkungsvolle Risikolenkung für unseren Konzern ein wichtiger und wertschaffender Bestandteil des Managements zur Existenzsicherung des gesamten Unternehmens, des Kapitals unserer Aktionäre und der Arbeitsplätze.

Qualifiziertes Top-down-Regelwerk

Es ist Aufgabe der Management-Holding, die Richtlinien vorzugeben, die die Basis für eine einheitliche und angemessene Behandlung von Risiken und deren Kommunikation im Konzern bilden. Das entsprechende Konzept vermitteln wir unseren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften mithilfe eines Risikoleitfadens. Darin sind die Grundsätze zur

- Identifikation,
- Bewertung,
- Bewältigung,
- Kommunikation und
- Dokumentation

der Risiken formuliert, mit denen das konzernweite Risikoinventar harmonisiert wird, um auf diese Weise die Aussagefähigkeit für den Gesamtkonzern zu gewährleisten. Wir entwickeln unser Risikomanagementsystem entsprechend den Erfordernissen stetig weiter.

Identifikation

Im Sinne des Risikomanagements des Salzgitter-Konzerns identifizieren wir Sachverhalte in den Geschäftsbereichen, die wir bei unserer Planung oder Vorausschau noch nicht berücksichtigt haben oder berücksichtigen konnten. Der Schaden respektive die Schadenshöhe ergibt sich aus der potenziellen Abweichung von den prognostizierten beziehungsweise voraussichtlichen Ergebnissen. Die Risikokoordinatoren der Gesellschaften sorgen für einen kontinuierlichen Prozess. Wir haben eine Checkliste entwickelt, die zur Identifikation von Risiken herangezogen werden kann. Zugleich werden diese Sachverhalte Risikoarten zugeordnet. Die im Salzgitter-Konzern angewandte Einteilung der Risikoarten besteht aus den folgenden vier Hauptgruppen:

- allgemeine externe Risiken,
- leistungswirtschaftliche Risiken,
- finanzwirtschaftliche Risiken und
- allgemeine interne Risiken.

Um eine Grundsystematik zu gewährleisten, erfassen wir – unabhängig von der Schadenshöhe – für einige Risikoarten Pflichtrisiken in unserem Inventar. Dies sind beispielsweise die leistungswirtschaftlichen Risiken aus Absatz, Beschaffung, Bevorratung und Produktionsausfall. Bei externen Risiken sind neben Umweltschutzrisiken, und den Betrieb von Anlagen betreffend, seit jüngster Zeit auch umweltpolitische und energiepolitische Risiken für unseren Konzern besonders bedeutsam. Eine exemplarische Maßnahme im finanzwirtschaftlichen Part ist die rollierende kurzfristige Liquiditätsplanung, für die internen Risiken sind es Einschätzungen zur Informationstechnik. Erfahrungsgemäß decken wir hiermit die wesentlichen Risiken unseres Konzernrisikoprofil ab.

Bewertung

Damit wir die Risiken nachvollziehen können, bewerten wir generell die Bedrohungslage, wobei wir sämtliche beeinflussenden Umstände berücksichtigen. Rückstellungen und Wertberichtigungen vermindern gegebenenfalls die Schadenshöhen, worauf wir in den Risikodokumentationen hinweisen.

Risiken aus Feuerschäden, Betriebsunterbrechungen und anderen Schadens- und Haftpflichtfällen, für die wir einen Versicherungsschutz haben, erfassen wir nicht. Gravierende Schäden hieraus wälzen wir, mit Ausnahme des Selbstbehaltes, auf unsere Versicherungsgeber über. Um zu gewährleisten, dass unser Versicherungsschutz immer dem aktuellen Stand entspricht, prüfen wir Umfang und Inhalt kontinuierlich und passen diese bei Bedarf an.

Hinsichtlich der Höhe des Schadens unterscheiden wir zwischen Großrisiken ab einem Bruttoschaden von mindestens 25 Mio. €, die nachfolgend auch mit Eintrittswahrscheinlichkeiten belegt sind, und sonstigen Risiken mit einem Bruttoschaden unter 25 Mio. €.

Beim Überleiten von der Brutto- auf die Nettoschadenshöhe beziehen wir sämtliche Schadensbewältigungsmaßnahmen ein.

Die Eintrittswahrscheinlichkeit haben wir wertmäßig in fünf Wahrscheinlichkeitsklassen eingeordnet: drei „unwahrscheinliche“ und zwei „wahrscheinliche“ Einstufungen. Das Eintreten von Risiken der Kategorien „unwahrscheinlich“ ist nach sorgfältigem kaufmännischem, technischem und juristischem Ermessen eher nicht zu erwarten. Bei den Risikoeinstufungen „wahrscheinlich“ ist ein Schaden für das Unternehmen durch ein unerwünschtes Ereignis nicht mehr auszuschließen.

Bewältigung

Zu jedem Risiko halten wir die für die Bewertung und Bewältigung des Risikos getroffenen respektive noch zu treffenden Maßnahmen fest und berichten darüber auf die nachfolgend dargelegte Weise.

Kommunikation und Dokumentation

Wir binden sämtliche konsolidierten Gesellschaften unserer Geschäftsbereiche in das Risikomanagement ein.

Risiken integrieren wir in die unterjährigen Vorschauen und die Mittelfristplanung. Mit dem Ziel, potenzielle Risiken zu vermeiden beziehungsweise entstandene Risiken zu kontrollieren, zu bewältigen und Vorsorge zu treffen, haben wir verschiedene Verfahren, Regelungen und Instrumente festgelegt. Ein bedeutsames Element zur Risikoverminderung ist unser Internes Kontrollsystem, das sich an den Prinzipien des COSO-Modells orientiert. Das COSO-Modell basiert auf dem vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission herausgegebenen „Internal Control – Integrated Framework“. Die hohe Transparenz bezüglich risikobehafteter Entwicklungen ermöglicht es uns als Konzern, frühzeitig und zielgerichtet Gegenmaßnahmen einzuleiten. Die Bedingungen, die zu erfüllen sind, damit die Maßnahmen wirken können, dokumentieren wir, überprüfen sie periodisch und aktualisieren sie gegebenenfalls.

Durch unser konzernweites Berichtssystem stellen wir sicher, dass das Konzernmanagement die notwendigen sachgerechten Informationen erhält. Die Konzerngesellschaften übermitteln den Risikostatus gemäß den Meldegrenzen anhand monatlicher Controllingreports oder ad hoc, und zwar unmittelbar an den Vorstand. Die identifizierten und bewerteten Risiken analysieren wir auf Konzernebene, verfolgen sie detailliert und passen insbesondere Risiken mit akuter Handlungsnotwendigkeit in unsere wirtschaftliche Gesamtlage ein.

Risiken im Rahmen von Gemeinschaftsunternehmen, die nicht in unserem mehrheitlichen Besitz sind, grenzen wir mittels geeigneter Berichts- und Konsultationsstrukturen, der Mitwirkung in Aufsichtsgremien und vertraglicher Regelungen ein. So sind Mitglieder des Vorstandes der Salzgitter AG (SZAG) im Aufsichtsrat des Joint Venture EUROPIPE GmbH (EP) und der Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH (HKM) vertreten, um die Transparenz zu sichern. Zudem gehörten zum Berichtsstichtag zwei Vorstandsmitglieder unseres Unternehmens dem Aufsichtsrat der Beteiligung Aurubis AG (NAAG) an.

Der Vorstand berichtet seinerseits dem Aufsichtsrat über die Risikosituation des Konzerns sowie – wenn angemessen – über Tatbestände einzelner Risiken. Der Aufsichtsrat hat einen Prüfungsausschuss etabliert, der in seinen regelmäßigen Sitzungen auch das Risikomanagement behandelt.

2. Einzelrisiken

Geschäftsbereichszuordnungen

Im Salzgitter-Konzern wirken die wesentlichen Preis- und Beschaffungsrisiken benötigter Rohstoffe beziehungsweise Energien vor allem in den Geschäftsbereichen Flachstahl, Grobblech / Profilstahl sowie Mannesmann. Dies gilt ebenso für Produktionsausfallrisiken aufgrund der besonderen Relevanz der Kernaggregate wie zum Beispiel der Walzstraßen. Die finanzwirtschaftlichen Risiken für die Gesellschaften koordiniert und steuert die Management-Holding innerhalb des Konzernfinanz- und Organkreises geschäftsbereichsübergreifend.

Branchenspezifische Risiken

Ausgehend von den gesamtwirtschaftlichen Veränderungen auf den internationalen Märkten ist die Entwicklung

- der Preise auf den Absatz- und Beschaffungsmärkten,
- der Energiepreise und
- der Währungskurse (vor allem USD – EUR)

besonders bedeutend für den Salzgitter-Konzern.

Um die Auswirkungen der daraus resultierenden Geschäftsrisiken zu minimieren, beobachten wir die jeweiligen Trends und lassen sie in die Risikoprognosen einfließen. Dies gilt auch für eventuelle finanzielle oder politisch bedingte Restriktionen des Auslandsgeschäfts. Es besteht eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der tatsächlichen Entwicklung.

Die andauernde Strukturkrise des globalen Stahlmarktes mit massiven Wettbewerbsverzerrungen in Drittstaaten und anhaltendem Importdruck sowie außenpolitische Entwicklungen belasten unser Geschäft.

Trotz zahlreicher seitens der EU-Kommission erlassener Handelsschutzmaßnahmen bleiben die Einfuhren in die EU sehr hoch. Andere Regionen wie Indien, Südkorea oder die Türkei haben die aufgrund von Anti-Dumping-Zöllen zurückgegangenen chinesischen Importe ersetzt. Ob auch bei diesen Importen Dumping und Marktschädigung vorliegen, wird über den europäischen Stahldachverband Eurofer regelmäßig überprüft.

Besonders hervorzuheben sind Risiken, die infolge politischer Entwicklungen in den USA entstehen.

Seit April 2017 untersucht das US-Handelsministerium auf Geheiß von Präsident Trump, ob Stahlimporte die nationale Sicherheit gefährden (Section 232). Bis Mitte Januar 2018 musste dem Präsidenten ein Bericht mit potenziellen Maßnahmen vorgelegt werden. Die Reichweite der Vorschläge sowie die Ausgestaltung der Maßnahmen sind zurzeit nicht absehbar. Als Risiken verbleiben somit wegbrechende Exportmöglichkeiten und erhebliche Umleitungseffekte aus Drittstaaten in die EU.

Betroffen ist die Salzgitter AG (SZAG) auch durch zwei US-Anti-Dumping-Verfahren, die sich unter anderem gegen deutsche Importe von Grob- und Bandblech sowie kaltgezogenen Präzisionsrohren richten:

Gegen die im Mai 2017 erfolgte, aus unserer Sicht ungerechtfertigte Festsetzung von 22,9% Strafzoll auf Grob- und Bandblechimporte der SZAG hat der Konzern Klage vor dem US-Gericht International Court of Trade eingereicht. Mit ersten Ergebnissen ist Mitte 2018 zu rechnen.

In einer vorläufigen Entscheidung im Anti-Dumping-Verfahren gegen Präzisionsrohre wurde die SZAG (nach Nichtbeteiligung am Klageverfahren) vorläufig mit einem Strafzoll von 209% belegt. Eine endgültige Entscheidung der US-Handelsbehörden über die Strafzollhöhe sowie die Frage, ob der US-Markt durch deutsche Importe geschädigt wurde, steht im ersten Halbjahr 2018 an. Unabhängig von dieser Entscheidung sind Präzisionsrohrlieferungen in die USA weiterhin über die Landesgesellschaften in Frankreich, die Niederlande und Mexiko möglich.

Weitere Handelsschutzmaßnahmen in den USA hätten in erster Linie im Bereich der mittleren Leitungsrohre Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit. Die Eintrittswahrscheinlichkeit ist zurzeit nicht absehbar.

Darüber hinaus besteht Ungewissheit durch ein neues US-Sanktionsgesetz („Countering America’s Adversaries Through Sanctions Act“). Nach Zustimmung des US-Kongresses und Unterzeichnung durch Präsident Trump ist das Gesetz am 2. August 2017 in Kraft getreten. Es sieht vor, dass Firmen, die von der US-Administration mit russischen Energie-Export-Pipelines geschäftlich in Verbindung gebracht werden, vom US-Präsidenten mit Strafmaßnahmen in den USA belegt werden können.

In den Bereich (außenhandels-)politischer Unsicherheiten fallen darüber hinaus der anstehende EU-Austritt des Vereinigten Königreichs sowie geopolitische Risiken vor allem in der Türkei.

Die SZAG erzeugt nicht nur Walzstahl und Stahlrohre, sondern ist zusätzlich im Handel sowie Maschinen- und Anlagenbau tätig. Mithilfe dieses breit gefächerten Geschäftsportfolios verringern wir die Abhängigkeit von der stark zyklischen Stahlkonjunktur etwas. Risiken aus Veränderungen in den Stahl- und Röhrenmärkten begrenzen wir, indem wir schnelle Entscheidungsprozesse sicherstellen, um zeitnah auf neue Gegebenheiten zu reagieren.

Aus verschiedenen Bestrebungen zur Energie- und Klimapolitik drohen auch weiterhin signifikante Belastungen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlproduktion der SZAG im europäischen und internationalen Umfeld erheblich beeinträchtigen.

Ein wesentlicher bisheriger Punkt unserer Risikobetrachtungen war mit der Neufassung der Eigenstromregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zum 1. Januar 2017 bereits zurückgenommen worden: Die EEG-Umlagebefreiung auf eigenerzeugten und -verbrauchten Strom aus Bestandsanlagen wird danach grundsätzlich beibehalten, sodass wir diesbezüglich aktuell kein signifikantes Risiko mehr sehen, wie schon im Geschäftsbericht 2016 dargelegt.

Im Zuge der geplanten Reform des EU-Emissionshandels ab 2021 sind für die SZAG nach wie vor erhebliche, langfristig wirkende CO₂-Zertifikateunterdeckungen aus der Zuteilung absehbar. Aus den Ergebnissen der Trilog-Verhandlungen am 9. November 2017 zwischen den EU-Institutionen Parlament, Rat und Kommission deutet sich eine Verbesserung der zu erwartenden Situation für den Zeitraum 2021/30 im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag der Europäischen Kommission von Juli 2015 an. Eine genauere Präzisierung kann erst vorgenommen werden, wenn detaillierte Regelungen vorliegen. Ein weiteres, indirektes Zusatzkostenrisiko aus dem Emissionshandel ergibt sich für den Fremdstrombezug. Aus diesen beiden Aspekten zusammen schätzen wir nach wie vor ein Risiko in der Größenordnung von maximal 155 Mio. € pro Jahr. Die Eintrittswahrscheinlichkeit sehen wir für das Thema „CO₂-Emissionshandel“ dem Grunde nach als wahrscheinlich an. Die Schadenshöhe hängt entscheidend von der weiteren Entwicklung der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen ab. Bei dem Erwerb von CO₂-Zertifikaten haben wir die drohende Verschärfung der gesetzlichen Lage und Preise im Blick. Der ressourcenschonende Einsatz aller Energieträger ist für uns schon aus Kostengründen ein wichtiges Anliegen.

Preisrisiken wesentlicher benötigter Rohstoffe

Auch 2017 ist die Rohstoffpreisentwicklung an den internationalen Beschaffungsmärkten volatil, die bestimmten Rohstoffe wie Eisenerz, Kokskohle und Schrott verzeichnen teilweise hohe Ausschläge. Wir gehen davon aus, dass Belastungen so weit an die Kunden weitergegeben werden können, dass wir hieraus keine bestandsgefährdenden Risiken erwarten. Wir streben grundsätzlich danach, Preisschwankungen der Rohstoffe auszugleichen. Hierzu setzen wir in begrenztem Maße Hedging vor allem für Erz, im geringeren Umfang auch für Kokskohle, ein. Mithilfe eines permanenten Absatz- und Beschaffungsmonitorings überwacht der Konzern das Gleichgewicht zwischen preislich fixierten Rohstoffeinkäufen und preislich fixierten Verkäufen unserer Produkte. So ist es möglich, Veränderungen frühzeitig zu erfassen, um eventuell entstehenden Risiken rechtzeitig zu begegnen.

Beschaffungsrisiken

Dem generellen Risikoaspekt der nicht bedarfsgerechten Versorgung mit wichtigen Rohstoffen (Erz, Kohle) und Energien (Strom, Gas) wirken wir durch einen abgesicherten Bezug entgegen: zum einen über längerfristige Rahmenverträge und zum anderen über den Einkauf in verschiedenen Regionen und/oder bei mehreren Lieferanten. Außerdem betreiben wir eine entsprechende Lagerpolitik. Nach unserer Einschätzung der Beschaffungsquellen ist die mittelfristige Verfügbarkeit dieser Rohstoffe in den benötigten Mengen und Qualitäten gewährleistet. Strom beziehen wir zu einem erheblichen Teil auf vertraglich abgesicherter Basis, soweit der Bedarf unsere eigene Stromerzeugung übersteigt. Außerdem haben wir ein konzernweites Projekt zur nachhaltigen Steigerung der Energieeffizienz etabliert. Um auch für seltene Netzausfälle gerüstet zu sein, gibt es in besonders sensiblen Bereichen, wie beispielsweise dem Rechenzentrum, Notstromaggregate. Aus diesen Gründen halten wir Versorgungsengpässe für unwahrscheinlich und erwarten insofern keine belastenden Auswirkungen. Die weitere Zunahme an regenerativen Energieträgern verfolgen wir, um mögliche mittelfristige Risiken für unsere Versorgungsstabilität rechtzeitig erkennen zu können.

Der termingetreue Bahntransport der Erz- und Kohlemengen vom Überseehafen in Hamburg bis zum Standort Salzgitter ist für uns besonders wichtig. Für etwaige Beeinträchtigungen, zum Beispiel wegen Streiks, haben wir einen detaillierten Notfallplan erarbeitet. Dieser enthält eine vorausschauende Lagerhaltung und intensive Abstimmungen zwischen der DB Cargo und uns, um den regulären Zugverkehr aufrechtzuerhalten. Optional sind der intensivere Einsatz der konzerneigenen Eisenbahn sowie vermehrte Binnenschifftransporte für Teilmengen denkbar. Darüber hinaus begegnen wir möglichen Einschränkungen an Wochenenden und Feiertagen im Vormaterialzulauf über die Schiene durch eine engere Abstimmung mit der Bahn beziehungsweise die Option vermehrter Eigentransporte.

Absatzrisiken

Ein für uns typisches Geschäftsrisiko kann sich aus stärkeren Preis- und Mengenschwankungen auf den Absatzmärkten ergeben. Zur Beurteilung der ökonomischen Situation mit Blick auf das Geschäftsjahr 2018 verweisen wir auf das Kapitel „Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns“.

Dem generellen Risiko, deshalb in eine existenzbedrohende Lage zu geraten, begegnen wir mit einem diversifizierten Portfolio von Produkten, Abnehmerbranchen und regionalen Absatzmärkten. Da sich konjunkturelle Effekte in den einzelnen Geschäftsbereichen unterschiedlich auswirken, erzielen wir eine gewisse Balance unseres Risikoportfolios.

Die verlässliche Belieferung unserer Kunden hat für uns hohe Priorität. Deshalb werden wir vom Standort Salzgitter ab Jahresanfang 2018 mehr Logistikzüge mit unserer konzerneigenen Bahngesellschaft Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter GmbH (VPS) zu wichtigen Kunden einsetzen. Damit stellen wir sicher, für einen größeren Teil unserer Flacherzeugnisse den Logistikprozess von der Produktion bis hin zur Übergabe an die Kunden in eigener Hand zu haben. Dies erlaubt uns zudem eine optimierte Lagerhaltung und erleichtert auch die Berücksichtigung kurzfristiger kundenseitiger Anforderungen.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Die Finanzstruktur legt unsere Management-Holding fest. Sie koordiniert die Finanzmittelströme und steuert die Zins- und Währungsrisiken im Konzernfinanzkreis. Als Risikohorizont hat sich ein rollierender Betrachtungszeitraum von bis zu drei Jahren bewährt, der sich an einem Planungsrahmen orientiert. Die erlassenen Richtlinien verpflichten sämtliche Gesellschaften des Konzernkonsolidierungskreises, Finanzrisiken zum Entstehungszeitpunkt abzufedern. So sind beispielsweise risikobehaftete offene Positionen oder Finanzierungen des internationalen Tradinggeschäfts seitens der betreffenden Tochtergesellschaften der Salzgitter Klöckner-Werke GmbH (SKWG) mitzuteilen. Diese entscheidet dann über Hedging-Maßnahmen, wobei sie das jeweilige Konzern-Exposure beachtet. Grundsätzlich lassen wir Finanz- und Währungsrisiken nur in Verbindung mit unseren produktions- und handelstypischen Prozessen zu. Siehe auch die Ausführungen zu „Währungsrisiken“ und „Zinsrisiken“. Im Verhältnis zu den operativen Risiken relativieren sich die finanzwirtschaftlichen Risiken deutlich.

Währungsrisiken

Zu unseren Beschaffungs- oder Absatzgeschäften in ausländischen Währungen gehören naturgemäß Wechselkursänderungsrisiken. So hat die Dollarkursentwicklung einen erheblichen Einfluss auf die Rohstoff- und Energiebeschaffungskosten sowie die Exporterlöse, zum Beispiel im Röhrengeschäft oder Maschinenbau. Die Effekte sind zwar gegenläufig, aber aufgrund der sehr unterschiedlichen Geschäftsvolumina überwiegt der Dollarbedarf für die Beschaffungsseite. Grundsätzlich saldieren wir derartige Fremdwährungszahlungsströme EUR – USD im Konzernfinanzkreis (Netting) und minimieren so das Fremdwährungs-Exposure.

Die Volatilität der Finanzrisiken verringern wir, indem wir derivative Finanzinstrumente abschließen, deren Wertentwicklung entgegengesetzt zu den operativen Geschäften verläuft. Die Marktwerte aller derivativen Finanzinstrumente werden regelmäßig festgestellt. Zum Geschäftsjahresabschluss simulieren wir zudem die Sensitivität dieser Instrumente nach den Vorgaben des IFRS 7 (siehe Kapitel „Anhang“). Die Sicherungsbeziehungen werden bilanziell im Wesentlichen nicht als Hedge Accounting abgebildet. Für die Absicherung von Preisänderungsrisiken für Rohstoffe findet Hedge Accounting Anwendung.

Translationsrisiken durch die Überführung von Fremdwährungspositionen in die Berichtswährung sichern wir nicht ab, da sie im Verhältnis zur Konzernbilanz von untergeordneter Bedeutung sind. Nähere Informationen hierzu bietet der „Anhang“. Infolge der vorbeugenden Maßnahmen halten wir bestandsgefährdende Risiken aus diesem Bereich für unwahrscheinlich.

Forderungsausfallrisiken

Wir begegnen unseren Forderungsrisiken mit einem straffen internen Obligomanagement. Zu etwa zwei Dritteln begrenzen wir diese mithilfe der Warenkreditversicherungen und anderer Sicherheiten. Die ungesicherten Positionen beobachten wir sehr sorgfältig, bewerten diese und berücksichtigen sie bei unseren Geschäften.

Liquiditätsrisiken

Die Management-Holding beobachtet die Liquiditätslage des Konzerns bei allen im Konzernfinanzkreis eingebundenen Gesellschaften im Rahmen eines zentralen Cash- und Zinsmanagements. Dabei gelten für die Tochtergesellschaften interne Kreditlinien. Sofern ihnen eigene Kreditlinien zur Verfügung stehen, sind sie für die entsprechende Risikominimierung selbst verantwortlich und berichten über eventuelle Risiken innerhalb der Konzernführungs- und -controllingstrukturen. Darüber hinaus könnten Risiken aus notwendigen Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften entstehen, wenn deren Geschäftsentwicklung nachhaltig unbefriedigend verlief. Aus diesem Risikofeld sind jedoch keine bestandsgefährdenden Belastungen zu erwarten. Wir begegnen diesem Risiko mit einer rollierenden Liquiditätsplanung. Aufgrund der verfügbaren Barmittel und Kreditlinien sehen wir derzeit keine Gefährdung für unseren Konzern.

Zinsrisiken

Die für uns bedeutsame Position der liquiden Mittel ist einem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt. Unsere Geldanlagepolitik orientiert sich grundsätzlich an Anlageklassen angemessener Bonität bei gleichzeitig hoher Verfügbarkeit der Positionen. Um das Zinsänderungsrisiko zu beobachten, erstellen wir regelmäßige Zinsanalysen, deren Ergebnisse direkt in die Anlageentscheidung einfließen. Auf der Verpflichtungsseite der Bilanz kann ein weiterer Rückgang der Renditen auf hochwertige Unternehmensanleihen insbesondere zu einer weiteren Erhöhung der zu bildenden Pensionsrückstellungen führen. Sollte dieses Risiko eintreten, wovon in Anbetracht des bereits historisch niedrigen Zinsniveaus nur noch in begrenztem Maße auszugehen ist, bietet die robuste Bilanz des Konzerns eine gute Basis für kompensierende Maßnahmen.

Steuerrisiken

Die in die Organschaft einbezogenen Gesellschaften erfassen und dokumentieren ihre Steuerrisiken eng abgestimmt mit der Steuerabteilung der Holdinggesellschaft. Die SZAG, die Salzgitter Mannesmann GmbH (SMG) und die SKWG tragen grundsätzlich die bilanzielle Vorsorge, zum Beispiel für die Risiken der Betriebsprüfungen ihrer steuerlichen Organkreise. Selbstständig steuerpflichtige Tochterunternehmen, vor allem Auslandsgesellschaften der Geschäftsbereiche Handel, Mannesmann und Technologie, müssen eigene bilanzielle Vorkehrungen treffen. Sofern steuerliche Risiken erkennbar gewesen sind, ist für diese vorgesorgt worden.

Die Staatsanwaltschaft Braunschweig ermittelt seit Frühjahr 2014 gegen Verantwortliche verschiedener Konzernunternehmen wegen des Verdachts steuerlich unzulässig gebildeter Rückstellungen, steuerlich unterlassener Aktivierung von Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten sowie steuerlich nicht anzuerkennender Provisionszahlungen und Gutschriften. Die Ermittlungsverfahren dauern teilweise an. Die SZAG und deren Tochterunternehmen kooperieren uneingeschränkt mit den Ermittlungsbehörden und haben externe Rechtsanwälte mit der Durchführung einer umfassenden Untersuchung der Angelegenheit beauftragt. Wir sind der Auffassung, mit den betreffenden Steuererklärungen der Konzernunternehmen den gesetzlichen Vorschriften gefolgt zu sein. Aufgrund der derzeitigen Erkenntnislage und unter Würdigung der Gesamtumstände ist nicht ernsthaft oder mit überwiegender Wahrscheinlichkeit mit einer Inanspruchnahme der Konzernunternehmen aus den Ermittlungsverfahren zu rechnen.

Produktionsausfallrisiken

Dem Risiko eines ungeplanten längerfristigen Stillstandes unserer Schlüsselaggregate setzen wir laufende Anlagenkontrollen, eine vorbeugende Instandhaltung, ständige Modernisierungen und Investitionen entgegen. Potenziellen Schäden und dem damit verbundenen Produktionsausfall sowie anderen etwaigen Schadens- und Haftpflichtfällen beugt der Konzern durch Versicherungsverträge vor, die sicherstellen, dass sich die finanziellen Folgen in Grenzen halten. Umfang und Inhalt dieser Versicherungen überprüfen wir laufend und passen sie bei Bedarf an. Das nicht über Versicherungen abgedeckte Schadenpotenzial halten wir für beherrschbar und betrachten es als unwahrscheinlich.

Rechtliche Risiken

Um mögliche Risiken etwaiger Verstöße gegen die vielfältigen umwelt-, wettbewerbs- und korruptionsstrafrechtlichen sowie sonstigen Regelungen und Gesetze auszuschließen, verpflichten wir unsere Mitarbeiter auf deren strikte Einhaltung. Der Vorstand hat seine grundlegende Wertvorstellung in einem an alle Mitarbeiter des Konzerns verteilten Verhaltenskodex (Code of Conduct) kundgegeben. Wir lassen uns umfassend rechtlich beraten, sowohl von unseren eigenen Fachleuten als auch fallbezogen von ausgewiesenen externen Spezialisten. Umfangreiche Schulungen unterstützen die diesbezügliche Sensibilisierung der Mitarbeiter. Zur präventiven Behandlung von Risiken aus Rechtsverstößen haben wir ein Compliance-Management-System eingerichtet. Den Eintritt rechtlicher Risiken klassifizieren wir als unwahrscheinlich. Für weitere Informationen zum Compliance-Management-System verweisen wir auf unseren Corporate-Governance-Bericht.

Das Bundeskartellamt führt gegenwärtig Ermittlungen gegen Hersteller von Flachstahlprodukten und von Grobblechen durch, insbesondere wegen des Verdachts der Absprache von Güteaufpreisen vor mehr als zehn Jahren und des Austauschs von wettbewerblich sensiblen Informationen im Rahmen von Verbandsaktivitäten. Davon sind auch Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns betroffen. Wir haben unverzüglich eine interne Untersuchung durch externe Experten eingeleitet und die Teilnahme an Verbandsaktivitäten vorsorglich ausgesetzt. Nach derzeitiger Erkenntnislage bestehen keine konkreten Anhaltspunkte für Rechtsverstöße; Verstöße können aber auch nicht ausgeschlossen werden.

Personalrisiken

Am Wettbewerb um qualifizierte Fach- und Führungskräfte nimmt die SZAG aktiv teil. Auf das Risiko der Fluktuation und des damit verbundenen Wissensverlusts reagieren wir mit breit angelegten Personalentwicklungsmaßnahmen. Neben den bereits etablierten Spezialistenlaufbahnen wurde 2017 das Nachfolge- und Talentmanagement eingeführt, das die Identifikation und Vorbereitung von Talenten und Nachfolgern für weiterführende Aufgaben zum Ziel hat. Strukturierte Methoden des Wissenstransfers finden Verwendung, um im Falle der Nachfolge die Übertragung aller wissensrelevanten Informationen, Kontakte und Verknüpfungen der beruflichen Tätigkeit zu gewährleisten. Außerdem bieten wir attraktive Modelle zur betrieblichen Altersversorgung an, die angesichts sinkender Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung immer wichtiger werden.

Bereits im Jahr 2005 haben wir vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung das Projekt „GO – Die Generationen-Offensive 2025 der Salzgitter AG“ gestartet, um rechtzeitig auf die betrieblichen Konsequenzen zu antworten und langfristig unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Im Fokus steht die systematische Vorbereitung sämtlicher Belegschaftsmitglieder auf ein längeres Erwerbsleben. Durch die vielfältigen Maßnahmen sind wir in diesem Risikobereich gut vorbereitet.

Die SZAG sowie ihre inländischen Konzerngesellschaften haben zum 1. Januar 2014 die nach § 16 BetrAVG vorgeschriebene Prüfung auf Anpassung der Betriebsrentenzahlungen durchgeführt. Bei der Anpassungsentscheidung ist die jeweilige wirtschaftliche Lage der Einzelgesellschaft maßgeblich. Vor dem Hintergrund der unzureichenden wirtschaftlichen Lage wurden die Betriebsrenten bei mehreren Konzerngesellschaften zum 1. Januar 2014 nicht angepasst. Mit der IG Metall wurde zum Zwecke der Minderung von Verfahrenskosten eine Musterverfahrensvereinbarung abgeschlossen. Danach sollen die Entscheidungsgrundsätze der rechtskräftigen Musterverfahren auf die anderen Betriebsrentner der betreffenden Gesellschaften übertragen werden.

Zum 31. Dezember 2017 liegen in fünf Musterverfahren rechtskräftige Urteile vor.

Bei vollständiger Nachholung der 2014 unterbliebenen Betriebsrentenanpassung – rechtskräftig entschiedene Verfahren ausgenommen – würde sich eine Erhöhung der bilanzierten Nettopensionsverpflichtung um circa 28,0 Mio. € ergeben. Davon wären 8,8 Mio. € als nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand erfolgswirksam und 19,2 Mio. € im Rahmen der Neubewertungen erfolgsneutral zu erfassen. Nicht berücksichtigt sind dabei die Zuführungen in Gesellschaften, für die bereits in den Geschäftsjahren 2015 bis 2017 entsprechende Risikorückstellungen gebildet wurden. Zu den Ergebnissen der zum 1. Januar 2017 turnusmäßig erneut durchgeführten Anpassungsprüfungen nach § 16 BetrAVG sind derzeit keine Gerichtsverfahren anhängig. Die Eintrittswahrscheinlichkeit stufen wir als unwahrscheinlich ein.

Produkt- und Umweltrisiken

Zum Schutz vor Produkt- und Umweltrisiken haben wir unter anderem folgende Maßnahmen etabliert:

- das Zertifizieren nach internationalen Normen,
- das ständige Modernisieren von Anlagen,
- die Weiterentwicklung unserer Produkte,
- die prozessintegrierte Qualitätssicherung und
- ein umfassendes Umweltmanagement.

Der Leiter Umweltschutz- und Energiepolitik der SZAG bündelt und koordiniert gesellschaftsübergreifende Umwelt- und Energiepolitikthemen, vertritt den Konzern bei diesbezüglichen Fragen nach außen und steuert konzernweite Einzelprojekte.

Risiken infolge Grundstücksbesitzes könnten sich insbesondere aufgrund der Altlasten früherer Nutzungen ergeben. Dem begegnen wir, indem wir Sanierungspflichten erfüllen. Zur bilanziellen Vorsorge bilden wir angemessene Rückstellungen. Auch aus diesem Risikoaspekt ergeben sich unseres Wissens keine unbeherrschbaren Sachverhalte.

Informationstechnische Risiken

Im Rahmen der zunehmenden Digitalisierung der Wertschöpfungsprozesse und der konsequenten Durchdringung der Produktionstechnik mit Informationstechnologie wachsen die Ansprüche an die eingesetzten Informationssysteme. Mit dem Einsatz moderner Hard- und Software sowie der stetigen technologischen Erneuerung unserer IT-Infrastruktur begegnen wir möglichen Risiken und gewährleisten die Verfügbarkeit und Sicherheit unserer Informationssysteme.

Dazu verfolgt der Konzern neben Harmonisierungsprojekten zu historisch heterogen gewachsenen IT-Strukturen auch die Einführung neuer Technologien, um die sich stetig ändernden Anforderungen zu erfüllen. Neben der erforderlichen Wirtschaftlichkeit sind Kompatibilität und Sicherheit der IT-Systeme und des Datenbestandes hierbei gewährleistet. Die Risiken aus diesem Bereich sind beherrschbar, ihre Eintrittswahrscheinlichkeit schätzen wir als unwahrscheinlich ein.

Unternehmensstrategische Risiken

Zur Sicherung der zukünftigen Ertragskraft investieren wir regelmäßig. Vertiefende Informationen hierzu liefert das Kapitel „Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Geschäftsbereiche“. Gleichwohl sehen wir markt- und wettbewerbsbedingte Restrukturierungsbedarfe, die wir gezielt angehen (Reorganisation Produktbereich Grobblech [Ilseburger Grobblech GmbH und Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH], Produktbereich Mannesmann [bei EUROPIPE-Gruppe, Mannesmann Line Pipe GmbH, Mannesmann Precision Tubes-Gruppe und Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH in Umsetzung] sowie Produktbereich Technologie [KHS GmbH]). Risiken hieraus sind aus unserer Sicht beherrschbar.

3. Gesamtaussage zur Risikosituation des Konzerns

Beurteilung der Risikosituation durch die Unternehmensleitung

Nachdem wir die Gesamtrisikolage des Salzgitter-Konzerns überprüft haben, sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses 2017 keine den Fortbestand gefährdenden Risiken bestanden. Dies gilt sowohl für die Einzelgesellschaften als auch für den Gesamtkonzern.

Gleichwohl belasten uns die weiter anhaltende Strukturkrise des globalen Stahlmarktes, massive Wettbewerbsverzerrungen in Drittstaaten und außenpolitische Entwicklungen. Zu erwähnen sind hier insbesondere Auswirkungen aus getroffenen wie auch drohenden Maßnahmen der US-Regierung, aber auch politische Unsicherheiten wegen des angekündigten EU-Austritts des Vereinigten Königreiches sowie in der Türkei und im Nahen und Mittleren Osten. Als gravierend für die weitere Entwicklung stufen wir die deutsche respektive europäische Energie- und Umweltpolitik und/oder den trotz der von der EU-Kommission erlassenen Handelschutzmaßnahmen unverändert hohen Importdruck ein. Unter Umständen können sich hieraus existenzielle Risiken ergeben. Auch zeigte das abgelaufene Jahr eine hohe Volatilität der Preise für wichtige Rohstoffe wie Erz beziehungsweise Koks- und Kohle. Die sich hieraus ergebende Risikosituation hängt von der Weitergabe der möglichen Belastung an die Abnehmer ab.

Trotz der eingeschränkten Planungssicherheit sehen wir uns in der aktuellen Situation gut gerüstet, diese Phase deutlich erhöhter Anforderungen an das Chancen- und Risikomanagement zu meistern. Unsere risikobewusste und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Geschäftspolitik sowie die solide Aufstellung sind Basis für diese Einschätzung.

Der Abschlussprüfer hat das bei der SZAG gemäß Aktiengesetz konzernumfassend installierte Risikofrüherkennungssystem geprüft. Die Prüfung ergab, dass es seine Aufgaben erfüllt und in vollem Umfang den aktienrechtlichen Anforderungen genügt.

Die Revision der SZAG kontrolliert die verwendeten Systeme als unabhängige Instanz konzernweit auf Ordnungsmäßigkeit, Sicherheit und Effizienz und gibt gegebenenfalls Anstöße zu deren Weiterentwicklung.

Rating des Unternehmens

Für die SZAG existiert kein externes Rating von im Kapitalmarkt akzeptierten internationalen Ratingagenturen. Wir sehen dazu nach wie vor keinen Anlass, da auch nicht extern gerateten Unternehmen mittlerweile grundsätzlich alle Instrumente der Kapitalmarktfinanzierung zur Verfügung stehen.

Beschreibung der wesentlichen Merkmale des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und Risikomanagementsystems in Hinsicht auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess (§ 289 Abs. 4 und § 315 Abs. 4 HGB)

In Ergänzung zu den im Risikobericht bereits getroffenen Ausführungen können die wesentlichen Merkmale des im Salzgitter-Konzern bestehenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den (Konzern-)Rechnungslegungsprozess wie folgt beschrieben werden:

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem erfolgt im Zusammenwirken der Bereiche Controlling, Recht, Revision, Rechnungswesen, Steuern sowie Treasury, deren Funktionen klar getrennt und einzelne Verantwortungsbereiche eindeutig zugeordnet sind.

Ziel ist es, mittels implementierter Kontrollen hinreichend sicherzustellen, dass trotz möglicher Risiken ein regelungskonformer Konzernabschluss erstellt wird.

Um die Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie die Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften zu sichern, umfasst es alle erforderlichen Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen.

Der Vorstand ist für die Umsetzung und Einhaltung der gesetzlichen Regelungen verantwortlich. Er berichtet dem Prüfungsausschuss (Aufsichtsrat) regelmäßig über die finanzielle Gesamtlage des Salzgitter-Konzerns. Dieser befasst sich auch mit der Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems. Mit dem Abschlussprüfer ist vereinbart, dass dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet wird, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben.

Der Salzgitter-Konzern ist dezentral organisiert, und so liegt die Verantwortung für die Einhaltung der gesetzlichen Normen durch die Gesellschaften bei deren Organen. Der Vorstand wirkt unter anderem mithilfe der Holdingabteilungen auf die Einhaltung hin.

Die Revision der SZAG berücksichtigt bei internen Prüfungen unabhängig und im Auftrag des Vorstandes der SZAG risikoorientiert auch die rechnungslegungsbezogenen Betriebs- und Geschäftsabläufe der SZAG und deren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Bei der Prüfungsplanung und -durchführung seitens der internen Revision werden Risiken im (Konzern-)Rechnungslegungsprozess berücksichtigt. Hierfür werden speziell im Rechnungswesen qualifizierte Mitarbeiter eingesetzt. Grundlage der Tätigkeit ist ein jährlicher Prüfungsplan, der auf Basis der gesetzlichen Vorschriften festgelegt wird. Über das Ergebnis der Prüfungen unterrichtet die Revision den Vorstand der SZAG sowie den Konzernabschlussprüfer in Form von Prüfungsberichten. Die Umsetzung der in den Prüfungsberichten vereinbarten Maßnahmen und Empfehlungen wird durch die Revision nachgehalten.

Das Konzern-Rechnungswesen der SZAG erstellt die Konzernabschlüsse. Unabhängige Wirtschaftsprüfer prüfen und testieren die Jahresabschlüsse der einbezogenen Gesellschaften sowie den Konzernabschluss. Zur Sicherstellung der gesetzlichen Anforderungen in Bezug auf die Rechnungslegung werden jährlich Konzernrichtlinien aktualisiert und den Gesellschaften zur Verfügung gestellt. Sie bilden die Grundlage für einen einheitlichen, ordnungsgemäßen und kontinuierlichen Rechnungslegungsprozess sowohl hinsichtlich der HGB-Rechnungslegung als auch gemäß den International Financial Reporting Standards (IFRS). Neben allgemeinen Bilanzierungsgrundsätzen und -methoden sind vor allem Regelungen zu Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Segmentberichterstattung bei Einhaltung der in der EU geltenden Rechtslage getroffen. Die Bilanzierungsvorschriften regeln auch konkrete formale Anforderungen an den Konzernabschluss. Zusätzlich zur Festlegung des Konsolidierungskreises sind die Bestandteile der von den Konzerngesellschaften zu erstellenden Berichtspakete im Detail festgelegt. Hierzu kommt ein standardisierter und vollständiger Formularsatz zum Einsatz. Diese Konzernrichtlinien enthalten auch konkrete Vorgaben zur Abbildung und Abwicklung des Konzern-Verrechnungsverkehrs mit entsprechendem Saldenabstimmungsprozess sowie die Ermittlung des beizulegenden Wertes von Beteiligungen. In regelmäßig stattfindenden Informationsveranstaltungen werden die Gesellschaften über gesetzliche Veränderungen und deren Konsequenzen für die Erstellung des Konzernabschlusses informiert.

Die Abschlüsse der einbezogenen Gesellschaften werden mithilfe eines einheitlichen und IT-gestützten Workflows konzernweit erfasst. Dieser beinhaltet ein Berechtigungskonzept, Prüfroutinen und Prüfziffern. Diese Kontroll- und Überprüfungsmechanismen sind sowohl prozessintegriert als auch prozessunabhängig konzipiert. So bilden beispielsweise neben manuellen Prozesskontrollen unter anderem unter Anwendung des „Vier-Augen-Prinzips“ maschinelle IT-Prozesskontrollen einen wesentlichen Bestandteil. Im Übrigen sind im Konzern integrierte Buchhaltungs- und Konsolidierungssysteme im Einsatz. Auf Konzernebene umfassen die spezifischen Kontrollaktivitäten zum Sicherstellen der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Konzernrechnungslegung die Analyse der durch die Konzerngesellschaften vorgelegten Berichtspakete unter Einbezug der von den Abschlussprüfern vorgelegten Prüfungsberichte. Unter Anwendung bereits in der Konsolidierungssoftware festgelegter Kontrollmechanismen und Plausibilitätskontrollen werden – nach Information der betroffenen Konzerngesellschaft und unter Einbezug des jeweiligen Abschlussprüfers – fehlerbehaftete Berichtspakete bereits vor dem Konsolidierungsprozess korrigiert.

Die Anwendung einheitlicher und standardisierter Bewertungskriterien bei Werthaltigkeitstests wird für die aus Konzernsicht spezifischen zahlungsmittelgenerierenden Geschäftseinheiten (Cash Generating Units) mittels zentraler Durchführung im Konzern-Rechnungswesen sichergestellt.

Einer einheitlichen Regelung unterliegt unter anderem auch die Bewertung von Pensions- und sonstigen Rückstellungen durch die zentrale Festlegung von konzernweit anzuwendenden Parametern.

Zudem erfolgt die Erstellung des Lageberichts zentral, sodass dadurch die Beachtung der gesetzlichen Vorschriften gewährleistet ist.

4. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im folgenden Geschäftsjahr

Die **Weltwirtschaft** wird nach Ansicht des Internationalen Währungsfonds (IWF) 2018 nochmals stärker wachsen als im Vorjahr. Getragen werden sollte der Aufschwung von den Industrienationen. Ein positives Konjunkturklima sowie die als günstig eingeschätzte Finanzmarktlage dürften die Nachfrage insbesondere nach Investitionsgütern stützen. Positive Impulse ergeben sich aus der US-amerikanischen Steuerreform für Nordamerika. Auch die Schwellenländer sollten ihr Wachstum verstärken, obgleich von einer weiteren Normalisierung der chinesischen Konjunktur ausgegangen wird. Insgesamt erwartet der IWF für 2018 3,9% globales Wirtschaftswachstum (2017: 3,7%).

In der **Eurozone** sollte sich der Aufschwung fortsetzen. Sowohl der private Konsum als auch Ausrüstungsinvestitionen und der Außenhandel dürften zu dieser Entwicklung beitragen. Allerdings liegen die Konjunkturerwartungen des IWF für alle großen Eurowirtschaften mit Ausnahme Frankreichs unter den für das Jahr 2017 hochgerechneten Werten, sodass insgesamt eine marginale Abschwächung des Wirtschaftswachstums des Euroraumes auf 2,2% (2017: 2,4%) in 2018 prognostiziert wird.

Für **Deutschland** wird eine weiterhin robuste Expansion erwartet. Die Binnennachfrage – getragen von einem Wachstum der Effektivlöhne sowie steigender Beschäftigung – und der Export werden als Haupttreiber hierfür angesehen. Die Unternehmensinvestitionen dürften auch kräftig anwachsen. Gegenläufig sollte sich der öffentliche Konsum entwickeln. Insgesamt rechnet der IWF mit einer leichten Reduzierung des Wachstums in Deutschland auf 2,3% im Jahr 2018 (2017: 2,5%).

Der Ausblick der für die Geschäftsbereiche Flachstahl, Grobblech / Profilstahl, Mannesmann sowie Handel relevanten Märkte für Stahl und Röhren gestaltet sich wie folgt:

Marktausblick Stahl

Die vor allem von den Schwellenländern getragene Erholung des Stahlmarktes gewinnt nach Einschätzung der World Steel Association 2018 global weiter an Breite: Für alle Länder und Regionen mit Ausnahme Chinas wird ein Anstieg der Stahlnachfrage erwartet. Nach Überwinden der tiefen Rezession in Brasilien dürfte es 2018 in der größten Volkswirtschaft Südamerikas zu einem kräftigen Wachstum der Marktversorgung kommen. Auch der russische Stahlmarkt hat sich stabilisiert. In den Bereichen Bau und Energie ist eine stärkere Erholung zu registrieren, die Automobilnachfrage hat zuletzt merklich Fahrt aufgenommen. Insgesamt wird für das Jahr 2018 mit 3% Wachstum der Stahlnachfrage der Welt (ex. China) gerechnet.

Auf dem EU-Stahlmarkt sind die Rahmenbedingungen für eine fortschreitende Nachfrageerholung günstig. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum ist sektoral und regional breit angelegt. Die Stimmung in der Industrie ist quer durch alle Bereiche gut, die Perspektiven für die stahlverarbeitenden Branchen sind angesichts der gefestigten Weltkonjunktur solide. Den Einschätzungen der Verbände zufolge wird die Produktion der Stahlverarbeiter 2018 deshalb nicht nur auf hohem Niveau bleiben, sondern geringfügig zulegen. Damit zeigt sich der reale Stahlbedarf in Deutschland und der EU weiterhin robust und legt die Basis für das erwartete Wachstum der Stahlnachfrage (+2%). Für die Rohstahlerzeugung der EU wird ein Plus von 3% gegenüber 2017 prognostiziert. In Deutschland dürfte sie auf dem starken Level des Vorjahres gehalten werden.

Marktausblick Stahlrohre

Nach den teilweise deutlichen Erholungstendenzen des Vorjahres kann 2018 mit einer moderaten Entwicklung gerechnet werden. Die robuste Konjunktur dürfte die Stahlrohrnachfrage insgesamt weiter unterstützen. Dagegen könnten weltweit zunehmende protektionistische Tendenzen wie zum Beispiel in den USA zu Verwerfungen auf den Märkten führen. Der Bedarf an Stahlrohren aus der Energieindustrie sollte auf dem wieder erreichten Niveau stabil bleiben. Die Automobilindustrie und der Maschinenbau sind nach wie vor ebenfalls wichtige Bedarfsträger der Stahlrohrindustrie, insbesondere auch der Präzisionsrohrhersteller.

Die Entwicklung des für den Geschäftsbereich Technologie relevanten Maschinenbaumarktes wird wie folgt erwartet:

Marktausblick Maschinenbau

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer e.V. (VDMA) hält 2018 insgesamt eine Steigerung des Umsatzes von 3% für wahrscheinlich. Für den Markt der Nahrungsmittel- und Verpackungsmaschinen wird für das Jahr 2018 ebenfalls ein Umsatzwachstum (+4%) prognostiziert. Gestützt wird der positive Ausblick unter anderem von einer wachsenden Weltbevölkerung und deren Bedarf an abgepackten Getränken und Lebensmitteln. Bei den Investitionen stehen insbesondere in den entwickelten Märkten Westeuropas und Nordamerikas Lösungen zur Erhöhung der Gesamtanlageneffizienz, Flexibilität und Wirtschaftlichkeit im Mittelpunkt. Auch für die von den kleineren Gesellschaften des Geschäftsbereiches Technologie belieferten Unternehmen der kunststoffverarbeitenden Industrie wird 2018 mit einer aufwärtsgerichteten Entwicklung gerechnet (+3%). Noch nicht abschätzbar und somit ein Unsicherheitsfaktor bleibt die politische Lage in einigen Regionen. Zu nennen sind hier die aktuellen Brexit-Verhandlungen, die Steuerreform in den USA sowie die weitere Entwicklung in den Krisenregionen im Mittleren Osten sowie Asien.

5. Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns

5.1 Planungsprozess

Grundsätzlich ist die Unternehmensplanung der Salzgitter AG (SZAG) an den strategischen Zielen ausgerichtet und umfasst unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gleichermaßen unternehmerische Gestaltungsmaßnahmen. Sie bildet die Basis einer realistischen Ergebniseinschätzung, berücksichtigt aber gleichzeitig langfristige Aspekte hinsichtlich Investitionen sowie der Sicherstellung bilanzieller Solidität und finanzieller Stabilität. Die zum Zeitpunkt der Planerstellung herrschenden Markterwartungen wie auch die vorgesehenen unternehmerischen Maßnahmen fließen in diese Planung ein, die in einem konzernumfassenden Prozess erstellt wird: Die Einzelziele der Tochterunternehmen werden in einem kombinierten Top-down- und Bottom-up-Ansatz zwischen dem jeweiligen Management, dem Konzernvorstand und den Geschäftsbereichsleitern diskutiert und festgelegt. Alle Einzelplanungen werden schließlich zu einer Konzernplanung konsolidiert. Der aufwändige Planungsprozess des Konzerns wird einmal vor Beginn eines jeden neuen Geschäftsjahres durchlaufen, startet in der Regel im August und endet mit einer Präsentation der Ergebnisse in der letzten Konzernaufsichtsratssitzung des jeweiligen Geschäftsjahres.

5.2 Erwartete Ertragslage

Die Geschäftsbereiche gehen verglichen mit dem Vorjahr von nachstehendem Verlauf des Geschäftsjahres 2018 aus:

Das **Flachstahlsegment** rechnet mit einem abermals erfreulichen Geschäftsverlauf. Dabei werden Rohstoffkosten für Eisenerz und Koks Kohle auf dem Niveau von Ende 2017 sowie in etwa konstante Erlöse im EU-Stahlmarkt unterstellt. Zwar haben die massiven chinesischen Billigimporte als Folge der europäischen Anti-Dumping-Maßnahmen bereits spürbar abgenommen, dennoch sind weiterhin signifikante Einfuhren aus anderen Ländern wie beispielsweise der Türkei oder Indien zu verzeichnen. Dank des höheren Versands erwarten wir bei einer nach wie vor robusten Nachfrage einen moderaten Umsatzzuwachs und den Vorsteuergewinn erneut über 100 Mio. €. Dieser dürfte im Wesentlichen wegen des Bewertungsmechanismus der Herstellungskosten gemäß IFRS sichtbar unter Vorjahr auskommen.

Der **Geschäftsbereich Grobblech / Profilstahl** bleibt einem diffizilen Marktumfeld ausgesetzt. Während der Grobblechmarkt nach wie vor von hohen Importvolumina aus Drittländern in die EU sowie überdurchschnittlichen Lagerbeständen und -reichweiten gekennzeichnet ist, wirken im Profilstahlbereich gestiegene Kosten für Graphitelektroden belastend. Darüber hinaus dürfte der volatile Schrottpreis ein anhaltend spekulatives Kaufverhalten der Kunden begünstigen. Dennoch prognostizieren alle drei Standorte eine weitgehend solide Beschäftigung. Die Grobblechgesellschaften werden weiterhin von den umfassenden Kostensenkungs- und Effizienzsteigerungsmaßnahmen profitieren. Ergänzend sollte im Ilseburger Werk der Ausbau des Geschäfts mit höherwertigen Güten – als Folge des verstärkten Einsatzes von vakuumbehandeltem Vormaterial nach Inbetriebnahme der neuen RH-Anlage der Salzgitter Flachstahl GmbH (SZFG) – erste positive Effekte zeigen. Insgesamt rechnet der Geschäftsbereich mit einem stabilen Umsatz sowie einer signifikanten Verringerung des Vorsteuerverlustes.

Für die Gesellschaften des **Geschäftsbereiches Mannesmann** gehen wir auch 2018 von einem heterogenen Geschäftsverlauf aus: Die deutsche Großrohrgesellschaft der EUROPIPE-Gruppe (EP-Gruppe) bleibt – im Gegensatz zu den amerikanischen Gesellschaften – mit den Projekten Nord Stream 2 und EUGAL sehr gut ausgelastet. Im Bereich der mittleren Leitungsrohre sollte sich die außergewöhnlich hohe Nachfrage aus Nordamerika normalisieren, die Mannesmann Grossrohr GmbH (MGR) steht einer weiterhin verhaltenen Projektvergabe gegenüber. Die Bereiche Präzis- und Edelstahlrohre antizipieren eine positive Entwicklung. Insgesamt erwarten wir einen mäßigen Umsatzrückgang sowie ein erheblich verbessertes, wieder positives Vorsteuerergebnis des Geschäftsbereiches. Erfolge der eingeleiteten Programme zur Ergebnisverbesserung sollen hierzu beitragen.

Die **Handelssparte** rechnet für 2018 mit einem moderaten Umsatzzuwachs. Dieser resultiert aus einem deutlichen Absatzanstieg bei sortimentsbedingt geringfügig niedrigeren Preisen im internationalen Trading sowie stabilen Versandmengen und einer positiv wirkenden Portfolioverschiebung im lagerhaltenden Handel. Gegenüber dem außerordentlich erfolgreichen, von temporären Margengewinnen geprägten Vorjahr ist eine

Normalisierung des Ertragsniveaus zu erwarten. Der Geschäftsbereich Handel prognostiziert einen zwar erfreulichen, aber merklich unter dem herausragenden Vorjahr auskommenden Gewinn vor Steuern.

Basierend auf einem hohen Auftragsbestand und guten Auftragseingängen avisiert der **Geschäftsbereich Technologie** ein mäßiges Umsatzwachstum. Angesichts des preislich stark umkämpften Projektgeschäfts setzt die KHS-Gruppe auf Wachstum in profitablen Produktsegmenten sowie den weiteren Ausbau des Servicegeschäfts. Daneben sollten sich die eingeleiteten Effizienzsteigerungsmaßnahmen positiv auswirken. Zusammen mit den vielversprechenden Aussichten für die beiden Spezialmaschinenbauer der DESMA-Gruppe wird mit einem sichtbaren Anstieg des Vorsteuergewinns gerechnet.

Vor dem Hintergrund des guten Starts in das neue Geschäftsjahr, der in einigen Geschäftsfeldern aufgehellten, insgesamt immer noch herausfordernden Marktbedingungen sowie weiterer positiver Effekte der Maßnahmen- und Wachstumsprogramme gehen wir für den Salzgitter-Konzern im Jahr 2018 von

- einem geringfügig gesteigerten Umsatz oberhalb 9 Mrd. €,
- einem Vorsteuerergebnis zwischen 200 Mio. € und 250 Mio. € sowie
- einer im Vergleich zum Vorjahreswert stabilen Rendite auf das eingesetzte Kapital (ROCE) aus.

Die zukunftsbezogenen Aussagen unterstellen, dass es in Europa nicht erneut zu einer rezessiven Entwicklung kommen wird. Vielmehr erwarten wir für unsere anhaltend umkämpften Hauptmärkte eine mindestens stabile Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr. Wie schon in den vergangenen Jahren weisen wir darauf hin, dass Chancen und Risiken aus aktuell nicht absehbaren Erlös-, Vormaterialpreis- und Beschäftigungsentwicklungen sowie Veränderungen von Währungskursen den Verlauf des Geschäftsjahres 2018 erheblich beeinflussen können. Die hieraus resultierende Schwankungsbreite des Konzernergebnisses vor Steuern kann ein beträchtliches Ausmaß sowohl in negativer als auch positiver Richtung annehmen. Die Dimension dessen wird deutlich, wenn man unterstellt, dass bei rund 12 Mio. t abgesetzten Stahlerzeugnissen der Geschäftsbereiche Flachstahl, Grobblech / Profilstahl, Mannesmann und Handel im Schnitt 25 € Margenveränderung pro Tonne bereits ausreichen, um 300 Mio. € jährliche Ergebnisvarianz zu verursachen. Darüber hinaus begrenzen volatile Rohstoffkosten sowie kürzere Vertragslaufzeiten auf der Beschaffungs- genauso wie auf der Absatzseite die Planungssicherheit des Unternehmens.

5.3 Erwartete Finanzlage

Unsere liquiden Mittel werden zu einem Teil zur Finanzierung der vor allem im Stahl- und Technologiebereich in Realisierung befindlichen Investitionen genutzt. Wir halten es nach wie vor für unverzichtbar, einen mittleren dreistelligen Millionen-Euro-Betrag an liquiden Mitteln vorzuhalten, um bei Verschärfung des Umfelds nicht kurzfristig Geld am Kapitalmarkt aufnehmen zu müssen.

Das Investitionsbudget unseres Konzerns für das Geschäftsjahr 2018 wurde auf 290 Mio. € festgelegt. Der zahlungswirksame Teil des Budgets 2018 dürfte zusammen mit dem Nachlauf von rund 270 Mio. € bereits in Vorjahren genehmigter Investitionen gut 500 Mio. € (Vorjahr: 287 Mio. €) betragen. Die effektive Auslösung der Investitionen erfolgt – wie bisher – sukzessive und im Einklang mit der Ergebnis- und Liquiditätsentwicklung.

Der Finanzmittelbedarf des Geschäftsjahres 2018 für absehbare investive Maßnahmen wird sich somit oberhalb der Abschreibungen bewegen.

Die Finanzlage unseres Konzerns sollte sich insbesondere unter Berücksichtigung der in den letzten Jahren umgesetzten Kapitalmarktmaßnahmen auch zum Ende des Geschäftsjahres 2018 als vergleichsweise solide erweisen. Externe Finanzierungsmaßnahmen werden mit Blick auf die Nutzung attraktiver Platzierungsbedingungen kontinuierlich geprüft.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Salzgitter-Konzern mit seiner breiten Aufstellung und soliden finanziellen Fundierung für herausfordernde Phasen vergleichsweise gut gerüstet ist. Hierauf werden wir auch künftig großen Wert legen.

Konzernabschluss

Konzernabschluss

79	I. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
80	II. Gesamtergebnisrechnung
82	III. Konzernbilanz
84	IV. Kapitalflussrechnung
86	V. Veränderung des Eigenkapitals
88	VI. Anhang
88	Segmentberichterstattung
90	Konzernanlagevermögen
94	Grundlagen des Konzernabschlusses
94	Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze
108	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
116	Erläuterungen zur Bilanz
132	Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten
133	Sonstige finanzielle Verpflichtungen
134	Finanzinstrumente
146	Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung
147	Erläuterungen zur Segmentberichterstattung
148	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen
149	Angaben zu den für den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses im Geschäftsjahr als Aufwand erfassten Honoraren gemäß § 314 Nr. 9 HGB
149	Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind
150	Verzicht auf Offenlegung und Erstellung eines Lageberichts nach § 264 Abs. 3 HGB oder § 264b HGB
151	Angaben zur Vergütung des Vorstandes, Aufsichtsrates und anderer Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen
152	Versicherung der gesetzlichen Vertreter

I. Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	Anhang	2017	2016
Umsatzerlöse	[1]	8.990,2	7.892,9
Bestandsveränderungen/andere aktivierte Eigenleistungen		179,1	-57,3
		9.169,3	7.835,6
Sonstige betriebliche Erträge	[2]	396,3	314,9
Materialaufwand	[3]	6.029,8	5.072,0
Personalaufwand	[4]	1.723,2	1.652,9
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	[5]	390,4	357,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	[6]	1.214,5	1.028,0
Beteiligungsergebnis		6,7	3,9
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen		101,7	63,3
Finanzierungserträge		21,0	28,9
Finanzierungsaufwendungen		99,5	95,1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		237,6	41,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	[7]	44,5	-3,6
Konzernergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen		193,2	45,0
Konzernergebnis aus nicht fortgeführtem Geschäftsbereich	[8]	0,4	11,8
Konzernergebnis		193,6	56,8
Anteil der Aktionäre der Salzgitter AG		190,3	54,2
Minderheitenanteil		3,2	2,6
Gewinnverwendung in Mio. €	Anhang	2017	2016
Konzernergebnis		193,6	56,8
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		21,1	15,1
Anteil fremder Gesellschafter am Konzernergebnis		3,2	2,6
Dividendenzahlung		-16,2	-13,5
Einstellungen/Entnahmen in/aus Gewinnrücklagen		-168,1	-34,6
Bilanzgewinn der Salzgitter AG		27,1	21,1
Ergebnis je Aktie (in €) – unverwässert	[9]	3,52	1,00
Ergebnis je Aktie (in €) aus fortgeführten Geschäftsbereichen – unverwässert	[9]	3,51	0,78
Ergebnis je Aktie (in €) – verwässert	[9]	3,35	0,99
Ergebnis je Aktie (in €) aus fortgeführten Geschäftsbereichen – verwässert	[9]	3,34	0,77

II. Gesamtergebnisrechnung

2017 in Mio. €	Gesamt	Anteil der Aktionäre der Salzgitter AG	Minderheiten- anteil
Konzernergebnis	193,6	190,3	3,2
Reklassifizierbare Gewinne und Verluste			
Wertänderungen aus der Währungsumrechnung	-27,6	-27,6	0,0
Wertänderungen aus Cashflow Hedges	-17,2	-17,2	-
Zeitwertänderungen	46,6	46,6	-
Basis Adjustments	-65,3	-65,3	-
Erfolgswirksame Realisierung	-5,7	-5,7	-
Latente Steuern	7,3	7,3	-
Wertänderungen aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	0,3	0,3	-
Zeitwertänderungen	0,4	0,4	-
Erfolgswirksame Realisierung	-	-	-
Latente Steuern	-0,1	-0,1	-
Wertänderungen aus Anteilen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	-3,4	-3,4	-
Zeitwertänderungen	13,2	13,2	-
Erfolgswirksame Realisierung	-0,1	-0,1	-
Währungsumrechnung	-14,0	-14,0	-
Latente Steuern	-2,5	-2,5	-
Latente Steuern auf sonstige erfolgsneutrale Wertänderungen	0,1	0,1	-0,0
	-47,8	-47,8	-0,0
Nicht reklassifizierbare Gewinne und Verluste			
Neubewertungen	-17,2	-17,2	0,0
Neubewertung Pensionen	-35,0	-35,0	0,0
Latente Steuern	17,8	17,8	-0,0
Wertänderungen aus Anteilen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	9,5	9,5	-
	-7,7	-7,7	0,0
Sonstiges Ergebnis	-55,5	-55,5	0,0
Gesamtergebnis	138,1	134,8	3,2
Fortgeführte Geschäftsbereiche		134,4	
Nicht fortgeführter Geschäftsbereich		0,4	

2016 in Mio. €	Gesamt	Anteil der Aktionäre der Salzgitter AG	Minderheiten- anteil
Konzernergebnis	56,8	54,2	2,6
Reklassifizierbare Gewinne und Verluste			
Wertänderungen aus der Währungsumrechnung	8,4	8,4	-0,0
Wertänderungen aus Cashflow Hedges	89,7	89,7	-
Zeitwertänderungen	126,9	126,9	-
Basis Adjustments	3,8	3,8	-
Erfolgswirksame Realisierung	-0,6	-0,6	-
Latente Steuern	-40,4	-40,4	-
Wertänderungen aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-7,6	-7,4	-0,2
Zeitwertänderungen	2,2	2,1	0,0
Erfolgswirksame Realisierung	-12,9	-12,7	-0,3
Latente Steuern	3,1	3,1	-
Wertänderungen aus Anteilen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	9,7	9,7	-
Zeitwertänderungen	5,4	5,4	-
Erfolgswirksame Realisierung	1,4	1,4	-
Währungsumrechnung	3,9	3,9	-
Latente Steuern	-0,9	-0,9	-
Latente Steuern auf sonstige erfolgsneutrale Wertänderungen	0,4	0,4	-0,0
	100,6	100,9	-0,3
Nicht reklassifizierbare Gewinne und Verluste			
Neubewertungen	-123,4	-123,4	-0,0
Neubewertung Pensionen	-165,8	-166,0	0,1
Latente Steuern	42,4	42,5	-0,1
Wertänderungen aus Anteilen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	-9,8	-9,8	-
	-133,3	-133,3	-0,0
Sonstiges Ergebnis	-32,7	-32,4	-0,3
Gesamtergebnis	24,1	21,7	2,3
Fortgeführte Geschäftsbereiche		9,9	
Nicht fortgeführter Geschäftsbereich		11,8	

III. Konzernbilanz

Aktiva in Mio. €	Anhang	31.12.2017	31.12.2016
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	[10]	218,5	223,3
Sachanlagen	[11]	2.214,8	2.343,4
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	[12]	21,5	21,8
Finanzielle Vermögenswerte	[13]	84,1	95,6
Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	[14]	577,5	660,4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	[17]	25,6	0,0
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	[18]	26,0	0,0
Ertragsteuererstattungsansprüche	[19]	4,5	0,0
Latente Ertragsteueransprüche	[15]	393,2	355,1
		3.565,9	3.699,5
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorräte	[16]	2.084,5	1.842,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	[17]	1.492,2	1.476,2
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte	[18]	394,2	504,3
Ertragsteuererstattungsansprüche	[19]	24,9	26,5
Wertpapiere	[20]	76,6	82,3
Finanzmittel	[21]	679,4	818,1
		4.751,9	4.750,3
		8.317,8	8.449,8

Passiva in Mio. €	Anhang	31.12.2017	31.12.2016
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	[22]	161,6	161,6
Kapitalrücklage	[23]	257,0	257,0
Gewinnrücklagen		2.854,6	2.703,4
Andere Rücklagen		51,1	71,4
Bilanzgewinn	[24]	27,1	21,1
		3.351,3	3.214,5
Eigene Anteile		-369,7	-369,7
		2.981,6	2.844,8
Minderheitenanteil		8,1	7,1
		2.989,7	2.852,0
Langfristige Schulden			
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	[25]	2.440,5	2.449,0
Latente Ertragsteuerschulden	[15]	41,9	39,3
Ertragsteuerschulden	[19]	97,6	67,7
Sonstige Rückstellungen	[26]	303,5	245,3
Finanzschulden	[27]	433,8	452,4
Sonstige Verbindlichkeiten		4,1	4,5
		3.321,5	3.258,1
Kurzfristige Schulden			
Sonstige Rückstellungen	[26]	232,3	292,5
Finanzschulden	[28]	237,8	493,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	[29]	1.169,0	1.154,5
Ertragsteuerschulden	[19]	28,2	34,1
Sonstige Verbindlichkeiten	[30]	339,2	365,1
		2.006,5	2.339,7
		8.317,8	8.449,8

IV. Kapitalflussrechnung

in Mio. €	2017	2016
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) ¹⁾	238,0	53,2
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	390,4	332,1
Gezahlte (-)/erhaltene (+) Ertragsteuern	-30,4	-137,6
Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	256,1	110,0
Zinsaufwendungen	99,7	94,6
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-11,1	7,6
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte	-262,4	-82,6
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-235,8	9,0
Zahlungswirksamer Verbrauch der Rückstellungen ohne Verbrauch der Ertragsteuerrückstellungen	-243,6	-256,2
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	72,8	160,1
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	273,7	290,2

¹⁾ Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) bezieht sich auf den fortgeführten und nicht fortgeführten Geschäftsbereich in Summe. Eine Überleitung der Werte des nicht fortgeführten Geschäftsbereiches findet sich im Abschnitt (8) Ergebnis aus nicht fortgeführtem Geschäftsbereich.

in Mio. €	2017	2016
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	28,5	2,6
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle und Sachanlagevermögen	-296,9	-347,8
Einzahlungen aus Geldanlagen	255,0	250,0
Auszahlungen für Geldanlagen	-200,0	-274,3
Einzahlungen aus Abgängen von sonstigen langfristigen Vermögenswerten	14,2	11,4
Auszahlungen für Investitionen in sonstige langfristige Vermögenswerte	-140,9	-5,5
Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-340,1	-363,6
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-16,2	-13,5
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und anderen Finanzverbindlichkeiten	0,0	200,3
Rückzahlungen von Krediten und anderen Finanzverbindlichkeiten	-13,4	-13,2
Auszahlungen für Anleihen	-0,1	-88,1
Zinsauszahlungen	-33,9	-32,9
Mittelabfluss/-zufluss aus der Finanzierung	-63,6	52,6
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	818,1	836,2
Finanzmittelbestand Konsolidierungskreisveränderung	4,0	4,4
Wechselkursänderungen des Finanzmittelbestandes	-12,8	-1,8
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes	-129,9	-20,7
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	679,4	818,1

V. Veränderung des Eigenkapitals

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Eigene Anteile	Gewinn- rücklagen	Andere Rücklagen aus
in Mio. €					
Stand 01.01.2016	161,6	257,0	-369,7	2.784,2	9,9
Konzernergebnis	-	-	-	-	-
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	-123,0	8,4
Gesamtergebnis	-	-	-	-123,0	8,4
Dividende	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen in/ aus Kapitalrücklagen	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen in/ aus Gewinnrücklagen	-	-	-	34,6	-
Erstkonsolidierung von aus Wesentlichkeit bisher nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	-	-	-	6,3	-
Sonstiges	-	-	-	1,4	-0,1
Stand 31.12.2016	161,6	257,0	-369,7	2.703,4	18,2
Konzernergebnis	-	-	-	-	-
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	-17,1	-27,6
Gesamtergebnis	-	-	-	-17,1	-27,6
Dividende	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen in/ aus Kapitalrücklagen	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen in/ aus Gewinnrücklagen	-	-	-	168,1	-
Erstkonsolidierung von aus Wesentlichkeit bisher nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	-	-	-	0,3	-
Sonstiges	-	-	-	-0,2	-
Stand 31.12.2017	161,6	257,0	-369,7	2.854,6	-9,4

			Bilanzgewinn	Anteil der Aktionäre der Salzgitter AG	Minderheiten- anteil	Eigenkapital
Cashflow Hedges	zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögens- werten	Anteilen an nach der Equity- Methode bilanzierten Unternehmen				
-33,3	-9,4	13,7	15,1	2.829,1	8,1	2.837,2
-	-	-	54,2	54,2	2,6	56,8
89,7	-7,4	-0,1	-	-32,4	-0,3	-32,7
89,7	-7,4	-0,1	54,2	21,7	2,3	24,1
-	-	-	-13,5	-13,5	-3,0	-16,5
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-34,6	-	-	-
-	-	-	-	6,3	-	6,3
-	-	-	-	1,3	-0,3	1,0
56,5	-16,9	13,6	21,1	2.844,8	7,1	2.852,0
-	-	-	190,3	190,3	3,2	193,6
-17,2	0,3	6,1	-	-55,5	0,0	-55,5
-17,2	0,3	6,1	190,3	134,8	3,2	138,1
-	-	-	-16,2	-16,2	-2,2	-18,5
-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-168,1	-	-	-
-	-	-	-	0,3	-	0,3
-	18,1	-	-	17,9	-0,0	17,9
39,3	1,5	19,7	27,1	2.981,6	8,1	2.989,7

VI. Anhang

(36) Segmentberichterstattung

in Mio. €	Flachstahl		Grobblech / Profilstahl		Mannesmann	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Außenumsatz	2.159,8	1.814,6	1.024,3	741,8	1.093,5	999,4
Umsatz mit anderen Segmenten	715,0	577,7	673,5	680,5	211,9	77,1
Umsatz mit Konzerngesellschaften, die nicht einem anderen Segment zugeordnet sind	3,5	1,6	0,8	1,0	392,7	256,5
Segmentumsatz	2.878,3	2.393,9	1.698,6	1.423,4	1.698,1	1.333,0
Zinsertrag (konsolidiert)	1,1	4,1	0,5	1,5	0,6	1,3
Zinsertrag von anderen Segmenten	-	-	0,0	-	-	-
Zinsertrag von Konzerngesellschaften, die nicht einem anderen Segment zugeordnet sind	0,0	0,1	0,2	0,1	1,4	1,4
Segmentzinsertrag	1,1	4,2	0,6	1,6	2,1	2,6
Zinsaufwand (konsolidiert)	15,8	17,6	3,1	4,1	8,4	9,0
Zinsaufwand an andere Segmente	-	-	-	-	-	-
Zinsaufwand an Konzerngesellschaften, die nicht einem anderen Segment zugeordnet sind	25,3	23,9	5,8	9,7	7,5	6,3
Segmentzinsaufwand	41,1	41,6	9,0	13,8	15,9	15,3
Planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Wertminderungsaufwand gemäß IAS 36)	175,0	177,5	45,5	46,2	61,6	58,2
Wertminderungsaufwand (gemäß IAS 36) bei Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-	-	48,8	-	-	15,0
Zuschreibungen (gemäß IAS 36) bei Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-	-	-	25,0	-	-
Wertminderungsaufwand bei finanziellen Vermögenswerten	-	-	-	-	-	0,0
Periodenergebnis des Segments	182,0	-2,3	-57,7	-32,1	-5,6	-22,4
davon Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	-	-	-	-	7,8	7,1
Wesentliche zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	52,7	21,9	18,2	40,8	33,7	30,0
Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	126,4	189,3	39,2	23,8	72,8	87,7

Handel		Technologie		Summe der Segmente		Überleitung		Konzern	
2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
3.229,9	2.855,0	1.284,7	1.300,3	8.792,2	7.711,1	198,0	194,6	8.990,2	7.905,7
77,6	26,0	0,5	0,4	1.678,5	1.361,7	692,6	544,1	2.371,1	1.905,8
0,1	0,1	-	0,0	397,1	259,2	-	-	397,1	259,2
3.307,6	2.881,0	1.285,2	1.300,7	10.867,8	9.332,0	890,6	738,7	11.758,4	10.070,7
2,6	2,6	3,7	4,5	8,4	13,8	12,6	14,7	21,0	28,6
-	-	-	-	0,0	-	41,4	41,4	41,4	41,4
7,5	4,0	0,9	0,7	10,0	6,3	-	-	10,0	6,3
10,0	6,6	4,5	5,1	18,4	20,1	54,0	56,2	72,4	76,3
14,2	10,2	2,6	3,4	44,1	44,4	55,6	50,2	99,7	94,6
0,0	-	-	-	0,0	-	10,0	6,3	10,0	6,3
0,3	0,2	2,6	1,3	41,4	41,4	-	-	41,4	41,4
14,4	10,4	5,2	4,8	85,5	85,8	65,6	56,5	151,1	142,3
10,3	10,4	22,1	22,3	314,5	314,6	27,1	27,6	341,6	342,1
-	-	-	-	48,8	15,0	-	-	48,8	15,0
-	-	-	-	-	25,0	-	-	-	25,0
-	-	-	-	-	0,0	-	-	-	0,0
70,5	45,2	6,6	28,4	195,8	16,9	42,2	36,3	238,0	53,2
-	-	-	-	7,8	7,1	93,9	56,2	101,7	63,3
8,4	11,5	36,7	32,2	149,7	136,3	14,3	8,5	164,0	144,8
8,7	7,7	20,2	21,8	267,2	330,2	19,4	21,9	286,7	352,1

Konzernanlagevermögen 2017

in Mio. €	Anschaffungs- und Herstellungskosten						
	01.01.2017	Währungs- differenzen	Konsoli- dierungs- kreisver- änderun- gen	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	31.12.2017
Immaterielle Vermögenswerte							
Konzessionen, Markennamen, gewerbliche Schutzrechte sowie Lizenzen und Emissionsrechte	449,8	-0,3	-	8,5	-7,6	5,1	455,6
Geleistete Anzahlungen	1,1	-	-	3,2	-0,0	-0,2	4,2
	450,9	-0,3	-	11,7	-7,6	5,0	459,8
Sachanlagen							
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.676,8	-4,6	0,0	12,6	-3,6	12,5	1.693,7
Technische Anlagen und Maschinen	6.601,8	-8,4	1,1	130,6	-139,3	114,7	6.700,4
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	426,1	-1,8	1,0	29,4	-17,2	4,0	441,5
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	141,6	-0,8	-	102,2	-0,2	-125,4	117,4
	8.846,2	-15,6	2,2	274,7	-160,3	5,8	8.953,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	29,3	-	-	0,3	-2,2	-	27,3
Finanzielle Vermögenswerte							
Anteile an verbundenen Unternehmen	25,7	-	-2,9	5,6	-	0,3	28,6
Beteiligungen	10,0	-	-	-	-0,0	-0,3	9,7
Wertpapiere des Anlagevermögens	0,1	-	-	-	-0,0	-	0,1
Sonstige Ausleihungen	75,5	-0,2	0,0	0,2	-14,0	-	61,5
	111,3	-0,2	-2,9	5,7	-14,1	-	99,8
	9.437,8	-16,1	-0,8	292,4	-184,2	10,8	9.539,9

01.01.2017	Wertberichtigungen							Buchwerte		
	Währungs- differen- zen	Konsoli- dierungs- kreis- verände- rungen	Zuschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres ¹⁾	Abgänge	Sonstige ergebnis- neutrale Verände- rungen	Um- buchun- gen	31.12.2017	31.12.2017	31.12.2016
-227,7	0,2	-	-	-14,7	2,1	-	-	-240,1	215,5	222,1
-	-	-	-	-1,1	-	-	-	-1,1	3,1	1,1
-227,7	0,2	-	-	-15,8	2,1	-	-	-241,2	218,5	223,3
-1.006,2	1,4	-0,0	-	-30,8	3,1	-	-	-1.032,5	661,3	670,6
-5.155,9	5,3	-0,1	-	-307,1	122,7	-	-10,8	-5.345,8	1.354,7	1.445,9
-340,8	1,3	-0,6	-	-34,0	16,7	-	-	-357,3	84,2	85,3
-0,0	-	-	-	-2,6	-	-	-	-2,6	114,8	141,6
-6.502,8	8,1	-0,7	-	-374,5	142,5	-	-10,8	-6.738,2	2.214,8	2.343,4
-7,5	-	-	-	-0,1	1,8	-	-	-5,8	21,5	21,8
-15,3	-	-	-	-	-	-	-	-15,3	13,3	10,4
-0,0	-	-	-	-	-	-	-	-0,0	9,6	10,0
-0,1	-	-	-	-	-	-	-	-0,1	0,0	0,1
-0,3	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-0,3	61,2	75,2
-15,7	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-15,7	84,1	95,6
-6.753,7	8,3	-0,7	0,0	-390,4	146,4	0,0	-10,8	-7.000,9	2.539,0	2.684,0

¹⁾Die Zusammensetzung der hierin enthaltenen Wertminderungen (außerplanmäßige Abschreibungen) ist im Anhang, Ziffer 5, dargestellt.

Konzernanlagevermögen 2016

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						
	01.01.2016	Währungs- differenzen	Konsoli- dierungs- kreisver- änderun- gen	Zugänge	Abgänge	Um- buchungen	31.12.2016
Immaterielle Vermögenswerte							
Konzessionen, Markennamen, gewerbliche Schutzrechte sowie Lizenzen und Emissionsrechte	371,4	0,2	0,1	85,4	-8,4	1,1	449,8
Geleistete Anzahlungen	0,3	-	-	0,9	-	-0,1	1,1
	371,7	0,2	0,1	86,3	-8,4	1,0	450,9
Sachanlagen							
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.658,2	1,1	0,1	13,7	-5,2	8,9	1.676,8
Technische Anlagen und Maschinen	6.667,1	2,1	0,8	127,4	-231,1	35,5	6.601,8
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	411,5	0,4	1,7	26,5	-17,2	3,1	426,1
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	96,4	0,2	-	97,6	-4,0	-48,5	141,6
	8.833,2	3,8	2,5	265,2	-257,5	-1,0	8.846,2
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	28,7	-	-	0,6	-0,0	-	29,3
Finanzielle Vermögenswerte							
Anteile an verbundenen Unternehmen	28,6	-	-4,7	1,8	-	-	25,7
Beteiligungen	10,0	-	-	-	-	-	10,0
Wertpapiere des Anlagevermögens	37,8	-	-	4,0	-2,1	-39,7	0,1
Sonstige Ausleihungen	84,3	-0,2	-	0,7	-9,3	-	75,5
	160,7	-0,2	-4,7	6,5	-11,4	-39,7	111,3
	9.394,3	3,8	-2,0	358,6	-277,4	-39,7	9.437,8

01.01.2016	Wertberichtigungen							Buchwerte		
	Währungs- differenzen	Konsoli- dierungs- kreis- verände- rungen	Zuschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Abgänge	Sonstige ergebnis- neutrale Verände- rungen	Um- buchun- gen	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2015
-215,1	-0,2	-0,1	-	-14,9	2,6	-	-	-227,7	222,1	156,3
-	-	-	-	-	-	-	-	-	1,1	0,3
-215,1	-0,2	-0,1	-	-14,9	2,6	-	-	-227,7	223,3	156,6
-989,5	-0,5	-0,0	8,9	-30,0	4,9	-	0,0	-1.006,2	670,6	668,7
-5.107,8	-1,4	-0,2	16,1	-283,0	220,4	-	0,0	-5.155,9	1.445,9	1.559,3
-326,8	-0,3	-1,2	-	-29,1	16,7	-	-0,0	-340,8	85,3	84,7
-4,0	-	-	-	-	4,0	-	-	-0,0	141,6	92,4
-6.428,2	-2,1	-1,4	25,0	-342,1	246,0	-	-	-6.502,8	2.343,4	2.405,0
-7,3	-	-	-	-0,1	-	-	-	-7,5	21,8	21,4
-15,7	-	0,4	-	-	-	-	-	-15,3	10,4	12,8
-	-	-	-	-0,0	-	-	-	-0,0	10,0	10,0
10,0	-	-	-	-	-0,0	1,2	-11,3	-0,1	0,1	47,8
-0,4	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-0,3	75,2	83,9
-6,1	-	0,4	0,0	-0,0	-0,0	1,3	-11,3	-15,7	95,6	154,6
-6.656,7	-2,3	-1,1	25,0	-357,2	248,6	1,3	-11,3	-6.753,7	2.684,0	2.737,5

Grundlagen des Konzernabschlusses

Der Konzernabschluss basiert auf geprüften Abschlüssen des obersten Mutterunternehmens Salzgitter AG (SZAG) sowie der einzubeziehenden Gesellschaften. Die SZAG ist im Handelsregister des Amtsgerichts Braunschweig, Deutschland, unter HRB 9207 eingetragen und hat ihren Sitz in Salzgitter. Die Anschrift des Vorstandes der SZAG ist Eisenhüttenstraße 99, 38239 Salzgitter.

Maßgeblich für die Erstellung des Konzernabschlusses der SZAG sind die am Bilanzstichtag in der Europäischen Union verpflichtend anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften des International Accounting Standards Board (IASB) sowie die ergänzend anzuwendenden Vorschriften des § 315e Abs. 1 HGB. Diese Standards sowie die darauf beruhenden Interpretationen bilden die Grundlage der konzerneinheitlich anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze. Sämtliche sich daraus ergebende Anforderungen wurden erfüllt, sodass der Konzernabschluss im Einklang mit den anzuwendenden Bilanzierungsvorschriften (IFRS) erstellt wurde. Die Aufstellung des Konzernabschlusses der SZAG erfolgt in Euro. Soweit nicht anders vermerkt, werden die Beträge in Millionen Euro (Mio. €) angegeben. Dadurch können sich Abweichungen zu den ungerundeten Beträgen ergeben.

Am 7. Dezember 2017 haben Vorstand und Aufsichtsrat die Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und den Aktionären auf der Internetseite der Gesellschaft (www.salzgitter-ag.de) dauerhaft zugänglich gemacht. Die Entsprechenserklärung ist ebenfalls im Kapitel „Corporate Governance“ des Geschäftsberichts abgedruckt.

Konzernabschluss und -lagebericht wurden am 27. Februar 2018 durch den Vorstand zur Weiterleitung an den Aufsichtsrat freigegeben. Sie werden abschließend im Bundesanzeiger offengelegt.

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Auswirkungen erstmals angewandeter neuer beziehungsweise geänderter Standards

Standard/Interpretation	Anwendungs- pflicht im Geschäftsjahr	Übernahme durch EU- Kommission	Auswirkungen
IAS 7 Änderungen – Angabeinitiative	2017	ja	Anhang- angaben
IAS 12 Änderungen – Ansatz aktiver latenter Steuern auf unrealisierte Verluste	2017	ja	keine
IFRS 12 Annual Improvements der IFRS (Zyklus 2014–2016)	2017	ja	keine

Voraussichtliche Auswirkung zukünftig anzuwendender neuer beziehungsweise geänderter Standards

Standard/Interpretation	Anwendungspflicht im Geschäftsjahr	Übernahme durch EU-Kommission	voraussichtliche Auswirkungen	
IAS 40	Änderungen – Übertragung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	2018	nein	keine
	Annual Improvements der IFRS (Zyklus 2014–2016) ¹⁾	2018	nein	keine
IFRS 2	Änderungen – Klassifizierung und Bewertung anteilsbasierter Transaktionen	2018	nein	keine
IFRIC 22	Vorauszahlungen im Zusammenhang mit Fremdwährungstransaktionen	2018	nein	keine
IFRS 9	Finanzinstrumente	2018	ja	vgl. nachfolgende Ausführungen
IFRS 15	Umsatzerlöse aus Kundenverträgen inkl. Änderung des Erstanwendungszeitpunkts sowie weitere Klarstellungen	2018	ja	vgl. nachfolgende Ausführungen
IFRS 4	Änderungen – Anwendung von IFRS 9 gemeinsam mit IFRS 4	2018	ja	keine
	Annual Improvements der IFRS (Zyklus 2015–2017)	2019	nein	keine
IFRIC 23	Steuerrisikopositionen aus Ertragsteuern	2019	nein	keine
IFRS 9	Änderungen – Vorzeitige Rückzahlungsoption mit negativer Vorfälligkeitsentschädigung	2019	nein	keine
IFRS 10 IAS 28	Änderungen – Veräußerung von Vermögenswerten eines Investors an bzw. Einbringung in sein assoziiertes Unternehmen oder Gemeinschaftsunternehmen	2019	nein	nicht absehbar
IFRS 16	Leasing	2019	ja	vgl. nachfolgende Ausführungen
IFRS 17	Versicherungsverträge	2021	nein	nicht absehbar

¹⁾Klarstellungen zu folgenden Standards (IFRS 1, IFRS 12, IAS 28); IFRS 12 Anwendungspflicht bereits ab GJ 2017

Ab dem 1. Januar 2018 ist der Standard IFRS 9 „Finanzinstrumente“ erstmalig anzuwenden. Der neue Standard ersetzt den bisherigen Standard IAS 39 „Finanzinstrumente“ und beinhaltet neue Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, zur Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten sowie zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Hedge Accounting). Ab dem Übergang auf IFRS 9 zum 1. Januar 2018 wird eine Eigenkapitalminderung im mittleren einstelligen Millionenbereich angenommen. Diese resultiert aus einer Wertberichtigung auf Basis des Expected-losses-Modells. In der Periode der Erstanwendung sowie in den nachfolgenden Perioden werden somit keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bilanzierung erwartet.

Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten bestimmt sich gemäß IFRS 9 nach dem Geschäftsmodell und der Struktur der vereinbarten Zahlungsströme. Wesentliche Auswirkungen auf die Bilanzierung und Bewertung aus der geänderten Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten werden nicht erwartet. Die Klassifizierung von finanziellen Verbindlichkeiten unter IFRS 9 erfolgt weitgehend unverändert zu den derzeitigen Bilanzierungsvorschriften nach IAS 39.

Die bisherige Kalkulation von Wertminderungen aufgrund eingetretener Ausfallereignisse (Incurred-losses-Modell) wird ersetzt durch ein Modell zur Kalkulation von Wertminderungen aufgrund der zu erwartenden

Kreditausfälle (Expected-losses-Modell). Zur Umsetzung der neuen Vorschriften wurden geeignete Modelle zur Ermittlung der erwarteten Ausfallraten von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entwickelt. Für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und aktive Vertragspositionen wird das vereinfachte Wertminderungsmodell des IFRS 9 angewendet und die Wertminderungen werden über die erwartete Gesamtlaufzeit direkt erfasst. Die Erfassung der Wertminderungen nach dem neuen Wertminderungsmodell führt zu einer früheren Bilanzierung von Wertminderungen.

Die als Sicherungsbeziehung designierten Grund- und Sicherungsgeschäfte (Hedge Accounting) werden im Rahmen des betrieblichen Risikomanagements gesteuert und überwacht. Alle bestehenden designierten Sicherungsbeziehungen erfüllen die Vorschriften des IFRS 9. Die Möglichkeit der Designation von Risikokomponenten nichtfinanzieller Posten als gesichertes Grundgeschäft wird die bestehenden geringen Ineffektivitäten der Sicherungsbeziehungen weiter reduzieren. Die neuen Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungsgeschäften werden prospektiv angewendet.

Der neue Standard IFRS 15 „Umsatzerlöse aus Kundenverträgen“ verfolgt das Ziel, die Vielzahl der Regelungen und Interpretationen zur Umsatzrealisierung in einem Standard zusammenzuführen. Ebenso wurden durch den neuen Standard einheitliche Grundprinzipien für alle Branchen und alle Kategorien festgelegt. Der neue Standard basiert auf einem Fünfstufenmodell, das den Umsatz aus Kundenverträgen regelt. Diese Umsätze sind entweder zeitraumbezogen oder zu einem bestimmten Zeitpunkt zu realisieren.

IFRS 15 ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Die Erstanwendung wird nach der modifizierten retrospektiven Methode erfolgen. Etwaige Umstellungseffekte werden zu Beginn der Periode am 1. Januar 2018 als Anpassung in der Eröffnungsbilanz kumuliert direkt in den Gewinnrücklagen erfasst. Nach bisheriger Analyse – auf Grundlage der in IFRS 15 neu definierten Parameter – wurden folgende Auswirkungen als Folge der IFRS 15-Einführung festgestellt bzw. bestätigt:

Im Spezialmaschinenbaugeschäft des Geschäftsbereiches Technologie wird davon ausgegangen, dass nur bei wenigen, insgesamt nicht signifikanten Fertigungsaufträgen, die bisher nach der Percentage-of-Completion-Methode gemäß IAS 11 bilanziert wurden, eine zeitlich nachgelagerte Umsatzerfassung erfolgen muss, weil die Voraussetzungen für eine zeitraumbezogene Umsatzerfassung nach IFRS 15 nicht erfüllt sind.

Danach wird aus dem Übergang auf IFRS 15 zum 1. Januar 2018 eine Eigenkapitalminderung im mittleren einstelligen Millionenbereich geschätzt. Abgesehen vom Erfordernis, umfangreichere Angaben zu den Umsatzerlösen des Konzerns aus Verträgen mit Kunden bereitzustellen, wird davon ausgegangen, dass die Anwendung des IFRS 15 in der Periode der Erstanwendung sowie in den nachfolgenden Perioden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Konzernbilanz und/oder Konzerngesamtergebnisrechnung haben wird.

Ab dem 1. Januar 2019 wird der neue IFRS 16 „Leasing“ anzuwenden sein. Im Oktober 2017 wurden die Regelungen durch die EU übernommen. Insbesondere für den Leasingnehmer war bislang der Übergang von Chancen und Risiken eines Vermögenswertes entscheidend für die bilanzielle Erfassung. Zukünftig wird grundsätzlich jede Leasingkomponente zu erfassen sein. In der Bilanz des Leasingnehmers werden sich das Anlagevermögen (Nutzungsrecht) und die Leasingverbindlichkeiten (Barwert der Leasingraten) durch die Regelungen des IFRS 16 erhöhen, sodass es dadurch zu einer geringeren Eigenkapitalquote kommen kann. Anstatt des Leasingaufwandes werden zukünftig die Abschreibungen des Nutzungsrechtes sowie Zinsaufwand erfasst. Zur Beurteilung und Implementierung der neuen Regelungen hat die SZAG ein konzernweites Projekt aufgesetzt. Die Auswirkungen der neuen Bilanzierungsregelungen können derzeit noch nicht abschließend beurteilt werden, jedoch gehen wir davon aus, dass die Anwendung des IFRS 16 keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben wird.

Konsolidierungsgrundsätze und -methoden

Tochterunternehmen

Alle wesentlichen Tochterunternehmen werden vollständig in den Konzernabschluss einbezogen. Tochterunternehmen sind Gesellschaften, über die die SZAG gemäß IFRS 10 mittelbar oder unmittelbar die Verfügungsgewalt besitzt und daraus positive wie negative variable Rückflüsse erhält, deren Höhe durch die Verfügungsgewalt beeinflusst werden kann (Beherrschung).

Diese Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt vollständig in den Konzernabschluss einbezogen, in dem die Möglichkeit der Beherrschung beginnt. Änderungen der Beteiligungsquote der SZAG an einem Tochterunternehmen, die nicht zum Ende der Beherrschung führen, werden als Eigenkapitaltransaktion bilanziert. Endet die Möglichkeit des Konzerns, ein Tochterunternehmen zu beherrschen, scheidet es aus dem Konsolidierungskreis aus.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt durch Verrechnung der Anschaffungskosten der Beteiligung mit dem anteiligen neu bewerteten Eigenkapital zum Zeitpunkt des Erwerbs des Tochterunternehmens. Im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung werden konzerninterne Umsatzerlöse, Aufwendungen und Erträge eliminiert, im Rahmen der Schuldenkonsolidierung Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Gesellschaften. Zwischenergebnisse aus dem konzerninternen Lieferungs- und Leistungsverkehr werden unter Berücksichtigung latenter Steuern ergebniswirksam bereinigt. Die Anteile konzernfremder Dritter am Eigenkapital der konsolidierten Gesellschaften werden innerhalb des Eigenkapitals gesondert ausgewiesen (Minderheitenanteil).

Gemeinsame Vereinbarungen

Vereinbarungen, bei denen die SZAG mit einem oder mehr Partnerunternehmen vertraglich die gemeinschaftliche Führung ausübt, werden gemäß IFRS 11 als gemeinsame Vereinbarungen (Joint Arrangements) klassifiziert. Bei der Bilanzierung der gemeinsamen Vereinbarungen wird zwischen Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) und gemeinschaftlichen Tätigkeiten (Joint Operations) unterschieden.

Die Unterscheidung ist von den Rechten und Verpflichtungen der Parteien abhängig. Gemeinschaftliche Tätigkeiten zeichnen sich dadurch aus, dass die Parteien Rechte an den Vermögenswerten besitzen und Verpflichtungen für die Schulden der Vereinbarung haben, wohingegen die Parteien bei Gemeinschaftsunternehmen Rechte am Nettovermögen der Vereinbarung besitzen. Gemeinschaftsunternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert, gemeinschaftliche Tätigkeiten werden anteilig in den Konzernabschluss einbezogen (anteilige Anwendung der Konsolidierungsvorschriften).

Assoziierte Unternehmen

Darüber hinaus werden gemäß IAS 28 diejenigen Beteiligungen an Gesellschaften als assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode bilanziert, bei denen die SZAG die Möglichkeit hat, an den finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen des Beteiligungsunternehmens mitzuwirken, aber weder eine Beherrschung noch eine gemeinschaftliche Führung vorliegt (maßgeblicher Einfluss).

Die Bestimmung der Zeitpunkte für die Aufnahme und für das Ausscheiden aus dem Kreis der nach der Equity-Methode bilanzierten Gesellschaften erfolgt analog zu den für Tochterunternehmen geltenden Grundsätzen. Die assoziierten Unternehmen sind auf der Grundlage der Neubewertungsmethode auf den Zeitpunkt des Erwerbs mit ihrem anteiligen Eigenkapital angesetzt. Der Equity-Bewertung liegt jeweils der letzte geprüfte Jahresabschluss oder bei einem vom Konzernabschluss abweichenden Geschäftsjahr ein Zwischenabschluss auf den 31. Dezember zugrunde.

Beteiligungen

Kann die SZAG keinen maßgeblichen Einfluss ausüben sowie auch keine finanz- und geschäftspolitischen Maßnahmen durchsetzen, werden die Anteile an den Gesellschaften gemäß IAS 39 als finanzielle Vermögenswerte bilanziert.

Konsolidierungskreis

Der Konzernabschluss umfasst neben dem Jahresabschluss der Muttergesellschaft die Jahresabschlüsse von 59 (Vorjahr 59) inländischen und 54 (Vorjahr 51) ausländischen verbundenen Unternehmen. Das Geschäftsjahr der SZAG und ihrer im Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften entspricht grundsätzlich dem Kalenderjahr. Im Inland sind zwei Gesellschaften durch Verschmelzung weggefallen. Die Zugänge betreffen zwei inländische und drei ausländische – bisher aus Unwesentlichkeitsgründen nicht konsolidierte – Gesellschaften der Geschäftsbereiche Industrielle Beteiligungen und Technologie, die im Geschäftsjahr 2017 erstmals mit ihren fortgeführten IFRS-Werten in den Konzernabschluss der SZAG einbezogen wurden. Gewinn- bzw. Verlustvorträge wurden dabei direkt im Eigenkapital erfasst.

Wegen ihrer auch insgesamt geringen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden weiterhin fünf (Vorjahr acht) inländische und 16 (Vorjahr 17) ausländische Tochtergesellschaften nicht konsolidiert, sondern als finanzielle Vermögenswerte bilanziert (Anteile an verbundenen Unternehmen). Bei den Gesellschaften handelt es sich vor allem um nicht operative Mantel- bzw. Holdinggesellschaften sowie sehr kleine Vertriebs- oder Immobiliengesellschaften.

Unverändert zum Vorjahr wird eine inländische Gesellschaft als gemeinschaftliche Tätigkeit anteilig in den Konzernabschluss einbezogen. Bei dieser Gesellschaft handelt es sich um die Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH (HKM), Duisburg, an der die Salzgitter Mannesmann GmbH zu 30% beteiligt ist. Die Geschäftstätigkeit der HKM besteht darin, die Gesellschafterinnen mit Vormaterial zu beliefern. Aus diesem Grund ist das HKM-Geschäftsergebnis insbesondere von den Aufträgen der Gesellschafterinnen abhängig, sodass diese auch die Rechte auf die Vermögenswerte und die Verpflichtungen für die Schulden übernehmen.

Als assoziiertes Unternehmen wird die Aurubis AG, Hamburg, an der die Salzgitter Mannesmann GmbH zu 16,8% (Vorjahr 25,0%) beteiligt ist, unverändert zum Vorjahr nach der Equity-Methode bilanziert. Der maßgebliche Einfluss der Salzgitter AG bei der Aurubis AG liegt durch die Zugehörigkeit zu deren Aufsichtsorgan vor. Die Aurubis AG hält ihrerseits 1,2% (Vorjahr 1,2%) an der Salzgitter AG. Geschäftliche Beziehungen zwischen den Konzernen bestehen in untergeordnetem Umfang. An der EUROPIPE GmbH, Mülheim, ist die Salzgitter Mannesmann GmbH zu 50% beteiligt. Da die beiden Gesellschafterinnen der EUROPIPE GmbH gemeinschaftlich die Führung ausüben und vertraglich am Nettovermögen beteiligt sind, handelt es sich um ein Gemeinschaftsunternehmen. Die EUROPIPE-Gruppe wird somit ebenfalls nach der Equity-Methode bilanziert. Von der Salzgitter-Gruppe bezieht die EUROPIPE-Gruppe Vormaterial.

Als Teil des Jahresabschlusses der SZAG ist die Aufstellung des gesamten Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB beim elektronischen Unternehmensregister www.unternehmensregister.de sowie unter dem Punkt „Finanzberichte“ auf www.salzgitter-ag.com/de/investor-relations abrufbar.

Währungsumrechnung

In den Einzelabschlüssen der Gesellschaften werden Geschäftsvorfälle in fremder Währung mit dem Kurs zum Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung bewertet. Bis zum Bilanzstichtag eingetretene Kursgewinne und -verluste aus der Bewertung von Forderungen bzw. Verbindlichkeiten werden ergebniswirksam berücksichtigt.

Die Jahresabschlüsse der ausländischen Tochtergesellschaften werden nach dem Konzept der funktionalen Währung in Euro umgerechnet. Da die Gesellschaften aus Sicht der SZAG ihr Geschäft in finanzieller, wirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht überwiegend selbstständig betreiben, entspricht die jeweilige funktionale Währung der Währung des Sitzlandes dieser Unternehmen. Bei vier Gesellschaften entspricht die funktionale Währung nicht der Währung des Sitzlandes. Zwei Gesellschaften betreiben ihre Geschäfte in Euro, die anderen zwei in US-Dollar. Die Umrechnung der Vermögenswerte und Schulden erfolgt zum Stichtagskurs; die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung werden zum Jahresdurchschnittskurs umgerechnet. Die sich daraus ergebenden Differenzen werden bis zur Veräußerung der Tochtergesellschaft erfolgsneutral in der Rücklage aus Währungsumrechnung im Eigenkapital erfasst.

Bei der Umrechnung der Eigenkapitalfortschreibung von ausländischen Unternehmen, die nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden, wird entsprechend vorgegangen. Differenzen gegenüber der Vorjahresumrechnung werden erfolgsneutral mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Aufwands- und Ertragsposten werden mit Jahresdurchschnittskursen, Veränderungen der Rücklagen mit Stichtagskursen umgerechnet.

Schätzungen und Annahmen

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind Annahmen getroffen und Schätzungen verwandt worden, die sich auf Höhe und Ausweis der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden, der Erträge und Aufwendungen sowie der Eventualverbindlichkeiten ausgewirkt haben. Alle Schätzungen und Annahmen werden so getroffen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt wird. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen. Solche Abweichungen werden zum Zeitpunkt einer besseren Kenntnis berücksichtigt. Wesentliche Schätzungen und Annahmen werden hauptsächlich bei den nachfolgend erläuterten Posten „Werthaltigkeit der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien“, „Vorräte“, „Umsatzrealisierung bei kundenspezifischer Auftragsfertigung“, „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“, „Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ sowie „Rückstellungen für betriebstypische Risiken“ verwendet.

Werthaltigkeit der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien

Zu jedem Bilanzstichtag hat der Konzern einzuschätzen, ob irgendein auslösendes Ereignis dafür vorliegt, dass der Buchwert eines immateriellen Vermögenswertes, einer Sachanlage oder einer als Finanzinvestition gehaltenen Immobilie wertgemindert sein könnte. In diesem Fall wird der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswertes geschätzt. Der erzielbare Betrag entspricht dem höheren Wert von beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Die Ermittlung erfolgt grundsätzlich zum beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. In diesem Zusammenhang sind die diskontierten künftigen Cashflows des betreffenden Vermögenswertes zu bestimmen. Die Schätzung der diskontierten künftigen Cashflows beinhaltet wesentliche Annahmen wie insbesondere solche bezüglich der künftigen Verkaufspreise und Verkaufsvolumina, der Kosten und der Diskontierungszinssätze.

Umsatzrealisierung bei kundenspezifischer Auftragsfertigung

Die Ermittlung des Fertigstellungsgrades nach der „Percentage-of-Completion-Methode“ erfordert eine exakte Schätzung der gesamten Auftragskosten, der bis zur Fertigstellung noch anfallenden Kosten, der gesamten Auftragserlöse und der Auftragsrisiken sowie andere Annahmen.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Da der Konzern in zahlreichen Ländern operativ tätig ist und dort Einkünfte erzielt, unterliegt er in einer Vielzahl von Steuerhoheiten den unterschiedlichsten Steuergesetzen. Um die weltweiten Steuerverbindlichkeiten des Konzerns zu bestimmen, sind daher wesentliche Beurteilungen erforderlich. Die Passivierung potenzieller Steuerrisiken im Konzern erfolgt auf Basis einer bestmöglichen Schätzung. Zu jedem Bilanzstichtag beurteilt der Konzern, auf Basis des dreijährigen Planungszeitraums, ob die Realisierbarkeit künftiger Steuervorteile für den Ansatz aktiver latenter Steuern hinreichend wahrscheinlich ist. Dies erfordert vom Management unter anderem die Beurteilung der Steuervorteile, die sich aus den zur Verfügung stehenden Steuerstrategien und dem künftigen zu versteuernden Einkommen ergeben, sowie die Berücksichtigung weiterer positiver und negativer Faktoren.

Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Bilanzierung von Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen erfolgt in Übereinstimmung mit versicherungsmathematischen Bewertungen. Um künftige Ereignisse zu antizipieren, beruhen die versicherungsmathematischen Bewertungen auf statistischen und anderen Faktoren. Diese beinhalten als wesentliche Prämissen die erwarteten Gehalts- und Rentensteigerungen sowie Sterbewahrscheinlichkeiten.

Rückstellungen für betriebstypische Risiken

In dieser Position werden im Wesentlichen Deponieverpflichtungen ausgewiesen. Bei der Ermittlung dieser sehr langfristigen Verpflichtungen sind Annahmen über zukünftige Zahlungsströme und Kostensteigerungen zu treffen.

Immaterielle Vermögenswerte

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Anschaffungskosten angesetzt und planmäßig linear über ihre voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer, im Regelfall zwischen drei und fünf Jahre, abgeschrieben.

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden aktiviert, sofern der Zufluss eines verlässlich schätzbaren Nutzens für den Konzern wahrscheinlich ist und die Herstellungskosten zuverlässig bemessen werden können. Die Herstellungskosten selbst erstellter immaterieller Vermögenswerte werden auf Basis direkt zurechenbarer Kosten ermittelt. Es werden Kosten einbezogen, die zur Schaffung, Herstellung und Vorbereitung der Vermögenswerte erforderlich sind, um diese für den vom Management des Konzerns beabsichtigten Gebrauch betriebsbereit zu machen. Diese immateriellen Vermögenswerte werden in der Regel über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die im Rahmen von Kaufpreisallokationen identifizierten Vermögenswerte werden über Zeiträume zwischen fünf und 19 Jahren planmäßig linear abgeschrieben.

Entwicklungskosten werden aktiviert, wenn ein neu entwickeltes Produkt oder Verfahren eindeutig abgegrenzt werden kann, technisch realisierbar ist und entweder die eigene Nutzung oder die Vermarktung vorgesehen ist. Weiterhin setzt die Aktivierung voraus, dass den Entwicklungsausgaben mit hinreichender Wahrscheinlichkeit künftige Finanzmittelzuflüsse gegenüberstehen werden. Der Entwicklungsprozess ist von einer Forschungsphase zu unterscheiden. Entwicklung ist die Anwendung des Forschungsergebnisses und findet vor Beginn der kommerziellen Produktion oder Nutzung statt. Falls die Voraussetzungen für eine Aktivierung nicht gegeben sind, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung ergebniswirksam erfasst.

Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten umfassen dabei alle dem Entwicklungsprozess direkt zurechenbaren Kosten sowie ebenfalls direkt zurechenbare Teile der entwicklungsbezogenen Gemeinkosten. Die Abschreibung erfolgt linear ab dem Produktionsbeginn über die vorgesehene Nutzungsdauer der entwickelten Anlagenmodelle.

Rechte zur Emission von CO₂-Gasen werden, soweit vorgesehen ist die Emissionsrechte für die Produktion zu verwenden, unter den immateriellen Vermögenswerten bilanziert. Erstausrüstungen an Emissionsrechten, die unentgeltlich erworben worden sind, werden mit Anschaffungskosten von null Euro erfasst. Entgeltlich erworbene Emissionsrechte werden zu Anschaffungskosten erfasst.

Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen bewertet. Erhaltene Investitionszuschüsse werden als Minderung der Anschaffungs- und Herstellungskosten gezeigt. Die Restbuchwerte und die wirtschaftlichen Nutzungsdauern werden zu jedem Bilanzstichtag überprüft und ggf. angepasst.

Die Herstellungskosten selbst erstellter Sachanlagen werden auf Basis direkt zurechenbarer Kosten ermittelt.

Kosten für die regelmäßige Wartung und Reparatur von Gegenständen des Sachanlagevermögens werden als Aufwand verrechnet. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen werden nur dann als nachträgliche Herstellungskosten aktiviert, wenn sie zu einer Verlängerung der Nutzungsdauer, einer Verbesserung oder einer Nutzungsänderung der Sachanlage führen.

Wesentliche Bestandteile von Gegenständen des Sachanlagevermögens, die in regelmäßigen Zeitabständen eines Ersatzes bedürfen, werden als eigenständige Vermögenswerte aktiviert und über deren wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Den planmäßigen linearen Abschreibungen liegen im Wesentlichen folgende wirtschaftliche Nutzungsdauern zugrunde:

Wirtschaftliche Nutzungsdauern

Gebäude inklusive als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	10 bis 50 Jahre
Grundstückseinrichtungen	5 bis 40 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	5 bis 33 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 bis 20 Jahre

Leasing

Der Konzern tritt sowohl als Leasingnehmer als auch als Leasinggeber auf. Leasingverhältnisse werden als Finanzierungsleasing klassifiziert, wenn durch die Leasingvereinbarung alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum in Verbindung stehen, auf den Leasingnehmer übertragen werden. Leasingverhältnisse, bei denen ein wesentlicher Teil des Nutzens und der Risiken aus dem Eigentum am Leasingobjekt beim Leasinggeber verbleibt, werden als Operating Leasing qualifiziert. Der Konzern als Leasinggeber bilanziert beim Operating Leasing den Leasinggegenstand im Sachanlagevermögen und vereinnahmt die Leasingraten in vollem Umfang. Als Leasingnehmer wird beim Vorliegen eines Finanzierungsleasings das Leasingobjekt zu Beginn der Grundmietzeit aktiviert und über die Folgeperioden abgeschrieben. Gleichzeitig wird eine Verbindlichkeit bilanziert. Beim Operating Leasing werden beim Leasingnehmer lediglich die Leasingraten im Aufwand gebucht.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien umfassen Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder langfristigen Wertsteigerungen gehalten und nicht in der Produktion oder für Verwaltungszwecke eingesetzt werden. Sie werden nach IAS 40 mit den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung außerplanmäßiger Abschreibungen bilanziert („Cost Model“).

Finanzielle Vermögenswerte – Kategorisierung

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte

Derivate gelten als zu Handelszwecken gehalten, sofern sie nicht in einer dokumentierten Sicherungsbeziehung zu Grundgeschäften stehen. Die Option, Finanzinstrumente bei erstmaligem Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewertende finanzielle Vermögenswerte zu designieren (Fair Value Option), wird im Salzgitter-Konzern nicht ausgeübt.

Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen

Darlehen und Forderungen sind nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte mit fixen bzw. bestimmbaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind.

Derivate mit dokumentierter Sicherungsbeziehung

Diese Finanzinstrumente lassen sich nicht als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ einstufen, da Derivate aus dieser Kategorie explizit ausgeschlossen werden.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte, die keiner der anderen dargestellten Kategorien zuzurechnen sind.

Finanzielle Vermögenswerte – Ansatz und Bewertung

Erst- und Folgebewertung

Reguläre Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten werden zum Handelstag angesetzt, dem Tag, an dem sich der Konzern zum Kauf bzw. Verkauf eines Vermögenswertes verpflichtet.

Finanzielle Vermögenswerte werden bei ihrer ersten Erfassung zum beizulegenden Zeitwert angesetzt.

Finanzinstrumente werden den langfristigen Vermögenswerten zugeordnet, sofern das Management nicht die Absicht hat, sie innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zu veräußern.

Finanzinstrumente, die nicht der Kategorie „Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte“ angehören, werden anfänglich zu ihrem beizulegenden Zeitwert zuzüglich Transaktionskosten angesetzt.

Finanzinstrumente der Kategorien „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“, „Derivate mit dokumentierter Sicherungsbeziehung“ und „Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte“ werden in der Folgebewertung mit den beizulegenden Zeitwerten angesetzt. Die Folgebewertung der Kategorie „Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen“ erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Verwendung der Effektivzinsmethode.

Die beizulegenden Zeitwerte notierter Anteile bemessen sich nach den Schlusskursen im elektronischen Handel. Die Bewertung unwesentlicher nicht börsennotierter Anteile erfolgt zu Anschaffungskosten, weil kein Preis eines aktiven Marktes verfügbar ist und der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann.

Die Bewertung der Devisentermingeschäfte erfolgt durch eigene Berechnungen. Basierend auf den EZB-Referenzkursen der jeweiligen Währungspaare und den Zinsdifferenzen der jeweiligen Laufzeiten der Devisenterminkontrakte wurden die für den Abschlussstichtag geltenden Terminkurse (Outrightkurse) ermittelt. Dabei wurden ausgehend von standardisierten Laufzeiten die Zinsdifferenzen der tatsächlichen Laufzeiten durch Interpolation ermittelt. Die Informationen zu den standardisierten Laufzeiten wurden einem handelsüblichen Marktinformationssystem entnommen. Die ermittelte Differenz des vertraglich vereinbarten Fremdwährungsbetrages zum Kontraktterminkurs und zum Stichtagsterminkurs wird auf den Bilanzstichtag vorwiegend mit dem Euribor-Zinssatz entsprechend der Restlaufzeit abgezinst.

Die Bewertung der sonstigen Derivate erfolgt grundsätzlich anhand von Berechnungen der Bankpartner mit anerkannten Methoden (zum Beispiel Black-Scholes, Heath-Jarrow-Morton). Eingebettete Derivate werden mithilfe der Black-Scholes-Methode bewertet, wobei die Berechnungsparameter auf Daten aus beobachtbaren Märkten basieren. Bei wesentlichen Marktwerten wird das Adressenausfallrisiko in Form eines Kreditrisikoabschlags berücksichtigt.

Unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Änderung des beizulegenden Zeitwertes von Finanzinstrumenten der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden im Eigenkapital erfasst. Wenn Vermögenswerte dieser Kategorie veräußert werden, werden die im Eigenkapital kumulierten Anpassungen des beizulegenden Zeitwertes erfolgswirksam als Gewinne bzw. Verluste aus finanziellen Vermögenswerten in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Wertanpassung und Ausbuchung

Wertänderungen des beizulegenden Zeitwertes von derivativen Finanzinstrumenten, die sich nicht für das Hedge Accounting qualifizieren, werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Zu jedem Bilanzstichtag wird für finanzielle Vermögenswerte, die nicht der Kategorie „Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte“ angehören, überprüft, ob objektive Anhaltspunkte für eine Wertminderung des finanziellen Vermögenswertes bzw. der Gruppe finanzieller Vermögenswerte vorliegen.

Wertminderungen von Finanzinstrumenten der Kategorien „Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen“ werden erfolgswirksam erfasst; Zuschreibungen erfolgen ebenfalls erfolgswirksam.

Im Falle von Finanzinstrumenten, die als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ klassifiziert sind, wird ein wesentlicher oder andauernder Rückgang des beizulegenden Zeitwertes als Wertminderung erfolgswirksam berücksichtigt. Einmal in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Wertminderungen von Eigenkapitalinstrumenten werden erfolgsneutral rückgängig gemacht; Wertminderungen von Schuldingstrumenten werden erfolgswirksam rückgängig gemacht.

Eine Wertminderung finanzieller Vermögenswerte der Kategorie „Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen“ wird vorgenommen, sobald objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen.

Finanzinstrumente werden ausgebucht, wenn die Rechte auf Zahlungen aus dem Investment erloschen sind oder übertragen wurden und der Konzern im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, übertragen hat.

Saldierung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden nur dann saldiert und als Nettobetrag in der Bilanz ausgewiesen, wenn es einen Rechtsanspruch darauf gibt und beabsichtigt ist, den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswertes die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen. Der Rechtsanspruch auf Saldierung darf nicht von einem künftigen Ereignis abhängen und muss sowohl im normalen Geschäftsverlauf als auch im Falle eines Ausfalls oder einer Insolvenz durchsetzbar sein.

Hedge Accounting

Die Methode zur Erfassung von Gewinnen oder Verlusten von Derivaten hängt davon ab, ob das Derivat als Sicherungsinstrument designiert wurde, und, wenn dies der Fall ist, von der Art der Sicherungsbeziehung. Der Konzern designiert Derivate entweder als Sicherung des beizulegenden Zeitwertes eines bilanzierten Vermögenswertes bzw. einer Verbindlichkeit (Fair Value Hedge), als Sicherung von Zahlungsströmen aus einer höchstwahrscheinlich künftig eintretenden Transaktion oder als Sicherung des Währungsrisikos einer festen Verpflichtung (beides Cashflow Hedge).

Fair Value Hedge

Die Marktwertänderungen von Derivaten, die als Fair Value Hedge zu qualifizieren sind, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung gemeinsam mit den dem gesicherten Risiko zurechenbaren Änderungen des beizulegenden Zeitwertes der gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten erfasst.

Cashflow Hedge

Der effektive Teil der Marktwertänderungen von Derivaten, die für eine Absicherung von Zahlungsströmen oder zur Währungssicherung fester Verpflichtungen bestimmt sind und qualifizierte Hedges darstellen, wird im Eigenkapital erfasst. Der ineffektive Teil der Wertänderungen wird dagegen direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam berücksichtigt. Im Eigenkapital ausgewiesene Beträge werden in der Periode in die Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht und als Ertrag oder Aufwand erfasst, in der das abgesicherte Grundgeschäft erfolgswirksam wird. Resultiert eine abgesicherte zukünftige Transaktion jedoch im Ansatz eines nicht-finanziellen Vermögenswertes (zum Beispiel Vorratsvermögen) oder einer Verbindlichkeit, werden die zuvor im Eigenkapital erfassten Gewinne oder Verluste in die Erstbewertung der Anschaffungskosten des Vermögenswertes oder der Verbindlichkeit mit einbezogen (Basis Adjustment). Wenn ein Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert wird oder das Sicherungsgeschäft nicht mehr die Kriterien für Hedge Accounting erfüllt, so verbleibt der kumulierte Gewinn oder Verlust im Eigenkapital und wird erst dann in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn die zugrunde liegende Transaktion eintritt.

Wird der Eintritt der zukünftigen Transaktion nicht länger erwartet, sind die kumulierten Gewinne oder Verluste, die direkt im Eigenkapital erfasst wurden, sofort in die Gewinn- und Verlustrechnung umzubuchen.

Vorräte

Die Vorräte werden zu Anschaffungs-/Herstellungskosten bzw. dem niedrigeren Nettoveräußerungswert angesetzt. Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu Durchschnittskosten oder einzeln zugeordneten Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Die Herstellungskosten werden auf der Grundlage der Normalbeschäftigung ermittelt. Im Einzelnen enthalten die Herstellungskosten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch die produktionsbezogenen Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich fertigungsbedingter Abschreibungen. Ergeben sich am Abschlussstichtag niedrigere Werte aufgrund gesunkener Nettoveräußerungswerte, so werden diese angesetzt. Soweit bei früher abgewerteten Vorräten der Nettoveräußerungswert gestiegen ist, wird die daraus resultierende Wertaufholung als Minderung des Materialaufwands bzw. Bestandsveränderung erfasst.

Die unfertigen und fertigen Erzeugnisse sowie selbst erzeugte Rohstoffe werden mit Konzernherstellungskosten bewertet, die neben den Einzelkosten auch die auf systematischer Basis ermittelten oder zugerechneten variablen und fixen Gemeinkosten enthalten.

Kundenspezifische Auftragsfertigung

Nach IAS 11 werden die Auftragsumsätze und -ergebnisse jedes Auftrags entsprechend dem tatsächlichen Grad der Fertigstellung ermittelt (Percentage-of-Completion-Methode). Der Fertigstellungsgrad wird aus dem Verhältnis zwischen den bislang angefallenen Auftragskosten und den geschätzten Gesamtkosten zum jeweiligen Stichtag errechnet. Die entsprechenden Auftragskosten werden sofort bei entsprechendem Anfall erfolgswirksam. Ist das Ergebnis eines Fertigungsauftrags nicht zuverlässig ermittelbar, werden Erlöse nur in Höhe der angefallenen Auftragskosten angesetzt.

Erhaltene Anzahlungen werden von den unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesenen Forderungen aus Fertigungsaufträgen abgesetzt. Soweit die erhaltenen Anzahlungen einzelner Fertigungsaufträge die Forderungen aus Fertigungsaufträgen übersteigen, wird der überschüssige Betrag unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen. Wenn voraussichtlich die gesamten Auftragskosten die gesamten Auftragserlöse überschreiten, wird der erwartete Verlust sofort als Aufwand erfasst und, soweit er die bereits angefallenen Auftragskosten übersteigt, als Verbindlichkeit aus Auftragsfertigung ausgewiesen.

Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden aufgrund von Versorgungszusagen auf Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistung gebildet. Die Bildung von Rückstellungen erfolgt dabei ausschließlich für leistungsorientierte Versorgungszusagen, bei denen das Unternehmen den Arbeitnehmern einen bestimmten Versorgungsumfang garantiert. In diesen Rückstellungen sind auch Verpflichtungen zur Zahlung von Überbrückungsgeldern in Sterbefällen enthalten.

Grundlage für die Bewertung der Versorgungsverpflichtungen sind versicherungsmathematische Annahmen und Berechnungen. Die leistungsorientierten Versorgungsverpflichtungen werden nach dem von den IFRS vorgeschriebenen üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) ermittelt. Basis zur Ermittlung des angewendeten Rechnungszinses bilden die Renditen hochwertiger Unternehmensanleihen. Es werden dabei alle Unternehmensanleihen mit einer Mindestlaufzeit von zehn Jahren berücksichtigt, die von wenigstens einer der führenden Ratingagenturen mindestens ein AA-Rating erhalten haben. Um einen zur Duration der Verpflichtung adäquaten Zinssatz zu erhalten, erfolgt eine Extrapolation entlang der Zinsstrukturkurve von Staatsanleihen, die von wenigstens einer der führenden Ratingagenturen mindestens ein AAA-Rating erhalten haben.

Abweichend von diesem Grundsatz werden Versorgungszusagen, deren Leistung sich an der Wertentwicklung von Wertpapieren orientiert, grundsätzlich mit dem beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Wertpapiere bilanziert (sog. wertpapierbasierte Zusagen). Soweit daneben eine Mindestverzinsung der geleisteten Einzahlungen garantiert ist, wird eine versicherungsmathematisch ermittelte Mindestverpflichtung bilanziert, wenn diese den Zeitwert der Wertpapiere übersteigt.

Ertragsteuern

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt gemäß IAS 12 nach der bilanzorientierten Verbindlichkeiten-Methode. Danach werden für temporäre Differenzen zwischen den im Konzernabschluss angesetzten Buchwerten und den steuerlichen Wertansätzen von Vermögenswerten und Schulden zukünftig wahrscheinlich eintretende Steuerent- und -belastungen bilanziert.

Zum 31. Dezember 2017 werden die latenten Steuern inländischer Kapitalgesellschaften mit einem Gesamtsteuersatz von 31,0% (Vorjahr 30,8%) bewertet. Dieser Steuersatz setzt sich zusammen aus dem im Konzern geltenden 15,2%igen Gewerbesteuersatz (Vorjahr: 15,0%) und dem 15,8%igen Körperschaftsteuersatz (inklusive Solidaritätszuschlag; Vorjahr: 15,8%).

Die Berechnung ausländischer Ertragsteuern basiert auf den in den einzelnen Ländern gültigen Gesetzen und Verordnungen.

Die aus der Nutzung von als zukünftig realisierbar eingeschätzten Verlustvorträgen erwarteten Steuerersparnisse werden aktiviert. Bei der Bewertung eines aktivierten Vermögenswertes für zukünftige Steuerentlastungen wird die Wahrscheinlichkeit der Realisierung des erwarteten Steuervorteils berücksichtigt.

Die Vermögenswerte aus zukünftigen Steuerentlastungen umfassen aktive latente Steuern aus temporären Differenzen zwischen den in der Konzernbilanz angesetzten Buchwerten und steuerlichen Wertansätzen sowie die Steuerersparnisse aus als zukünftig realisierbar eingeschätzten Verlustvorträgen.

Latente Steueransprüche in einem Steuerhoheitsgebiet werden mit latenten Steuerschulden desselben Gebietes verrechnet, wenn das Unternehmen einen Anspruch auf Verrechnung tatsächlicher Steuerschulden und Steueransprüche hat und die Steuern von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden; die Verrechnung erfolgt, soweit sich die Fristigkeiten entsprechen.

Ertragsteuerschulden werden – vorausgesetzt, sie bestehen in demselben Steuerhoheitsgebiet und sind hinsichtlich Art und Fristigkeit gleichartig – mit entsprechenden Steuererstattungsansprüchen saldiert.

Sonstige Rückstellungen

Rückstellungen werden für gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtungen gegenüber Dritten gebildet, deren Eintritt wahrscheinlich zu einer Vermögensbelastung führen wird. Sie werden unter Berücksichtigung aller daraus erkennbaren Risiken zum voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und nicht mit Erstattungsansprüchen verrechnet. Soweit sich aus der Diskontierung ein wesentlicher Effekt ergibt, werden die Rückstellungen mit ihrem Barwert angesetzt. Dabei wird ein laufzeit- und währungsadäquater, risikoloser Zinssatz verwendet. Eine Aufzinsung bei negativen Zinssätzen erfolgt nicht.

Finanzielle Verbindlichkeiten

Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten

Da der Salzgitter-Konzern Finanzinstrumente beim erstmaligen Ansatz nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten designed (Nichtanwendung der Fair Value Option), fallen unter diese Kategorie ausschließlich die Derivate, die nicht im Hedge Accounting abgebildet werden.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten

Finanzielle Verbindlichkeiten werden bei ihrem erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert nach Abzug von Transaktionskosten angesetzt. In den Folgeperioden werden sie grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Jede Differenz zwischen dem Auszahlungsbetrag und dem Rückzahlungsbetrag wird dann über die Laufzeit der Ausleiher unter Anwendung der Effektivzinsmethode verteilt.

Ausbuchung

Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Verpflichtungen erfüllt, aufgehoben oder ausgelaufen sind.

Aufgegebener Geschäftsbereich

Ist die Stilllegung eines Unternehmensbestandteils als aufgegebener Geschäftsbereich zu klassifizieren, sind die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen gesondert darzustellen. Dabei wird das Nachsteuerergebnis eines aufgegebenen Geschäftsbereiches in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Gesamtergebnisrechnung in einer gesonderten Zeile angegeben und im Rahmen gesonderter Erläuterungen ausführlich dargestellt. Dies betrifft ebenfalls die Vorjahreswerte. Auch die Netto-Cashflows aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit für den stillgelegten Geschäftsbereich werden gesondert in den zusätzlichen Erläuterungen dargestellt. Das Ergebnis je Aktie für den aufgegebenen Geschäftsbereich wird im Anhang angegeben.

Ertrags- und Aufwandsrealisierung

Die Erfassung von Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen aus Warenverkäufen erfolgt dann, wenn die Vermögenswerte geliefert worden sind sowie der Gefahrenübergang stattgefunden hat, also wesentliche Chancen und Risiken des Eigentums auf den Käufer übergegangen sind und die Höhe der realisierbaren Umsätze verlässlich ermittelt werden kann. Umsätze aus Dienstleistungen werden erfasst, sobald die Leistung erbracht wurde. Keine Umsätze werden ausgewiesen, wenn wesentliche Risiken bezüglich des Erhalts der Gegenleistung oder einer möglichen Warenrückgabe bestehen. Im Übrigen werden Umsätze unter Abzug von Erlösschmälerungen wie Boni, Skonti oder Rabatte ausgewiesen.

Dividenden werden vereinnahmt, wenn der Anspruch rechtlich entstanden ist. Zinsaufwendungen und -erträge werden zeitanteilig erfasst. Im Rahmen von Konsolidierungskreisänderungen werden erworbene Dividendenansprüche im Rahmen der Kapitalkonsolidierung erfolgsneutral erfasst.

Zuwendungen der öffentlichen Hand werden erst bilanziert, wenn die notwendigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind und zu erwarten ist, dass die Zuwendungen tatsächlich gewährt werden. Vermögenswertbezogene Zuwendungen werden grundsätzlich als Abzug von den Anschaffungs-/Herstellungskosten bilanziert. Erfolgsbezogene Zuwendungen werden als sonstige betriebliche Erträge erfasst. Sofern sich eine erfolgsbezogene Zuwendung auf zukünftige Geschäftsjahre bezieht, wird sie periodengerecht abgegrenzt.

Wertminderungen von Vermögenswerten (Impairment Test)

Spätestens zu jedem Bilanzstichtag überprüft der Konzern die Buchwerte seiner immateriellen Vermögenswerte und seines Sachanlagevermögens, um festzustellen, ob Anzeichen für eine Wertminderung vorliegen. Sind solche Anhaltspunkte erkennbar, wird der erzielbare Betrag ermittelt und mit dem Buchwert des betreffenden Vermögenswertes verglichen. Kann der erzielbare Betrag für den einzelnen Vermögenswert nicht ermittelt werden, erfolgt ein Impairment Test auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, zu der der Vermögenswert gehört. Übersteigt der Buchwert eines Vermögenswertes oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit den jeweils erzielbaren Betrag, ist der Vermögenswert wertgemindert und wird auf seinen erzielbaren Betrag außerplanmäßig abgeschrieben. Wenn der Grund für eine früher vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung nachhaltig entfallen ist, wird eine Zuschreibung vorgenommen.

Finanzrisikomanagement

Durch seine Geschäftstätigkeit ist der Konzern verschiedenen finanziellen Risiken ausgesetzt: dem Marktrisiko (Fremdwährungs-, Zins- und Marktpreisrisiko), dem Kredit- sowie einem Liquiditätsrisiko. Das übergreifende Risikomanagement des Konzerns zielt darauf ab, potenziell negative Auswirkungen von Entwicklungen der Finanzmärkte auf die Finanzlage des Konzerns zu minimieren.

Das Risikomanagement erfolgt eigenständig durch die Tochter- und Beteiligungsgesellschaften der SZAG, entsprechend den vom Vorstand verabschiedeten Leitlinien. Das Management gibt sowohl die Prinzipien für das bereichsübergreifende Risikomanagement vor als auch Richtlinien für bestimmte Bereiche, wie zum Beispiel die Absicherung von Fremdwährungsrisiken, Zins- und Kreditrisiken, den Einsatz von Finanzinstrumenten sowie die Anlage von Liquiditätsüberschüssen.

Fremdwährungsrisiko

Der Konzern ist international tätig und infolgedessen Fremdwährungsrisiken ausgesetzt, die auf Wechselkursänderungen diverser Währungspaare basieren. Fremdwährungsrisiken entstehen aus erwarteten zukünftigen Transaktionen und bilanzierten Vermögenswerten und Schulden. Diese entstehen, wenn Transaktionen auf eine Währung lauten, die nicht der funktionalen Währung des Unternehmens entspricht. Auf Ebene der Konzernunternehmen werden grundsätzlich Devisentermingeschäfte mit der Inhouse-Bank des Konzerns zur Absicherung der Kalkulationsbasis abgeschlossen. Die Inhouse-Bank des Konzerns entscheidet im Rahmen der jeweils gültigen Absicherungsstrategie über den Einsatz geeigneter Finanzinstrumente.

Im Konzern werden bei Vorliegen einer effektiven Sicherungsbeziehung bei Abschluss der Transaktion die Sicherungsbeziehung zwischen Sicherungsinstrument und Grundgeschäft sowie das Ziel seines Risikomanagements und die zugrundeliegende Strategie dokumentiert. Im Konzern wird bei Beginn der Sicherungsbeziehung und danach fortlaufend die Einschätzung, ob die Derivate, die in der Sicherungsbeziehung verwendet werden, hocheffektiv die Änderungen des Zeitwertes oder der Cashflows des Grundgeschäfts kompensieren, überprüft.

Cashflow- und Fair-Value-Zinsrisiko

Das Zinsrisiko des Konzerns entsteht durch verzinsliche Forderungen und Verbindlichkeiten. Eine variable Verzinsung setzt den Konzern einem Cashflow-Zinsrisiko aus, das den Zinsaufwand bzw. die Zinserträge beeinflusst. Aus den festverzinslichen Verbindlichkeiten entsteht ein Fair-Value-Zinsrisiko, das sich bei einer Bilanzierung der Finanzinstrumente zu Zeitwerten bilanziell auswirkt.

Marktpreisrisiko

Dem Risiko aus schwankenden Marktpreisen, insbesondere auch bei der Beschaffung von Rohstoffen und Energie, begegnet der Salzgitter-Konzern durch mittelfristige Preis- und Lieferkontrakte.

Kreditrisiko

Bezüglich möglicher Kreditrisiken existieren im Konzern Handlungsvorschriften sowie ein effizientes Forderungsmanagement, die sicherstellen, dass Verkäufe nur getätigt werden, wenn der Kunde in der Vergangenheit ein angemessenes Zahlungsverhalten aufgewiesen hat. Verträge über derivative Finanzinstrumente und Finanztransaktionen werden nur mit Finanzinstituten guter Bonität abgeschlossen. Der Konzern hat eine Geschäftspolitik, die das Kreditrisiko im Hinblick auf die einzelnen Finanzinstitute auf einen bestimmten Betrag beschränkt. Hinsichtlich der Finanzinstitute bestanden im abgelaufenen Geschäftsjahr keine wesentlichen Risikokonzentrationen.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsmanagement des Konzerns schließt eine ausreichende Reserve an flüssigen Mitteln, handelbaren Wertpapieren und die Möglichkeit zur Finanzierung durch bilaterale Kreditlinien, einen mittelfristigen Konsortialkreditrahmen sowie Kapitalmarktinstrumente ein.

Kapitalrisikomanagement

Zur Verringerung der Kapitalkosten verfolgt der Konzern das Ziel, die Erträge der Unternehmensbeteiligten durch Optimierung des Verhältnisses von Eigen- zu Fremdkapital zu maximieren. Dabei wird sichergestellt, dass alle Konzernunternehmen unter der Unternehmensfortführungsprämisse operieren können.

Um die Kapitalstruktur beizubehalten oder zu optimieren, obliegt es dem Konzern, die Höhe der Dividendenzahlungen anzupassen, Kapitalrückzahlungen an die Anteilseigner zu tätigen, neue Aktien auszugeben oder Vermögenswerte zum Zwecke der Schuldenreduktion zu veräußern.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Umsatzerlöse

in Mio. €	2017	2016
Aufgliederung nach Produktgruppen		
Flachstahl	4.392,3	3.572,5
Profilstahl	674,4	575,7
Rohre	1.555,6	1.341,1
Abfüll- und Verpackungsanlagen	1.254,6	1.281,3
Sonstige	1.113,2	1.122,3
	8.990,2	7.892,9
Aufgliederung nach Regionen		
Inland	4.287,7	3.534,5
Übrige EU	2.056,9	1.788,5
Übriges Europa	357,5	314,0
Amerika	1.096,3	972,4
Asien	651,7	764,0
Afrika	517,4	495,0
Australien/Ozeanien	22,6	24,6
	8.990,2	7.892,9

Die Aufteilung der Umsatzerlöse enthält eine zusätzliche Darstellung nach Produktgruppen, die nicht der Segmentberichterstattung entspricht.

Die Umsatzerlöse enthalten Erlöse nach der „Percentage-of-Completion-Methode“ in Höhe von 714,3 Mio. € (Vorjahr 761,8 Mio. €).

(2) Sonstige betriebliche Erträge

Die im Geschäftsjahr 2010 in Höhe des Nominalwerts von 295,5 Mio. € begebene Umtauschanleihe auf Aktien der Aurubis AG wurde im 4. Quartal 2017 fällig. Im Oktober 2017 hat der Vorstand der Salzgitter AG beschlossen, die Barzahlungsoption des noch zur Rückzahlung ausstehenden Teils der Umtauschanleihe in Höhe 265,4 Mio. € nicht auszuüben. Die Umtauschanleihe wurde daraufhin durch Hingabe von Aurubis-Aktien mit einem Buchwert von 329,3 Mio. € vollständig abgelöst.

Die im Zusammenhang mit dieser Barzahlungsoption 2017 bilanzierte Derivateverbindlichkeit in Höhe von 138,5 Mio. € war daraufhin ertragswirksam aufzulösen. Gegenläufig zu diesem positiven Ergebniseinfluss wirkten im sonstigen betrieblichen Aufwand der unterjährige negative Ergebniseinfluss aus der Derivate-Bewertung in Höhe von 81,6 Mio. € sowie 63,9 Mio. € aus der Hingabe der im Equity-Ansatz bilanzierten Aurubis-Aktien zwecks Bedienung der ausstehenden Anleiheverbindlichkeit. Eine geschäftsjahresübergreifende Betrachtung ergibt einen Verlust von 6,9 Mio. €; hierbei ist der unterjährig negative Ergebniseinfluss aus der Derivate-Bewertung eliminiert worden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten darüber hinaus Erträge aus der Bewertung von Finanzderivaten und Fremdwährungspositionen sowie aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen. Des Weiteren sind Leasingerträge in Höhe von 5,6 Mio. € (Vorjahr 6,7 Mio. €) sowie Zuschüsse in Höhe von 4,4 Mio. € (Vorjahr 4,1 Mio. €) unter diesem Posten ausgewiesen.

(3) Materialaufwand

in Mio.€	2017	2016
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	5.590,2	4.639,7
Aufwendungen für bezogene Leistungen	439,6	432,3
Materialaufwand	6.029,8	5.072,0

(4) Personalaufwand

in Mio.€	2017	2016
Löhne und Gehälter	1.410,5	1.368,7
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	312,7	284,2
davon Altersversorgung	[137,0]	[131,1]
Personalaufwand	1.723,2	1.652,9

Im Geschäftsjahr betrug die Summe aller beitragsorientierten Pensionsaufwendungen im Salzgitter-Konzern 105,1 Mio.€ (Vorjahr 102,2 Mio.€). Der Dienstzeitaufwand für leistungsorientierte Pensionszusagen betrug im Geschäftsjahr 31,9 Mio.€ (Vorjahr 28,9 Mio.€).

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (ohne Mitarbeiter in passiver Altersteilzeit)

	2017	2016
Gewerbliche Arbeitnehmer	13.698	13.640
Angestellte	10.117	9.773
Konzernmitarbeiter	23.815	23.413

Von den Konzernmitarbeitern entfallen 883 (Vorjahr 906) auf unseren Anteil an den gemeinschaftlichen Tätigkeiten.

(5) Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

Die planmäßigen Abschreibungen beinhalten Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte sowie Sachanlagen und sind im Anlagespiegel dargestellt. Darüber hinaus wurden folgende außerplanmäßige Wertminderungsaufwendungen berücksichtigt

in Mio.€	2017	2016
Immaterielle Vermögenswerte	-1,1	-
Grundstücke, Rechte und Bauten	-0,7	-
Technische Anlagen und Maschinen	-40,4	-15,0
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	-4,0	-
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	-2,6	-
Wertminderungsaufwendungen	-48,8	-15,0

Die nachstehenden Zuschreibungen sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen (2) erfasst.

in Mio. €	2017	2016
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	-	8,9
Technische Anlagen und Maschinen	-	16,1
Wertaufholungen	-	25,0

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten erfolgte nach der Discounted-Cashflow-Methode unter Zugrundelegung eines Nachsteuer-Zinssatzes von 7,24 % (Vorjahr 6,17 %) für den Geschäftsbereich Technologie bzw. von 5,94 % (Vorjahr 5,22 %) für die übrigen Geschäftsbereiche. Basis ist die vom Management erstellte aktuelle Planung für die drei Folgejahre (Level 3 der Bewertungshierarchie). Die Planungsprämissen werden jeweils an den aktuellen Erkenntnisstand angepasst; dem liegen allgemeine Wirtschafts- und Konjunkturdaten zugrunde, die durch eigene Einschätzungen ergänzt wurden. Hierbei werden insbesondere Grundannahmen im Bereich der Wechselkurse, der Absatz- und Beschaffungspreise sowie Produktions- und Absatzmengen herangezogen.

Für die zahlungsmittelgenerierende Einheit Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH ergab sich aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der hieraus rückläufigen Umsatzentwicklung ein Wertminderungsaufwand in Höhe der Restbuchwerte der langfristigen Vermögenswerte.

(6) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Dieser Posten beinhaltet im Wesentlichen Aufwendungen für Fremdleistungen und Rückstellungsbildung (310,7 Mio. €; Vorjahr: 318,9 Mio. €) sowie für den Vertrieb (293,6 Mio. €; Vorjahr: 284,8 Mio. €). Zudem sind Aufwendungen aus Operating Leasing in Höhe von 36,0 Mio. € (Vorjahr 34,7 Mio. €) berücksichtigt.

Erläuterungen zu den sonstigen betrieblichen Aufwendungen hinsichtlich der Effekte aus der Ablösung der Umtauschanleihe durch Hingabe von Aurubis-Aktien sind in den Erläuterungen zu den sonstigen betrieblichen Erträgen zu finden.

(7) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

in Mio. €	2017	2016
Ertragsteuern		
tatsächlicher Steueraufwand/Steuerertrag (+/-)	56,9	32,0
latenter Steueraufwand/Steuerertrag (+/-)	-12,5	-35,6
Gesamt	44,5	-3,6
davon periodenfremd	[0,6]	[-1,9]

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 44,5 Mio. € betreffen das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit aus fortgeführten Aktivitäten. Die periodenfremden Ertragsteuern betreffen latente und tatsächliche Steuern für Vorjahre.

Die Erhöhung der tatsächlichen Ertragsteuern auf 56,9 Mio. € ist im Wesentlichen auf das gestiegene Konzernergebnis zurückzuführen. Insgesamt entfallen auf das Inland tatsächliche Ertragsteuern von 35,5 Mio. € (Vorjahr 14,3 Mio. €). Die Veränderung der latenten Steuererträge auf 12,5 Mio. € ist im Wesentlichen begründet durch den Verbrauch sowie die Neueinschätzung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern auf Verlustvorträge beim inländischen Organträger.

Durch die Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verlustvorträge wurde der tatsächliche Steueraufwand um 3,1 Mio. € (Vorjahr 1,4 Mio. €) gemindert.

Zukünftige Dividendenzahlungen führen zu keinen ertragsteuerlichen Konsequenzen. Für Körperschaftsteuererminderungsguthaben deutscher Gesellschaften sind Ansprüche in Höhe von 0,0 Mio.€ (Vorjahr 0,2 Mio.€) bilanziert.

Auf Ansatz- und Bewertungsunterschiede bei den einzelnen Bilanzposten entfallen die folgenden bilanzierten aktiven und passiven latenten Steuern:

in Mio.€	31.12.2017		31.12.2016	
	Aktivisch	Passivisch	Aktivisch	Passivisch
Immaterielle Vermögenswerte	4,6	10,2	5,6	10,5
Sachanlagen	54,4	118,0	48,7	143,4
Finanzielle Vermögenswerte	1,2	1,8	0,8	2,1
Kurzfristige Vermögenswerte	33,2	98,6	23,8	72,3
Pensionsrückstellungen	297,3	-	279,5	-
Sonstige Rückstellungen	83,3	5,6	89,2	6,0
Sonderposten mit Rücklageanteil	-	2,8	-	3,2
Verbindlichkeiten	22,5	10,3	7,7	6,2
Sonstige Posten	3,2	0,6	9,1	0,9
Gesamt	499,7	247,9	464,4	244,6

Zusammensetzung der aktivierten Steuerersparnisse aus zukünftig realisierbaren Verlustvorträgen (im In- und Ausland):

in Mio.€	31.12.2017	31.12.2016
Körperschaftsteuer	52,0	52,0
Gewerbesteuer	47,5	44,0
Aktivierete Steuerersparnisse	99,5	96,0

Entwicklung der aktivierten Steuerersparnisse aus zukünftig realisierbaren Verlustvorträgen:

in Mio.€	2017	2016
Aktivierete Steuerersparnisse 1.1.	96,0	73,5
Veränderung des Konsolidierungskreises	0,0	-
Aktivierung von Steuerersparnissen aus Verlustvorträgen	34,5	27,5
Wertberichtigung von Verlustvorträgen	-0,4	-0,5
Nutzung von Verlustvorträgen	-30,6	-4,5
Aktivierete Steuerersparnisse 31.12.	99,5	96,0

Durch die ab 2004 in Deutschland eingeführte „Mindestbesteuerung“ werden die steuerlichen Verlustvorträge bis zu einem Betrag von 1 Mio.€ unbeschränkt, darüber hinaus nur noch zu 60% mit dem laufenden steuerlichen Ergebnis verrechnet.

Für einige Inlandsgesellschaften wurden darüber hinaus für gewerbsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 1.478,3 Mio. € (Vorjahr 1.566,1 Mio. €) sowie körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von 1.815,8 Mio. € (Vorjahr 1.893,0 Mio. €) keine latenten Steuern aktiviert, da aus heutiger Sicht die Möglichkeit der Nutzung als unwahrscheinlich einzuschätzen ist. Die steuerlichen Verlustvorträge sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Für ausländische nicht werthaltige Verlustvorträge in Höhe von 97,1 Mio. € (Vorjahr 94,4 Mio. €) wurden ebenfalls keine aktiven latenten Steuern aktiviert. Davon sind 88,6 Mio. € (Vorjahr 85,0 Mio. €) unbegrenzt, 6,0 Mio. € (Vorjahr 7,1 Mio. €) begrenzt innerhalb der nächsten fünf Jahre und 2,5 Mio. € (Vorjahr 2,3 Mio. €) begrenzt innerhalb der nächsten 20 Jahre nutzbar. Zusätzlich wurden für in- und ausländische Gesellschaften auf abzugsfähige temporäre Differenzen keine aktiven latenten Steuern in Höhe von 94,6 Mio. € (Vorjahr 112,3 Mio. €) gebildet.

Bei Konzerngesellschaften, die im laufenden oder vorherigen Geschäftsjahr steuerliche Verluste erzielt haben, sind zum 31. Dezember 2017 aufgrund zukünftig zu erwartender steuerpflichtiger Erträge latente Steueransprüche in Höhe von 5,1 Mio. € (Vorjahr 4,4 Mio. €) ausgewiesen.

Überleitung vom erwarteten zum ausgewiesenen Ertragsteueraufwand (+) bzw. -ertrag (-):

in Mio. €	2017	2016
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	237,6	41,4
Erwarteter Ertragsteueraufwand (31,0 % / 30,8 %)	73,7	12,7
Steueranteil für:		
Unterschiede aus Steuersätzen	-1,7	-0,5
Auswirkungen von gesetzlichen Steuersatzänderungen	1,9	0,0
Steuerzugschriften	-4,5	-1,6
steuerfreie Erträge	-32,1	-16,5
steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen und sonstige permanente Differenzen	24,2	12,5
Effekte aus Differenzen und Verlusten		
ohne Bildung latenter Steuern	15,7	17,3
Neueinschätzung aktivierter Vorteile	-30,7	-24,7
Nutzung von zuvor nicht aktivierten Vorteilen	-3,1	-1,4
periodenfremde Steueraufwendungen und -erträge	0,6	-1,9
sonstige Abweichungen	0,4	0,5
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand (+)/-ertrag (-)	44,5	-3,6

Der ausgewiesene Ertragsteueraufwand von 44,5 Mio. € aus fortgeführten Aktivitäten weicht gegenüber dem erwarteten Ertragsteueraufwand von 73,7 Mio. € um insgesamt 29,2 Mio. € ab. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Neueinschätzung aktivierter Vorteile und aus steuerfreien Erträgen. Dem stehen insbesondere Effekte aus der Nichtaktivierung latenter Steuern sowie aus der steuerlichen Nichtabzugsfähigkeit gegenüber.

Infolge der Unternehmenssteuerreform in den USA ergibt sich in diesem Jahr ein einmaliger latenter Steueraufwand in Höhe von 2,4 Mio. €.

(8) Ergebnis aus nicht fortgeführtem Geschäftsbereich

Die HSP Hoesch Spundwand und Profil Gesellschaft mit beschränkter Haftung (HSP) hat aufgrund jahrelanger Verluste im Dezember 2015 die Produktion von schweren Profilstahlerzeugnissen, insbesondere Spundwand- und Grubenausbauprofilen, beendet. Die Auslieferung der Produkte erfolgte zum Teil jedoch erst Anfang 2016. Der Rückbau der Produktionsanlagen ist inzwischen abgeschlossen. Die Gesellschaft HSP und alle dazugehörigen Spundwand-Aktivitäten werden nach den Vorschriften des IFRS 5 als aufgegebenen Geschäftsbereich ausgewiesen.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wird das Ergebnis aus diesem aufgegebenen Geschäftsbereich in einer separaten Zeile gesondert ausgewiesen, getrennt von den Erträgen und Aufwendungen des fortgeführten Bereichs.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten eine Überleitung der Gewinn- und Verlustrechnung aus fortgeführten Geschäftsbereichen auf eine Gewinn- und Verlustrechnung, die sowohl den fortgeführten als auch den nicht fortgeführten Geschäftsbereich beinhaltet.

2017 in Mio. €	nicht fortgeführter Geschäfts- bereich	fortgeführte Geschäfts- bereiche	Summe
Umsatzerlöse	0,0	8.990,2	8.990,2
Bestandsveränderungen/andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	179,1	179,1
	0,0	9.169,3	9.169,3
Sonstige betriebliche Erträge	5,6	396,3	401,8
Materialaufwand	0,0	6.029,8	6.029,8
Personalaufwand	1,2	1.723,2	1.724,5
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	0,0	390,4	390,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3,7	1.214,5	1.218,2
Beteiligungsergebnis	0,0	6,7	6,7
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	0,0	101,7	101,7
Finanzierungserträge	0,0	21,0	21,1
Finanzierungsaufwendungen	0,2	99,5	99,7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,4	237,6	238,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	44,5	44,5
Konzernergebnis	0,4	193,2	193,6

2016 in Mio. €	nicht fortgeführter Geschäfts- bereich	fortgeführte Geschäfts- bereiche	Summe
Umsatzerlöse	12,8	7.892,9	7.905,7
Bestandsveränderungen/andere aktivierte Eigenleistungen	-6,8	-57,3	-64,2
	5,9	7.835,6	7.841,6
Sonstige betriebliche Erträge	13,4	314,9	328,2
Materialaufwand	1,9	5.072,0	5.073,9
Personalaufwand	2,5	1.652,9	1.655,3
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	0,0	357,1	357,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2,8	1.028,0	1.030,9
Beteiligungsergebnis	0,0	3,9	3,9
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	0,0	63,3	63,3
Finanzierungserträge	0,0	28,9	28,9
Finanzierungsaufwendungen	0,3	95,1	95,4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11,8	41,4	53,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	-3,6	-3,6
Konzernergebnis	11,8	45,0	56,8

In der Kapitalflussrechnung werden die Zahlungsflüsse des gesamten Konzerns inklusive des nicht fortgeführten Geschäftsbereichs gezeigt. Die Zahlungsflüsse nur für den nicht fortgeführten Geschäftsbereich zeigt die folgende Tabelle.

Verkürzte Kapitalflussrechnung für den nicht fortgeführten Geschäftsbereich

in Mio. €	2017	2016
Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-4,2	-6,9
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit	0,0	1,2
Mittelabfluss aus der Finanzierung	-	-0,0
Veränderung des Finanzmittelbestandes des nicht fortgeführten Geschäftsbereiches	-4,2	-5,6

(9) Ergebnis je Aktie

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie wird gemäß IAS 33 als Quotient aus dem auf die Aktionäre der SZAG entfallenden Konzernergebnis und der gewichteten durchschnittlichen Anzahl der während des Geschäftsjahres in Umlauf befindlichen Inhaberstückaktien ermittelt. Eine Verwässerung würde dann eintreten, wenn das Ergebnis je Aktie durch die Ausgabe potenzieller Aktien aus Wandelrechten vermindert wird. Derartige Rechte waren am Bilanzstichtag aus einer Wandelanleihe vorhanden.

	Ausgegebene Aktien	Eigene Aktien	Aktien im Umlauf	Verwässernde potenzielle Aktien
Geschäftsjahresanfang	60.097.000	6.009.700	54.087.300	3.548.407
Veränderung	-	-	-	-
Geschäftsjahresende	60.097.000	6.009.700	54.087.300	3.548.407
Gewichtete Aktienanzahl	60.097.000	6.009.700	54.087.300	3.548.407

Ergebnis je Aktie		2017	2016
Konzernergebnis	in Mio. €	193,6	56,8
Minderheitenanteil	in Mio. €	3,2	2,6
Anteil der Aktionäre der Salzgitter AG	in Mio. €	190,3	54,2
aus fortgeführten Geschäftsbereichen	in Mio. €	189,9	42,3
aus nicht fortgeführtem Geschäftsbereich	in Mio. €	0,4	11,8
Ergebnis je Aktie – unverwässert	(in €)	3,52	1,00
aus fortgeführten Geschäftsbereichen	(in €)	3,51	0,78
aus nicht fortgeführtem Geschäftsbereich	(in €)	0,01	0,22
Verwässertes Ergebnis	in Mio. €	193,0	56,8
aus fortgeführten Geschäftsbereichen	in Mio. €	192,6	45,0
aus nicht fortgeführtem Geschäftsbereich	in Mio. €	0,4	11,8
Ergebnis je Aktie – verwässert	(in €)	3,35	0,99
aus fortgeführten Geschäftsbereichen	(in €)	3,34	0,77
aus nicht fortgeführtem Geschäftsbereich	(in €)	0,01	0,22

Erläuterungen zur Bilanz

Sämtliche in den Erläuterungen zur Bilanz angegebenen Werte, die sich auf die Gewinn- und Verlustrechnung beziehen, beinhalten sowohl den fortgeführten als auch den nicht fortgeführten Geschäftsbereich. Eine Abstimmung zu den Werten in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie den dazugehörigen Erläuterungen ist insoweit nicht möglich. Diese Besonderheit ergibt sich aus den speziellen Anforderungen an die Bilanzierung eines aufgegebenen Geschäftsbereiches. Eine Überleitung der veröffentlichten Gewinn- und Verlustrechnung des fortgeführten Geschäftsbereiches auf eine Gewinn- und Verlustrechnung inklusive des nicht fortgeführten Geschäftsbereiches ist unter „(8) Ergebnis aus nicht fortgeführtem Geschäftsbereich“ veröffentlicht.

Langfristige Vermögenswerte

(10) Immaterielle Vermögenswerte

Die gesamten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung betragen im Berichtszeitraum 102,8 Mio. € (Vorjahr 95,8 Mio. €) einschließlich 11,6 Mio. € (Vorjahr 9,0 Mio. €) für Externe.

Eigentums- oder Verfügungsbeschränkungen liegen nicht vor.

(11) Sachanlagen

Die Buchwerte der gemäß IAS 17 als Finanzierungsleasing aktivierten Vermögenswerte können nachfolgender Tabelle entnommen werden:

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Technische Anlagen und Maschinen	30,3	36,2
Als Finanzierungsleasing aktivierte Vermögenswerte	30,3	36,2

Die Eigentums- und Verfügungsbeschränkungen haben sich aufgrund von Fremdfinanzierungsbedingungen im Ausland auf 4,4 Mio. € vermindert (Vorjahr 4,8 Mio. €).

Öffentliche Zuwendungen in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr 0,7 Mio. €) wurden von den Anschaffungskosten der Sachanlagen abgesetzt. Die im Zusammenhang mit den öffentlichen Beihilfen stehenden Bedingungen werden zum Stichtag erfüllt.

In den Positionen geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sind Vorauszahlungen in Höhe von 13,6 Mio. € (Vorjahr: 6,0 Mio. €) enthalten.

(12) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Bei den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien handelt es sich um unbebaute und bebaute Grundstücke, die zur Erzielung von Mieteinnahmen oder langfristigen Wertsteigerungen gehalten und nicht zu Produktions- oder Verwaltungszwecken gehalten werden.

Im Berichtszeitraum sind Mieterträge von 2,3 Mio. € (Vorjahr 6,6 Mio. €) angefallen. Die direkten betrieblichen Aufwendungen betragen 0,5 Mio. € (Vorjahr 3,4 Mio. €) und sind im Wesentlichen für Objekte angefallen, für die im Berichtsjahr Mieteinnahmen erzielt wurden.

Zum 31. Dezember 2017 beträgt der beizulegende Zeitwert der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien 22,8 Mio. € (Vorjahr 37,3 Mio. €); wesentliche Wertminderungseinflüsse sind nicht bekannt. Dieser beizulegende Zeitwert wird unter Anwendung des Ertragswertverfahrens, der Discounted-Cashflow-Methode bzw. mittels Vergleich mit aktuellen Marktwerten vergleichbarer Immobilien ermittelt. Als Inputfaktoren sind unter anderem die erwarteten Mieterträge, mögliche Leerstandskosten sowie Instandhaltungskosten in die Bewertung der beizulegenden Zeitwerte eingeflossen. Die beizulegenden Zeitwerte der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien werden turnusgemäß von externen Gutachtern bewertet. Die Wertermittlung basiert auf einer alternativen Potenzialnutzung, der sog. Highest-and-Best-Use-Methode gemäß IFRS 13, und ist der Fair-Value-Hierarchie Level 3 einzuordnen.

(13) Finanzielle Vermögenswerte

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Anteile an verbundenen Unternehmen	13,3	10,4
Beteiligungen	9,6	10,0
Wertpapiere des Anlagevermögens	0,0	0,1
Sonstige Ausleihungen	61,2	75,2
Finanzielle Vermögenswerte	84,1	95,6

Die sonstigen Ausleihungen entfallen im Wesentlichen auf ein anteilig konsolidiertes Unternehmen.

(14) Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen

in Mio. €	Aurubis AG, Hamburg		EUROPIPE-Gruppe		Summe	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Anfangsbestand 1.1.	539,4	505,1	121,0	107,3	660,4	612,4
Ergebnis des laufenden Geschäftsjahres	91,7	51,8	9,9	11,6	101,6	63,3
Anteiliger Gewinn/Verlust	96,7	56,6	7,8	7,1		
Erfolgswirksame Anpassungen im Rahmen der Equity-Methode	-5,0	-4,9	2,1	4,4		
Dividenden	-14,6	-15,2	-	-	-14,6	-15,2
Anteilsveränderungen	-194,2	-	-	-	-194,2	-
Sonstige Eigenkapitalveränderungen	36,7	-2,2	-12,4	2,1	24,3	-0,1
Anteiliges sonstiges Ergebnis	18,6	-2,2	-12,4	2,1		
Buchwert 31.12.	459,0	539,4	118,5	121,0	577,5	660,4

Die Anteilsveränderungen enthalten Abgänge im Zusammenhang mit der Umtauschanleihe und Zugänge aus dem Erwerb von Anteilen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen.

Der beizulegende Zeitwert des Anteils an der Aurubis AG beträgt 584,4 Mio. € (Vorjahr 616,0 Mio. €).

Die nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen stellen sich wie folgt dar (100 %-Werte):

in Mio. €	Aurubis AG, Hamburg		EUROPIPE-Gruppe			Summe	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	
Langfristige Vermögenswerte	1.534,6	1.540,8	161,1	177,2	1.695,8	1.718,0	
Kurzfristige Vermögenswerte	3.097,8	2.713,6	291,0	420,4	3.388,8	3.134,0	
Langfristige Schulden	906,7	856,5	109,4	115,7	1.016,1	972,2	
Kurzfristige Schulden	1.236,5	1.298,2	104,9	234,9	1.341,3	1.533,1	
Umsatzerlöse	11.450,4	9.539,2	1.042,0	1.147,9	12.492,4	10.687,1	
Gewinn/Verlust	403,8	226,4	15,6	14,3	419,5	240,7	
Sonstiges Ergebnis	44,6	-11,4	-24,8	4,2	19,7	-7,2	
Gesamtergebnis	448,4	215,0	-9,2	18,5	439,2	233,5	
Erhaltene Dividende	14,6	15,2	-	-	14,6	15,2	
Anteil (%)	16,8	25,0	50,0	50,0			

Weitere zusammenfassende Finanzinformationen für Gemeinschaftsunternehmen:

in Mio. €	EUROPIPE-Gruppe	
	2017	2016
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	42,8	53,1
Kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten	9,0	19,9
Langfristige finanzielle Verbindlichkeiten	-	-
Planmäßige Abschreibungen	18,0	17,8
Zinserträge	0,5	0,1
Zinsaufwendungen	3,7	6,7
Ertragsteueraufwand (-)/-ertrag (+)	6,7	-16,0

(15) Latente Ertragsteueransprüche und latente Ertragsteuerschulden

Sofern die Realisierung von Steuervorteilen als wahrscheinlich gilt, besteht eine Aktivierungspflicht. Eine Verrechnung ist nur möglich, wenn die aktiven und passiven latenten Steuern fristenkongruent gegenüber derselben Steuerbehörde bestehen. Nach Saldierung ergeben sich für das Geschäftsjahr 2017 folgende latente Steueransprüche und Steuerschulden:

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Latente Ertragsteueransprüche	393,2	355,1
Realisierung innerhalb von 12 Monaten	8,6	12,8
Realisierung nach mehr als 12 Monaten	384,6	342,3
Latente Ertragsteuerschulden	41,9	39,3
Realisierung innerhalb von 12 Monaten	40,6	38,4
Realisierung nach mehr als 12 Monaten	1,3	0,9
Saldo aus latenten Ertragsteueransprüchen und -schulden	351,3	315,8

Kurzfristige Vermögenswerte

(16) Vorräte

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	700,8	687,8
Unfertige Erzeugnisse	556,1	444,2
Unfertige Leistungen	12,0	11,0
Fertige Erzeugnisse	372,3	315,4
Waren	418,9	367,6
Geleistete Anzahlungen	24,4	16,7
Vorräte	2.084,5	1.842,8

Im Berichtszeitraum erfolgten Zuschreibungen in Höhe von 0,9 Mio. € (Vorjahr 1,0 Mio. €). Wertminderungen von Vorräten wurden in Höhe von 44,8 Mio. € (Vorjahr 41,8 Mio. €) als Aufwand erfasst. Der Buchwert der zum Nettoveräußerungswert bilanzierten Vorräte beträgt 396,7 Mio. € (Vorjahr 366,4 Mio. €). Für die ausgewiesenen Vorräte bestehen in Höhe von 8,8 Mio. € (Vorjahr 11,0 Mio. €) Eigentums- oder Verfügungsbeschränkungen.

(17) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen in Höhe von 142,6 Mio. € (Vorjahr 148,1 Mio. €) Eigentums- oder Verfügungsbeschränkungen. Diese entfallen im Wesentlichen auf die Forfaitierung und das Factoring von Forderungen. Für weitere Ausführungen verweisen wir auf Ziffer (28) „Kurzfristige Finanzschulden“.

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind aufgrund der „Percentage-of-Completion-Methode“ folgende Forderungen aus Auftragsfertigung enthalten:

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Herstellungskosten einschließlich Ergebnis der Fertigungsaufträge	499,6	571,6
Erhaltene Anzahlungen	-245,6	-343,5
Forderungen aus Auftragsfertigung	254,0	228,1

(18) Sonstige Forderungen und Vermögenswerte

Unter dem Posten sonstige Forderungen und Vermögenswerte werden im Wesentlichen Zertifikate zur kurzfristigen Geldanlage ausgewiesen.

Ansonsten enthält dieser Posten eine Vielzahl von betragsmäßig geringen Einzelsachverhalten der konsolidierten Unternehmen.

Für sonstige Forderungen bestehen in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr 2,6 Mio. €) Eigentums- oder Verfügungsbeschränkungen.

Der Konzern vermietet als Leasinggeber unter Operating Leasing im Wesentlichen gewerblich genutzte Immobilien. Die künftigen Mindestmieterträge aus diesen Verträgen betragen:

Künftige Mindestmieterträge in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
bis 1 Jahr	2,6	2,9
1 bis 5 Jahre	2,1	3,7
über 5 Jahre	3,5	0,7
Gesamt	8,2	7,3

In den Erträgen des laufenden Jahres sind 1,4 Mio. € (Vorjahr 0,6 Mio. €) als bedingte Mieterträge erfasst worden.

(19) Ertragsteuererstattungsansprüche und Ertragsteuerschulden

Die zum 31. Dezember 2017 bestehenden lang- und kurzfristigen Ertragsteuererstattungsansprüche in Höhe von 29,5 Mio. € (Vorjahr 26,5 Mio. €) betreffen unter anderem Kapitalertragsteuerforderungen inländischer Konzerngesellschaften. Dem stehen langfristige Ertragsteuerschulden in Höhe von 97,6 Mio. € (Vorjahr 67,7 Mio. €) sowie kurzfristige Ertragsteuerschulden in Höhe von 28,2 Mio. € (Vorjahr 34,1 Mio. €) gegenüber.

Erstattungsansprüche werden mit Steuerschulden saldiert, wenn ein einklagbares Recht, die bilanzierten Beträge gegeneinander aufzurechnen, besteht und ein Ausgleich auf Netto-Basis herbeigeführt werden soll. Voraussetzung hierfür ist, dass Steuererstattungsanspruch und Steuerschuld gegenüber derselben Steuerbehörde bestehen und die Steuerbehörde eine Verrechnung gestattet.

(20) Wertpapiere

Unter den Wertpapieren werden Fonds zur kurzfristigen Geldanlage im Gesamtbetrag von 76,6 Mio. € (Vorjahr 82,3 Mio. €) ausgewiesen. Die hier ausgewiesenen Geldanlagen haben eine Laufzeit von weniger als zwölf Monaten.

(21) Finanzmittel

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Guthaben bei Kreditinstituten	512,9	390,7
Termingelder	166,0	426,0
Schecks, Kassenbestand	0,5	1,4
Finanzmittel	679,4	818,1

Eigenkapital

(22) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) beträgt unverändert 161.615.273,31€. Für die voll eingezahlten 60.097.000 Stückaktien ergibt sich ein rechnerischer Nennwert von 2,69€ je Aktie.

Die Salzgitter Aktiengesellschaft hielt am Bilanzstichtag unverändert 6.009.700 eigene Aktien (= 10,00 % des Grundkapitals). Die eigenen Aktien werden zum Bilanzstichtag unverändert in Höhe von 369,7 Mio. € direkt vom Eigenkapital abgezogen.

Sämtliche dieser Aktien sind gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 Aktiengesetz auf der Grundlage einer Ermächtigung der Hauptversammlung erworben worden (2.487.355 Stück Ermächtigung vom 26. Mai 2004, 462.970 Stück Ermächtigung vom 8. Juni 2006, 2.809.312 Stück Ermächtigung vom 21. Mai 2008, 35.600 Stück Ermächtigung vom 27. Mai 2009 und 214.463 Stück Ermächtigung vom 8. Juni 2010), um sie insbesondere für künftige Akquisitionen, die Erfüllung von Options- oder Wandlungsrechten aus Options- oder Wandelschuldverschreibungen oder zur Abgabe an Arbeitnehmer der Gesellschaft oder eines mit ihr verbundenen Unternehmens verwenden zu können.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital in der Zeit bis zum 31. Mai 2022 um bis zu 80.807.636,65€ durch Ausgabe von bis zu 30.048.500 neuen auf den Inhaber lautende Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2017). Dabei darf das Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zusammengerechnet jedoch nur um bis zu 32.323.054,66€ (20% des Grundkapitals) durch Ausgabe von bis zu 12.019.400 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien erhöht werden. Die 20%-Grenze verringert sich um den anteiligen Betrag am Grundkapital, auf den sich Options- oder Wandlungsrechte bzw. Options- oder Wandlungspflichten aus Optionsschuldverschreibungen, Wandelschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen bzw. Kombinationen diese Instrumente beziehen, die seit dem 1. Juni 2017 unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben worden sind.

Am 5. Juni 2015 ist eine Wandelschuldverschreibung im Gesamtnennbetrag von 167.900.000€ unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ausgegeben worden mit Wandlungsrechten auf derzeit bis zu 3.553.627 auf den Inhaber lautende Stückaktien. Der Gesamtnennwert der von der Gesellschaft begebenen Teilschuldverschreibungen dieser Wandelschuldverschreibung war am Bilanzstichtag unverändert. Die Teilschuldverschreibungen verbriefen neben dem Rückzahlungsanspruch ein Recht auf Wandlung in Aktien der Gesellschaft zum derzeit maßgeblichen Wandlungspreis von 47,2475€/Aktie, ausübbar bis zum 26. Mai 2022. Der bis zum frühestmöglichen Wandlungszeitpunkt (25. Juli 2015) entstandene sichere, unentziehbare Vorteil von 537 T€ aus der Unverzinslichkeit der im Geschäftsjahr 2015 emittierten Wandelanleihe wurde nach § 272 Abs. 2 Nr. 2 HGB in die Kapitalrücklage eingestellt.

(23) Kapitalrücklage

Von der Kapitalrücklage in Höhe von 257,0 Mio. € (Vorjahr 257,0 Mio. €) entfallen 115,2 Mio. € auf ein anlässlich einer Kapitalerhöhung am 1. Oktober 1970 eingebrachtes Agio.

Im Rahmen der Entflechtungsvereinbarung wurden der Salzgitter AG von der Preussag AG Vermögenswerte von jeweils 0,51€ verkauft. Diese Vermögenswerte wurden zum Zeitpunkt des Erwerbs mit ihren beizulegenden Werten (49,1 Mio. €) bilanziert und die Differenzbeträge in die Kapitalrücklage eingestellt.

Der Wert der Eigenkapitalkomponente der am 6. Oktober 2009 begebenen und inzwischen abgelösten Wandelschuldverschreibung im Gesamtnennbetrag von 296.450.000€ beläuft sich auf 54,4 Mio. €.

Der Wert der Eigenkapitalkomponente der am 5. Juni 2015 begebenen Wandelschuldverschreibung im Gesamtnennbetrag von 167.900.000€ beläuft sich auf 18,3 Mio. €. Der Betrag der Transaktionskosten, der als Abzug vom Eigenkapital bilanziert wurde, beträgt dabei 0,2 Mio. €.

(24) Bilanzgewinn

Für Ausschüttungen an die Aktionäre der Salzgitter AG ist gemäß deutschem Handelsrecht das Ergebnis des deutschen handelsrechtlichen Jahresabschlusses der Salzgitter AG maßgeblich. Im Salzgitter-Konzernjahresabschluss wird der Bilanzgewinn in gleicher Höhe wie im Abschluss der Salzgitter AG ausgewiesen. Die Überleitung vom Konzernjahresergebnis zum Bilanzgewinn der Salzgitter AG ist in der Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt.

Der Hauptversammlung der Salzgitter AG wird vorgeschlagen, für das Geschäftsjahr 2017 eine Dividende von 0,45€ je Aktie aus dem Bilanzgewinn der Salzgitter AG auszuschütten und den Restbetrag auf neue Rechnung vorzutragen. Für das Vorjahr betrug die Dividende 0,30€ je Aktie.

Bezogen auf den Xetra-Schlusskurs der Salzgitter-Aktie am 31. Dezember 2017 von 47,60€ errechnet sich eine Dividendenrendite von 0,9% (Vorjahr 0,9%).

Sofern die Gesellschaft am Tag der Hauptversammlung eigene Anteile hält, werden die Gewinnverwendungsvorschläge in der Versammlung dementsprechend angepasst, da eigene Anteile nicht gewinnberechtigt sind.

Langfristige Schulden

(25) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Im Inland existieren Kollektiv- und Einzelzusagen in Form von unmittelbaren Direktzusagen des Arbeitgebers. Der weit überwiegende Teil der Mitarbeiter in den inländischen Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns erhält eine Altersversorgung auf Basis einer im Dezember 2006 abgeschlossenen Konzernbetriebsvereinbarung („Salzgitter-Rente“). Im Rahmen dieser kollektiven Versorgungszusage bringt der Arbeitgeber jährlich einen festen Prozentsatz des versorgungsfähigen Jahreseinkommens als Versorgungsbeitrag in das individuelle Versorgungskonto des Mitarbeiters ein. Die Höhe des sich daraus ergebenden Versorgungsbausteins richtet sich nach dem Alter des Mitarbeiters im jeweiligen Beitragsjahr. Im Leistungsfall steht dem Mitarbeiter bzw. seinen Hinterbliebenen eine monatliche Rente zu, ein Kapitalwahlrecht besteht nicht. Die vor dem Inkrafttreten der Konzernbetriebsvereinbarung gewährten Versorgungszusagen sahen in der Regel eine Rentenleistung in Abhängigkeit von den Einkommensverhältnissen bei Ausscheiden bzw. bei Eintritt des Leistungsfalls vor (sog. endgehaltsbezogene Zusagen). Diese Ansprüche wurden im Geltungsbereich der Konzernbetriebsvereinbarung abgelöst und durch Überleitungsregelungen in die Salzgitter-Rente überführt. Des Weiteren können die Mitarbeiter Teile ihres Bruttoentgelts in Altersversorgungsleistungen in Form eines Einmalbetrages umwandeln (Entgeltumwandlung). Die im Rahmen der Entgeltumwandlungszusage angesammelten Beträge werden in Fondsanteile investiert. Im Leistungsfall erhält der Mitarbeiter die von den Fondsanteilen erwirtschafteten Erträge, mindestens jedoch seine umgewandelten Beiträge zuzüglich einer garantierten Mindestverzinsung (sog. wertpapierbasierte Zusage).

Für leitende Mitarbeiter der Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns bestehen Einzelzusagen im Wesentlichen aufgrund der Leistungsordnungen des Essener Verbandes. Entsprechend dieser Versorgungsordnungen werden die Anwärter in Abhängigkeit von ihrer Position im Unternehmen einer bestimmten Leistungsgruppe zugewiesen. Der maximale Anspruch der jeweiligen Leistungsgruppe ist in der Regel nach 25 Jahren erreicht und wird ratierlich erdient. Im Leistungsfall wird dem Mitarbeiter bzw. seinen Hinterbliebenen eine Rentenleistung ohne Kapitaloption gewährt.

Die Rentenleistungen an die Empfänger aufgrund von Kollektivzusagen werden entsprechend § 16 BetrAVG alle drei Jahre überprüft und im Falle einer Anpassungspflicht an die Entwicklung der Verbraucherpreise angepasst. Im Bereich der Einzelzusagen wird die Leistungsanpassung jährlich durch den Essener Verband festgelegt und von der Gesellschaft unverändert übernommen. Aufgrund des lediglich unbedeutenden Planvermögens wird auf eine Asset-Liability-Matching-Strategie verzichtet. Die voraussichtlichen Liquiditätsabflüsse werden im Rahmen der rollierenden Unternehmensplanung bewertet und bei der Cashflow-Planung des Konzerns berücksichtigt.

In den ausländischen Gesellschaften des Salzgitter-Konzerns existieren nur in unwesentlicher Höhe Versorgungszusagen, die zu geringen Teilen durch Planvermögen gedeckt sind (i. W. Versicherungen).

Darüber hinaus hat eine Gesellschaft des Salzgitter-Konzerns im Zusammenhang mit ihren Pensionsverpflichtungen einen Erstattungsanspruch gegenüber der öffentlichen Hand. Der Barwert dieses Anspruchs wird unter den sonstigen Forderungen und Vermögenswerten ausgewiesen.

Im Konzernabschluss erfasste Werte im Zusammenhang mit Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen:

Bilanz		
in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		
Netto-Pensionsverpflichtung	2.440,5	2.449,0
Sonstige Forderungen und Vermögenswerte		
Erstattungsanspruch	4,0	4,6
Gewinn- und Verlustrechnung (inklusive nicht fortgeführtem Geschäftsbereich)		
in Mio. €	2017	2016
Personalaufwand		
Dienstzeitaufwand	31,9	28,9
Finanzierungsaufwendungen		
Netto-Zinsaufwand	42,0	51,2
Sonstiges Ergebnis		
in Mio. €	2017	2016
Neubewertung Pensionen		
Neubewertungen aus Pensionsrückstellungen	-35,0	-166,0
Neubewertungen aus Erstattungsansprüchen	0,0	0,1
	-35,0	-166,0

Die Netto-Pensionsverpflichtung zum 31. Dezember 2017 ermittelt sich wie folgt:

in Mio. €	Verpflichtungs- barwert	Planvermögen	Netto-Pensions- verpflichtung
Stand 01.01.2017	2.518,4	69,4	2.449,0
Dienstzeitaufwand			
Laufender Dienstzeitaufwand	37,1	3,7	33,4
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-1,5	-	-1,5
	35,6	3,7	31,9
(Netto-)Zinsaufwand/-ertrag	42,5	0,5	42,0
Neubewertungen			
Erfahrungsbedingte Gewinne (-)/Verluste (+)	-51,9	-	-51,9
Gewinn (-)/Verlust (+) aus Veränderung der demographischen Annahmen	-4,8	-	-4,8
Gewinn (-)/Verlust (+) aus Veränderung der finanziellen Annahmen	93,8	-	93,8
Erträge aus Planvermögen, die nicht bereits im Zinsertrag enthalten sind	-	2,2	-2,2
	37,2	2,2	35,0
Gezahlte Versorgungsleistungen (Verbrauch)	-118,4	-3,2	-115,2
Fondsdotierungen			
Arbeitgeber	-	1,8	-1,8
Arbeitnehmer	0,1	0,1	-
	0,1	1,8	-1,8
Währungsdifferenzen	-0,8	-0,2	-0,6
Übertragungen/Umbuchungen/Konsolidierungskreis- änderungen	0,2	0,2	-0,0
Stand 31.12.2017	2.514,8	74,3	2.440,5

Das Planvermögen zum 31. Dezember 2017 entfällt im Wesentlichen auf Investmentfonds (56,1 Mio. €) und sonstige Eigenkapitalinstrumente (0,9 Mio. €), deren Zeitwerte zum Stichtag an einem aktiven Markt ermittelt wurden. Daneben besteht das Planvermögen aus Versicherungsverträgen (17,3 Mio. €), deren Zeitwerte nicht an einem aktiven Markt ermittelt wurden.

Die Netto-Pensionsverpflichtung zum 31. Dezember 2016 ermittelte sich wie folgt:

in Mio. €	Verpflichtungs- barwert	Planvermögen	Netto-Pensions- verpflichtung
Stand 01.01.2016	2.342,6	15,3	2.327,3
Dienstzeitaufwand			
Laufender Dienstzeitaufwand	28,8	-	28,8
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0,1	-	0,1
	28,9	-	28,9
(Netto-)Zinsaufwand/-ertrag	51,7	0,5	51,2
Neubewertungen			
Erfahrungsbedingte Gewinne (-)/Verluste (+)	-10,1	-	-10,1
Gewinn (-)/Verlust (+) aus Veränderung der demographischen Annahmen	0,3	-	0,3
Gewinn (-)/Verlust (+) aus Veränderung der finanziellen Annahmen	177,6	-	177,6
Erträge aus Planvermögen, die nicht bereits im Zinsertrag enthalten sind	-	1,8	-1,8
	167,8	1,8	166,0
Gezahlte Versorgungsleistungen (Verbrauch)	-121,2	-0,5	-120,7
Fonddotierungen			
Arbeitgeber	-	1,1	-1,1
Arbeitnehmer	0,1	0,1	-
	0,1	1,1	-1,1
Währungsdifferenzen	0,6	-0,2	0,8
Übertragungen/Umbuchungen/Konsolidierungskreis- änderungen	47,9	51,4	-3,5
Stand 31.12.2016	2.518,4	69,4	2.449,0

Zum Ende des vergangenen Jahres haben die im Zusammenhang mit der Entgeltumwandlungszusage bestehenden Vermögenswerte die Kriterien für Planvermögen erfüllt. Sie waren deswegen zum beizulegenden Zeitwert mit den korrespondierenden Verpflichtungen zu saldieren. Der Zugang zum Planvermögen wurde in den Umbuchungen der Spalte Planvermögen gezeigt (50,9 Mio. €). Die korrespondierenden Verpflichtungen wurden aus den sonstigen Personalrückstellungen umgegliedert (47,2 Mio. €). Dieser Effekt wurde in den Umbuchungen der Spalte Verpflichtungsbarwert dargestellt.

Der Verpflichtungsbarwert kann wie folgt aufgeteilt werden:

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Barwert der Verpflichtungen im Inland	2.478,0	2.483,1
davon Anwärter	999,3	950,1
davon Empfänger	1.478,7	1.533,0
Barwert der Verpflichtungen im Ausland	36,9	35,4
	2.514,8	2.518,4

Die Sensitivität des Verpflichtungsbarwertes stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2017			
	Referenz	Sensitivitäts- maß	+ Einheit	- Einheit
Rechnungszins	1,5 %	0,25 %-Punkte	-90,7	+96,9
Gehaltstrend	2,75 %	0,5 %-Punkte	+5,6	-5,4
Rententrend	1,75 %	0,25 %-Punkte	+69,6	-66,7
Lebenserwartung	Heubeck 2005G/ Mod. Salzgitter	1 Jahr	+125,6	-125,8

in Mio. €	31.12.2016			
	Referenz	Sensitivitäts- maß	+ Einheit	- Einheit
Rechnungszins	1,75 %	0,25 %-Punkte	-88,0	+93,9
Gehaltstrend	2,75 %	0,5 %-Punkte	+5,8	-5,5
Rententrend	1,75 %	0,25 %-Punkte	+72,3	-69,4
Lebenserwartung	Heubeck 2005G/ Mod. Salzgitter	1 Jahr	+125,2	-125,8

Analog zur Ermittlung des bilanzierten Verpflichtungsbarwertes erfolgt die Ermittlung der Sensitivität dieses Wertes. Dabei wird jeweils eine Annahme verändert, während die übrigen Annahmen unverändert bleiben. Mögliche Abhängigkeiten zwischen den Annahmen werden nicht berücksichtigt.

In den nächsten 20 Jahren sind voraussichtlich folgende Rentenzahlungen zu leisten:

in Mio. €	
2018	116,3
2019	112,6
2020	113,5
2021	110,9
2022	108,5
2023 - 2027	521,7
2028 - 2037	899,0

Die Duration des Verpflichtungsbarwertes nach Macaulay beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf 15,69 Jahre.

(26) Sonstige Rückstellungen

In der folgenden Tabelle wird die Entwicklung der sonstigen kurzfristigen und der sonstigen langfristigen Rückstellungen dargestellt:

in Mio. €	01.01.2017	Währungs- differenzen	Zugang/Abgang aus Kons.-Kreis- Veränderung	Übertragung	Umbuchung
Sonstige Steuern	12,8	-0,1	0,2	-	-
Personal	154,5	-0,2	0,1	0,2	-0,0
davon Jubiläums- rückstellungen	[59,4]	[-]	[-]	[0,0]	[0,1]
davon Sozialplan/ Altersteilzeit/ Demographiefonds	[61,2]	[-]	[-]	[0,1]	[0,8]
Betriebstypische Risiken	148,8	-0,1	0,6	-	-
Übrige Risiken	221,7	-2,3	0,0	-	-7,6
davon Preisnach- lässe/Reklamationen	[111,1]	[-1,1]	[-]	[-]	[0,2]
davon Risiken aus schwebenden Geschäften	[40,6]	[-0,2]	[-]	[-]	[-7,7]
Gesamt	537,8	-2,8	0,9	0,2	-7,7

Die unter den Personalarückstellungen ausgewiesenen Jubiläumsrückstellungen haben eine Duration von zehn Jahren. Die Restrukturierungsaufwendungen des Jahres belaufen sich insgesamt auf 36,0 Mio.€ (Vorjahr 12,7 Mio.€), wovon 35,8 Mio.€ (Vorjahr 12,5 Mio.€) durch die Rückstellungszuführung begründet sind, 0,2 Mio.€ (Vorjahr 0,2 Mio.€) wurden als laufende Aufwendungen für Restrukturierung berücksichtigt.

Rückstellungen für betriebstypische Risiken werden insbesondere für Deponieverpflichtungen gebildet, sie haben eine Duration von 14 Jahren. Die Rückstellungen für übrige Risiken enthalten hauptsächlich Vorsorgen für Preisnachlässe/Reklamationen, Prozessrisiken, Gewährleistungen und Risiken aus schwebenden Geschäften.

Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2017	davon langfristig
-4,6	-0,2	2,9	-	10,9	2,5
-49,8	-5,7	75,3	1,1	175,4	121,5
[-3,3]	[-0,2]	[1,9]	[0,8]	[58,6]	[53,8]
[-34,0]	[-2,7]	[44,2]	[0,2]	[69,9]	[38,2]
-3,8	-8,7	11,3	1,0	149,1	141,4
-68,6	-54,3	111,6	0,0	200,4	38,1
[-40,4]	[-35,6]	[69,6]	[-]	[103,7]	[3,1]
[-13,0]	[-13,3]	[12,2]	[-]	[18,6]	[3,5]
-126,8	-69,0	201,0	2,2	535,8	303,5

(27) Langfristige Finanzschulden

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	241,6	257,4
Anleihen	157,9	154,0
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen	28,1	34,7
Verbindlichkeiten aus Finanzierungen	6,3	6,4
Finanzschulden	433,8	452,4

Für die am 5. Juni 2015 begebenen Wandelschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von 167.900.000€ betrug die Fremdkapitalkomponente 148,0 Mio.€. Die Werte der Eigenkapital- und Fremdkapitalkomponente wurden zum Ausgabedatum der Wandelschuldverschreibungen bestimmt.

Die unter den langfristigen Finanzschulden ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing ergeben sich aus folgenden Tabellen:

in Mio. €	Restlaufzeit 1-5 Jahre	Restlaufzeit >5 Jahre	31.12.2017
Mindestleasingzahlungen	22,6	9,8	32,4
Finanzierungskosten	3,8	0,6	4,4
Barwert der Mindestleasingzahlungen	18,8	9,2	28,0

in Mio. €	Restlaufzeit 1–5 Jahre	Restlaufzeit >5 Jahre	31.12.2016
Mindestleasingzahlungen	26,8	13,9	40,7
Finanzierungskosten	4,8	1,2	6,0
Barwert der Mindestleasingzahlungen	22,0	12,7	34,7

Die langfristigen Leasingverbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die Anmietung von technischen Anlagen und Maschinen.

Kurzfristige Schulden

(28) Kurzfristige Finanzschulden

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten aus Factoring	138,7	144,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	91,3	80,6
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen	6,6	6,5
Sonstige Finanzschulden	1,2	1,6
Anleihen	0,0	260,0
Kurzfristige Finanzschulden	237,8	493,6

Gesellschaften im In- und Ausland haben konzernfremde Außenfinanzierungen vorgenommen. Diese Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sichern Verbindlichkeiten aus Factoring in Höhe von insgesamt 138,7 Mio.€ ab. Das Ausfallrisiko und das Spätzahlungsrisiko hinsichtlich der verkauften Forderungen liegen weiter bei den Gesellschaften. Die Forderungen werden weiterhin vollständig bei den Gesellschaften bilanziert. Die erhaltenen Mittel werden als Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der Buchwert der Forderungen und Verbindlichkeiten entspricht aufgrund der kurzfristigen Laufzeiten dem beizulegenden Zeitwert. Die Forderungen werden an die Bank abgetreten. Für verkaufte Forderungen in Höhe von 95,5 Mio.€ steht dem Forderungskäufer das Recht zu, die übertragenen Forderungen an Dritte zu übertragen, wobei die gegenseitigen Rechte und Pflichten nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Die unter den kurzfristigen Finanzschulden ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing ergeben sich aus folgender Tabelle:

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Mindestleasingzahlungen	8,4	8,6
Finanzierungskosten	1,8	2,1
Barwert der Mindestleasingzahlungen	6,6	6,5

Die kurzfristigen Leasingverbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die Anmietung von technischen Anlagen und Maschinen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

(29) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.169,0 Mio. € (Vorjahr 1.154,5 Mio. €) sind aufgrund der „Percentage-of-Completion-Methode“ folgende Verbindlichkeiten aus Auftragsfertigung enthalten:

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Erhaltene Anzahlungen	256,6	316,1
Abzüglich Herstellungskosten einschließlich Ergebnis der Fertigungsaufträge	-138,2	-207,1
Verbindlichkeiten aus Auftragsfertigung	118,4	109,0

(30) Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	109,9	89,9
Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen	83,9	88,7
Verbindlichkeiten aus Steuern	55,4	37,1
Verbindlichkeiten aus Derivaten	22,0	64,6
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	11,9	12,3
Verbindlichkeiten aus Kundenguthaben	6,8	5,0
Übrige Verbindlichkeiten	49,4	67,4
Sonstige Verbindlichkeiten (kurzfristig)	339,2	365,1

Neben den durch Forderungen gesicherten Verbindlichkeiten aus Factoring sind 31,2 Mio. € (Vorjahr 37,0 Mio. €) durch Grundpfandrechte gesichert.

In den „Übrigen Verbindlichkeiten“ ist eine Vielzahl von betragsmäßig geringen Einzelsachverhalten der konsolidierten Unternehmen enthalten.

(31) Haftungsverhältnisse und Eventualverbindlichkeiten

Haftungsverhältnisse sind nicht bilanzierte Eventualverbindlichkeiten, die in Höhe der Valutierung am Bilanzstichtag ausgewiesen werden. Die gesamte Höhe beträgt 29,4 Mio. € (Vorjahr: 25,3 Mio. €).

Unter Berücksichtigung individueller Risikobeurteilungen sowie der tatsächlichen vertraglichen Verpflichtungen am Bilanzstichtag bestehen innerhalb der Haftungsverhältnisse Bürgschaften und Garantien mit insgesamt 17,1 Mio. € (Vorjahr: 18,7 Mio. €). Die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme ist aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit als gering einzuschätzen.

Die Salzgitter AG sowie ihre inländischen Konzerngesellschaften haben zum 1. Januar 2014 die nach § 16 BetrAVG vorgeschriebene Prüfung auf Anpassung der Betriebsrentenzahlungen durchgeführt. Bei der Anpassungsentscheidung ist die jeweilige wirtschaftliche Lage der Einzelgesellschaft maßgeblich. Vor dem Hintergrund der unzureichenden wirtschaftlichen Lage wurden die Betriebsrenten bei mehreren Konzerngesellschaften zum 1. Januar 2014 nicht angepasst. Mit der IG Metall wurde zum Zwecke der Minderung von Verfahrenskosten eine Musterverfahrensvereinbarung abgeschlossen. Danach sollen die Entscheidungsgrundsätze der rechtskräftigen Musterverfahren auf die anderen Betriebsrentner der betreffenden Gesellschaften übertragen werden. Für jene Gesellschaften, bei denen das Risiko einer Verpflichtung zur Nachholung der Betriebsrentenanpassung als unwahrscheinlich eingestuft wird, würde sich am Stichtag 31. Dezember 2017 bei vollständiger Nachholung der Betriebsrentenanpassungen eine Erhöhung der Netto-Pensionsverpflichtung um ca. 28,0 Mio. € ergeben. Davon wären 8,8 Mio. € als nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand erfolgswirksam und 19,2 Mio. € im Rahmen der Neubewertungen erfolgsneutral zu erfassen.

Im Jahr 2016 ist durch den Bundesfinanzhof ein Urteil zur sog. Wertpapier-Leihe ergangen, auf welches der Salzgitter-Konzern bereits zum 31.12.2016 bilanziell reagiert hat. Im Laufe des Jahres 2017 hat sich die Rechtsauffassung hinsichtlich der Sachverhalte bei der Salzgitter AG dahingehend konkretisiert, dass bei den bereits bilanziell vollumfänglich erfassten Risiken nun mit einer Inanspruchnahme zu rechnen ist. Darüber hinaus ergeben sich Rechtsunsicherheiten bezüglich der Anrechnungsverfügung zur Kapitalertragsteuer in Höhe von 93,5 Mio. € (einschließlich Zinsen), mit deren Inanspruchnahme aber mit überwiegender Wahrscheinlichkeit nicht gerechnet wird. Mit Datum vom 8. November 2017 ist eine höchstrichterliche Rechtsprechung zur steuerlichen Anerkennung von Ergebnisabführungsverträgen im Zusammenhang mit variablen Ausgleichszahlungen an außenstehende Anteilseigner ergangen. Die Salzgitter AG ist von dem möglichen Risiko einer Nichtanerkennung der steuerlichen Organschaft bei einer Tochtergesellschaft betroffen. Die Salzgitter AG geht davon aus, dass mit überwiegender Wahrscheinlichkeit für die noch nicht bestandskräftigen Veranlagungszeiträume bis einschließlich 2017 eine Übergangsregelung durch die Finanzverwaltung ergehen wird. Von einer bilanziellen Erfassung des Risikos (10,8 Mio. € Ertragsteuern inkl. Zinsen) wird daher abgesehen.

Die Staatsanwaltschaft Braunschweig ermittelt seit Frühjahr 2014 gegen Verantwortliche verschiedener Konzernunternehmen wegen des Verdachts steuerlich unzulässig gebildeter Rückstellungen, steuerlich unterlassener Aktivierung von Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten sowie steuerlich nicht anzuerkennenden Provisionszahlungen und Gutschriften. Die Ermittlungsverfahren dauern teilweise an. Die SZAG und deren Tochterunternehmen kooperieren uneingeschränkt mit den Ermittlungsbehörden und haben externe Rechtsanwälte mit der Durchführung einer umfassenden Untersuchung der Angelegenheit beauftragt. Wir sind der Auffassung, mit den betreffenden Steuererklärungen der Konzernunternehmen den gesetzlichen Vorschriften gefolgt zu sein. Aufgrund der derzeitigen Erkenntnislage und unter Würdigung der Gesamtumstände ist nicht ernsthaft oder mit überwiegender Wahrscheinlichkeit mit einer Inanspruchnahme der Konzernunternehmen aus den Ermittlungsverfahren zu rechnen.

Im Übrigen ist die Salzgitter AG oder eine ihrer Konzerngesellschaften nicht an laufenden oder absehbaren Gerichts- oder Schiedsverfahren beteiligt, die einen erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Lage haben könnten.

(32) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

in Mio. €	31.12.2017		
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Bestellobligo für Investitionen (im Wesentlichen Sachanlagevermögen)	145,6	54,0	–
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	34,4	62,0	98,5
Übrige finanzielle Verpflichtungen	635,7	388,2	160,0
Gesamt	815,7	504,2	258,5

in Mio. €	31.12.2016		
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Bestellobligo für Investitionen (im Wesentlichen Sachanlagevermögen)	98,8	29,0	–
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	33,4	76,3	105,9
Übrige finanzielle Verpflichtungen	588,6	430,5	157,8
Gesamt	720,8	535,8	263,7

Die übrigen finanziellen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen langfristige Abnahmeverpflichtungen der Gesellschaften der Geschäftsbereiche Flachstahl und Mannesmann für die Sicherstellung des Vormaterialbezugs für Rohstoffe und Seefrachten.

(33) Finanzinstrumente

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2017 ergibt sich folgende Überleitung der Bilanzpositionen auf die verschiedenen Kategorien von Finanzinstrumenten:

2017 in Mio. €	Buchwert	vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen	zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
	31.12.2017		
Aktiva			
Finanzielle Vermögenswerte	84,1	61,2	22,9
Sonstige langfristige Forderungen und Vermögenswerte (lt. Bilanz 26,0 Mio. €); davon Finanzinstrumente	18,4	-	-
Lang- und kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.517,8	1.517,8	-
Sonstige kurzfristige Forderungen und Vermögenswerte (lt. Bilanz 394,2 Mio. €); davon Finanzinstrumente	348,8	296,7	-
Wertpapiere	76,6	-	76,6
Finanzmittel	679,4	-	679,4
Aktiva Finanzinstrumente		1.875,7	778,9
Passiva			
Langfristige Finanzschulden	433,8	-	-
Kurzfristige Finanzschulden	237,8	-	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.169,0	-	-
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (lt. Bilanz 339,2 Mio. €); davon Finanzinstrumente	64,9	-	-
Passiva Finanzinstrumente		-	-

Die Ermittlung der Fair-Value-Angaben für nicht zum Fair Value bilanzierte finanzielle Vermögenswerte und Schulden sowie für Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingverträgen erfolgt grundsätzlich durch die Diskontierung zukünftiger Zahlungsströme. Hierbei findet ein laufzeitabhängiger Zinssatz Anwendung, der den risikolosen Zinssatz und das Adressenausfallrisiko der Gegenpartei bzw. das über eine Peergroup abgeleitete Adressenausfallrisiko des Salzgitter-Konzerns widerspiegelt. Die Berechnungsparameter basieren auf Daten aus direkt und indirekt beobachtbaren Inputfaktoren. Die Fair-Value-Angaben sind somit insgesamt Level 2 zuzuordnen.

		Ansatz nach IAS 39	Ansatz nach IAS 17	Fair Value
zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente	Derivate mit dokumentierter Sicherungsbeziehung	zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		
-	-	-	-	103,7
-	18,4	-	-	18,4
-	-	-	-	1.517,8
10,4	41,6	-	-	348,8
-	-	-	-	76,6
-	-	-	-	679,4
10,4	60,1	-	-	
-	-	405,8	28,1	446,7
-	-	231,2	6,6	241,4
-	-	1.169,0	-	1.169,0
20,1	1,9	42,9	-	64,9
20,1	1,9	1.848,9	34,7	

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 ergab sich folgende Überleitung der Bilanzpositionen auf die verschiedenen Kategorien von Finanzinstrumenten:

2016 in Mio. €	Buchwert		
	31.12.2016	vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen	zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
Aktiva			
Finanzielle Vermögenswerte	95,6	75,2	20,4
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.476,2	1.476,2	-
Sonstige kurzfristige Forderungen und Vermögenswerte (lt. Bilanz 504,3 Mio. €); davon Finanzinstrumente	459,8	349,5	-
Wertpapiere	82,3	-	82,3
Finanzmittel	818,1	-	818,1
Aktiva Finanzinstrumente		1.901,0	920,8
Passiva			
Langfristige Finanzschulden	452,4	-	-
Kurzfristige Finanzschulden	493,6	-	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.154,5	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten (lt. Bilanz 369,5 Mio. €); davon Finanzinstrumente	124,3	-	-
Passiva Finanzinstrumente		-	-

Innerhalb des Postens „Wertpapiere“ werden Geldmarktfonds in der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ ausgewiesen.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Finanzmittel verfügen größtenteils über kurze Restlaufzeiten, weshalb deren Buchwerte zum Abschlussstichtag dem Fair Value entsprechen. Zur Ermittlung des Fair Values von Derivaten verweisen wir auf den Abschnitt „Finanzielle Vermögenswerte – Ansatz und Bewertung“ im Kapitel „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze“. Der Buchwert der derivativen Finanzinstrumente entspricht dem Marktwert. Die Wertpapiere sind börsennotiert und werden auf Grundlage des Börsenkurses zum Bilanzstichtag bewertet. Ebenso wird bei börsennotierten Unternehmensanteilen der finanziellen Vermögenswerte vorgegangen.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten, somit stellen die bilanzierten Werte die Fair Values dar.

		Ansatz nach IAS 39	Ansatz nach IAS 17	Fair Value
zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente	Derivate mit dokumentierter Sicherungsbeziehung	zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		
-	-	-	-	114,1
-	-	-	-	1.476,2
33,7	76,7	-	-	459,8
-	-	-	-	82,3
-	-	-	-	818,1
33,7	76,7	-	-	
-	-	417,7	34,7	462,1
-	-	487,1	6,5	497,8
-	-	1.154,5	-	1.154,5
60,7	4,0	59,7	-	124,3
60,7	4,0	2.119,0	41,2	

Bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes eines Vermögenswertes oder einer Schuld verwendet der Konzern soweit möglich am Markt beobachtbare Daten. Basierend auf den in den Bewertungstechniken verwendeten Inputfaktoren werden die beizulegenden Zeitwerte unterschiedlichen Leveln der Fair-Value-Hierarchie zugeordnet.

Level 1: notierte Preise auf aktiven Märkten für identische Vermögenswerte und Schulden.

Level 2: Bewertungsparameter, bei denen es sich nicht um die in Stufe 1 berücksichtigten notierten Preise handelt, die sich aber für den Vermögenswert oder die Schuld entweder direkt oder indirekt (aus der Ableitung von Preisen) beobachten lassen.

Level 3: Bewertungsparameter für Vermögenswerte oder Schulden, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen.

Falls die für die Bestimmung des Fair Values verwendeten Inputfaktoren nicht nur einem Level zugeordnet werden können, erfolgt die Zuordnung in ihrer Gesamtheit insgesamt in dem Level, der dem niedrigsten Inputfaktor entspricht, der für die Bewertung insgesamt wesentlich ist.

In der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ befinden sich insgesamt finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 22,9 Mio.€ (Vorjahr 20,4 Mio.€). Davon sind für finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 22,9 Mio.€ (Vorjahr 20,3 Mio.€) keine verlässlichen Fair Values zu ermitteln, da sie nicht am Markt notiert sind. Es handelt sich dabei um Anteile an Personen- und Kapitalgesellschaften, für die in naher Zukunft keine Veräußerungsabsicht besteht. Diese Vermögenswerte werden zu fortgeführten Anschaffungskosten

bilanziert. Darüber hinaus befinden sich in der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ Wertpapiere in Höhe von 76,6 Mio.€ (Vorjahr 82,3 Mio.€) sowie Finanzmittel in Höhe von 679,4 Mio.€ (Vorjahr 818,1 Mio.€).

Fair-Value-Ermittlung Aktiva:

in Mio. €	31.12.2017			
	zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	zu Handels- zwecken gehal- tene Finanz- instrumente	Derivate mit dokumentierter Sicherungs- beziehung	Gesamt
Level 1	76,5	-	-	76,5
Level 2	-	10,4	60,1	70,5
Level 3	-	-	-	-
Gesamt	76,5	10,4	60,1	147,0

in Mio. €	31.12.2016			
	zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	zu Handels- zwecken gehal- tene Finanz- instrumente	Derivate mit dokumentierter Sicherungs- beziehung	Gesamt
Level 1	82,3	-	-	82,3
Level 2	-	33,7	76,7	110,4
Level 3	-	-	-	-
Gesamt	82,3	33,7	76,7	192,7

Fair-Value-Ermittlung Passiva:

in Mio. €	31.12.2017		
	zu Handels- zwecken gehal- tene Finanz- instrumente	Derivate mit dokumentierter Sicherungs- beziehung	Gesamt
Level 1	-	-	-
Level 2	20,1	1,9	22,0
Level 3	-	-	-
Gesamt	20,1	1,9	22,0

in Mio. €	31.12.2016		
	zu Handels- zwecken gehal- tene Finanz- instrumente	Derivate mit dokumentierter Sicherungs- beziehung	Gesamt
Level 1	-	-	-
Level 2	60,7	4,0	64,6
Level 3	-	-	-
Gesamt	60,7	4,0	64,6

Die Risikokonzentration hinsichtlich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird als niedrig beurteilt, da die Kunden in verschiedenen Staaten ansässig sind, unterschiedlichen Branchen angehören und auf weitgehend unabhängigen Märkten tätig sind. Es gibt keine Kunden, gegen die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen, die mehr als 10% der Gesamtsumme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ausmachen. Zur Abdeckung von Teilen des Risikos von Forderungsausfällen bestehen Kreditversicherungen bei den einzelnen Konzerngesellschaften.

Das Ausfallrisiko der Finanzinstrumente entsteht aus der Kategorie „Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen“. Am Bilanzstichtag stellt sich das Ausfallrisiko im Vergleich zum Vorjahr folgendermaßen dar:

in Mio. €	31.12.2017		31.12.2016	
	Maximales Ausfallrisiko	Abgesichertes Ausfallrisiko	Maximales Ausfallrisiko	Abgesichertes Ausfallrisiko
Lang- und kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.517,8	686,2	1.476,2	666,0
Sonstige Forderungen	296,7	2,5	349,5	2,0
Finanzielle Vermögenswerte	61,2	-	75,2	-
Gesamt	1.875,7	688,7	1.901,0	668,0

Zusätzlich bestehen Ausfallrisiken für die Kategorie „Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte“ in Höhe der positiven Marktwerte der Derivate sowie bei Leasingforderungen in Höhe der bilanzierten Werte, für die das Ausfallrisiko nicht abgesichert ist.

Die Analyse des Alters der Finanzinstrumente, die zum Abschlussstichtag in Höhe von 259,5 Mio.€ (Vorjahr 258,8 Mio.€) überfällig, aber nicht wertgemindert sind, ergab Folgendes:

31.12.2017 in Mio. €	überfällig seit				
	< 30 Tagen	31-60 Tagen	61-90 Tagen	91-180 Tagen	> 180 Tagen
Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen	135,2	26,0	11,4	17,3	69,6

31.12.2016 in Mio. €	überfällig seit				
	< 30 Tagen	31-60 Tagen	61-90 Tagen	91-180 Tagen	> 180 Tagen
Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen	148,8	26,3	8,4	17,5	57,8

Ein Betrag von 122,3 Mio.€ (Vorjahr 130,6 Mio.€) der überfälligen nicht wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte der Kategorie „Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen“ ist durch Kreditversicherungen gesichert.

Nicht wertberichtigte Beträge, die seit mehr als 90 Tagen überfällig sind, betreffen in der Regel Stammkunden, bei denen der Zahlungseingang wie in den Vorjahren nicht infrage steht, sowie Kunden, deren Forderungen kreditversichert sind.

Im Berichtsjahr wurden im Salzgitter-Konzern für die Vermögenswerte der Kategorie „Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen“ Wertminderungen in Höhe von 22,7 Mio.€ (Vorjahr 33,7 Mio.€) sowie Wertaufholungen und Auflösungen von Wertberichtigungen in Höhe von 15,1 Mio.€ (Vorjahr 10,8 Mio.€) für alle erkennbaren Einzelrisiken, das durch Erfahrungswerte gestützte Kreditrisiko sowie für besondere Länderrisiken vorgenommen.

Eine Wertminderung finanzieller Vermögenswerte der Kategorie „Vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen“ wird vorgenommen, sobald objektive Hinweise auf eine Wertminderung wie beispielsweise erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder Vertragsbruch vorliegen. Die Wertminderungen werden erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen. Wertaufholungen werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Für die Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, wird von einer jederzeitigen Einbringlichkeit ausgegangen.

Die Management-Holding beobachtet die Liquiditätslage des Konzerns bei allen im Konzernfinanzkreis eingebundenen Gesellschaften im Rahmen eines zentralen Cash- und Zinsmanagements. Dabei gelten für die Tochtergesellschaften interne Kreditlinien. Sofern ihnen eigene Kreditlinien zur Verfügung stehen, sind sie für die entsprechende Risikominimierung selbst verantwortlich und berichten über eventuelle Risiken innerhalb der Konzernführungs- und -controllingstrukturen. Darüber hinaus könnten Risiken aus notwendigen Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften entstehen, wenn deren Geschäftsentwicklung nachhaltig unbefriedigend verlief. Aus diesem Risikofeld sind jedoch keine bestandsgefährdenden Belastungen zu erwarten. Der Risikokonzentration wird mit einer rollierenden Liquiditätsplanung begegnet. Aufgrund der verfügbaren Barmittel und Kreditlinien sehen wir derzeit keine Gefährdung für unseren Konzern.

Die Nettoergebnisse der Kategorien stellen sich wie folgt dar:

in Mio. €	2017	2016
Zu Handelszwecken gehaltene Vermögenswerte/Verbindlichkeiten	17,6	29,3
Vom Unternehmen ausgereichte Darlehen und Forderungen	8,2	-22,3
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	1,2	15,5
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	-18,8	-19,3
Summe	8,3	3,3

Das Nettoergebnis der Kategorie „Zu Handelszwecken gehaltene Vermögenswerte/Verbindlichkeiten“ enthält im Wesentlichen die Ergebniseffekte aus der Auflösung einer im Zusammenhang mit einer Barzahlungsoption bilanzierten Verbindlichkeit sowie aus der Stichtagsbewertung von Devisentermingeschäften. In den Kategorien „Vom Unternehmen ausgereichte Darlehen und Forderungen“ und „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ sind neben Wertberichtigungen Zinserträge in Höhe von 18,9 Mio. € (Vorjahr 20,6 Mio. €) enthalten. Zinsaufwendungen in Höhe von 20,4 Mio. € (Vorjahr 18,2 Mio. €) sind der Kategorie „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ zugeordnet. Daneben sind in diesen Kategorien Effekte aus Währungsumrechnung und Wertminderung enthalten.

Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr weder Gewinne noch Verluste aus dem Abgang von zu Anschaffungskosten bewerteten nicht konsolidierten Gesellschaften erzielt. Für die zum Bilanzstichtag erfassten Vermögenswerte der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ wurden wie im Vorjahr erfolgswirksame Wertberichtigungen von unter 0,1 Mio. € erfasst.

Für nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente entstanden Aufwendungen für den Finanz- und Geldverkehr in Höhe von 10,2 Mio. € (Vorjahr 10,4 Mio. €), die sofort erfolgswirksam erfasst wurden.

Die Entwicklung der Wertänderungsrücklage von Finanzinstrumenten der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ stellt sich wie folgt dar (vor Steuern):

in Mio. €	2017	2016
Stand 01.01.	-16,5	-5,9
Erfolgsneutrale Werterhöhung	0,4	2,1
Abgang	-18,1	12,7
Erfolgsneutrale Wertminderung	-	-
Stand 31.12.	2,0	-16,5

Der Salzgitter-Konzern wendete Hedge Accounting nach IAS 39 für Devisen- und Warentermingeschäfte sowie im geringen Umfang für Zinstermingeschäfte an. Dabei wurden die Währungs-, Preisänderungs- und Zinsrisiken im Rahmen von Cashflow Hedges gesichert. Die entsprechenden Marktwerte gestalteten sich wie folgt:

Positive Marktwert in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Devisentermingeschäfte – Cashflow Hedges	-	2,8
Warentermingeschäfte – Cashflow Hedges	60,1	73,8

Negative Marktwerte in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Devisentermingeschäfte – Cashflow Hedges	1,9	0,1
Warentermingeschäfte – Cashflow Hedges	-	3,9

Die im Rahmen von Cashflow Hedges gesicherten Grundgeschäfte zur Währungssicherung werden generell innerhalb der nächsten zwölf Monate nach dem Bilanzstichtag erfolgswirksam. Die Warentermingeschäfte werden in den Geschäftsjahren 2018, 2019 und 2020 erfolgswirksam.

Die Entwicklung der Cashflow-Hedge-Rücklage, die erfolgsneutral im Eigenkapital verbucht wurde, zeigt die folgende Aufstellung (vor Steuern):

in Mio. €	2017	2016
Stand 01.01.	81,5	-48,6
Erfolgsneutrale Werterhöhung	48,5	126,9
Erfolgsneutrale Wertminderung	-1,9	-
Basis Adjustment	-65,3	3,8
Realisierung	-5,7	-0,6
Stand 31.12.	57,1	81,5

Die Effektivität aller Sicherungsbeziehungen wird zu jedem Berichtsstichtag überprüft. Dabei werden die kumulierten Wertänderungen des Grundgeschäfts mit den kumulierten Wertänderungen des Sicherungsgeschäfts verglichen. Im Geschäftsjahr entstanden Ineffektivitäten aus Cashflow Hedges in Höhe von 1,2 Mio. € (Vorjahr 9,0 Mio. €). Die Ineffektivitäten wurden erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Im Geschäftsjahr wurde ein Betrag in Höhe von 65,3 Mio. € aus ausgelaufenen Termingeschäften mit den Anschaffungskosten nicht-finanzieller Vermögenswerte verrechnet (Basis Adjustment). Im Vorjahr wurde ein Betrag in Höhe von 3,8 Mio. € aus ausgelaufenen Termingeschäften den Anschaffungskosten nicht-finanzieller Vermögenswerte hinzugerechnet.

Für Fremdwährungsforderungen bestehen Kurssicherungen über verschiedene Banken durch den Abschluss von Devisentermingeschäften. Die im Hedge Accounting nach IAS 39 bilanzierten Ansprüche sind zum jeweils vereinbarten Kurs angesetzt. Es wurden sowohl Sicherungsbeziehungen für feste Verpflichtungen als auch für erwartete zukünftige Transaktionen begründet.

Das Nominalvolumen der derivativen Finanzinstrumente ist die unsaldierte Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge, bewertet zum jeweiligen Erfüllungskurs. Die Marktwerte wurden grundsätzlich auf Basis der Verhältnisse am Bilanzstichtag ermittelt, und zwar zu den Werten, zu denen die betreffenden derivativen Finanzgeschäfte gehandelt bzw. notiert wurden, ohne Berücksichtigung gegenläufiger Wertentwicklungen aus den Grundgeschäften. Der zu bilanzierende Zeitwert der Derivate ergibt sich aus der Bewertung des gesicherten Fremdwährungsbetrages bzw. Warenpreises mit der Kursdifferenz zwischen dem Kurs bei Abschluss des Termingeschäfts und dem Terminkurs am Bilanzstichtag; dieser Betrag wird entsprechend der Restlaufzeit auf den Bilanzstichtag abgezinst.

Für die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Währungsderivate sind zum Ende des Berichtsjahres und des Vorjahres die folgenden wesentlichen Zinssätze eingeflossen:

Laufzeit	EUR-Zinssatz (%)		GBP-Zinssatz (%)		USD-Zinssatz (%)	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
1 Monat	-0,3680	-0,3680	0,4962	0,2558	1,5643	0,7717
3 Monate	-0,3290	-0,3190	0,5211	0,3666	1,6943	0,9979
6 Monate	-0,2710	-0,2210	0,5760	0,5330	1,8370	1,3177
1 Jahr	-0,1860	-0,0820	0,7669	0,7765	2,1070	1,6857
2 Jahre	-0,1530	-0,1560	0,7940	0,6220	2,0840	1,5190
4 Jahre	0,1660	-0,0190	0,9710	0,7920	2,2320	1,9430
10 Jahre	0,8780	0,6550	1,2720	1,2290	2,4190	2,4380

Die Liquiditätsstruktur sämtlicher finanzieller Verbindlichkeiten stellt sich wie folgt dar:

31.12.2017 in Mio. €	bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.169,0	-	-
Finanzschulden	236,8	423,9	0,3
Leasingverbindlichkeiten	8,4	22,6	9,8
Sonstige Verbindlichkeiten	43,4	-	-

31.12.2016 in Mio. €	bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.154,5	-	-
Finanzschulden	498,9	412,2	19,4
Leasingverbindlichkeiten	8,6	26,8	13,9
Sonstige Verbindlichkeiten	59,7	-	-

Zum 31. Dezember 2017 führen derivative finanzielle Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von unter einem Jahr zu Auszahlungen in Höhe von 617,9 Mio. € (Vorjahr 264,2 Mio. €) und mit einer Laufzeit zwischen ein und fünf Jahren zu Auszahlungen in Höhe von 0,0 Mio. € (Vorjahr 0,1 Mio. €). Den Auszahlungen aus derivativen finanziellen Verbindlichkeiten, für die Zahlungen auf Bruttobasis vereinbart wurden, stehen Einzahlungen gegenüber. Unter Berücksichtigung dieser Einzahlungen fallen die Auszahlungen wesentlich geringer aus.

Saldierung

Die Salzgitter AG schließt Finanztermingeschäfte nur mit Kernbanken und ausschließlich auf Grundlage eines standardisierten Vertrags für Finanztermingeschäfte ab. Dieser Vertrag enthält eine bedingte Aufrechnungsvereinbarung, nach der im Insolvenzfall die Partei, die den höheren Betrag schuldet, die Differenz zahlt.

Derivate mit positiven bzw. negativen Marktwerten werden in der Bilanz nicht miteinander saldiert. Die Spalte „nicht saldierte Beträge“ enthält die Beträge der bilanzierten Derivate, die die Saldierungskriterien des IAS 32.42 nicht erfüllen.

31.12.2017 in Mio. €

	Bruttobuchwert	Saldierungs- betrag	Nettobuchwert	nicht saldierte Beträge	Gesamtnetto- betrag
Positive Marktwerte Derivate	70,5	-	70,5	2,3	68,2
Negative Marktwerte Derivate	22,0	-	22,0	2,3	19,7

31.12.2016 in Mio. €

	Bruttobuchwert	Saldierungs- betrag	Nettobuchwert	nicht saldierte Beträge	Gesamtnetto- betrag
Positive Marktwerte Derivate	110,4	-	110,4	3,3	107,1
Negative Marktwerte Derivate	7,7	-	7,7	3,3	4,4

Sensitivitätsanalyse

Der Salzgitter-Konzern ist verschiedenen finanziellen Risiken ausgesetzt. Im Sinne der Sensitivitätsanalyse des IFRS 7 sind dies Zinsrisiken, Wechselkursrisiken und sonstige Preisrisiken. Für die Zinsrisiken wird im Rahmen der Sensitivitätsanalyse eine Veränderung des Marktzinsniveaus um 100 Basispunkte unterstellt. Bei den Währungsrisiken wird eine Schwankung der jeweiligen funktionalen Währung der Konzerngesellschaften um 10% gegenüber den Fremdwährungen angenommen. Die sonstigen Preisrisiken ergeben sich für den Salzgitter-Konzern aus Veränderungen von Rohstoffpreisen oder Börsenindices. Hier werden die Auswirkungen einer Änderung der jeweiligen Preisnotierungen um 10% berechnet. Die Ermittlung der Sensitivitäten erfolgte durch Banken oder interne Berechnungen anhand anerkannter Methoden (zum Beispiel Black-Scholes, Heath-Jarrow-Morton). Der Bestand der Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag ist repräsentativ für das Geschäftsjahr.

31.12.2017	ergebnis- wirksam	eigen- kapital- wirksam	Summe	ergebnis- wirksam	eigen- kapital- wirksam	Summe
Sensitivitätsmaß	+10 %	+10 %	+10 %	-10 %	-10 %	-10 %
USD	-27,1	-23,4	-50,5	31,3	26,1	57,4
GBP	0,6	1,7	2,3	-0,7	-2,1	-2,8
Übrige Währungen	-2,4	2,0	-0,4	2,6	-2,4	0,2
Währungssensitivitäten	-28,9	-19,7	-48,6	33,2	21,6	54,8
Sensitivitätsmaß	+100 bp	+100 bp	+100 bp	-100 bp	-100 bp	-100 bp
Zinssensitivitäten	-3,8	-	-3,8	4,2	-	4,2
Sensitivitätsmaß	+10 %	+10 %	+10 %	-10 %	-10 %	-10 %
Sonstige Preissensitivitäten	3,6	23,3	26,9	-3,6	-23,3	-26,9

31.12.2016	ergebnis- wirksam	eigen- kapital- wirksam	Summe	ergebnis- wirksam	eigen- kapital- wirksam	Summe
Sensitivitätsmaß	+10 %	+10 %	+10 %	-10 %	-10 %	-10 %
USD	-32,4	-18,9	-51,3	34,7	23,6	58,3
GBP	1,1	2,5	3,6	-1,4	-3,1	-4,5
Übrige Währungen	5,7	-	5,7	-6,4	-0,2	-6,6
Währungssensitivitäten	-25,6	-16,4	-42,0	26,9	20,3	47,2
Sensitivitätsmaß	+100 bp	+100 bp	+100 bp	-100 bp	-100 bp	-100 bp
Zinssensitivitäten	-4,9	-	-4,9	6,3	-	6,3
Sensitivitätsmaß	+10 %	+10 %	+10 %	-10 %	-10 %	-10 %
Sonstige Preissensitivitäten	-24,8	32,2	7,4	21,7	-32,2	-10,5

(34) Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung weist entsprechend IAS 7 die Entwicklung der Zahlungsströme getrennt nach Mittelzu- und -abflüssen aus der laufenden Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit aus. Die Kapitalflussrechnung ist nach der indirekten Methode aus dem Konzernabschluss der Salzgitter AG abgeleitet.

Der verwendete Finanzmittelfonds setzt sich aus Kassenbeständen, Schecks, Guthaben bei Kreditinstituten und Termingeldern (Laufzeit unter drei Monate) zusammen.

Im Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit sind die Erträge und Aufwendungen aus Anlagenabgängen eliminiert. Die Zinseinzahlungen betragen 12,7 Mio. € (Vorjahr 11,3 Mio. €). Die Einzahlungen aus Dividenden im Geschäftsjahr 2017 belaufen sich auf 21,3 Mio. € (Vorjahr 14,9 Mio. €).

Die im Mittelabfluss für die Investitionstätigkeit ausgewiesenen Investitionen enthalten die zahlungswirksamen Zugänge zu immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen sowie zu den langfristigen finanziellen Vermögenswerten, insbesondere Investitionen in Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen.

Die Zugänge aus Erstkonsolidierung von Gesellschaften sowie die nicht zahlungswirksamen Zugänge zu den langfristigen Vermögenswerten belaufen sich auf 3,8 Mio. € (Vorjahr 10,3 Mio. €).

Die Auszahlungen für Investitionen in finanzielle Vermögenswerte betreffen im Wesentlichen Auszahlungen für langfristige Wertpapiere sowie für Kapitalerhöhungen nicht konsolidierter Gesellschaften.

Die Ein- und Auszahlungen aus bzw. für Geldanlagen umfassen Terminkontrakte und Anleihefonds.

in Mio. €	Stand 01.01. 2017	Einzah- lungen gesamt	Auszah- lungen gesamt	davon: Auszah- lungen Finan- zierungs- Cashflow	Zugang/ Abgang aus Kon- solidie- rungskreis- Verände- rungen	Währungs- -diffe- renzen	Sonstige Verände- rungen	Stand 31.12. 2017	davon lang- fristig
Anleihen	414,0	0,0	-0,1	-0,1	0,0	0,0	-255,9	157,9	157,9
Kredite und andere Finanzverbindlichkeiten	532,0	92,8	-106,7	-13,4	-0,1	-4,4	0,1	513,7	275,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	337,9	49,6	-50,5	-7,3	0,0	-4,3	0,0	332,8	241,6
Verbindlichkeiten aus Factoring	144,9	43,1	-49,4	0,0	0,0	0,0	0,0	138,7	0,0
Verbindlichkeiten aus Finanzierungen	8,0	0,0	-0,3	0,0	-0,1	-0,1	0,0	7,5	6,3
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing- verträgen	41,2	0,0	-6,5	-6,1	0,0	0,0	0,0	34,7	28,1
	946,0	92,8	-106,8	-13,5	-0,1	-4,4	-255,9	671,6	433,8

Die sonstigen Veränderungen der Anleihen (-255,9 Mio. €) enthalten im Wesentlichen den aufgrund von Aktienhingabe nicht zahlungswirksamen Abgang der Aurubis-Umtauschanleihe.

(35) Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Die Segmentierung des Salzgitter-Konzerns in fünf Geschäftsbereiche folgt der internen Steuerung und Berichterstattung des Konzerns. Hauptentscheidungsträger ist der Vorstand.

In der Segmentberichterstattung sind die Geschäftsaktivitäten des Salzgitter-Konzerns entsprechend der nach unterschiedlichen Produkten bzw. Dienstleistungen gegliederten Konzernstruktur den Geschäftsbereichen Flachstahl, Grobblech / Profilstahl, Mannesmann, Handel und Technologie zugeordnet.

Der Geschäftsbereich Flachstahl stellt hochwertige Marken- und Spezialstähle her. Hauptprodukte sind Warmbreitband und Feinblech, Bauelemente und Tailored Blanks.

Die Gesellschaften aus dem Geschäftsbereich Grobblech / Profilstahl produzieren ein breites Spektrum an hochwertigen Grobblechen. Hauptprodukte sind darüber hinaus die Herstellung von Profilstählen sowie der Schrotthandel.

Im Geschäftsbereich Mannesmann werden vor allem Pipelinerohre, HFI-geschweißte Rohre, Präzisionsrohre und Edelstahlrohre gefertigt.

Der Geschäftsbereich Handel sorgt über ein dichtes europäisches Vertriebsnetz sowie weltweit angesiedelte Handelsgesellschaften und Vertriebsbüros für die Vermarktung der Produkte und Leistungen des Salzgitter-Konzerns.

Der Geschäftsbereich Technologie betätigt sich vor allem im Geschäftsfeld Abfüll- und Verpackungstechnik, aber auch im Spezialmaschinenbau für die Schuhfertigung und Elastomerproduktion.

Die Gesellschaften der Kategorie Industrielle Beteiligungen umfassen überwiegend für den Konzern tätige Dienstleistungsgesellschaften und entsprechen der Zusammenfassung nach IFRS 8.16. Von den Dienstleistungseinheiten bieten einige Gesellschaften ihre Dienste auch Drittkunden an. Auf dieser Basis konzipieren und realisieren die Unternehmen attraktive Serviceangebote in einem breiten Spektrum. Dies reicht von Rohstoffversorgung über IT-Dienstleistungen, Facilitymanagement, Logistik, Automotive Engineering bis zu Forschung und Entwicklung. Unter den Konsolidierungen werden die Salzgitter AG als Management-Holding, die Zwischenholdings Salzgitter Mannesmann GmbH, Salzgitter-Klöckner-Werke GmbH und Salzgitter Finance B.V. sowie die Aurubis AG zugeordnet.

Es gibt keine Beziehungen zu einzelnen Kunden, deren Umsatzanteil gemessen am Konzernumsatz wesentlich ist. Die Rechnungslegungsgrundsätze sind die gleichen, wie sie für den Konzern in den wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen beschrieben sind. Für eine Übersicht der Umsätze nach Regionen verweisen wir auf unsere Darstellung im Kapital „Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung“ auf Ziffer (1) „Umsatzerlöse“. Die Länderzuordnung erfolgt für langfristige Vermögenswerte nach dem jeweiligen Standort und wird für immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und für als Finanzinvestition gehaltene Immobilien dargestellt.

in Mio. €	2017	2016
Inland	2.297,4	2.431,5
Übrige EU	86,3	89,2
Übriges Europa	0,1	0,1
Amerika	59,3	56,0
Asien	9,0	8,9
Afrika	1,0	0,8
Australien/Ozeanien	1,9	2,0
	2.454,9	2.588,4

Die Überleitung der Summe der Segmentumsätze und Segmentergebnisse zum Konzernumsatz bzw. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Konzerns ergibt sich aus folgenden Übersichten. Für die Überleitung zu dem nach den Vorschriften des IFRS 5 berücksichtigten aufgegebenen Geschäftsbereich verweisen wir auf den Abschnitt „(8) Ergebnis aus nicht fortgeführtem Geschäftsbereich“.

in Mio. €	2017	2016
Gesamtumsatz der Segmente	10.867,8	9.332,0
Industrielle Beteiligungen	400,3	391,4
Konsolidierung	-2.277,9	-1.817,7
Umsatzerlöse	8.990,2	7.905,7
Aufgegebener Geschäftsbereich	0,0	12,8
Konzern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	8.990,2	7.892,9

in Mio. €	2017	2016
Gesamtbetrag der Periodenergebnisse der Segmente	195,8	16,9
Industrielle Beteiligungen	25,2	12,0
Konsolidierung	17,0	24,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	238,0	53,2
Aufgegebener Geschäftsbereich	0,4	11,8
Konzern aus fortgeführten Geschäftsbereichen	237,6	41,4

Im Berichtsjahr enthält das Periodenergebnis der industriellen Beteiligungen einen Ertrag aus einer Immobilienveräußerung.

(36) Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen

Neben den Geschäftsbeziehungen zu vollkonsolidierten Tochtergesellschaften existieren Beziehungen zu Gesellschaften, die als nahestehende Unternehmen nach IAS 24 zu qualifizieren sind. Die Kategorie der gemeinschaftlichen Tätigkeiten beinhaltet ausschließlich die Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH, Duisburg. In der Kategorie der anderen nahestehenden Unternehmen befinden sich die Mehrheitsbeteiligungen und Gemeinschaftsunternehmen des Landes Niedersachsen.

Zwischen Gesellschaften des Konsolidierungskreises und nahestehenden Unternehmen des Salzgitter-Konzerns bestehen folgende Lieferungs- und Leistungsbeziehungen:

in Mio. €	Verkauf von Waren und Dienstleistungen		Kauf von Waren und Dienstleistungen	
	2017	2016	2017	2016
Nicht konsolidierte Tochtergesellschaften	32,7	45,3	10,7	7,5
Gemeinschaftsunternehmen	308,0	213,7	140,3	193,8
Gemeinschaftliche Tätigkeiten	8,9	6,9	1,5	1,0
Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen	2,1	-	-	-
Andere nahestehende Unternehmen	0,1	-	1,1	1,2

Offene Posten aus Lieferungen und Leistungen aus dem Kauf bzw. Verkauf von Waren und Dienstleistungen zwischen Gesellschaften des Konsolidierungskreises und nahestehenden Unternehmen des Salzgitter-Konzerns:

in Mio. €	Forderungen		Verbindlichkeiten	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Nicht konsolidierte Tochtergesellschaften	17,2	37,3	5,9	3,2
Gemeinschaftsunternehmen	43,2	67,4	0,2	42,6
Gemeinschaftliche Tätigkeiten	1,3	1,0	34,7	14,5
Andere nahestehende Unternehmen	6,6	5,9	95,5	99,5

Zusätzlich verbleibt aus einer langfristigen Kreditforderung in Höhe von 81,0 Mio. € (Vorjahr 93,0 Mio. €) gegenüber der zu 30% konsolidierten Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH, Duisburg, nach Konsolidierung eine Forderung in Höhe von 56,7 Mio. € (Vorjahr 65,1 Mio. €).

Der Verkauf von Waren und Dienstleistungen umfasst im Wesentlichen die Lieferungen von Vormaterial zur Herstellung von Großrohren.

Es bestehen Haftungsverhältnisse gegenüber nicht konsolidierten verbundenen Gesellschaften in Höhe von 14,6 Mio. € (Vorjahr 7,3 Mio. €).

(37) Angaben zu den für den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses im Geschäftsjahr als Aufwand erfassten Honoraren gemäß § 314 Nr. 9 HGB

in Mio. €	2017	2016
Abschlussprüfungsleistungen	2,8	2,7
Andere Bestätigungsleistungen	0,1	0,2
Steuerberatungsleistungen	0,0	0,1
Sonstige Leistungen	0,0	-

Bei weiteren Abschlussprüfern sind Aufwendungen von unter 0,1 Mio. € (Vorjahr unter 0,1 Mio. €) für die Prüfung der Jahresabschlüsse konsolidierter Inlandsgesellschaften entstanden.

Die Abschlussprüfungsleistungen beinhalten vor allem Honorare für die Konzernabschlussprüfung sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen der Salzgitter AG und der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen. Für die Salzgitter AG und die von ihr beherrschten Unternehmen wurden andere Bestätigungsleistungen nahezu ausschließlich für energiewirtschaftliche Bescheinigungen und EMIR-Prüfungen erbracht. Zudem wurden Steuerberatungsleistungen erbracht, die insbesondere den Bereich der Verrechnungspreisdokumentation betreffen. Bei den sonstigen Leistungen sind im Wesentlichen Honorare für Schulungen ausgewiesen.

(38) Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

(39) Verzicht auf Offenlegung und Erstellung eines Lageberichts nach § 264 Abs. 3 oder § 264b HGB

Nachfolgende vollkonsolidierte inländische Tochterunternehmen haben die gemäß § 264 Abs. 3 oder § 264b HGB erforderlichen Bedingungen erfüllt und sind deshalb von der Offenlegung ihres Jahresabschlusses und der Erstellung eines Lageberichts befreit.

- Salzgitter Mannesmann GmbH, Salzgitter^{1) 2)}
- Salzgitter Klöckner-Werke GmbH, Salzgitter^{1) 2)}
- Salzgitter Flachstahl GmbH, Salzgitter
- Salzgitter Europlatinen GmbH, Salzgitter¹⁾
- Salzgitter Bauelemente GmbH, Salzgitter¹⁾
- Hövelmann & Lueg Vermögensverwaltung GmbH, Schwerte¹⁾
- Salzgitter Mannesmann Stahlservice GmbH, Karlsruhe¹⁾
- Peiner Träger GmbH, Peine
- Ilsenburger Grobblech GmbH, Ilsenburg
- DEUMU Deutsche Erz- und Metall-Union GmbH, Peine^{1) 2)}
- Salzgitter Mannesmann Grobblech GmbH, Mülheim
- Mannesmann Verwaltung GmbH, Mülheim¹⁾
- Mannesmann Grossrohr GmbH, Salzgitter¹⁾
- Mannesmann Line Pipe GmbH, Siegen¹⁾
- Mannesmannröhren-Werk GmbH, Zeithain¹⁾
- Mannesmann Precision Tubes GmbH, Mülheim^{1) 2)}
- Mannesmann Stainless Tubes GmbH, Mülheim^{1) 2)}
- Salzgitter Mannesmann Stainless Tubes Deutschland GmbH, Remscheid¹⁾
- Salzgitter Mannesmann Handel GmbH, Düsseldorf^{1) 2)}
- Universal Eisen und Stahl GmbH, Neuss^{1) 2)}
- Salzgitter Mannesmann International GmbH, Düsseldorf^{1) 2)}
- Salzgitter Mannesmann Stahlhandel GmbH, Düsseldorf^{1) 2)}
- Stahl-Center Baunatal GmbH, Baunatal¹⁾
- KHS GmbH, Dortmund²⁾
- Klöckner DESMA Elastomertechnik GmbH, Fridingen^{1) 2)}
- DESMA Schuhmaschinen GmbH, Achim^{1) 2)}
- KHS Corpoplast GmbH, Hamburg¹⁾
- Hansaport Hafenbetriebsgesellschaft mbH, Hamburg
- GESIS Gesellschaft für Informationssysteme mbH, Salzgitter¹⁾
- TELCAT MULTICOM GmbH, Salzgitter^{1) 2)}
- TELCAT KOMMUNIKATIONSTECHNIK GmbH, Salzgitter¹⁾
- Glückauf Immobilien GmbH, Peine¹⁾
- Salzgitter Mannesmann Forschung GmbH, Salzgitter¹⁾
- Salzgitter Business Service GmbH, Salzgitter¹⁾
- Salzgitter Hydroforming GmbH & Co. KG, Crimmitschau¹⁾
- Salzgitter Automotive Engineering Beteiligungsgesellschaft mbH, Osnabrück^{1) 2)}
- Salzgitter Automotive Engineering GmbH & Co. KG, Osnabrück¹⁾
- Salzgitter Automotive Engineering Immobilien GmbH & Co. KG, Osnabrück¹⁾
- RSE Projektentwicklungs-GmbH, Mülheim^{1) 2)}
- Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter GmbH, Salzgitter^{1) 2)}

¹⁾ Von der Möglichkeit, gemäß § 264 Abs. 3 auf die Erstellung eines Anhangs zu verzichten, wurde Gebrauch gemacht.

²⁾ Von der Möglichkeit, gemäß § 291 auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichts zu verzichten, wurde Gebrauch gemacht.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft VPS Infrastruktur GmbH, Salzgitter gemäß § 264 Abs. 3 HGB von der Möglichkeit, auf die Erstellung eines Lageberichts zu verzichten, Gebrauch gemacht.

(40) Angaben zur Vergütung des Vorstandes, Aufsichtsrates und anderer Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen

Das Management in Schlüsselpositionen gemäß IAS 24 umfasst die Mitglieder der Konzerngeschäftsleitung sowie die Mitglieder des Aufsichtsrates. In der Konzerngeschäftsleitung sind neben den aktiven Mitgliedern des Vorstandes die Leiter der fünf Geschäftsbereiche des Salzgitter-Konzerns vertreten. Sie werden in den nachfolgenden Tabellen unter „Andere Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen“ ausgewiesen.

Vergütungen durch den Salzgitter-Konzern:

in Mio. €	Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer (Gehalt und sonstige Leistungen)		Leistungen für die Zeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Zuführung zu Pensionsverpflichtungen)	
	2017	2016	2017	2016
Aktive Vorstandsmitglieder	3,6	3,3	0,8	0,7
Aufsichtsratsmitglieder	1,7	1,7	-	-
Andere Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen	3,1	3,1	0,4	0,3

Zusätzlich erhielten Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen aufgrund der Beendigung des Arbeitsverhältnisses Leistungen in Höhe von 0,5 Mio. € (Vorjahr 0,0 Mio. €).

Neben den dargestellten Beträgen erhielten die Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrates, die Arbeitnehmer im Salzgitter-Konzern sind, Bezüge im Rahmen ihres Anstellungsverhältnisses. Deren Höhe entsprach dabei einer ihren Funktionen und Aufgaben im Konzern angemessenen Vergütung.

Verpflichtungen des Salzgitter-Konzerns:

in Mio. €	Kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer (Gehalt und sonstige Leistungen)		Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Pensionsverpflichtungen)	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Frühere Vorstandsmitglieder	-	-	58,1	58,4
Aktive Vorstandsmitglieder	1,3	1,2	25,9	23,7
Andere Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen	1,3	1,2	7,2	6,4

Die Verpflichtungen aus kurzfristig fälligen Leistungen an Arbeitnehmer beinhalten die variable jährliche Vergütung, die im Folgejahr ausgezahlt wird.

Die zuvor genannten Vergütungen aufgrund der Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden in Höhe von 0,4 Mio. € (Vorjahr 0,0 Mio. €) erst im Folgejahr ausbezahlt.

Frühere Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene bezogen im Geschäftsjahr Pensionen in Höhe von insgesamt 2,8 Mio. € (Vorjahr 2,6 Mio. €).

Detaillierte Angaben zur Vergütung der einzelnen Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates sind im „Konzernlagebericht und Lagebericht der Salzgitter AG“ im Abschnitt I.2. „Leitung und Kontrolle“ offengelegt.

(41) Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Salzgitter, den 27. Februar 2018

Der Vorstand



Fuhrmann



Becker



Kieckbusch

Bestätigungsvermerk

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Salzgitter Aktiengesellschaft, Salzgitter

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Salzgitter Aktiengesellschaft, Salzgitter, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzernkapitalflussrechnung und der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Konzernanhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Salzgitter Aktiengesellschaft, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Konzernlageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

1. entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
2. vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Konzernlagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Konzernlageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsdienstleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- (1) Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen
- (2) Aktive latente Steuern insbesondere auf steuerliche Verlustvorträge
- (3) Pensionsrückstellungen
- (4) Bilanzielle Abbildung und Abwicklung der Aurubis AG Umtauschanleihe

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir wie folgt strukturiert:

- 1 Sachverhalt und Problemstellung
- 2 Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- 3 Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

(1) **Werthaltigkeit von immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen**

1 In dem Konzernabschluss der Gesellschaft wird unter den Bilanzposten „Immaterielle Vermögenswerte“ und „Sachanlagen“ insgesamt ein Betrag von € 2.433,4 Mio ausgewiesen. Die Werthaltigkeit der immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen wurde zum Bilanzstichtag durch Werthaltigkeitstests (sog. „Impairment- Tests“) gemäß IAS 36 überprüft. Grundlage dieser Bewertung ist der Barwert künftiger Zahlungsströme der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, denen die entsprechenden Vermögenswerte zugeordnet sind. Der Barwert wird mittels Discounted-Cashflow-Modellen ermittelt, wobei die von den gesetzlichen Vertretern erstellte und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommene operative Drei-Jahresplanung des Konzerns zugrunde gelegt und mit Annahmen über z.B. langfristige Wachstumsraten zwecks Abbildung eines nachhaltigen Zustands (sog. „ewige Rente“) fortgeschrieben wird. Die Abzinsung erfolgt mittels der gewichteten Kapitalkosten der jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheit. Das Ergebnis dieser Bewertung ist in hohem Maße von der Einschätzung der künftigen Zahlungsmittelzuflüsse und -abflüsse der jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheit durch die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sowie des verwendeten Diskontierungszinsatzes abhängig und daher mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der zugrundeliegenden Komplexität der methodischen Anforderungen an die Impairment-Tests war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2 Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem das methodische Vorgehen zur Durchführung der Werthaltigkeitstests nachvollzogen und die Ermittlung der gewichteten Kapitalkosten beurteilt. Die Angemessenheit der bei der Bewertung verwendeten künftigen Zahlungsmittelzuflüsse und -abflüsse haben wir unter anderem durch Abgleich dieser Angaben mit den aktuellen Budgets aus der von den gesetzlichen Vertretern erstellten und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommenen Drei-Jahresplanung sowie durch Abstimmung mit allgemeinen und branchenspezifischen Markterwartungen beurteilt. Dabei haben wir auch die Annahmen der gesetzlichen Vertreter im Rahmen ihrer Werthaltigkeitsbeurteilungen zu den Auswirkungen der geplanten Reform des EU-Emissionshandels ab 2021 gewürdigt. Zudem haben wir die sachgerechte Berücksichtigung der in der Segmentberichterstattung erfassten Kosten der Konzernfunktionen bei den Impairment-Tests der jeweiligen zahlungsmittelgenerierenden Einheit beurteilt. Mit der Kenntnis, dass bereits relativ kleine Veränderun-

gen des verwendeten Diskontierungszinssatzes wesentliche Auswirkungen auf die Höhe des auf diese Weise ermittelten Unternehmenswerts haben können, haben wir uns auch intensiv mit den bei der Bestimmung des verwendeten Diskontierungszinssatzes herangezogenen Parametern, einschließlich der gewichteten Kapitalkosten, beschäftigt und das Berechnungsschema nachvollzogen. Ferner haben wir ergänzend eigene Sensitivitätsanalysen für die zahlungsmittelgenerierenden Einheiten mit geringer Überdeckung (Barwert im Vergleich zum Buchwert) durchgeführt. Die von den gesetzlichen Vertretern angewandten Bewertungsparameter und -annahmen stimmen insgesamt mit unseren Erwartungen überein und liegen auch innerhalb der aus unserer Sicht vertretbaren Bandbreiten.

3 Die Angaben der Gesellschaft zu den immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen sind im Abschnitt „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ und in den Abschnitten 5, 10 und 11 des Konzernanhangs enthalten.

(2) Aktive Latente Steuern insbesondere auf steuerliche Verlustvorträge

1 In dem Konzernabschluss der Gesellschaft werden aktive latente Steuern in Höhe von € 393,2 Mio ausgewiesen, davon € 99,5 Mio für steuerliche Verlustvorträge. Die Bilanzierung der aktiven latenten Steuern auf temporäre Differenzen und steuerliche Verlustvorträge erfolgt in dem Umfang in dem es nach Einschätzung der gesetzlichen Vertreter wahrscheinlich ist, dass in der Zukunft zu versteuernde Ergebnisse anfallen, durch die die abzugsfähigen temporären Differenzen und steuerlichen Verluste genutzt werden können. Dazu werden, soweit nicht ausreichend passive latente Steuern vorhanden sind, Prognosen über die künftigen steuerlichen Ergebnisse ermittelt. Diese zu versteuernden Ergebnisse ergeben sich aus der von den gesetzlichen Vertretern aufgestellten steuerlichen Planungsrechnung, die aus der Mehrjahresplanung des Konzerns für die Jahre 2018 bis 2020 abgeleitet ist. Daneben bestehen latente Steuern auf temporäre Differenzen in Höhe von € 94,6 Mio, im Wesentlichen für Inlandsgesellschaften, sowie inländische gewerbe- und körperschaftsteuerliche Verlustvorträge in Höhe von € 1.478,3 Mio bzw. € 1.815,8 Mio und ausländische Verlustvorträge in Höhe von € 97,1 Mio, für die keine aktiven latenten Steuern aktiviert wurden. Eine steuerliche Nutzung aus der Verrechnung mit zu versteuernden Ergebnissen ist nach den Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter nicht wahrscheinlich.

Aus unserer Sicht war die Bilanzierung der aktiven latenten Steuern im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, da sie in hohem Maße von Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter abhängig und daher mit Unsicherheiten behaftet ist.

2 Im Rahmen unserer Prüfung haben wir zur Beurteilung der Werthaltigkeit der Steuerposten und der Angemessenheit der bilanziellen Abbildung unsere internen Spezialisten aus dem Bereich Tax Reporting & Strategy eingebunden. Mit deren Unterstützung haben wir unter anderem die internen Prozesse und Kontrollen zur Erfassung von Steuersachverhalten und das methodische Vorgehen zur Ermittlung, Bilanzierung und Bewertung der latenten Steuern beurteilt. Weiterhin haben wir die Werthaltigkeit der aktivierten latenten Steuern auf abzugsfähige temporäre Differenzen und steuerlichen Verlustvorträge auf Basis unternehmensinterner Prognosen über die zukünftige steuerliche Ertragssituation des inländischen ertragsteuerlichen Organkreises mit der von den gesetzlichen Vertretern aufgestellten und aus der Mehrjahresplanung für die Jahre 2018 bis 2020 abgeleiteten steuerlichen Planungsrechnung abgeglichen sowie die Angemessenheit der zugrunde liegenden Einschätzungen und Annahmen gewürdigt.

Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen begründet und hinreichend dokumentiert sind.

(3) Die Angaben der Gesellschaft zu den aktiven latenten Steuern und steuerlichen Verlustvorträgen sind im Konzernanhang in Abschnitt „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ sowie im Abschnitt 7 und Abschnitt 15 enthalten.

(3) Pensionsrückstellungen

1 In dem Konzernabschluss der Gesellschaft werden unter dem Posten „Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ Pensionsrückstellungen in Höhe von insgesamt € 2.440,5 Mio (29,3 % der Kon-

zernbilanzsumme) ausgewiesen, von denen ein Teil durch Planvermögen (im Wesentlichen Investmentfonds) gedeckt ist. Die Pensionsrückstellungen setzen sich zusammen aus dem Barwert der Verpflichtungen in Höhe von € 2.514,8 Mio und dem hiermit saldierten und zu Zeitwerten bewerteten Planvermögen in Höhe von € 74,3 Mio. Im Inland existieren Kollektiv- und Einzelzusagen in Form von unmittelbaren Direktzusagen des Arbeitgebers. Die Bewertung der Verpflichtungen aus leistungsorientierten Versorgungsplänen erfolgt nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method). Dabei sind insbesondere Annahmen über den langfristigen Gehalts- und Rententrend, die Lebenserwartung und die Fluktuation zu treffen. Ferner ist der Abzinsungssatz zum Bilanzstichtag aus der Rendite hochwertiger, währungskongruenter Unternehmensanleihen mit vergleichbaren Laufzeiten abzuleiten. Dabei müssen regelmäßig Extrapolationen vorgenommen werden, da keine ausreichenden langfristigen Unternehmensanleihen existieren. Änderungen dieser Bewertungsannahmen sowie erfahrungsbedingte Anpassungen sind als versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste im sonstigen Ergebnis zu erfassen. Im Berichtsjahr ergaben sich versicherungsmathematische Gewinne in Höhe von € 37,2 Mio. Die Bewertung des Planvermögens erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, der wiederum mit Schätzungsunsicherheiten verbunden ist. Der Ertrag aus Planvermögen (unter Ausschluss von Beträgen, die im Nettozins erfasst werden) wird neben dem versicherungsmathematischen Gewinn oder Verlust als Neubewertung im sonstigen Ergebnis erfasst und beträgt im Berichtsjahr € 2,2 Mio.

Aus unserer Sicht waren diese Sachverhalte im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung, da der Ansatz und die Bewertung dieses betragsmäßigen bedeutsamen Postens in einem wesentlichen Maß auf den Einschätzungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft basieren.

2 Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter Einbezug unserer Pensions-Spezialisten unter anderem die eingeholten versicherungsmathematischen Gutachten und die fachliche Qualifikation der externen Gutachter gewürdigt. Ferner haben wir Nachberechnungen unter anderem der spezifischen Besonderheiten der versicherungsmathematischen Berechnungen durchgeführt und das Mengengerüst, die versicherungsmathematischen Parameter sowie das den Bewertungen zugrundeliegende Bewertungsverfahren auf Standardkonformität und Angemessenheit überprüft. Zudem wurde die Entwicklung der Verpflichtung und der Aufwandskomponenten gemäß versicherungsmathematischem Gutachten vor dem Hintergrund der eingetretenen Änderungen in den Bewertungsparametern und im Mengengerüst analysiert und plausibilisiert. Für die Prüfung des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens haben wir Bank- und Fondsbestätigungen eingeholt. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen begründet und hinreichend dokumentiert sind.

3 Die Angaben zu den Pensionsrückstellungen sind im Abschnitt „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ und im Abschnitt 25 des Konzernanhangs enthalten.

(4) **Bilanzielle Abbildung und Abwicklung der Aurubis AG Umtauschanleihe**

1 Der Salzgitter Konzern hat im Geschäftsjahr 2010 eine Umtauschanleihe mit einem Nominalvolumen von € 295,5 Mio auf Aktien der Aurubis AG begeben. Im Oktober 2017 beschloss der Vorstand, die Barzahlungsoption nicht auszuüben und stattdessen den noch ausstehenden Teil der Umtauschanleihe (€ 265,4 Mio) durch Hingabe von Aktien an der Aurubis AG abzulösen. Dies führte zu einer Verminderung der im Equity-Ansatz bilanzierten Anteile in Höhe von € 329,3 Mio mit einer gleichzeitigen Reduktion der bisherigen Stimmrechte. Zum Jahresende hält der Salzgitter Konzern 16,76 % an der Aurubis AG. Nach der Hingabe der Aktien wird die Aurubis AG weiterhin als ein nach der Equity-Methode bilanziertes Unternehmen in den Konzernabschluss der Gesellschaft einbezogen. Das Optionsrecht auf Barzahlung wurde als eigenständiges Derivat bis zum Zeitpunkt des Umtausches (€ 138,5 Mio) zusätzlich zur finanziellen Verbindlichkeit der Umtauschanleihe bilanziert. Aus der Tilgung der Umtauschanleihe und der Ausbuchung der Derivateverbindlichkeit ergibt sich unter Berücksichtigung der Verminderung des Beteiligungsansatzes sowie der unterjährigen Derivatebewertung (€ - 81,6 Mio) insgesamt ein negativer EBT-Effekt in Höhe von € 6,9 Mio. Aufgrund der Bedeutung der Einschätzung der Fortführung der Equity-Methode für die Vermögens- und Ertragslage des Salzgitter Konzerns war dieser Sachverhalt von besonderer Bedeutung für unsere Prüfung.

2 Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns zunächst ein Verständnis über die vertraglichen Bedingungen der Ablösung der Umtauschanleihe verschafft und auf dieser Basis unter anderem die von der Gesell-

schaft vorgenommene bilanzielle Behandlung nachvollzogen. Zudem haben wir uns auf Grundlage der Würdigung der Gesellschaft ein Bild über die Einschätzung der gesetzlichen Vertreter zur Fortführung der Equity Methode verschafft und beurteilt, ob diese mit den einschlägigen Rechnungslegungsstandards übereinstimmt und weiterhin ein maßgeblicher Einfluss auf die Aurubis AG möglich ist. Weiterhin haben wir ausgehend von dem Konzernabschluss der Aurubis AG die Equity-Fortschreibung nach Abgang der Umtauschanleihe hinsichtlich ihrer Richtigkeit überprüft.

Insgesamt konnten wir uns durch die dargestellten und weiteren Prüfungshandlungen davon überzeugen, dass die Ablösung der Umtauschanleihe und die Equity-Fortschreibung sachgerecht abgebildet werden.

3 Die Angaben der Gesellschaft zur Abbildung und Abwicklung der Aurubis Umtauschanleihe und zur Equity-Fortschreibung sind im Konzern-Anhang in den Abschnitten „2“, „6“ und „14“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Konzernlageberichts:

1. die in Abschnitt I.3. des Konzernlageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB und § 315d HGB
2. den gesonderten nichtfinanziellen Bericht nach § 289b Abs. 3 HGB und § 315b Abs. 3 HGB

Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses, des geprüften Konzernlageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der

Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 1. Juni 2017 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 20. Juni 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1938 als Konzernabschlussprüfer der Salzgitter Aktiengesellschaft, Salzgitter, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Martin Schröder."

Hannover, den 27. Februar 2018

PricewaterhouseCoopers
GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Martin Schröder
Wirtschaftsprüfer



ppa. Stephan Hachmeyer
Wirtschaftsprüfer

Einige der in diesem Bericht gemachten Aussagen haben den Charakter von Prognosen bzw. können als solche interpretiert werden. Sie sind nach bestem Wissen und Gewissen erstellt und gelten naturgemäß unter der Voraussetzung, dass keine unvorhersehbare Verschlechterung der Konjunktur und der spezifischen Marktlage für die Gesellschaften in den Geschäftsbereichen eintritt, sondern sich die Grundlagen der Planungen und Vorschauen in dem Umfang und dem zeitlichen Rahmen wie erwartet als zutreffend erweisen. Die Gesellschaft übernimmt – unbeschadet bestehender gesetzlicher, insbesondere kapitalmarktrechtlicher Anforderungen – keine Verpflichtung, vorausblickende Aussagen, die ausschließlich auf den Umständen am Tag der Veröffentlichung basieren, laufend zu aktualisieren.

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir im vorliegenden Geschäftsbericht jeweils nur die männliche Form (zum Beispiel für „Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ nur „Mitarbeiter“). Personenbezeichnungen gelten immer für beiderlei Geschlecht.

Der Geschäftsbericht der Salzgitter AG steht auch als englische Übersetzung zur Verfügung. Bei Abweichungen geht die deutsche Fassung der englischen vor.

Sofern nicht anders gekennzeichnet, umfassen im Konzernlagebericht sämtliche Kennzahlen und die dazugehörigen Ausführungen sowie die Prognose die zum Jahresende 2015 eingestellten Spundwandaktivitäten.

Impressum und Kontakte

Kontakt

SALZGITTER AG
Eisenhüttenstraße 99
38239 Salzgitter

Postanschrift

38223 Salzgitter

Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 053 41/21-27 01
Telefax: 053 41/21-23 02

Investor Relations

Telefon: 053 41/21-18 52
Telefax: 053 41/21-25 70

Herausgeber

SALZGITTER AG

Konzept und Gestaltung

wirDesign Berlin Braunschweig

Redaktion/Text

SALZGITTER AG, Investor Relations

Druck

Druck-Center
Salzgitter Flachstahl GmbH

Dieser Geschäftsbericht wurde
mit Unterstützung des Redaktions-
systems firesys erstellt.

20